

Werbeseite

Werbeseite

Hausmitteilung

20. März 2000

Betr.: Amazonas, NS-Prozess, Internet

Brasilien's Justiz gilt nicht gerade als vorbildlich oder gar besonders effektiv. Ausgerechnet im abgelegenen Bundesstaat Amapá fand SPIEGEL-Reporter Matthias Matussek, 46, eine ungewöhnliche Ausnahme: Auf einem Schiff tuckert ein komplet-



tes Gericht mit Staatsanwältin Alessandra Moro, Verteidiger und Richter durch das Amazonas-Delta, um für die Bewohner im Regenwald Recht zu sprechen. Matussek ging mit an Bord und konnte beobachten, wie die Juristen mit gehörigem Einsatz und Enthusiasmus den Menschen im Dschungel helfen; sei es bei der Klärung eines Mordversuchs oder bei der Schlichtung eines Nachbarschaftsstreits. Häufig sind die schwimmenden Juristen auch Standesbeamte – einmal sprang Reporter Matussek als Trauzeuge ein. Er überreichte dem Hochzeitspaar als Präsent Schokolade und eine SPIEGEL-Ausgabe mit Titelheld

Matussek, Moro

Helmut Kohl, der die Schwurhand erhebt und auf dem Rücken die Finger kreuzt. Matussek: „Die Schokolade war gut, aber am SPIEGEL interessierte die Brautleute nur die Reklame.“ Allerdings: „Der Bräutigam glaubte im Ex-Kanzler einen korrupten Senator aus Brasília wieder zu erkennen“ (Seite 170).

Am Dienstag beginnt in Wien der wohl letzte österreichische NS-Prozess. Vor Gericht muss sich Psychiater Heinrich Gross, 84, wegen Kindereuthanasie verantworten. Gross soll Anfang der vierziger Jahre als Arzt in der Nervenklinik „Am Spiegelgrund“ kleine Schutzbefohlene untersucht und in den Tod geschickt haben. SPIEGEL-Reporter Walter Mayr, 40, gelang es, über Gross-Anwalt Nikolaus Lehner zu dem schweigsamen Psychiater vorzudringen. Kaum hatte Mayr die Wohnung betreten, wurde er von dem Mediziner fotografiert: „Den Kreisky habe ich auch schon im Archiv“, sagte Gross stolz. Warum der Ex-Bundeskanzler und SPÖ-Chef Bruno Kreisky samt Genossen den Altnazi und mutmaßlichen Kindermörder Gross in der Partei duldeten, warum sie ihn deckten und mit Ehrungen überhäuften, während sich um seine überlebenden Opfer kaum jemand kümmerte, sei „ein Lehrstück österreichischer Nachkriegsgeschichte“, so Mayr (Seite 180).



Mayr, Lehner, Gross

Das Internet verändert Journalismus und Medienlandschaft – das gilt vor allem für die Tageszeitungen. Um der wachsenden Konkurrenz aus dem Netz nicht ausgeliefert zu sein, versuchen sich viele Blätter in eigenen Online-Aktivitäten. Mit unterschiedlichem Erfolg, wie SPIEGEL-Redakteur Konstantin von Hammerstein, 38, bei seinen Besuchen in zahlreichen Redaktionen feststellen konnte. Am meisten überraschte ihn, dass etliche Verlagsmanager, die den ganzen Tag über das World Wide Web reden, keinen Büro-Computer haben: „Einige versicherten, sie würden zu Hause im Netz surfen, anderen schien die neue Technik viel zu kompliziert“ (Seite 130). Den Fortschritt des journalistischen Mediums Internet wird das nicht aufhalten, wie auch die Entwicklung von SPIEGEL ONLINE zeigt: Als erstes Nachrichten-Magazin der Welt ging der SPIEGEL im Oktober 1994 ins Netz, heute gilt „www.spiegel.de“ schon als Klassiker. 23 Redakteure und 12 Producer versorgen die User fast rund um die Uhr mit Neuigkeiten. Inzwischen ist SPIEGEL ONLINE mit – im Februar – knapp 21 Millionen Seitenabrufen einer der größten europäischen News-Anbieter im Internet.

Werbeseite

Werbeseite

Titel

Mensch gegen Neandertaler – Forscher rekonstruieren den Kulturkampf in der Steinzeit 240

Deutschland

Panorama: Kiep wusste von Schweizer Schwarzgeldkonto / Nato dehnt atomare Erstsatz-Drohung aus 17

Rüstungsexporte: Rot-grüner Streit um „Fuchs“ und „Leo“ 22

Grüne: Der Krisen-Parteitag 24

Einwanderung: Wie viele Ausländer braucht die deutsche Wirtschaft? 25
Warum Gerhard Schröder den Computerfachbereich der Uni Hildesheim schloss 26

Altersvorsorge: Minister Riesters neuester Rententrick 28

Prozesse: Sind Aufrufe zur Fahnenflucht strafbar? 29

Stasi: Strahlen gegen Dissidenten 30

Rechtsradikale: Gewaltbereitschaft beunruhigt Sicherheitsbehörden 32

CDU: Angela Merkels neue Mannschaft 34
Interview mit Fraktionsvize Günter Nooke über die designierte Parteichefin 35
Helmut Kohl bei alten Freunden aus der Ex-DDR 36

Parteispenden: Hessen-Geld aus der Waschanlage 38

Spendenaffäre: Schweigen im Untersuchungsausschuss 42

Bundeswehr: Wie der deutsche General Reinhardt die Multi-Kulti-Truppe der Kfor kommandiert 44

Strafjustiz: Wenn Mandanten nicht auf ihre Anwälte hören wollen 56

Affären: Schwarze Kassen in der Kirche 62

Europa: Schlechte Chancen für deutsche Beamte in Brüssel 66
Die Hochschule der Europäer 72

SPD: Das neue Leben der Regine Hildebrandt... 76

Artenschutz: Abschiebungsbefehl für Pandabären 80

Gesellschaft

Szene: Das Großaquarium als Kneipen-Gag / Neuer Techno-BH soll Frauen schützen 83

Schönheitskult: Chirurgische Körperkorrektur wird immer beliebter 84

Kriminalität: Rätsel um den Tod des Kindes Anna B. 92

Wirtschaft

Trends: Katerstimmung nach Bankenfusion / Club Med vor Verkauf / Sachsen gegen Gehälter auf Westniveau 105

Geld: Rückkehr der Standardwerte / Aktien-Laien erfolgreicher als Experten? 107

Autoindustrie: Missmanagement bei BMW ... 108
Die windigen Rover-Aufkäufer 110

Weltfinanzen: Der künftige IWF-Chef Horst Köhler zwischen allen Fronten 112

Der forsche Kanzlerberater Michael Steiner 116
Luftfahrt: Wer will den Superjumbo? 118

TV-Shopping: Die ungebrochene Expansionslust des Duos Kofler/Kirch 120

Marketing: Rent a Royal 124

Die rot-grüne Panzerschlacht

Seite 22



Die Koalition ist wieder bei ihrem alten Streitthema angekommen: dem Panzer-Export in umstrittene Staaten. Die Grünen könnten der Lieferung von „Fuchs“-Spürpanzern an die Vereinigten Arabischen Emirate nur unter Qualen zustimmen. Am „Leopard“-Kampfpanzer für die Türkei, wo die Partei der Pazifisten die Menschenrechte verletzt sieht, könnte die Regierung sogar zerbrechen. Die Entscheidung droht früher als gedacht.



Spürpanzer „Fuchs“, Kampfpanzer „Leopard“

Angela Merkel: Kulturschock für die CDU

Seite 34

Alle anderen Kandidaten verschwanden wie von selbst: Nun wird Angela Merkel die neue CDU-Vorsitzende. Der Wechsel zur ostdeutschen Frau ist für die von Affären gebeutelte Partei des Patriarchen ein Kulturschock. Merkel verspricht eine neue Offenheit, aber sie hat keine Seilschaften gebildet, um ihren Kurs abzusichern.

Das Rover-Desaster

Seite 108

Im Hauruck-Verfahren verkauft BMW-Chef Joachim Milberg die Tochter Rover an einen windigen Risikofonds. Es gibt nur Verlierer: Bis zu 30 000 Beschäftigte bei Rover und den Zulieferern in England fürchten um ihren Job. Der Münchner Autokonzern gilt vielen nun als Übernahmekandidat.



BMW-Chef Milberg

Der schöne Schein der Jugend

Seite 84



Altern ist out, Körperoptimierung in. Die Branche der Schönheitschirurgie boomt, seit Stars wie die Popsängerin Britney Spears ihre makellos modellierten Körper präsentieren und sich offen zu ihren Operationen bekennen. Auch immer mehr Teenager wollen sich behandeln lassen, obwohl Eingriffe im Entwicklungsalter nicht ohne Risiko sind.

Sängerin Spears, Mutter



Kandidat Putin, Soldaten in Moskau



Volksentscheid über Putin Seite 146

Binnen Wochen hat Wladimir Putin das russische Publikum für sich gewonnen. Nächsten Sonntag will er sich die Bestätigung als Präsident holen, andere Kandidaten scheinen chancenlos. Der Ex-KGB-Agent hat kein Programm, wünscht sich einen starken Staat – und führt Krieg.

Kunst-Krach um Haacke s. 192

So zornig wird selten über Kunst gestritten, vor allem um eine, die es noch nicht gibt: Der deutsche Künstler Hans Haacke hat sich mit geplanten Objekten für den Berliner Reichstag und die Whitney-Biennale in New York doppelt in die Nesseln gesetzt. In Deutschland wirft man ihm Blut-und-Boden-Kunst vor, in den USA die Verharmlosung des Holocaust – alles künstliche Aufregung?



Haacke-Entwurf für Berlin

Tempolimit für den Super-ICE Seite 224

Der ICE der dritten Generation soll eine Reisegeschwindigkeit von 300 km/h erreichen. Doch der neue Super-Zug ist seitenwindanfällig. Die Bahn will deshalb jetzt Schutzzäune oder Windwarnanlagen errichten. Das Eisenbahn-Bundesamt ordnete vorsorglich ein Tempolimit an.



Produktion des ICE 3

Hilflos im Kampf gegen Krebs? Seite 230

Eine verheerende Bilanz der Tumorthherapie zieht Lothar Weißbach, Präsident der Deutschen Krebsgesellschaft. „Die Zusammenarbeit der Fachärzte ist unzureichend, das senkt die Heilungschancen.“ Seine Forderung: Gütesiegel für Krebskliniken.

Medien

Trends: Unruhe bei AOL Europe / RTL-Serienstar wird Pin-up-Girl..... 127
Fernsehen: „Marienhof“-Produzent von Mossner über Quotenkrise der Soaps 128
 Vorschau..... 129
Verlage: Die Online-Strategien der deutschen Tageszeitungen 130
Regisseure: Max Färberböck und sein neuer Film „Jenseits“ 139

Ausland

Panorama: Koalitionspartei in Ankara fordert Nuklearwaffen / Geldregen für Al Gores Demokraten 143
Russland: Mit Putin zum starken Staat 146
Israel: Pilgerfahrt des Papstes..... 150
Dänemark: Rechtspopulisten auf dem Vormarsch..... 152
Jugoslawien: Interview mit Montenegros Präsident Milo Djukanović über einen drohenden Krieg mit Serbien 154
Nordkorea: Ausflug ins stalinistische Paradies.. 160
Ukraine: Das Elend der Kumpel in Krasnodon.. 164
Brasilien: Das Gesetz des Dschungels 170
Feminismus: Machos lernen das Fürchten..... 178
Österreich: Letzter NS-Mordprozess 180

Kultur

Szene: Spielberg verwirklicht Kubrick-Filmprojekt / Kroetz-Drama in Belgrad 189
Kunststreit: Konzept-Provokateur Hans Haacke reizt New York und Berlin 192
Autoren: Elke Heidenreich über ein irisches Frauenleben 196
Museen: Interview mit Generaldirektor Peter-Klaus Schuster über die Neuordnung der Berliner Museumsinsel 200
Entertainer: „Der Katastrofenfilm“ von Otto...204
Zeitkritik: Pionier-Soziologe Georg Simmel wird wieder entdeckt..... 208
Literatur: Neue Romane von Maxim Biller und seiner Schwester Elena Lappin 214
Bestseller..... 215

Wissenschaft · Technik

Prisma: Tiermassaker im Kongo / Wunschradio aus dem Internet 221
Eisenbahn: Tempolimit für den windempfindlichen Superzug ICE 3 224
Medizin: Interview mit dem Präsidenten der Deutschen Krebsgesellschaft Lothar Weißbach über die Irrwege der Tumorthherapie 230
Biotechnik: Wirrwarr um Patentierung menschlicher Gene 236
Medikamente: Pillen-Ratgeber durch Pharmlobby entschärft? 238

Sport

Rudern: Das ewige Duell der Universitäten Oxford und Cambridge..... 256
Radsport: Die Akte Andreas Kappes 260

Briefe 8
Impressum 14, 264
Leserservice 264
Chronik 265
Register 266
Personalien..... 268
Hohlspiegel/Rückspiegel..... 270



SPIEGEL-Titel 10/2000

„40 Jahre verheiratet, Kinder, Enkel. Manches Mal die Singles beneidet. Jetzt nach Lesen Ihres Artikels weiß ich es, ich bin jahrelang auf die Falschen neidisch gewesen.“

Edmund K. R. Heinzen aus Rüscheid (Rhld.-Pf.) zum Titel „Singles – Zwischen Freiheit und Einsamkeit“

Liebe oder Wellness

Nr. 10/2000, Titel: Singles – Zwischen Freiheit und Einsamkeit

Der Artikel hat mir aus der Seele gesprochen. Seit längerer Zeit suche ich eine Möglichkeit, vom Ich zum Wir zu kommen. Meine Erfahrung besonders mit so genannten Blinddates ist, dass in den Köpfen der Frauen sehr hohe (wie ich meine, unrealistische) Erwartungen bestehen. Das kleinste Makelchen, und wenn es auch nur eine falsche Bemerkung ist, führt zum sofortigen Abbruch. Offenbar verlängert sich nach jedem Date die Liste der Dinge, die man nicht möchte. Bei mir selbst mache ich die Beobachtung, verschlossener zu werden und schon die Blicke zu senken, wenn mir jemand entgegentritt, nur um Frust zu vermeiden.

HAMBURG

RAINER SCHLEEVOIGT

Mit dem Single-Dasein fing für mich ein neues Leben an. Mir wird nun nicht mehr mit barschen Worten erklärt, wie man Zahnpasta der Tube entnimmt. Und ich habe mich nicht mehr auf eine wütende Beiß-, Messer-, Scheren- oder auch Gift-Attacke von Seiten einer „Partnerin“ einzustellen oder auf ihren heimtückischen Tritt in den Unterleib.

KÖLN

EGON CRÄMER

Ich bin 60 Jahre alt und habe mich als Single behauptet, kann mich in Ihrem Artikel aber kaum wieder finden. Zwischen Freiheit und Einsamkeit steht heute jeder Mensch. Die Lebensform, die sich einer wählt, garantiert gar nichts, weder Karriere noch erotische Erfüllung. Beides hängt davon ab, welche Werte das Leben bestimmen, ob Geist und Liebe oder Lust und Wellnessprogramme.

HAMBURG

CHRISTIANE SCHRÖDER

Der Titel trägt, und schon die Auswahl der Bilder weist darauf hin: Wieder einmal wird die Chance für das Aufräumen mit alten Vorurteilen verpasst. Stattdessen werden Klischees aufgewärmt, gekrönt von der Behauptung, Singles seien „deutlicher als Verheiratete dem Hedonismus zuge-

wandt“. Das ist nicht nur falsch, sondern auch ein Schlag ins Gesicht all derer, die – gewollt oder nicht – ihr Leben allein meistern (müssen), mit allen Vor- und Nachteilen des Ungebundenseins, und die für diese Gesellschaft eine ganze Menge leisten.

MAINZ

KARIN KÖNIG

1000 „gemeinsame“ Fernsehabeende für einen gemeinsamen Lebensabend, der dann wieder vor der Glotze verbracht wird – nein danke. Dann lieber Single mit Buch und Abo im Sportstudio.

HAMBURG STEFAN BECKER

Ja, auch ich war 2 1/4 Jahre überzeugter Single, der gleichzeitig auf der Suche nach „der“ Traumfrau war. Und so erkannte ich mich in einigen der von Ihnen geschilderten Typen wieder: In der Disco lief nichts, auf der Arbeit auch nicht. Auch der viel gepriesene Supermarkt funktionierte nicht als Kontaktstelle zur holden Weiblichkeit. Doch dann kam das Internet in Form einer chat-community. Die Möglichkeit der Anonymität gibt einem dort die Freiheit, sich endlich so darstellen zu können, wie man tatsächlich ist: nämlich schüchtern! Antwortsätze können wohl überlegt werden, und der plumpe Anbagerspruch entfällt zu Gunsten gelöster Unterhaltung. So habe

ich sie gefunden – die Liebe meines Lebens! Gewiss, einige der Leute dort sind echt „bescheuert“ – aber vom Großteil bin ich überzeugt, dass es Leute sind „wie du und ich“ auf der Suche nach privatem Glück.

GELSENKIRCHEN

MARKUS ALTENHOEVEL

In diesem Artikel wird das männliche Wesen auf ein triebgesteuertes, Hamburger verschlingendes, insgesamt nicht besonders gut duftendes Monstrum reduziert, während das weibliche Wesen zum sexfeindlichen Dornröschen mutiert, immer nur auf der Suche nach dem Märchenprinzen. Die Recherche lässt die breite homosexuelle Szene unter Männern außer Acht, wo sich geschminkte, parfümierte und wohnlich eingerichtete Männer finden. Ein Trend, von dem der heterosexuelle Mann bereits lernt.

MÜNCHEN

BERNHARD HORWATITSCH

Es gibt sicherlich Menschen, die in dem Horrorszenario leben, welches aufgezeichnet wurde. Denen sei geraten: Verschwendet eure Zeit nicht mit der verzweifelten Suche nach einem imaginären



Kandidatin für Radio-Trauung: Suche nach privatem Glück

Idealpartner, sondern widmet sie mit großer Aufmerksamkeit den Menschen, die um euch sind und euch im Leben begegnen. Alles andere ergibt sich von selbst.

ROSTOCK

CHRISTINE RADKE

Paare genießen den klaren Vorzug der nur in einer dauerhaften Beziehung gedeihenden Gefühle wie Vertrauen, Geborgenheit



Titel: Radrennfahrer Gustav Kilian

Vor 50 Jahren

DER SPIEGEL VOM 23. MÄRZ 1950

Erster Direktor des deutschen Bundesrats Hermann Katzenberger, ein „eleganter Kulissenschieber“. **Toto-Irrtum in Flüchtlingsdorf** Freudfest stürzt vermeintliche Gewinnerin in Schulden. **Westdeutsche Eisenbahner unter ostzonaler Verwaltung** „Treppenwitz der Zonen-teilung“. **Wert der Ostmark auf Tiefstand** Künstlich provoziertes Schwarzer Freitag. **Amerikas Sorgenkind Berlin** Sieben Bedingungen zur Normalisierung der Ost-West-Beziehungen. **Albert Camus' „Das Missverständnis“** Inoffizielle Deutschlandpremiere missglückt.

Diese Artikel sind im Internet abzurufen unter <http://www.spiegel.de>

Werbeseite

Werbeseite

und tief empfundene Liebe. Und das alles ist mehr wert als ein kurzweiliges, stets neu scheinendes Singledasein.

HARRISLEE (SCHLESW.-HOLST.) BERNIE BERLING

Endlich wieder mal etwas, das es wert war, an meinen Single-Kühlschrank Marke „Viel zu groß für einen Liter H-Milch“ gepinnt zu werden. Nur, wer soll es lesen? Wenn jemand vorbeikommt, dann eh nur, um noch ein Bier zu trinken, wenn die Bars schließen. Na ja, wie Sie schreiben: Irgendwann entwickelt man dieses Gefühl, eine Beziehung als Krönung von Erfolg und Selbstbestimmung führen zu wollen, und zuckt dann jedes Mal erschrocken zurück, wenn es sich anbahnt, da man paranoid geworden ist gegenüber jeder noch so kleinen Einschränkung. Sie haben mein Lebensgefühl auf den Punkt gebracht. Schade nur, dass ich nicht weiß, ob mich das freuen oder erschrecken sollte.

MÜNCHEN MARCUS JANIETZ

Alles hat seinen Preis

Nr. 10/2000, CDU: Kohl sammelt wieder Spenden

Für Helmut Kohl ist also nun endlich auch der „kollektive Freizeitpark Deutschland“ ausgebrochen. Standhaft verweigert er die Mitarbeit in einfachen Bundestagsgremien, die weder seinem Genius noch seiner Bedeutung gerecht werden. Unentschuldigtes Fehlen am Arbeitsplatz bei gleichzeitiger Tätigkeit (Spendensammlung) in eigener Sache bedarf in seinem Fall unbedingter Unterstützung, jeder muss doch die Möglichkeit haben, seine „Fehler“ wieder gutzumachen, wenn schon nicht im Interesse der Allgemeinheit, so doch wenigstens im eigenen. Ist das derselbe Helmut Kohl, der mit der Aufweichung des Kündigungsschutzes und seinem verbalen Rundumschlag gegen die Pflichtvergessenheit des „kleinen Mannes“ zu Felde gezogen ist? Die Heuchelei feiert einmal mehr fröhliche Urständ.

FRIEDBERG (HESSEN) HARALD EHSER

Den Menschen in Afrika wird durch das Hochwasser die Existenzgrundlage genommen, und Helmut Kohl bekommt in kürzester Zeit sechs Millionen Mark von Spendern, die damit seine Fehler wieder gutmachen wollen – stimmen denn hier noch die Relationen?

PADERBORN MARTIN SCHARGOTT

Die CDU darf die neuen Spendengelder von Kohl nicht annehmen. Ansonsten macht sie sich wieder von ihm abhängig oder ist zumindest zu Dank verpflichtet. Dass Kohl beim Geldersammeln wieder so erfolgreich ist, zeigt nur, wie sehr er mit kapitalkräftigen Lobbyisten verflochten ist. Diese sind offensichtlich immer noch bereit, ihm Millionenbeträge zu schenken. Diese Geschenke sind aber nicht umsonst.



Spendensammler Kohl

Untauglicher Versuch

Alles hat seinen Preis. Dieser Bundeskanzler hat vermutlich noch nie unabhängige Politik zum Wohl des deutschen Volkes gemacht.

KARLSRUHE

PAL TÓSZEGI

Von einer Wiedergutmachung kann auch nicht gesprochen werden, wenn ein Teil des Geldes aus der Privatschatulle des Altkanzlers stammt. Dieser untaugliche Versuch einer gekauften Absolution wird der Partei langfristig mehr schaden als nutzen. Vielleicht erweist Helmut Kohl der CDU doch noch einen letzten Dienst und verabschiedet sich mit einer möglichst offenen Rede des Bedauerns aus der Politik.

KORNAL-MÜNCHINGEN (BAD.-WÜRTT.)

JÜRGEN H. STRAUB

Was bin ich doch für ein Träumer. Dass Helmut Kohl im Büßergewand herumwandelt, habe ich ja nicht gerade erwartet, aber dass er, nachdem er jahrelang das Parteiengesetz mit Füßen getreten hat, nur mit dem Finger zu schnippen braucht, und seine alten Freunde schaufeln ihm die Kohle rüber, ist schon atemberaubend. Und was tut die CDU? Scheinheilig distanziert sie sich zwar, aber das Geld nimmt sie schon gern an. Wo ist da der Neubeginn?

ISTEIN (BAD.-WÜRTT.)

HANNELORE BASSET

Schon lange überfällig

Nr. 10/2000, Handys: Macht Mobiltelefonieren krank? Interview mit dem Physiker Achim Enders über Funk-Störfälle in technischen Geräten

Ein seriöser und auch die „Forschungspsychologie“ erhellender Beitrag wie dieser war schon lange überfällig, um die biologische „Handy-Problematik“ entgegen

der Darstellung in den meisten Medien auf die wissenschaftlich adäquate Bedeutung schrumpfen zu lassen. Was das Interview mit mir angeht, würde ich gern klarstellen, dass die zwischen einem Handy und anderen elektrotechnischen Geräten einzuhaltenen Sicherheitsabstände sehr unterschiedlich sein können: 20 Zentimeter gelten für Herzschrittmacher, die auf Grund ihrer Einbettung im Körper und ihrer besonderen Bauart gut geschützt sind. Bei den Bedientasten von Aufzügen sind 50 Zentimeter anzuraten, bei manchen Haushaltsgeräten sind Abstände von mehr als zwei Metern erforderlich.

BRAUNSCHWEIG PROF. DR. ACHIM ENDERS
INSTITUT FÜR EMV / TU BRAUNSCHWEIG

Selbst eine BMW-Fahrer-Leiche hält nichts mehr fest umklammert – nicht einmal ihr Handy. Jeder seriöse Gerichtsmediziner wird dies bestätigen. Ebenso absurd er-



REX FEATURES

Handy-Test im Physiklabor
Gewünschte Ergebnisse produziert?

scheint es mir, dass die Handy-Industrie ernsthaft nach einem Beleg für das Gesundheitsrisiko durch Mobiltelefone sucht. Forschung, die von Lobbys finanziert wird, produziert auffallend häufig die gewünschten Ergebnisse.

OBERROHRDORF (SCHWEIZ) DR. THOMAS BRAUN

Bislang nicht aufgefallen

Nr. 11/2000, Panorama:
Außenpolitik – Iran-Konferenz in Berlin

Wir sind erfreut, dass die Iran-Konferenz, die vom 7. bis 9. April unter dem Titel „Zivilgesellschaft und Reformansätze in der Islamischen Republik“ in Berlin stattfinden wird, in den Zusammenhang der großen Diplomatie gerückt wurde, weil sie laut SPIEGEL „von Bundespresseamt und Kanzleramt vorbereitet“ wird. Das ist uns, der veranstaltenden Heinrich-Böll-Stiftung, bislang nicht aufgefallen. Selbstverständlich würden wir es dennoch sehr begrüßen, wenn Kanzler Schröder die Eröffnung der Konferenz übernehmen würde.

BERLIN RALF FÜCKS
VORSTAND DER HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG



Flutopfer in Mosambik
Armutszeugnis für Deutschland

Absolut verantwortungslos

Nr. 10/2000, Afrika: Todesflut in Mosambik zerstört Wachstumshoffnung

Dank der bildgebenden Medien konnten wir uns an dem heroischen Einsatz einer Hand voll südafrikanischer Soldaten beerauschen. Die Umweltkatastrophe selbst war seit Wochen vorhersehbar. Einige Fragen müssten erlaubt sein: Warum setzte die deutsche und internationale Hilfe erst so spät ein? Warum in so bescheidenem Maße? Wo blieb der Einsatz des ehemaligen Kolonialherrn Portugal?

HERNE DR. WOLFGANG HETTER

Es ist schon ein Armutszeugnis für die Bundesrepublik Deutschland, nur teure, hoch technisierte, komplizierte Helikopter mit nur geringer Zuladung zur Rettung von tausenden von Ertrinkenden einzusetzen. Eine Transalpe eine Woche eher, mit Lkw, Schlauchbooten und Außenbordmotoren, hätte die zehnfache Menge an Menschenleben retten können. Wozu gibt es bei der

DER SPIEGEL

VERANTWORTLICHER REDAKTEUR

dieser Ausgabe für Panorama, Stasi, Rechtsradikale, CDU, Parteispenden, Bundeswehr, Affären, SPD, Chronik: Ulrich Schwarz; für Rüstungsexporte, Grüne, Einwanderung, Prozesse, CDU, Spendenaffäre, Europa, Artenschutz, Weltfinanzen: Michael Schmidt-Klingenberg; für Szene, Schönheitskult, Fernsehen, Regisseure, Kunststreit, Autoren, Museen, Entertainer, Zeitkritik, Literatur, Bestseller: Dr. Mathias Schreiber; für Trends, Geld, Autoindustrie, Weltfinanzen, Luftfahrt, TV-Shopping, Marketing, Verlage, Einwanderung, Altersvorsorge: Gabor Steingart; für Panorama Ausland, Russland, Israel, Dänemark, Jugoslawien, Nordkorea, Ukraine, Brasilien, Feminismus, Österreich: Dr. Olaf Ihlau; für Prisma, Eisenbahn, Medizin, Biotechnik, Medikamente, Titelgeschichte: Olaf Stampf; für Rudern, Radsport: Alfred Weinzierl; für die übrigen Beiträge: die Verfasser; für Briefe, Register, Hohlspiegel: Katharina Stiegelmann; für Personalien, Rückspiegel: Peter Stolle; für Titelbild: Stefan Kiefer; für Layout: Rainer Sennewald; für Hausmitteilung: Hans-Ulrich Stoldt; Chef vom Dienst: Thomas Schäfer (sämtlich Brandstvierte 19, 20457 Hamburg)

TITELBILD: Illustration Robert Giusti für den SPIEGEL

Bundeswehr Pioniere mit entsprechender Ausrüstung und Ausbildung?

EDERSEE (HESSEN)

ULRICH SEIDLITZ

Seit über 30 Tagen sind große Teile Mosambiks überschwemmt. Erst jetzt, nach langen Wochen, beschließt die Bundesregierung, an Hilfsaktionen teilzunehmen. Schon dieses verspätete Einschreiten empfinde ich als absolut verantwortungslos. Zusätzlich lähmen Bürokratie und Logistik ein schnelles und konsequentes Handeln, um Menschenleben zu retten.

BADEN-BADEN

ACHIM HECHT

Nichts Rätselhaftes

Nr. 10/2000, Affären:
Die dunklen Geschäfte des Günther Krause

Sie schreiben in einem Artikel über den ehemaligen Verkehrsminister Prof. Dr. Krause: „Rätselhaft bleibt die Rolle des damaligen stellvertretenden Schatzmeisters der CDU in Schleswig-Holstein, Otto Bernhardt.“ Ich kannte Herrn Peter Rothe aus meiner Tätigkeit als Geschäftsleitungsmitglied der Schleswig-Holsteinischen Investitionsbank und Herrn Prof. Dr. Günther Krause aus der politischen Arbeit. Beide hatten mir unabhängig voneinander ihr Interesse am Kauf der Bank Companie Nord mitgeteilt, und ich habe beide zusammengebracht. Beide haben mich dann gebeten, in den Vorstand der BCN einzutreten, was ich getan habe. Im Zuge der Veränderungen der Eigentumsverhältnisse bin ich später wieder aus dem Vorstand ausgeschieden. An meiner Rolle ist nichts „rätselhaft“.

BERLIN

OTTO BERNHARDT
MdB (CDU)

Der erste Sozialist

Nr. 11/2000, SPD-Werbung

Im SPIEGEL wirbt die SPD mit einer Christoph-Kolumbus-Anzeige. Das ist angemessen, war Kolumbus doch bekanntlich der erste Sozialist: Er fuhr ab und wusste nicht, wohin. Er kam an und wusste nicht, wo. Er kam zurück und wusste nicht, woher. Und das alles mit fremder Leute Geld.

BONN

OTTO GRAF LAMBSDORFF
BUNDESMINISTER A. D.

Verstaubtes Pfründensystem

Nr. 10/2000, Meisterzwang:
Die Querelen um Existenzgründer

Mit Hilfe von Meisterzwang und anderen Vorschriften erweisen sich diejenigen als wirtschaftlicher Bremsfaktor, die ihre Pfründen sichern wollen. Sie übersehen dabei, dass sie an dem Ast sägen, auf dem sie selber sitzen. Die absurde Konsequenz

daraus: der Ruf nach ausländischen Fachleuten, die in vielen Fällen mit weniger Formzwang zum Ziel gekommen sind.

ÜRZIG (RHL.-PF.)

GEORG LASKA

Ginge es den Handwerkskammern wirklich um hehre Ziele, wie sie immer vorgeben, nämlich Sicherung der Qualitätsstandards und des Verbraucherschutzes, könnten sie einiges dafür tun. Beispielsweise in Form von Fachprüfungen für qualifizierte Quereinsteiger, unabhängig davon, wo das einschlägige Wissen erworben wurde. Was unsere Innungsmitglieder mitunter abliefern (dürfen!), ist nicht immer meisterhaft. Es wäre mehr als wünschenswert, wenn dieses verstaubte Stände- und Pfründensystem endlich juristisch zu Fall gebracht würde.

OBERRIBERG (BAYERN) GÜNTHER DÜRRSCHMIED

Verbrennungs- und Elektromotoren, Computer, Fernseh- und Rundfunkgeräte sind nicht von Handwerkern erfunden worden, dürfen aber nur von in die Handwerksrolle eingetragenen Meisterbetrieben repariert



Mittelalterliche Handwerker-Darstellung
Weggraulen vom Futtertrog

werden. Diese vor allem den wirtschaftlichen Interessen der etablierten Handwerkerbetriebe dienende mittelalterliche Zunftordnung verbietet es sogar, dem nicht in die Handwerksrolle eingetragenen Erfinder Reparaturen am eigenen Produkt auszuführen. Die Handwerksordnung dient in erster Linie dazu, die Nichtmeister vom Futtertrog wegzugraulen, ohne nach deren fachlicher Qualifikation zu fragen. Es bleibt zu hoffen und ist zu wünschen, dass die EU dieses Wirtschaftshemmnis bald beseitigt.

HERBOLZHEIM (BAD.-WÜRTT.) HERMANN KNODEL

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe – bitte mit Anschrift und Telefonnummer – gekürzt zu veröffentlichen.

In der Mitte dieser SPIEGEL-Ausgabe befindet sich in einer Teilaufgabe ein vierseitiger Beihefter der Firma Peek & Cloppenburg, Düsseldorf. In einer Teilaufgabe dieser SPIEGEL-Ausgabe klebt eine Postkarte der Firma Clarks Shoes, Bingen, und des SPIEGEL-Verlages/Abo, Hamburg. Eine Teilaufgabe dieser SPIEGEL-Ausgabe enthält eine Beilage der Firma „Die Tageszeitung“, Berlin.

Werbeseite

Werbeseite



Haastert



Massmann

PARTEISPENDEN

Konto „Hamburg“

Der frühere CDU-Schatzmeister Walther Leisler Kiep, 74, wusste entgegen bisherigen Beteuerungen zumindest von einem Konto seiner Partei in der Schweiz. Das ergibt sich aus Unterlagen, welche die United Bank of Switzerland (UBS) bei ihren Recherchen im Auftrag der CDU gefunden hat. Demnach eröffnete Kiep gemeinsam mit dem damaligen Generalbevollmächtigten der CDU-Bundesschatzmeisterei Uwe Lüthje sowie CDU-Finanzberater Horst Weyrauch am 10. Dezember 1975 ein Konto bei der Schweizerischen Bankgesellschaft (SBG), der Vorläuferin der heutigen UBS. Auf der Eröffnungskarte für das Konto 740720 sind alle drei als Verfügungsberechtigte eingetragen; sie haben jeweils persönlich unterschrieben.

Das Dokument stützt eine Aussage Lüthjes gegenüber der CDU, das SBG-Konto sei auf ihn und Kiep „ingerichtet“ gewesen. Kiep, Schatzmeister von 1971 bis 1992, habe es mit der anonymen Bezeichnung „Hamburg“ genutzt (SPIEGEL 6/2000). Dagegen hatte Kiep nach Angaben der CDU beteuert, er habe weder von dem Konto in der Schweiz noch von anderen Auslandskonten der CDU jemals Kenntnis gehabt. Auch bei der Augsburger Staatsanwaltschaft, die gegen den langjährigen Schatzmeister vergangene Woche Anklage wegen Beihilfe zur Steuerhinterziehung erhoben hat, gab Kiep zu Protokoll: „Ich habe keine Kenntnisse von Konten der CDU, die in der Schweiz geführt werden.“ Das SBG-Konto, für das Kiep verfügungs-



Kiep, Schreiber

berechtigt war, wurde am 11. Dezember 1981 geschlossen. Die Ermittler stützen ihre Anklage gegen Kiep auf dessen Aussage, er habe 1991 in Gegenwart von Weyrauch vom Lobbyisten Karlheinz Schreiber im schweizerischen St. Margrethen eine Millionenspende an die CDU in einem Koffer empfangen.

„Ich war mir darüber klar“, so Kiep vor der Staatsanwaltschaft, „dass es sich um nicht versteuertes Geld handelte.“ Nach Einschätzung der Staatsanwaltschaft ergibt sich daraus, dass Kiep Schreiber bei dessen Steuerhinterziehung unterstützte. Auch gegen Schreiber, 66, sowie die beiden damaligen Thyssen-Manager Winfried Haastert, 59, und Jürgen Maßmann, 56, erhob die Staatsanwaltschaft vorige Woche Anklage. Das Verfahren gegen den früheren CSU-Bundestagsabgeordneten Erich Riedl, 66, wurde mangels Tatverdacht eingestellt.



Nuklearsprengkopf (in einem US-Raketensilo in Nebraska)

ATOMWAFFEN

Schlappe für Fischer

In der Diskussion um eine neue Nato-Strategie hat Außenminister Joschka Fischer mit seiner Forderung, die Nato solle auf die Androhung eines nuklearen Ersteinsatzes verzichten, eine Schlappe erlitten. Die neu gefasste und noch geheim gehaltene Nato-Militärstrategie (Kürzel: MC 400/2), der auch die Berliner Regierung zugestimmt hat, dehnt die früher nur gegen die Atommacht Sowjetunion gerichtete „nukleare Abschreckung“ sogar noch aus. Nun droht die Allianz auch potenziellen Angreifern, die nicht über Atomwaffen, wohl aber über chemische oder biologische Massenvernichtungsmittel verfügen – Staaten wie der Irak, Iran oder Libyen – mit atomarem Ersteinsatz. Die Atom-Drohung sei unverzichtbar, sagt ein Nato-General, „weil wir sonst nichts haben“: Die Nato-Länder haben auf den Besitz von Chemie- und Bio-Waffen verzichtet.

GRÜNE

Ärger um Hermes

Trotz der Proteste von Umweltverbänden will Außenminister Joschka Fischer einer Hermes-Bürgschaft für das Staudammprojekt Ilisu im kurdischen Teil der Türkei zustimmen. In dem geplanten Stausee würde die kulturhistorisch bedeutsame Siedlung Hasankeyf versinken; an die 30 000 Menschen sollen umgesiedelt werden. Ende April wollen Gegner des Vorhabens mit einer Großdemonstration auf die sozialen und ökologischen Folgen des Projekts hinweisen. Die Grünen-Abgeordnete Claudia Roth, die dem Menschenrechtsausschuss des Bundestags vorsteht, plant eine Erkundungsreise in die Region. „Keinesfalls“, fordert



Bedrohte Siedlung Hasankeyf

Roth, dürfe „über die Bürgschaft entschieden werden, bevor die Bevölkerung ausreichend zu ihren Befürchtungen angehört worden ist“.

AGENTEN

Guerrilleros hautnah

Den militärischen Chef der kolumbianischen Guerrillagruppe ELN, Pablo Beltrán, und zwei seiner Adjutanten wollte Werner Mauss, Deutschlands bekanntester Geheimagent, zum Vortrag in ein rheinland-pfälzisches Gymnasium laden. Die Guerrilleros sollten vor den Oberstufenklassen der Schule, die auch zwei Söhne des Privatdetektivs

besuchen, über die Frage „Warum gibt es eine Guerrilla?“ sprechen. Für Dolmetscher wollte die ELN selbst sorgen. Eine Diskussionsrunde mit den Schülern sollte sich anschließen. Der Schulleiter hatte den Vorschlag von Mauss begrüßt, um den Schülern so Gelegenheit zu geben, sich „hautnah über die Lage in Kolumbien“ zu informieren. Das rheinland-pfälzische Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung lehnte den Auftritt der Guerrilleros in der Schule ab.

KANZLERAMT

Neue Männer

Im Umfeld von Bundeskanzler Gerhard Schröder wird neues Personal platziert. Klaus-Peter Schmidt-Deguella, 49, einstiger Berater von Finanzminister Hans Eichel und derzeit Chefstrategie von Arbeitsminister Walter Riester, soll ab Juni für Bundeskanzler Schröder arbeiten. Der Ex-Journalist, der an Eichels Sparkommissar-Image mitwirkte, soll einen Honorarvertrag beim Bundespresseamt bekommen. Als Nachfolger für den Ökonomie-Professor Klaus Gretschmann, der in Brüssel einen Posten übernehmen wird, ist sein Mitarbeiter, Ministerialdirigent Bernd Pfaffenbach, im Gespräch. Dessen Problem: Er stammt aus der alten Kohl-Mannschaft und war am Verkauf der Leuna-Raffinerie an Elf Aquitaine beteiligt. Der französische Konzern steht im Verdacht, der CDU via Liechtenstein Millionen Mark an schwarzen Spenden überwiesen zu haben. Pfaffenbach traf auch den Geschäftsmann Dieter Holzer, auf dessen Konto 50 Millionen Mark an Leuna-Provisionen flossen.



Schmidt-Deguella

RINDFLEISCH

Fischer will Warnzeichen

Bundesgesundheitsministerin Andrea Fischer will aus Großbritannien importiertes Rindfleisch mit einem deutlichen Warnhinweis kennzeichnen lassen. Das Fleisch könnte mit dem Schriftzug „British Beef“ gestempelt werden, so die grüne Ministerin. Für die Verbraucher sei dieser Hinweis leichter zu verstehen als die bislang geplante Kennzeichnung mit der Aufschrift „XEL“. Am Freitag vergangener Woche hatte der Bundesrat mit knapper Mehrheit den Importstopp für britisches Rindfleisch aufgehoben, obwohl Verbraucherschützer vor der Gefahr einer Übertragung der Rinderseuche BSE auf den Menschen warnen.



Britische Rinder

BUNDESPRESSEAMT

Akten verschwunden

Wichtige Akten aus der Regierungszeit Helmut Kohls sind auch im Bundespresseamt (BPA) unauffindbar. Das ergab jetzt eine hausinterne Revision. So fehlt der Rahmenvertrag mit der Solinger Agentur von Mannstein, die jahrelang das Image der Bundesregierung aufpolieren durfte. Ohne den Vertrag lässt sich nicht mehr nachvoll-

ziehen, wie viel Geld die Agentur für die Regierungswerbung erhalten hat. Nach einer überschlägigen Rechnung des BPA muss dafür ein hoher zweistelliger Millionenbetrag geflossen sein. Eine Nachfrage beim Bundesarchiv in Koblenz blieb erfolglos: Der Mannstein-Vertrag blieb verschwunden. Auch für Vorgänge im Zusammenhang mit Ausschreibungen und Aufwendungen für eine Auslandsmesse, bei denen es offenbar zu Unregelmäßigkeiten gekommen ist, fehlen Unterlagen.

SPD

Stundenplan für Abgeordnete

Um nächtliche Abstimmungsniederlagen im Bundestag zu vermeiden, hat der SPD-Fraktionsvorstand einen Plan zur „Präsenzsicherung im Plenum“ erarbeitet. „Um in den Abendstunden die Mehrheiten der Regierungsfractionen zu gewährleisten, werden die Mitglieder der Landesgruppen stärker in die Pflicht genommen“, heißt es in der Vorlage 14/384 des Parlamentarischen Geschäftsführers Uwe Küster. Ein detaillierter Dienstplan bestimmt, welche Abgeordneten wann im Plenum anwesend sein müssen. Die mitgliederstarke Landesgruppe Nordrhein-Westfalen etwa wird in zwei Abteilungen „A bis K“ und „L bis Z“ unter-

teilt; sie muss in dieser Woche beispielsweise von 21 bis 22 Uhr beziehungsweise von 22 bis 23 Uhr Sitzdienst leisten. Härter trifft es die Abgeordneten aus Schleswig-Holstein, Sachsen-Anhalt, Hamburg und Bremen: Sie müssen in der Sitzungswoche vom 3. bis 6. April zwischen 23 und 24 Uhr zur Nachtschicht anrücken.



SPD-Bundestagsfraktion

US-PRÄSIDENT

Besuch fraglich

Der für Anfang Mai geplante Deutschland-Besuch von US-Präsident Bill Clinton steht in Frage. Weil

Briten-Premier Tony Blair in der ersten Mai-Woche wegen der Wahl des Londoner Bürgermeisters zu Hause bleiben will und das Kanzleramt mit Finanzierungsproblemen rang, findet die ursprünglich in Berlin geplante Konferenz sozialdemokratischer Staatschefs zum

Thema „Fortschrittliches Regieren im 21. Jahrhundert“ voraussichtlich erst im Juni statt, dann aber in Lissabon. Kanzlerberater Michael Steiner hat den portugiesischen Regierungschef António Guterres vergangene Woche bereits informiert. Ob Clinton eigens zur Entgegennahme des Karlspreises in Aachen am 30. April nach Deutschland reist, ist bislang ungewiss.



Clinton

Am Rande

Otto, unterwegs



Als Sozialist kann man es keinem recht machen. Man hat praktisch nur die Wahl zwischen falsch und verkehrt. Eine

dritte Option gibt es nicht. Will einer die Revolution, zerstört er die Gesellschaft. Arrangiert er sich mit den Verhältnissen, ist er ein Opportunist. Ist er für den Einsatz der Bundeswehr im Ausland, gilt er als Kriegstreiber, ist er dagegen, schallt ihm ein höhnisches „Weichei!“ entgegen. Das Dilemma erreicht seine optimale Fallhöhe, wann immer es um Ausländer, Asylrecht und Einwanderung geht. Da sind linke Ansichten zwar äußerst ehrenwert, dafür aber mit der Realität meistens inkompatibel. So vertritt die SPD als Regierungspartei Positionen, die sie als Opposition bekämpft hat. Kein Wunder, dass einige Kabinettsmitglieder dem Konflikt mit sich selbst zu entkommen versuchen, indem sie auf „low profile“ schalten oder einfach abtauchen. Frau Wicze-Zeul, einst die „rote Heidi“ und Schrecken aller Parteitage, hat man zuletzt bei den Flutopfern in Mosambik gesehen. Und Otto Schily, ehemals Inbegriff linker Rechtschaffenheit, war neulich beim Starkbieranstich in München, während im Bundestag über Asyl- und Ausländerrecht debattiert wurde. Das fanden viele vollkommen daneben und regten sich entsprechend auf. „Wo ist Schily?“, fragten sie, als hätte sich der Innenminister zum Surfen nach Hawaii abgemeldet. Dabei war er nur dienstlich im befreundeten Inland unterwegs, um den Bayern klarzumachen, dass „Sozen“ keine Unmenschen sind. Wie die Ausländer, sobald sie zwischen Paulaner und Berliner Kindl zu unterscheiden gelernt haben.



Schwulenparade (in Berlin)

HOMOSEXUELLE Gleiches Recht

Partner von homosexuellen Angehörigen des Auswärtigen Dienstes sollen ab sofort weitgehend wie Ehegatten behandelt werden. Mit einem Rund-erlass an die Auslandsvertretungen, der auch für nicht eheliche Partnerschaften gilt, werde eine seit Jahren praktizierte „Kultur des Good Will“ in ein formelles Nicht-Diskriminierungsgebot mit verbürgten Rechten und Ansprüchen umgewandelt, so Ludger Volmer, grüner

Staatsminister im Auswärtigen Amt. Schwule Partner sollen bei der Vermittlung von Jobs unterstützt werden und dürfen Freizeiteinrichtungen der Botschaften wie Schwimmbäder oder Tennisplätze mitbenutzen. In die Berichte des Auswärtigen Amtes über Lebensbedingungen in den Gastländern werden Hinweise zur Situation von Homosexuellen aufgenommen. Ausdrücklich erwünscht sei auch die „diplomatische Mit-Tätigkeit“ homosexueller Partner im Ausland. Diese könnten zudem – wie Ehegatten – die Ausstellung eines Diplomatenausweises beantragen.

AUTONOME

Goldene Hakenkrallen

Niedersachsens Verfassungsschützer befürchten angesichts des Widerstands gegen die Weltausstellung Expo 2000 in Hannover, dass die Autonomen-Szene verstärkt so genannte Hakenkrallen einsetzt. Für die Anfertigung der Metallstücke aus Kupferrohr, Messing oder Stahl, eingesetzt zur Zerstörung von Stromabnehmern an Eisenbahnen, finden sich im Internet exakte Bastelanleitungen. Laut Verfassungsschutzchef Rolf-Peter Minnier verleiht die Szene das Sabotage-Werkzeug bereits als Orden für Widerständler gegen Castor, Expo oder „Bullenstaat“: Auf einem Antifa-Treffen in Lüneburg sei die „Goldene Hakenkralle“, eine Mi-



Hakenkralle

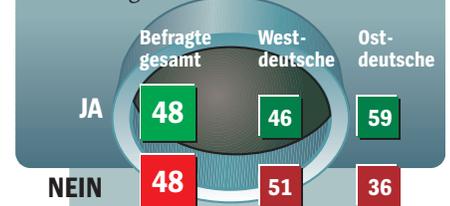
niaturausgabe des Originals, erstmals Autonomen ans Revers geheftet worden. Minnier befürchtet Hakenkrallen-Aktionen gegen Zubringerzüge zur Expo.

Nachgefragt

Großer Bruder

„CDU und CSU fordern, Straßen und Plätze in ganz Deutschland mit Videokameras zu überwachen, um so genannte Kriminalitätsbrennpunkte zu entschärfen.“

Unterstützen Sie diesen Vorschlag? “



Emnid-Umfrage für den SPIEGEL vom 14. und 15. März; 1000 Befragte; Angaben in Prozent; an 100 fehlende Prozent: weiß nicht

RÜSTUNGSEXPORTE

Sprengsatz für Rot-Grün

Wieder holen die Koalition ihre alten Streitthemen ein: Atom, Ausländer und besonders der Waffenhandel. Die Lieferung von „Fuchs“- und „Leopard“-Panzern in umstrittene Staaten kann die Regierung auseinander treiben.

Der Hilferuf aus dem Verteidigungsausschuss kam gegen Mittag. Aufgeregt meldete Generalmajor Wolfgang Schneiderhan vergangenen Mittwoch der Rüstungsabteilung des Wehressorts, der Parlamentarische Staatssekretär Walter Kolbow komme gerade „in größte Schwierigkeiten“. Die CDU/CSU frage nach einem bevorstehenden Geschäft mit Spürpanzern für die Vereinigten Arabischen Emirate, der grüne Koalitionspartner werde unruhig: „Was soll er sagen?“



Die Ministerialbeamten wussten zunächst keine Antwort. Seit dem Hauskrach um die Lieferung eines „Leopard“-Testpanzers an die Türkei 1999 ist „Rüstungsexport“ im rot-grünen Bündnis ein Reizwort mit Sprengkraft – ähnlich wie „Atom“.

Kurz vor dem Grünen-Parteitag in Karlsruhe war es der Opposition ein Vergnügen, in den Wunden der Koalition zu bohren. Lange genug hatte die Union daran gelitten, dass im Schatten der schwarzen CDU-Kassen alle Patzer und Brüche in der Koalition aus dem öffentlichen Bewusstsein geschwunden waren.

Nun aber kamen vergangene Woche die alten rot-grünen Problemthemen wie von selbst wieder hervor. Die Debatte um die „Fuchs“-Spürpanzer zeigte wiederum die tief gehende Differenz zwischen der pazifistischen Menschenrechtspartei und dem Kanzler der Wirtschaft. Mit dem Thema Rüstungsexport konnte die Union zudem wie in alten Zeiten die grünen Gegenpole – Joschka Fischer und die Basis – vorführen.

Passend zum „Fuchs“ rollte auch noch der leidige „Leo 2“ wieder an die Berliner Front – in Gestalt einer förmlichen Voranfrage zur Serienproduktion von bis zu 1000 Kampfpanzern für die Türkei.

Mit dem Streit über die Hermes-Bürgschaften für neue Kernkraftwerke im Ausland fehlt auch das Reizthema Atom nicht mehr, begleitet von einer bitteren Einwanderungsdiskussion, um die Verletzlichkeit des regierenden Bündnisses vorzuführen (siehe Seite 25). Dabei hätte der „Fuchs“ allein gereicht.



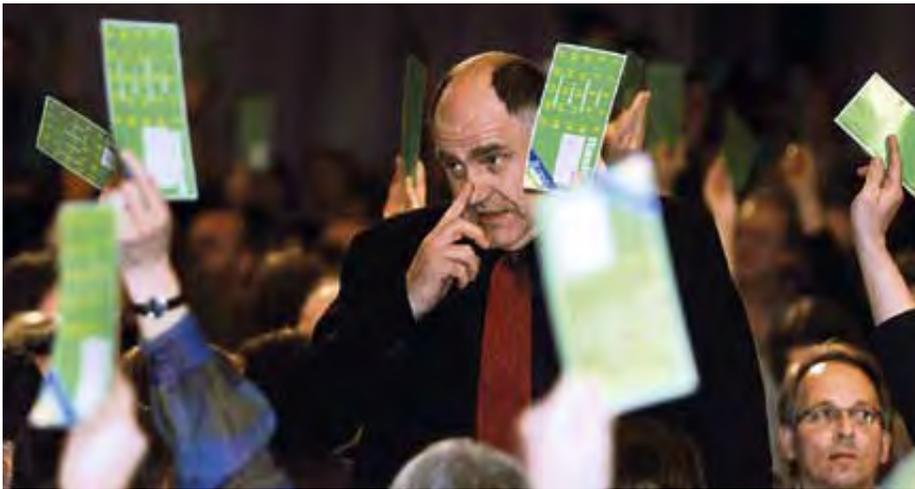
Kabinettskollegen Fischer, Scharping, „Leopard“-Panzer: Schöne neue Regeln

Schon am Dienstagnachmittag hatten Presseoffiziere des Ministeriums Alarm geschlagen. Sie benötigten „dringend“ eine „Sprachregelung“ zu einem Artikel, den der „Stern“ am Donnerstag über einen von Bundeswehrstellen unterstützten Deal mit „Fuchs“-Spürpanzern drucken werde.

Die Rüstungsbürokraten zeigten indes keine Eile. Sie zogen sich vielmehr noch am Mittwochmittag stur auf Formalien zurück: Ihr Chef, Staatssekretär Walther Stützle, habe eine Frist bis 14.00 Uhr eingeräumt; vorherige Nachfrage sei zwecklos.



Spürpanzer „Fuchs“ (in Saudi-Arabien): Kampfmittel gegen Menschenrechte?



Abstimmung auf dem Karlsruher Grünen-Parteitag*: *Perfekt-perfidus Timing*

Die Trägheit trotz heraufziehender Krise hat einen schlichten Hintergrund: Stützle ist wegen seiner schnoddrig-herablassenden Art nicht gut gelitten. Deshalb machen viele Untergebene lieber Dienst nach Vorschrift als mit Engagement und politischem Gespür. So geriet die Öffentlichkeitsarbeit des Berliner Kabinetts zur Rüstungskoope­ration mit den Emiraten vergangene Woche zum Desaster.

Als Ersten traf es Kolbow. Im Parlament musste er den Abgeordneten eine Antwort schuldig bleiben: „Es tut mir leid, ich weiß nichts.“ Dabei hätte der SPD-Mann, schnelle Reaktion der Stützle-Truppe vorausgesetzt, der Union leicht den Spaß an der Debatte verderben können: Die erste Vereinbarung über Rüstungszusammenarbeit mit den Emiraten hatte der damalige CDU-Staatssekretär Bernd Wilz unterschrieben, im März 1997.

Zusätzliches Pech für Kolbow: Niemand erinnerte ihn daran, dass er selbst im Juli vergangenen Jahres mit den Scheichs eine Folge-Verabredung getroffen hatte. Darin geht es um den „Aufbau einer Abwehrkapazität“ gegen atomare, chemische und biologische Waffen samt Lieferung von Ausrüstung, wie etwa „Fuchs“-Spürpanzern, ferner um Gerät zur „elektronischen Kampfführung“ und Hilfe beim „Aufbau einer Unterwasserkapazität“, zu deutsch:

den Verkauf von U-Booten und Seeminen. Das hatte damals niemanden aufgeregt. Schon gar nicht Fischers Außenamt. Seine Diplomaten waren immer dabei.

Ein Hinweis Kolbows darauf hätte wenigstens die Kritiker von den Grünen vorsichtiger gemacht. Stattdessen gingen die Abgeordneten Angelika Beer und Claudia Roth die eigene Regierung an, als seien sie immer noch in der Opposition: Die Lieferung von Spürpanzern „in eine der brisantesten Spannungsregionen der Welt“ sei mit den neuen Exportrichtlinien „nicht vereinbar“, zumal in den Emiraten die Menschenrechte „massiv verletzt“ würden.

Eine neue rot-grüne Krise zeichnet sich ab. Vergangenen Herbst hatte der Streit um einen „Leo“-Testpanzer für den Nato-Partner Türkei fast die Koalition gesprengt. Und nun die Fortsetzung, Panzer nach Nahost?

Joschka Fischers Außenamt tat unbeteiligt. Der Grüne suchte das heikle Thema beim Verteidigungsministerium des SPD-Manns Rudolf Scharping abzuladen. Während Sprecher verschiedener Ministerien munter widersprüchliche Angaben zum Stand der „Fuchs“-Anfragen aus der Industrie machten, mühte sich Regierungssprecher Uwe-Karsten Heye, Fischer zwecks Klarstellung ins ZDF zu bugsieren.

Der Grüne lehnte ab. Stattdessen musste Scharping in der ARD den Deal verteidigen: Mit einem Gerät zum Aufspüren der Wirkung atomarer, chemischer oder biologischer Waffen ließen sich Menschenrechte

wohl kaum unterdrücken, wies der Wehrminister die Kritiker aus dem Lager des kleinen Koalitionspartners zurecht.

Der Widerstand des Ober-Grünen gegen einen Fernsehauftritt war wohl verständlich: Fischer, wegen der Genehmigung von Hermes-Bürgschaften für China-Reaktoren ohnehin schon unter Druck aus den eigenen Reihen, hätte ausgerechnet vor seinem Parteitag seine Widersprüche und Heimlichkeiten erklären müssen.

Tatsächlich hatte der Bundessicherheitsrat (BSR) bereits am 18. Januar vorigen Jahres eine „Voranfrage“ des „Fuchs“-Herstellers Henschel Wehrtechnik auf Lieferung der leicht gepanzerten Sechsräder-Vehikel positiv beschieden und so ein Präjudiz geschaffen. Damals ging es nur um 29 Exemplare. Mittlerweile stehen 64 Fahrzeuge zur Debatte. In dem Geheim-Gremium, das in unregelmäßigen Abständen über Rüstungsexporte befindet, sind neben Kanzleramt, Wirtschafts- und Verteidigungsministerium auch die Ressorts für Entwicklungshilfe und Äußeres vertreten.

Das Außenamt hatte damals im BSR gegen die „Spürfüchse“ gestimmt, wie Fischer-Vertraute jetzt listig durchsickern ließen. Doch inzwischen hat sich der Minister von den Argumenten des Kollegen Scharping beeindrucken lassen, der „Spürfuchs“ sei für Angriffsfahrten überhaupt nicht geeignet. Fischer sieht den Export nicht mehr ganz so skeptisch. Kaum machte dies die Runde, lenkte auch die anfangs so empörte Grünen-Wehrexpertin Beer ein: Der Verkauf reinrassiger Spürpanzer dürfe getrost geprüft werden.

Auch bei anderen heiklen Geschäften mit den Scheichs am Persischen Golf hat sich der heimliche Grünen-Chef bedeckt gehalten und lautstarken Koalitionskrach vermieden: Trotz des Streits um den Test „Leo“ für Ankara genehmigte der Sicherheitsrat den Emiraten im vorigen Herbst ohne viel Aufhebens den Kauf von 32 ausgemusterten Alpha Jets der Luftwaffe, die als Schulflugzeuge, aber auch als Bomber eingesetzt werden können. Und für die „Unterwasserkapazität“ der Emirate gab der BSR am 27. Oktober auch zwei Gebraucht-U-Boote der Marine frei – Training für die Mannschaften inklusive.

Immerhin verzichtete Scharping wenig später auf den Plan, eine Reise in die Emi-

* Mit Bundestagsfraktionschef Rezzo Schlauch am vergangenen Freitag.

rate und nach Ägypten mit einem Abstecher nach Ankara zu verbinden. Seinen Rüstungsabteilungsleiter Jörg Kaempf ließ er kurz vor dem Start des Luftwaffen-Airbus noch von der Passagierliste streichen.

Scharping wollte den Koalitionskonflikt nicht weiter schüren: „Ich bin nicht als Waffenhändler unterwegs.“ Im Übrigen aber seien die Emirate ein Stabilitätsfaktor in der Golfregion und auch deshalb der Rüstungszusammenarbeit würdig, weil ihre Truppen mit Nato und Bundeswehr im Kosovo beitragen, den Frieden zu sichern.

Murrend willigte Scharping („Ich halte das für überflüssig“) ein, dem Koalitionsfrieden zuliebe die seit 1982 geltenden Richtlinien für Rüstungsexporte zu ändern. Fortan, so die seit Januar geltende Devise, solle die „Menschenrechtssituation im Empfängerland eine wichtige Rolle“ spielen.

Die schönen neuen Regeln sorgen jetzt für neuen Zündstoff: Wenn dieser Menschenrechts-Maßstab auch für Kampfpanzer-Geschäfte mit der Türkei angewendet werde, glauben die Grünen und auch Fischer, lasse sich eine andere Bestimmung aushebeln: Waffenexporte in Nato-Länder, heißt es in der Richtlinie an anderer Stelle lapidar, seien „grundsätzlich nicht zu beschränken“ – es sei denn, „dass aus besonderen politischen Gründen in Einzelfällen eine Beschränkung geboten ist“.

Die Türkei, die sich zuweilen um Fortschritte auf dem Weg zu Rechtsstaatlichkeit bemüht und als treues Nato-Mitglied gilt, wurde von Fischer persönlich zum Beitritt in die Europäische Union eingeladen. Deshalb sieht Scharping keinen Grund, den Türken den „Leo“ vorzuenthalten.

Auch Schröder war bislang durchaus angetan von der Idee, bis zu 1000 „Leos“ an die Türkei zu verkaufen und als Zweitge-

Streit um den Test-„Leopard“ schien erst einmal Ruhe angesagt. Die Türken, meinten die Berliner, würden gemächlich testen.

Überraschend stellen sie nun im Verein mit der deutschen Rüstungslobby den Bündnispartner vor die Panzer-Probe – weit früher als erwartet: Vergangene Woche, perfekt-perfidus Timing zum Grünen-Konvent, erreichte das Außenamt die förm-

liche Voranfrage des Herstellers Krauss-Maffei Wegmann für „Leo“-Lieferungen, als „reine Vorsorgemaßnahme“, so die Firma listig.

Seither geht in Berlin wieder die Furcht um die Macht um. Den martialisches „Leopard“ an die Türken mit ihrem unge lösten Kurden-Problem zu liefern ist für grüne Pazifisten eine noch weit schlimmere Sünde als der „Fuchs“-Export. Fischer

weiss, dass seine mit dem Motto „Frieden schaffen ohne Waffen“ sozialisierte Partei von einem zweiten Panzer-Spatat wie im vorigen Jahr zerrissen würde. Wenn die „Leos“ zu den Türken rollen, weissagt Wehr-Frau Beer, „ist Rot-Grün am Ende“.

ALEXANDER SZANDAR



Minister Fischer, Grüne*: Widersprüche und Heimlichkeiten

schafft auch deren Dauerrivalen Griechenland mit deutschen Panzern zu beliefern.

Die Entscheidung darüber wählte Schröder jedoch in weiter Ferne. Nach dem

* Fraktionssprecherin Kerstin Müller und Umweltminister Jürgen Trittin am vergangenen Freitag in Karlsruhe.

„Ein bisschen Solidarität“

Joschka Fischer versucht, die Grünen an die Zumutungen des Regierens zu gewöhnen.

Hohl hallte der Donner unter seiner Rede. Joschka Fischer, der virtuelle Parteivorsitzende der Grünen, Strippenzieher und informelles Machtzentrum, hämmerte seinen Parteifreunden mit Schlägen auf das Pult ein, dass sie einer Regierungspartei angehören.

„Regierungshandeln ist nicht nur Angelegenheit der Regierung und auch nicht nur der Fraktion, sondern der gesamten Partei“, beschwor der Außenminister die Delegierten am vergangenen Freitag zur Eröffnung des Parteitags in der Karlsruher Schwarzwaldhalle.

Drei Stunden lang hatten die Partei und ihr gehasst-geliebter Joschka einander gegenüber gesessen, bevor Fischer endlich zu Wort kam. Im Plenum vibrierten Wut und Enttäuschung über den Minister, der ihnen pünktlich zum Parteitag das Ja zu einem neuen Atomreaktor in China zugemutet hatte, ohne wenigstens vorher die Gremien zu informieren.

„Während seines Dauermarathons ins Auswärtige Amt“, schimpfte eine Delegierte aus Cochem, „hat Joschka alle Ziele und Ideale über Bord geworfen, für die wir jahrelang gekämpft haben.“

Das saß. „Ein bisschen Solidarität“, forderte Fischer später, „nicht nur wenn es aufwärts geht, täte auch nicht schlecht.“ Der Außenminister, schmal und bleich, stellte die Last der Weltverantwortung zur Schau und pochte auf grüne Erfolge: „Ohne uns wären in diesem Land nicht die Rollläden hochgegangen.“

Kein Raum für grüne Gefühligkeit. Wie Fischer beschworen auch die Minister Andrea Fischer und Jürgen Trittin, die ausscheidende Vorsitzende Gunda Röstel sowie der Fraktionschef Rezzo Schlauch leidenschaftlich ihre Parteifreunde, die Rolle der Regierungspartei anzunehmen.

Die Botschaft beeindruckte die Delegierten spürbar. 20 Jahre nach

ihrem ersten Bundesparteitag schwang den einstigen Alternativen und Ökopaxen, dass sie sich nicht länger als Gralshüter ihrer eigenen Geschichte verstehen dürfen.

Gleicher Ort, andere Partei. Zwei Jahrzehnte nach dem anarcho-fröhlichen Gründungshappening, als Blumen, Bärte, Babys das Bild prägten, dominierten nun das Regierungsgrau von Ministern, Fraktionschefs, Parteisprechern – und die Krise der Grünen.

„Seit über zwei Jahren hängt das grüne Segel in der Flaute“, dichtete Röstel, immer in Angst vor der Fünf-Prozent-Hürde, „weil man nicht mehr an sich selbst glaubt.“

Es bedurfte der pfeifenden und protestierenden Gewerkschafter und Betriebsräte aus den Atomkraftwerken, die gegen die rot-grünen Ausstiegspläne demonstrierten, um der grünen Basis klarzumachen, an welcher harten Front ihre eigenen Leute in der Regierung kämpfen.

EINWANDERUNG

Stimmen mit Stimmung

Die Union will die Regierung mit dem Thema Einwanderung in die Enge treiben. Die Chancen sind gut: Die Koalition ist darüber selbst zerstritten.

Wenn sich das Bundeskabinett bis zum letzten Punkt „Verschiedenes“ vorgearbeitet hat, schlafft die Ministerrunde oftmals rapide ab. Meist folgt nur noch das, was Bundeskanzler Gerhard Schröder gern mal „Gedöns“ nennt, Nebensächlichkeiten, die für das Projekt Wiederwahl 2002 nicht weiter wichtig scheinen.

Am vergangenen Mittwoch war es wieder so. Als es beim letzten Tagesordnungspunkt zum Thema „Visumverfahren bei den Auslandsvertretungen“ kam, merkte kaum ein Minister auf. Nur Innenminister Otto Schily (SPD) und der grüne Außenminister Joschka Fischer wussten, dass sich hier ein heftiger Koalitionsstreit verbarg.

Doch der Konflikt sollte nicht ruchbar werden: „Keine inhaltliche Diskussion“, befahl ein Vermerk aus dem Kanzleramt und delegierte die „Klärung der Streitpunkte“ an die Staatssekretäre Claus Henning Schapper vom Innenministerium und Wolfgang Ischinger vom Auswärtigen Amt.

Um es im Kabinett nicht zum lautstarken Eklat kommen zu lassen, hatten sich die beiden Alt-68er, Terroristen-Anwalt Schily und Steinewerfer Fischer, tags zuvor über die Schadensbegrenzung verständigt. Zwischen den Häusern waren bereits derbe deutliche Depeschen ausgetauscht worden.

Wieder war ein seltsames Solo des Ober-Grünen Fischer die Ursache des Krachs gewesen. Der Außenminister hatte am 3. März, zwei Wochen vor dem Grünen-Parteitag, alle deutschen Vertretungen im Ausland per Runderlass angewiesen, dass „die Visaerteilung durch die Auslandsvertretungen erleichtert“ werden sollte. „Eine Ressortabstimmung hat nicht stattgefunden“, rügt ein Vermerk aus dem Kanzleramt.

Entsprechend sauer reagierte der rote Sheriff Schily auf den Vorstoß. Die Weisung verstoße gegen das Ausländergesetz und den Vertrag von Schengen, der die Einwanderung EU-weit einheitlich regelt, wettete der Innenminister. Der Grüne Fischer, so der unausgesprochene Vorwurf, öffne Deutschland für Einwanderer.

Der Außenminister dagegen versicherte, er wolle „keinesfalls in bestehendes Visumrecht eingreifen“, sondern lediglich die große Zahl von Problemfällen reduzieren. „Begleitende Erläuterungen“ der Staatssekretäre sollen die Fischer-Weisungen nun relativieren.



T. HANLEY / SIPA PRESS

Indische Fachkräfte in Bangalore: „Zügig und ohne zu enge Begrenzungen zulassen“



T. SANDBERG

Schröder in Chip-Werk: „Ein brandgefährliches Thema“

Kanzler Schröder teilt Schilys Befürchtungen schon aus taktischen Erwägungen. Denn beim Thema Ausländer hat die Konkurrenz von CDU und CSU, befeuert vom Weißwurst-Nationalismus des Bayernchefs Edmund Stoiber, eine klare, näm-

lich grundsätzlich ablehnende Position, die der latenten deutschen Furcht vorm Fremden entgegenkommt.

In Schröders rot-grüner Koalition dagegen klafft ein unüberbrückbarer Graben zwischen Grünen, die sich dem multikulturellen Miteinander verpflichtet fühlen, Genossen, die immer noch gern die „Internationale“ anstimmen, und dem strammen Innenminister Schily, der im Bund mit der Mehrheit der Deutschen gern eine Rolle Stacheldraht mehr an den deutschen Grenzen ausrollen würde.

Das Ausländerthema könnte sich für die Regierung Schröder zum heikelsten Stoff der ganzen Legislaturperiode entwickeln. Während der Kanzler der neuen Mitte die klassisch konservativen Themen wie Wirtschaft und Haushalt geschickt besetzt hält,

ist die Koalition bei der Einwanderungs- und Asylfrage von umfassender Ratlosigkeit befallen. „Ein brandgefährliches Thema“, warnt ein Vertrauter Schröders, „da kann uns die Opposition nach Belieben in die Enge treiben.“

Wie schwierig der Umgang mit dem Thema ist, musste der Kanzler in den vergangenen Wochen persönlich erfahren. Mit der von ihm angezettelten Debatte über eine unbürokratische befristete Aufenthaltsgenehmigung für ausländische Software-Experten hatte Schröder seiner rot-grünen Regierung einen neuen Problemfall beschert.

Die vermeintlich so einfache wie charmante Lösung der „Green Card“ zieht eine Einwanderungsdebatte inklusive lästiger Asyldiskussion nach sich – und die kann Rot-Grün vor der Wahl zum nordrhein-westfälischen Landtag Mitte Mai überhaupt nicht gebrauchen.

Denn der Import von „Computer-Indern“, wie „Bild“ die gesuchten Fachkräf-

„Und jetzt tönt er“

Gerhard Schröder ließ als Ministerpräsident einen Informatik-Studiengang schließen.

Abends, wenn der Informatik-Professor Joachim Biskup den Fernseher einschaltet, kommt er aus dem Staunen nicht mehr raus.

Da sieht er, wie Bundeskanzler Gerhard Schröder verspricht: „Wir wollen Deutschland zu einem Land machen, das führend in der Informationstechnologie ist.“ Und er hört ihn klagen, das Land habe nicht genügend Computerspezialisten ausgebildet – „wegen der Fehler der Regierung Kohl“.

Biskup arbeitete an der Universität Hildesheim, bis dort 1996 die Studiengänge Informatik und Wirtschaftsmathematik aufgelöst und bis 1998 abgewickelt wurden – auf Betreiben der niedersächsischen Landesregierung unter Ministerpräsident Schröder. „Und jetzt tönt er“, ärgert sich der Datenbankexperte, der heute in Dortmund lehrt.



Protest Hildesheimer Studenten (1996)
„Ein prosperierender Bereich“

Mit viel Elan und Geld hatte die Uni Hildesheim 1984 den Studiengang Informatik gestartet, etwa 50 bis 60 Millionen Mark kostete sein Aufbau. Die Wirtschaft riss sich um die Absolventen, denn die Ausbildung galt als praxisnah; so wurde 1987 der Schwerpunkt „medizinische Informatik“ eingeführt – damals einmalig in Deutschland.

Fast 700 angehende Informatiker studierten zuletzt in Hildesheim, am Ende legten 85 im Jahr das Diplom ab. „Es war ein prosperierender Bereich“, sagt die heutige Uni-Präsidentin Ulla Bosse.

Dann kam das Aus. Niedersachsen war mit 60 Milliarden Mark verschuldet, sämtliche Universitäten mussten Stellen abbauen, doch Hildesheim traf es besonders hart: Per Verordnung vom

18. Juni 1996 schloss die damalige Ministerin für Wissenschaft und Kultur, Helga Schuchhardt, die kompletten Studiengänge Informatik und Wirtschaftsmathematik „mit einer Einsparauflage im Umfang von 64 Stelleneinheiten“.

Begründung: Die Nachfrage nach Informatik-Plätzen habe erheblich nachgelassen, es sei „erfahrungsgemäß nicht mit einem Anstieg auf die Höchstwerte früherer Jahre zu rechnen“. Der Abbau sei unumgänglich, so die Ministerin, das zeigten die sinkenden Anfängerzahlen „überdeutlich“.

Die Hildesheimer Hochschullehrer waren erschüttert. In einer Stellungnahme wiesen sie die Ministerin darauf hin, es sei zu erwarten, dass die Nachfrage wieder „erheblich steigen wird“ – zu Recht, wie man inzwischen weiß. Die heutige Uni-Präsidentin schlug Schuchhardt sogar vor, statt der Informatik die Sozialpädagogik zu opfern. Die Regierung lehnte das ab.

Rund 500 Studenten zogen mit Transparenten und Trillerpfeifen nach Hannover vor Schuchhardts Ministerium am Leibnizufer, vermauerteten die Eingänge und blockierten die Straßen. Einige schlichen sich ein paar Tage später in die Landespressekonferenz ein, wo gerade der Ministerpräsident sprach, und entfalteten hinter ihm ein Plakat: „Schröder hilf“.

Doch der blieb hart. „Ich kann ihnen keine Hoffnung machen“, beschied Schröder den Demonstranten. An allen Universitäten müsse gespart werden: „Der Beschluss steht fest.“

Mittlerweile arbeitet in Hildesheim nur noch ein Rumpfteam von Mathematikern. Wo einst die Informatiker tüftelten, sitzen nun Geistes- und Sozialwissenschaftler. Die Universität verhandelt derzeit mit dem jetzigen Wissenschaftsminister Thomas Oppermann darüber, das verbliebene Computer-Know-how wenigstens noch für die Lehrerausbildung zu nutzen.

Unterdessen hat die Hochschule späte Schützenhilfe vom Oberverwaltungsgericht Lüneburg bekommen. Die Verordnung von 1996 sei nichtig, stellten die Richter fest – allerdings erst im Sommer 1999, als die Fachbereiche längst abgewickelt waren. „Das ist Balsam für eine Leiche“, spottet ein ehemaliger Mitarbeiter. ALEXANDER JUNG

te nennt, gibt der Union die Chance, eine komplette Neuregelung der vertrackten Bestimmungen zu fordern. Bekäme die Industrie problemlos Computerkräfte, stünden alsbald Gastronomie und Landwirtschaft an, prophezeit Erwin Huber, Chef der bayerischen Staatskanzlei. Da könne man doch gleich das längst überfällige Einwanderungsgesetz auf den Weg bringen.

Das Tückische daran: Für eine umfassende Einwanderungsregelung, die sich auch der Flüchtlinge annimmt, müsste der Artikel 16 Grundgesetz, der so genannte Asylparagraf, gestrichen werden. Das „individuelle Recht auf Asyl“, das derzeit in unklaren Fällen eine Prozess-Serie nach sich ziehen kann, würde durch eine institutionelle Asylgarantie ersetzt, die den Rechtsweg für Asylbewerber und Einwanderungswillige praktisch ausschließt.

Noch gehört der Asylparagraf aber zum Dogmenarsenal der Grünen wie Pazifismus und Atomausstieg. Schröder und vor allem Schily dagegen wären sich mit Stoiber wahrscheinlich ziemlich schnell über eine Abschaffung einig.

Denn mit den Jahren entstand neben dem Artikel 16 ein unübersichtliches Gewirr an Bestimmungen und Verordnungen, das jede Klarheit ausschließt, eines aber gewiss nicht leistet: tatsächlich politisch Verfolgten die Flucht nach Deutschland zu ermöglichen.

Der Streit entbehrt nicht einer bizarren Note. Ausgerechnet Liberale und Christdemokraten, die es in 16 Jahren Regierungszeit nicht vermochten, ein Einwanderungsgesetz zu formulieren, drängen jetzt auf Regelungen. Die SPD hingegen, die bereits 1997 einen fertigen Gesetzentwurf präsentierte, will daran nun nicht mehr erinnert werden.

Völlig vergessen ist auch die heldenhafte Forderung der SPD von 1992. Damals ließen sich die Genossen nur auf den Asylkompromiss ein unter der Bedingung, die Bundesregierung möge anschließend ein Einwanderungsgesetz ausarbeiten.

Die momentane kollektive Amnesie der Sozialdemokraten hat gute Gründe: das Trauma der Hessen-Niederlage. Mit Hilfe einer simplen Unterschriftenkampagne gegen das von der rot-grünen Bundesregierung geplante Staatsbürgerschaftsrecht hatte im Februar 1999 Oppositionsführer Roland Koch (CDU) den SPD-Ministerpräsidenten Hans Eichel aus dem Amt gejagt.

Das soll sich nicht wiederholen. Ausländer, so wissen die Strategen in Kanzleramt und der Parteispitze genau, sind eines der wenigen Themen, mit denen die Union noch Stimmungen und Stimmen bewegen kann. Schon polemisiert der NRW-Herausforderer Jürgen Rüttgers (CDU) gegen eine „neue Einwanderungswelle“ von indischen Hindus. Mit seinem Slogan „Kinder statt Inder“ gelang ihm darüber hinaus das unverhohlenste „Ausländer raus!“



F. HELLER / ARGUM

Unionspolitiker Merkel, Glos, Stoiber*: Angst vor Billigjobbern aus Polen, Tschechien und Ungarn

Als Nächstes wird sich die CSU der Angst der Ostdeutschen vor Billigjobbern aus Polen, Tschechien und Ungarn annehmen und kräftig gegen die EU-Osterweiterung hetzen.

Nicht umsonst hat die Bundesregierung inzwischen beim Thema EU-Erweiterung und Türkei eine dezente Kurskorrektur vollzogen. Von einem fixen Beitrittsdatum für Polen oder Ungarn ist nicht mehr die Rede, und auch der Kandidatenstatus der Türkei wird vom Kanzler, anders noch als nach dem Gipfel von Helsinki, mittlerweile mit auffälliger Zurückhaltung behandelt.

Dabei geben die Zuwanderungszahlen kaum noch eine Grundlage für die plumpe Angstmache her. Im jüngsten Migrationsbericht heißt es, dass in Deutschland „1997 und 1998 deutlich mehr Ausländer weg- als zugezogen sind“. 1998 kamen

606 000 Ausländer nach Deutschland, während gleichzeitig 639 000 wegzogen.

Die Zahl der Asylsuchenden ist von 438 000 (1992) auf 95 000 im vergangenen Jahr gesunken, die Anerkennungsquote stürzte von neun (1995) auf drei Prozent 1999 ab. Bezogen auf die Gesamtbevölkerung weisen die Schweiz, Österreich oder Schweden deutlich höhere Asylzugänge aus.

Hält der Bevölkerungsschwund an, so rechnen die Demographen bereits vor, besteht Deutschlands Bevölkerung im Jahr 2050 womöglich nur noch aus 50 Millionen Menschen. Nach einem aktuellen Uno-Bericht benötigt Deutschland jährlich 500 000 Zuwanderer, um das gegenwärtige Niveau – und das damit verbundene Aufkommen an Steuern und Sozialbeiträgen – zu halten.

So belegt die Inder-Debatte nur den Beginn einer Auszehrung des Arbeitsmarktes. „Wenn einheimische Spitzenkräfte fehlen oder abwandern und ausländische im Bedarfsfall nicht flexibel, zügig und ohne zu

enge Begrenzungen zugelassen werden, gehen deutsche Jobs dorthin, wohin auch die ausländischen Spitzenkräfte gehen, etwa in die USA“, weiß der Osnabrücker Migrationsforscher Klaus Bade.

Doch im von Globalisierungsangst verschreckten Deutschland zählt das nicht. Zwar holte sich der Kanzler beim Landesparteitag der NRW-SPD in Bochum den kräftigsten Beifall, als er die dumpfe Kampagne der CDU geißelte. Dennoch gilt nach wie vor, was dem damaligen Ministerpräsidenten Eichel im Hessen-Wahlkampf schwante: „Das Thema Ausländer ist auch für unsere Leute ein Problem.“

Kanzler Schröder erteilte seinen Männern vergangene Woche den Auftrag, eine Strategie gegen die Unionskampagne zu entwickeln: Wie kann Rot-Grün den durchaus mehrheitsfähigen Botschaften der Union mit einer Positivstrategie begegnen? Erste Resultate: Fehlanzeige.

HORAND KNAUP, HAJO SCHUMACHER

* Beim Starkbieranstich am vergangenen Donnerstag in München.

Riesters Rententrick

Jüngste Idee von Arbeitsminister Walter Riestert: Mit einer neuen „Nettolohnformel“ will er die Rentenausgaben deutlich senken.

Ob beim Sektempfang zum 60. Geburtstag von BDI-Chef Hans-Olaf Henkel oder nach der jüngsten Gesprächsrunde mit der Opposition: Arbeitsminister Walter Riestert will sich öffentlich auf kein Reformkonzept bei der Rente mehr festlegen. „Beißen Sie sich nicht an einem Modell fest“, bescheidet er die Wissbegierigen, er habe da inzwischen „viele gute Ideen“.

Wie die aussehen, hat Riestert jetzt engen Vertrauten in Partei und Regierung offenbart: Der Minister bereitet eine Reform vor, die einem Zaubertrick gleicht. Er hält sein Versprechen ein, die Rente wird wieder an den Nettolohn gekoppelt. Und er schafft es trotzdem, die konkreten Zahlungen aus der Alterskasse drastisch zu senken. Wenn Riestert sich durchsetzt, werden die Rentner über die nächsten Jahre Milliarden als Sanierungsoffer leisten. Das Konzept soll die gesetzliche Alterssicherung für die nächste Generation wetterfest machen.

Und so funktioniert der Trick: Riestert will den Terminus „Nettolohn“ in der Rentenformel einfach neu definieren. Alle privaten Altersanlagen, die auf tariflichen Verpflichtungen beruhen, von der Lebensversicherung bis zum Pensionsfonds, werden nun ebenfalls vom Bruttolohn abgezogen. So reduziert sich der Nettoverdienst um mehrere Prozent. Je mehr die Tarifparteien, dank staatlicher Förderung, für die Altersvorsorge tun, desto niedriger liegt der „neue“ Nettolohn.

Diese Berechnungsmethode dämpft den Rentenanstieg in der Zukunft. Die jährliche



Sozialdemokrat Riestert: Kein Grund zur Panik

Erhöhung fällt nach der neuen Formel jedes Jahr ein bisschen geringer aus. Viele Rentner werden enttäuscht oder gar wütend reagieren.

Kein Grund zur Panik, sagt die Truppe des Ministers. Die Renten steigen ja weiter wie die Arbeitseinkommen – nur richtet sich die Anpassung stärker an dem aus, was den Beschäftigten tatsächlich in der Tasche bleibt. Denn die private Rentenvorsorge, zumal wenn sie in Tarifverträgen festgelegt ist, dürfe man ja wohl nicht zum Nettolohn dazuzählen. Nach dem Konzept würden künftig etwa vier Prozent zusätzlich vom Bruttoverdienst abgezogen.

Aus Riesterts Sicht ein praktischer Vorschlag: Denn sein neues Berechnungsverfahren dämpft auch den Anstieg der Rentenbeiträge, die mitentscheidend sind für die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und das Entstehen neuer Arbeitsplätze. Selbst im Jahr 2030, wenn die Alterung der Bevölkerung ihren Höhepunkt erreicht, läge der Beitragssatz deutlich unter 23 Prozent, fast zwei Punkte niedriger als nach den bisherigen Regierungsplänen.

Zudem hofft Riestert, den Verlust für die Rentner in Grenzen halten zu können. Die jährlichen Steigerungen fallen nach dem Konzept um 0,2 bis 0,3 Prozentpunkte niedriger aus als bislang geplant. Im Jahr 2030 würden die Alterseinkünfte eines Durchschnittsverdieners mit 45 Versi-

cherungsjahren damit bei rund 4700 Mark liegen, rund 300 Mark niedriger als nach dem bisherigen Konzept.

Und auch dieses Minus würde ja ausgeglichen, so die Argumentation des Ministers – durch die vermehrte private Vorsorge. Das Nettorentenniveau, also das Verhältnis zwischen Alterseinkünften und verfügbarem Einkommen, bliebe mit gut 68 Prozent während der nächsten Jahrzehnte konstant.

Mit seinem Modell bricht Riestert ein sozialdemokratisches Tabu. Erstmals berücksichtigt ein SPD-Rentenkonzept die Tatsache, dass die Deutschen immer älter werden. Alle Experten sind sich seit langem einig: Die Alterseinkünfte können in Zukunft nicht mehr so steigen wie bisher – eine Erkenntnis, die Sozialdemokraten vor der Wahl stets bestritten haben.

Die trübe Botschaft hofft der Minister den Rentnern nun mit dem Hinweis verkaufen zu können, dass in seinem

Modell alle Generationen ihren Beitrag zur Sicherung des Systems leisten müssen: die Alten durch einen Abschlag bei ihren Ruhestandsbezügen, die Jungen durch ihre zusätzliche Sparleistung.

Was der Minister verschweigt: Den Beschäftigten in vielen Klein- und Existenzgründungsbetrieben hat er nichts zu bieten. Wer keine Betriebsrente erhält, verfügt später auch über kein Zusatzeinkommen, im Extremfall fällt er sogar der Sozialhilfe zur Last. Viele Fachleute halten deshalb das Konzept einer zusätzlichen privaten Pflichtvorsorge langfristig für die bessere Alternative.

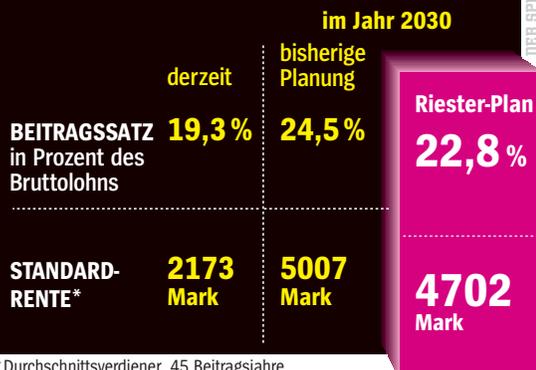
Noch will sich Riestert öffentlich nicht zu seinem Plan bekennen. Bei dem Modell seien „mehrere Varianten denkbar“, sagt er. „Darüber müssen wir jetzt bei den Rentenkommunikationsgesprächen mit der Union verhandeln.“

Denn die Wirkung des Reformplans hängt stark davon ab, in welchem Umfang der Staat die Privatvorsorge fördert. Und welche Anlageformen – vom Bausparvertrag bis zum Aktienfonds – in die neue Nettolohnberechnung einbezogen werden. Je mehr Sparformen man addiert, desto stärker sinkt der Riestertsche Nettolohn – und damit die normale Rente.

Diesmal will der Minister, der schon mit manch unkonventionellem Vorschlag für Wirbel sorgte, seinen Plan durchfechten. Wenn die Parteien über ein solches Konzept keine Verständigung erzielen könnten, dann sei „eine Sozialreform in Deutschland unmöglich“.

MICHAEL SAUGA

Weniger rein, weniger raus Riesterts neue Rentenpläne





Deutsche Tornado-Besatzung: „Vordemokratischer Kadavergehorsam“?

S. SCHULZ / RETRO

PROZESSE

Kriminelle Beteiligung

Berliner Staatsanwälte verfolgen dutzende von Unterzeichnern eines Aufrufs zur Befehlsverweigerung. Die Frage: War der Kosovo-Krieg völkerrechtswidrig?

Den Beifall der Zuhörer verbat sich der junge Richter dann doch. Dabei hatte er den im Raum 157 des Amtsgerichts Tiergarten anwesenden Kriegsgegnern soeben einen Herzwunsch erfüllt.

Denn zum Freispruch des Angeklagten, der im April vergangenen Jahres einen Aufruf an die am Kosovo-Krieg beteiligten Bundeswehrsoldaten mit unterzeichnet hatte, lieferte der Amtsrichter erstmals die ersehnte Begründung: „Der Aufruf an die Soldaten, sich nicht am Krieg zu beteiligen, ist nicht strafbar, weil der Bundeswehreininsatz als solcher rechtswidrig war.“

Während das Bundesverfassungsgericht eine Klage der PDS-Fraktion gegen die Nato-Luftangriffe aus formalen Gründen verworfen hat und das Urteil des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag über die Klagen Jugoslawiens noch aussteht, wird die Rechtswidrigkeit der angeblichen „humanitären Intervention“ vor dem Berliner Amtsgericht zum Streitgegenstand.

Seit Anfang November läuft eine Serie von Verfahren gegen mehr als 40 deutsche Kriegsgegner. Prominentester Angeklagter: der Berliner Politologie-Professor Wolf-Dieter Narr, Mitverfasser einer Streitschrift gegen den Kosovo-Krieg. Gegen ihn wird am Donnerstag dieser Woche verhandelt –

just einen Tag bevor sich der Beginn der so genannten Luftschläge der Nato auf Ziele in Serbien und im Kosovo jährt.

Am 24. März 1999 trat die Bundesrepublik Deutschland in die ersten Kampfhandlungen gegen einen souveränen Staat seit dem Zweiten Weltkrieg ein. Knapp einen Monat später wurde in der Berliner „Tagesschau“ der von ost- und westdeutschen Pazifisten und Bürgerrechtlern unterzeichnete Aufruf veröffentlicht: „Eine Beteiligung an diesem Krieg ist nicht zu rechtfertigen. Verweigern Sie deshalb Ihre Einsatzbefehle. Entfernen Sie sich von der Truppe! Lehnen Sie sich auf gegen diesen Krieg!“

Damit gerieten die Pazifisten ins Visier der Bundeswehrverwaltung: Weil der Aufruf auch vor Bundeswehrkasernen verteilt wurde, stellte der Präsident der „Wehrbereichsverwaltung V“, Karl-Dieter Stein, Strafanzeige. Die Berliner Staatsanwaltschaft zog kurz darauf alle laufenden Ermittlungen an sich.

Zwar ist kein Tornado-Pilot oder Waffenelektroniker der Bundeswehr dem Aufruf gefolgt. Weil er aber nach Paragraph 111 des Strafgesetzbuchs eine „Öffentliche Aufforderung zu Straftaten“ darstelle, nämlich zu Befehlsverweigerung und Fahnenflucht, beantragte die Staatsanwaltschaft Strafbefehl gegen jeden einzelnen Unterzeichner, mit Geldstrafen zwischen 2000 und 7500 Mark.

„Kriminell ist doch die Beteiligung an einem völkerrechtswidrigen Krieg, nicht der Aufruf zur Befehlsverweigerung“, hält Narr dem entgegen. Auch Rechtsanwalt Hans-Christian Ströbele, selbst einer der

wenigen Kritiker am Nato-Einsatz aus den Reihen der Bundestags-Grünen, forderte in seinem Plädoyer Freispruch für einen der Aufruf-Unterzeichner, „weil es keine vom Grundgesetz und vom Völkerrecht getragene Legitimation für den Kosovo-Einsatz gegeben hat“.

Die Staatsanwälte bestreiten nicht einmal, dass die meisten Experten den Kosovo-Krieg für völkerrechtswidrig halten. Doch das Völkerrecht spiele hier keine Rolle, sagen sie: Das Gebot, rechtswidrige Befehle zu verweigern, beziehe sich nur auf kriminelle Einzelbefehle. Und Fahnenflucht sei niemals gerechtfertigt, auch nicht bei einem rechtswidrigen Angriffskrieg.

Für Wolfgang Kaleck, selbst Rechtsanwalt und als Mitunterzeichner in erster Instanz freigesprochen, passt diese Haltung „eher in die vordemokratische Zeit des Kadavergehorsams“: Das Strafrecht müsse im Rahmen dessen gelten, was im Grundgesetz und im Völkerrecht verankert sei.

Die Staatsanwälte halten dagegen, man könne den Soldaten nicht zumuten, dass sie erkennen, ob ein Einsatz völkerrechtswidrig sei. Doch, sagen die Unterzeichner-Anwälte wie Ströbele: Dieselbe Staatsanwaltschaft habe in den Mauer-schützen-Prozessen den ehemaligen DDR-Grenzsoldaten „in stundenlangen Plädoyers vorgehalten, dass sie

den menschenrechtswidrigen Schießbefehl befolgt haben“.

Nicht alle Staatsanwälte machen den Eindruck, als stünden sie voll und ganz hinter der Anklage: Sie habe, gibt eine Staatsanwältin in ihrem Plädoyer zu, erst von Kollegen von der Strafbarkeit des Aufrufs überzeugt werden müssen. Die Überzeugung der zuständigen Amtsrichter gelang den Staatsanwälten wesentlich schlechter: 5 Unterzeichner wurden bisher verurteilt, 22 aber freigesprochen.

Doch auch die meisten Richter scheuen sich, auf die völkerrechtliche Problematik einzugehen. Der Aufruf sei von der verfassungsrechtlich geschützten Meinungsfreiheit gedeckt, lautet die gängige Urteilsbegründung zu Gunsten der Unterzeichner, zumindest aber müsse ihnen ein „Verbotsirrtum“ zugestanden werden. Die leidenschaftlichen Kriegsgegner sehen darin einen Freispruch minderer Güte: „Ich möchte die Anerkennung“, sagt Narr, „dass unsere Argumente dem Grundgesetz entsprechen.“

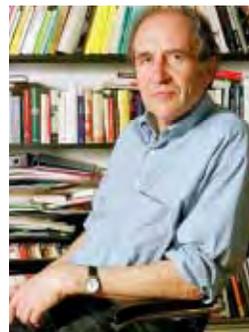
Die Prozesslust beider Seiten ist ungebrochen: Gegen alle Freisprüche legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein – auch das mutige Urteil des jungen Amtsrichters wird angefochten.

DIETMAR HIPPE



Anwalt Kaleck

FOTOS: A. KULL / VISION PHOTOS



Angeklagter Narr



Stasi-Chef Mielke (1985): Das MfS überschritt den verbindlichen Grenzwert für DDR-Bürger um den Faktor 16

STASI

Die Spur der Strahlen

Ohne Rücksicht auf die Opfer setzte die Stasi bei Ermittlungen radioaktives Material ein – Dissident Rudolf Bahro könnte es das Leben gekostet haben.

Der Text barg politischen Sprengstoff – und der Autor wusste es. Als Rudolf Bahro, SED-Mitglied, studierter Philosoph und Abteilungsleiter beim VEB Gummikombinat Berlin, am 19. August 1977 mit seinem Freund, dem Musikwissenschaftler Joachim Lucius, in dessen Wohnung über sein Werk sprach, fürchtete er schon eine Verhaftung: „Wer weiß“, sagte er, „wann wir uns wiedersehen.“

In jahrelanger konspirativer Arbeit hatte Bahro sein Manuskript „Zur Kritik des real existierenden Sozialismus“ verfasst. Das Buch, das der SPIEGEL (35/1977) vorab in Auszügen veröffentlichte, erschien Tage später im Westen unter dem Titel „Die Alternative“. Es löste in beiden deutschen Staaten ein politisches Beben aus, da es nicht nur den SED-Staat, sondern auch den Umgang des Westens mit ihm in Frage stellte. Rudolf Bahro brachte es eine Zuchthausstrafe ein – acht Jahre Bautzen. 16 Monate musste er absitzen, dann wurde er in den Westen abgeschoben.

Dissident Bahro hat mit seinem Mut jedoch neben der Freiheit offenbar unwissentlich noch weit mehr riskiert. Jetzt aufgefundene Stasi-Akten lassen den Schluss zu: „Die Alternative“ könnte ihn Gesundheit und Leben gekostet haben.

Als Bahro wenige Tage vor dem Erscheinen des Buchs bei seinem Freund Lucius aufgetaucht war, hatte er ihm auch von einem geheimen Plan berichtet: Mit Freunden habe er etliche Kopien des Manuskripts gefertigt, um seine Kritik auch in der DDR unters Volk bringen zu können.

Doch der vermeintliche Freund war ein Verräter – Lucius diente dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) als IM „Rolf Anderson“. Noch am selben Tag informierte der Spitzel seinen Führungsoffizier. „Inoffiziell“ erfuhr die Stasi auch vom Versteck der Manuskriptkopien.

Die Vorstellung, die Brandschrift könne auch unter DDR-Bürgern in Umlauf kommen, versetzte Stasi-Chef Erich Mielke und das SED-Politbüro in Panik. Mit Bahro rüttelte nicht etwa ein Gegner des Sozialismus an den Grundfesten der DDR, sondern ein Mann, der sich selbst als bekennender Sozialist verstand. Die Angst ließ die Stasi jede Rücksicht vergessen. Um Bahros Schriften abzufangen, setzte sie nicht nur auf herkömmliche Mittel wie Wanzen und Spitzel – sie schreckte auch nicht vor einer Manipulation mit radioaktivem Material zurück.

Vor wenigen Wochen stießen Forscher der Gauck-Behörde und Ermittler der Zentralen Ermittlungsstelle Regierungs- und Vereinigungskriminalität auf MfS-Akten, die jeden Zweifel ausschließen: Die von Bahro versteckten Manuskripte wurden mit einer radioaktiven Substanz versetzt, um ihren Weg durch die DDR nachvollziehen zu können. Die „radioaktive Markierung der Exemplare“, heißt es in einem Stasi-Dossier, erfolgte „mit Hilfe der technischen Untersu-

chungsstelle“. Dadurch hätten die Pakete bei der Abteilung M, der Postkontrolle durch das MfS, „erkannt und sichergestellt“ werden können.

Was die Stasi als Erfolg wertete, brachte Bahro womöglich den Tod. Denn der Kritiker hatte im Sommer 1977 die markierten Manuskripte eigenhändig verpackt und verschickt – er war also der Strahlung intensiv ausgesetzt.

Für Bernd Eisenfeld, Leiter der Projektgruppe Strahlen in der Gauck-Behörde, stellt sich die Frage, ob „die Stasi half, den Krebstod Bahros fahrlässig mit herbeizuführen“. 1997 starb der an Lymphknotenkrebs. Die Strahlenverseuchung, so die Vermutung, könnte die Krankheit ausgelöst haben.

Die Bahro-Akten aus der Gauck-Behörde haben inzwischen Eingang in ein Ermittlungsverfahren „gegen Unbekannt“ gefunden. Tatverdacht: Mord. Eröffnet wurde es im vergangenen Jahr, als sich die Vermutung verdichtete, dass die Stasi in Untersuchungsgefängnissen gezielt Röntgenstrahlen gegen Oppositionelle eingesetzt habe. Der Krebstod zweier prominenter Dissidenten, des Schriftstellers Jürgen Fuchs und des Musikers Gerulf Pannach, hatte dies nahe gelegt (SPIEGEL 20/1999). Die Ermittler haben inzwischen



S. SAUER

Krebspatient Bahro (1995), Autor Bahro in Ost-Berlin (1977):

sogar die Mauern eines Stasi-Knasts in Gera auf Röntgenspuren untersuchen lassen – bislang ohne messbares Ergebnis.

Bei ihren Strahlen-Recherchen fanden die Ermittler aber die Beweise für Manipulationen mit radioaktivem Material. Es wurde über Jahrzehnte systematisch eingesetzt, um „Täterfallen“ zu stellen, wie es im Kriminalistendeutsch heißt. So wie die Polizei in aller Welt beispielsweise Lösegeld mit gesundheitlich unbedenklichen phosphorisierenden Substanzen markiert, um Scheine und Täter zu entdecken, setzte der DDR-Geheimdienst die lebensbedrohlichen radioaktiven Substanzen ein. Sie waren farb-, geruch- und geschmacklos und damit für die „Zielpersonen“, die Stasi-Opfer, nicht zu erkennen – so wenig wie die Gefahren, die von ihnen ausgingen.

Der Verdacht gegen die Stasi-Führung stützt sich mittlerweile nicht mehr nur auf Aktenfunde aus der Gauck-Behörde. Mehrere Zeugen, frühere Wissenschaftler aus dem DDR-Nuklearforschungszentrum Rossendorf und einstige Stasi-Mitarbeiter, wurden inzwischen vernommen. Den Deal zwischen DDR-Atomforschung und Stasi leugneten sie nicht: Vom Kernforschungszentrum Rossendorf bei Dresden sei häufig radioaktives Material in die Stasi-Zentrale nach Berlin geliefert worden.

Preußisch genau hat die Stasi die Vorschriften für die Strahlen-Aktionen protokolliert. Den Vertrag aus dem Jahr 1971, der die Zusammenarbeit regelte, unterschrieb für die Stasi ein Oberstleutnant, für das Zentralinstitut für Kernforschung dessen damaliger Chef Professor Günther Flach.

Geliefert wurde offenbar allerhand und nicht gerade selten: Denn Rossendorf kassierte allein 1988 für die ominöse Dienstleistung 40 000 Ost-Mark, in der DDR viel Geld. Offiziell bezahlte ein Institut für Technische Untersuchungen – eine zivil getarnte Stasi-Einrichtung. So rumpelten, wie frühere Stasi-Mitarbeiter bestätigen,

mehrmals im Jahr Dienstwagen mit höchst gefährlichem Gut über die mit Schlaglöchern übersäten Straßen der DDR.

Diverse Dienstanweisungen („Vertrauliche Verschlussache“) schrieben vor, wie das Strahlenmaterial abzuholen und zu transportieren war. Die Stasi-Fahrer aus Berlin hatten für den Weg nach Rossendorf ihre Berliner Kennzeichen gegen Dresdner auszutauschen. Dann luden sie die von der Stasi „Wolke-Mittel“ getauften Materialien ein: im Forschungsreaktor mit radioaktiven Teilchen beschossene und so aktivierte Gegenstände wie Stecknadeln und Papiere, aber auch Isotope in verschiedenen chemischen Lösungen, darunter Zink-65, Cäsium-137 und Iridium-192.

Selbst für den Fall eines Verkehrsunfalls hatte die Stasi Vorkehrungen getroffen. In

„Zielpersonen“ durften danach wesentlich höher belastet werden. Ex-Dissident Sebastian Pflugbeil, seit kurzem Präsident der Gesellschaft für Strahlenschutz und Mitglied der Forschungsgruppe der Gauck-Behörde, hat nachgerechnet: „Das MfS überschritt damit den verbindlichen Grenzwert für normale Bürger der DDR um den Faktor 16.“

Die Rechercheure fanden Hinweise auf jährlich 100 radioaktive Markierungsvorgänge in den siebziger Jahren, in den Achtzigern waren es noch 30 bis 50 Aktionen pro Jahr. Neben dem Fall Bahro lassen sich einige jetzt rekonstruieren:

- ▶ Im Dezember 1978 erhielt die Stasi im Kombinat Carl Zeiss Jena „operativ präparierte“ Dokumente aus Berlin. Mit den Schriftstücken wollte die Mielke-Truppe den Physiker Manfred Ludwig als Spion überführen. Der Wissenschaftler kam zwar mit der verseuchten Akte in Berührung – gab sie aber sofort an seinen Chef weiter.

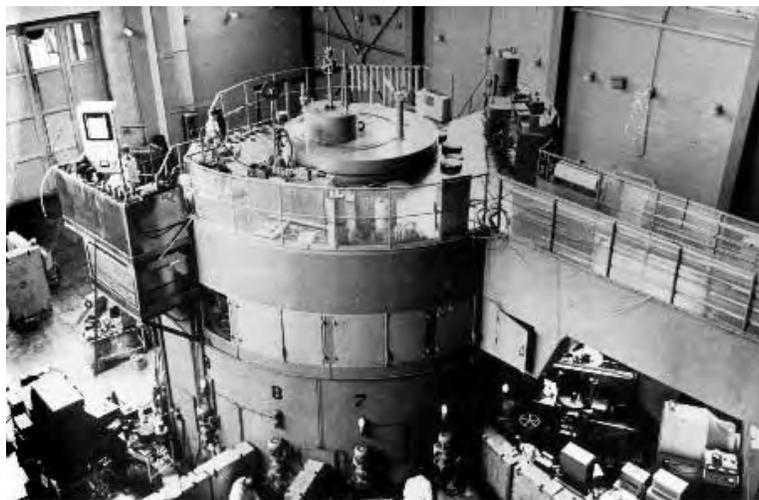
- ▶ Im August 1985 setzte die Stasi eine radioaktive Lösung ein, um den „Diebstahl von Westgeld“ in einer Postfiliale aufzuklären. Dazu wurden Fünf-Mark-Scheine markiert. Unter den Tatverdächtigen befand sich eine schwangere Frau.

- ▶ Im Februar 1987 plante die Stasi einen Einsatz gegen „zwei Zwillingsschwestern mit verblüffender Ähnlichkeit, beide Mannequins“. Eine der Schwestern hatte eine Genehmigung zu einer West-Reise erhalten. Die Stasi fürchtete, die beiden könnten „die Rolle tauschen“. Ein Stasi-Offizier wurde „in den Umgang mit der Spritze eingewiesen“, mit der die radioaktive Lösung auf ein Kleidungsstück der einen geschossen werden sollte.

Zahllose Akten belegen weitere Experimente – etwa, wie mit Luftdruckgewehren Substanzen auf Autos geschossen werden sollten. Die „Bereitschaft der Stasi zum Experiment auf Kosten der menschlichen Gesundheit“ ist für Behördenchef Joachim Gauck „Ausdruck der Hybris der Macht“.

So zynisch die Stasi auch mit Menschenleben spielte – es wird wohl juristisch folgenlos bleiben, weil die meisten Straftaten verjährt sind. Selbst wenn wie im Fall Bahro ein Todesfall aktenkundig ist und der Tschechik ermittelt werden könnte, der den Befehl für den Strahleneinsatz gab, sind die Chancen für eine Verurteilung eher gering. Vor Gericht würden sich aller Voraussicht nach die Gutachter endlos streiten, welche genaue Wirkung die jeweilige Strahlendosis gehabt haben könnte.

STEFAN BERG



Kernforschungsinstitut Rossendorf: Regelmäßig „Wolke-Mittel“ geliefert

CAMERA PRESS

den Autos lagen zwei Briefumschläge mit der Aufschrift „Bei Unfall bitte sofort öffnen“. Darin fand sich ein vager Hinweis auf die gefährliche Fracht: „Verkehrsunfall beim Transport gefährlicher Stoffe ... Informieren Sie sofort unsere Dienststelle.“ So sollte sichergestellt werden, dass nicht einmal die Genossen von der Volkspolizei von den Transporten erfuhren.

Die Spur der Strahlen führt dann laut Akten in die Abteilung „Operativ-Technischer Sektor“ des Staatssicherheitsdienstes, die immer neue Einsatzgebiete bestimmte und hemmungslos herumexperimentierte.

Die „Festlegung Nr. 32/04/88“ der Abteilung unterschied sehr genau zwischen der „Strahlenbelastung für Mitarbeiter des MfS“ und der für „Personen, die zeitweilig mit radioaktiven Gegenständen oder radioaktiven Stoffen in Berührung gebracht werden ... um ihre strafbaren und staatsgefährdenden Handlungen nachweisen und aufklären zu können“. Die so genannten



U. SCHWARZ / DER SPIEGEL

Radioaktive Nachhilfe durch die Stasi

RECHTSRADIKALE

Druck von der Straße

Zunehmende Gewaltbereitschaft und eine Vernetzung der militanten rechten Szene mit der NPD beunruhigen die Sicherheitsexperten.

Ein Mausclick, und „Radio Wolfschanze“ geht auf Sendung. „Hier spricht der Großdeutsche Rundfunk. Heil Euch, Kameraden“, knarzt die Stimme aus dem Computer und kündigt eine Sendung mit „Baba Ekligmann“ an. Es ist eine jener fiktiven Reportagen mit dem Titel: „Wir erschrecken Bürger des öffentlichen Lebens.“

Diesmal geht es um den verstorbenen Zentralratsvorsitzenden der Juden, Ignatz Bubis. Nachdem vier Schüsse gefallen sind, stellt Reporter Ekligmann höhnisch fest: „Oh, tot. Pech gehabt, die Sau.“

Solche Sendungen sind im Internet mittlerweile Standard. Sie weisen, so das Landesamt für Verfassungsschutz in Niedersachsen, eine neue Tendenz auf: „Die verbale Hinwendung zu Gewalt und Terror nimmt zu.“ Die rechte Szene rüstet auf, die Militanz der braunen Brüder wächst.

Es gelte, so die NPD-Parole seit rund zwei Jahren, den Kampf um die Parlamente und den „Kampf um die Straße“ zu gewinnen. Weil es bei den Wahlen immer seltener klappt, suchen die Rechten ihr Heil verstärkt wieder auf der Straße. Schon zum zweiten Mal in diesem Jahr marschierten sie im März als Vorhut der NPD zum Brandenburger Tor – und für den 1. Mai liegt bereits eine neue Anmeldung vor.

Die Verlegung der Parteizentrale von Stuttgart in die Hauptstadt erweist sich damit als wohl kalkulierte Aktion. Verstärkt gelingt es der NPD, die Spätfolgen des Anfang der neunziger Jahre erlassenen Verbots rechtsextremistischer Vereine zu nutzen. Damit wurden, so das Bundesamt für Verfassungsschutz, zwar Teile der neonazistischen Infrastruktur zerschlagen. Dafür aber seien an die 150 „Kameradschaften“ entstanden, die sich mitunter in Aktionsbündnissen auch mit der NPD vernetzten. In den Landesämtern gilt die Partei bereits als „schützendes Dach“ für neofaschistische Gruppen.

„Mit den Verboten“, kritisiert Thüringens Verfassungsschutzchef Helmut Roewer, „haben wir von Staats wegen die Vereinigung der Szenen befördert.“ Was die Sicherheitsbehörden beunruhigt, freut den Hamburger Neonazi Christian Worch: „Die Öffnung der NPD nach rechts zu unseren Kreisen ist positiv.“



NPD-Demonstration (in Berlin): „Verbreiten von Panik und Angst“



Skinhead bei einer Waffenbörse: Wichtige Präsenz

Inzwischen hat sich da eine symbiotische Beziehung entwickelt. Die NPD meldet wie jetzt in Berlin Demonstrationen an, die „Freien Kameradschaften“ sorgen gemeinsam mit den Skins für wuchtige Präsenz auf der Straße.

Mit Leuten wie Worch ist die Szene für die neue Offensive besser gerüstet denn je. Während in der Öffentlichkeit oftmals noch das Bild des tumblen Nazis dominiert, verblüffen die heutigen Wortführer mit zynischer Eloquenz. „Statt Militanz“, sagt Worch, „bevorzuge ich die Begriffe Energie und Durchsetzungsvermögen.“

Die bündnisgrüne Bundestagsabgeordnete Annelie Buntenbach hält es für einen

„tragischen Fehler, rechtsextrem mit zu dumm, zu betrunken und zu jung zu verwechseln“. Auch Verfassungsschutzler Roewer warnt, sich durch die angeblich bürgerliche Fassade täuschen zu lassen: „Die werden dadurch nicht harmloser, sondern wirken nur akzeptabler.“

Die Sicherheitsbehörden sehen sich auch durch spektakuläre Anschläge und zahlreiche Waffenfunde in ihrer Einschätzung bestätigt:

- Im März 1998 stellte eine Sonderkommission der Polizei Westpfalz bei einer Razzia 7 Maschinenpistolen, 11 Gewehre, 3 Minen, 4 Granaten, 12 Zünder, 6 Behälter mit Schwarzpulver und rund 8000 Schuss Munition sicher. Die Waffenfetischisten waren Mitglieder des paramilitärischen „Stahlhelm“;

- Ende 1998 verwüsteten Sprengsätze das Grabmal des ehemaligen Vorsitzenden des Zentralrats der Juden, Heinz Galinski, in Berlin; und
- im März 1999 wurden bei einer Hausdurchsuchung in Frankfurt (Oder) Konzeptpapiere über rechtsterroristische Aktionen gefunden.

Allein im vergangenen Jahr starben neun Menschen nach Tötungsdelikten gewaltbereiter Rechter. Das Bundeskriminalamt registrierte 1999 außerdem 602 Körperverletzungen und 36 Sprengstoff- und Brandanschläge mit rechtsextremistischem Hintergrund.

Neonazi Worch nennt dies „Verbreiten von Angst und Panik“.

Über das tatsächliche Ausmaß der neuen Gefahr sind sich die Experten uneins. Versteckt sich ein Teil der harten, kampfbereiten Szene bereits im Untergrund, wie die obskuren „national-revolutionären Zellen“ in der Skin-Postille „Hamburger Sturm“ von sich behaupten? Droht Deutschland eine rechte Terrorwelle nach schwedischem Muster?

Einig sind sich die Fachleute allerdings, dass Schlagworte wie „braune RAF“ noch überzogen sind. Sie brächten die Sicherheitsexperten in Definitionsnöte: „Wir überbewerten die rechte Szene, wenn wir

sie mit der ungleich gefährlicheren und besser organisierten RAF vergleichen“, heißt es im Bundesamt für Verfassungsschutz, „andererseits wollen wir das Gewaltpotenzial auch nicht verharmlosen.“

Die Fahnder sind sich sicher, dass ein Anschlag die Tendenz zur Gewalt noch einmal erheblich verschärft hat: Die Bombe, die Gegner der Wehrmachtsausstellung am 9. März 1999 gezündet haben, zerstörte nicht nur die Fassade des Gebäudes

der Volkshochschule in Saarbrücken, sondern veränderte auch schlagartig das Selbstverständnis der rechten Szene: Bomben und Brandanschläge werden nun als „Mittel des Kampfes um Öffentlichkeit“ diskutiert.

Regelmäßig veröffentlichen Neonazis in Szeneblättern und im Internet „Ermittlungsergebnisse“ einer „Anti-Antifa-Aktion“. Gegen Gebühr bieten Braune wie Stefan Michael Bar, 23, Namen, Adressen und Fotos ihrer Gegner an. Das jüngste Werk, das ihm zugeschrieben wird, trägt den Titel „Der Wehrwolf“. Ziel dieser „Listen“, erklärt Bar, sei Einschüchterung: „Alle, die uns terrorisieren, müssen mit Gegenmaßnahmen rechnen.“

Schon haben sich etliche gewaltbereite Kleingruppen gebildet, denen die so ge-



Anschlag auf Wehrmachtsausstellung*: „Mittel des Kampfes“

nannten „Jenaer Bombenbastler“ als Vorbild gelten: Im Januar 1998 hatte die Polizei in einer Garage der thüringischen Universitätsstadt die Bombenwerkstatt von Uwe Mundlos, 26, Uwe Böhnhardt, 22, und Ingrid Zschäpe, 25, ausgehoben – alle drei Mitglieder des militanten „Thüringer Heimatschutzes“. Die Sprengstofftüftler sind seither untergetaucht.

Im Westen gilt Göttingen als eine der Hochburgen des Straßenkampfes. In der Universitätsstadt befehden sich Neofaschisten und Autonome mit immer brutaleren Mitteln. Nachdem die Linken Ende vergangenen Jahres den Pkw der Ehefrau des Neonazi-Führers Thorsten Heise in Brand ge-

steckt hatten, rüsteten sich die Rechten offenbar für einen Gegenschlag auf.

Bei Hausdurchsuchungen wurde Material beschlagnahmt, das nach Ansicht der Fahnder den Bau von Briefbomben hätte ermöglichen können. Das niedersächsische Landeskriminalamt warnte jedenfalls mehrere Göttinger vor möglichen Anschlägen durch Neonazis. Einer der beschuldigten Bombenbastler ist nicht

nur in Heises neonazistischer „Kameradschaft Northeim“ aktiv, sondern gleichzeitig auch NPD-Funktionär in Göttingen.

Noch bremsen zwei Faktoren die weitere Radikalisierung der Szene: Viele Neonazis gerieren sich zwar als nationale Widerstandskämpfer, schrecken aber letztlich noch vor dem Schritt in den Untergrund zurück. Zudem fehlt es ihnen nach wie vor an einer ausreichenden Zahl intelligenter Führer, die bewaffnete Kleingruppen systematisch steuern könnten.

„Gibt es aber eine Kombination von Bastlern und Köpfen“, analysiert ein Verfassungsschützer, „wird es wirklich gefährlich.“

CAROLIN EMCKE, ANTON MAEGERLE,
CHRISTOPH MESTMACHER

* In Saarbrücken am 9. März 1999.



Wahlkämpferin Merkel (in Kiel): Bewegung in festgefahrene Strukturen bringen

CDU

Perlchen an Perlchen

Auf das System Kohl folgt das System Merkel: eine verjüngte Mannschaft, mehr Offenheit, keine Rituale.

Von der Allensbacher CDU-Hausdmoskopin Renate Köcher hat Angela Merkel seit dem 18. Dezember 1999 nichts mehr gehört. Der Aufruf der Generalsekretärin zum Abschied vom Übervater Helmut Kohl in der „Frankfurter Allgemeinen“ kam bei der Hüterin konservativer Geschlossenheit nicht gut an.

Doch am Rat von alten Kohl-Vertrauten ist Merkel ohnehin nicht sehr interessiert. Sie telefoniert lieber mit Trend-erfahrenen Werbeleuten wie Sebastian Turner und Thomas Heilmann von Scholz & Friends über die neue Spitzenmannschaft der CDU, die sie nun anführen wird.

Drei Wochen lang hatte sie sich geziert. Auf zahllosen Regionalkonferenzen hatte sie sich an der Begeisterung der Parteibasis erfreut. Alle anderen Kandidaten ver-

schwanden wie von selbst. Jetzt ist es raus: Angela Merkel wird Vorsitzende der CDU.

Für die patriarchalisch geprägte Partei ist der Führungswechsel ein Kulturschock. In 25 Jahren unter Helmut Kohl war die Partei mit ihrem Vorsitzenden verschmolzen. Die Neue will nun endgültig mit dem System Kohl brechen. Jetzt soll die Ära des Systems Merkel beginnen. Da liegen Chance und Scheitern nah beieinander.

Zum ersten Mal in ihrer Geschichte bekommt die CDU eine hauptamtliche Führungskraft, die nicht gleichzeitig Ministerpräsident, Bundeskanzler oder Fraktionsvorsitzender ist. Anders als der neue Fraktionschef Friedrich Merz, der einen eingespielten Apparat vorfindet, verfügt Merkel über kein schlagkräftiges Machtzentrum. Die Parteizentrale ist noch nicht

nach Berlin umgezogen, die CDU steht vor dem finanziellen Kollaps.

In der provisorischen Bundesgeschäftsstelle in Berlin ist nicht mal ein Büro frei, in das die Vorsitzende einziehen könnte, wenn sie ihres für einen neuen Generalsekretär räumen muss. Doch die erste Frau an der Spitze einer großen Volkspartei hätte auch die Möglichkeit, ein Politikerbild zu prägen, das es in Deutschland noch nie gab. Bislang allerdings ist nur in Umrissen zu erkennen, wofür die neue Vorsitzende steht und wie die CDU unter ihr aussehen wird.

Werber Heilmann rät Merkel zu inhaltlicher Präzision. Die Optik der Partei zu verändern hält er für zweitrangig. In Kürze will Merkel ein Konzept vorlegen, wie es in der CDU weitergeht. Oberste Priorität soll ein Wahlerfolg in Nordrhein-Westfalen haben. Immerhin konnte Merkel vergangene Woche erstmals Gerhard Schröder im ZDF-„Politbarometer“ an Beliebtheit beim Wähler überrunden.

Die neue Vorsitzende der alten Volkspartei muss einen Erfahrungs- und Erlebnishorizont abdecken, den sie gar nicht haben kann. Zugleich kämpft die ostdeutsche Pastorentochter gegen den Verdacht an, sie wolle die Partei nach links rücken. Ein „überzeugendes Gesamttaleau“, verlangte deshalb CSU-Chef Edmund Stoiber, müsse die echten und vermeintlichen Schwächen der Kandidatin abdecken. Doch die Besetzung der CDU-Spitzenmannschaft wird nicht nach übergeordneten Gesichtspunkten entschieden, sondern im Kräftespiel der Landesverbände.

So gilt als sicher, dass für die Vizeposten Baden-Württembergs Kultusministerin Annette Schavan, Ex-Verteidigungsminister Volker Rühle, der niedersächsische Landeschef Christian Wulff und der CDU-Spitzenkandidat in Nordrhein-Westfalen, Jürgen Rüttgers, antreten. Damit seien weder der rechte noch der linke Flügel vertreten, monierte der saarländische Ministerpräsident Peter Müller, der für den Sozialflügel



Willi Hausmann



Friedrich Merz



Eva Christiansen



Beate Baumann



Kurt Biedenkopf

Merkel-Mitstreiter: *Kaum Seilschaften geknüpft*

der Union steht. Er erwägt nun eine Kampfkandidatur gegen Rühe oder Wulff.

Sachsen-Chef Kurt Biedenkopf dagegen verzichtet auf einen Vizeposten. Gleichwohl soll der CDU-Programmatiker künftig in der Partei wieder eine prominente Rolle spielen und sich verstärkt um die Themen Wirtschaft, Soziales und Finanzen kümmern.

Merkels Einfluss darauf, wen die 1001 Delegierten beim Parteitag am 10. April wählen, ist eher gering im Vergleich zu den Zeiten, da das noch der allmächtige Kohl bestimmte. Umso mehr Gewicht bekommt für sie der Posten des Generalsekretärs, den sie als Einzigen selbst auswählen kann.

Ein Mann soll es sein, möglichst aus dem Westen. Darüber hinaus will Merkel sich nicht am Proporz orientieren. Wichtiger ist ihr, dass sie sich auf ihren Mitstreiter verlassen kann, dass er Gefühl für die Partei hat und Gespür für die Medien. Und dass er seinem SPD-Konkurrenten Franz Müntefering Paroli bieten kann.

Gehandelt wurden bislang der nordrhein-westfälische Abgeordnete Ruprecht Polenz, der baden-württembergische Fraktionschef Günther Oettinger, sein Landsmann Christoph Palmer, der nordrhein-westfälische Fraktionschef Laurenz Meyer und der rheinland-pfälzische Fraktionschef Christoph Böhr. Doch von denen wird es keiner, heißt es in Merkels Umfeld.

Die strikte Aufgabenverteilung innerhalb der Spitzenmannschaft nach Vorbild eines Konzernvorstands, wie sie Biedenkopf gern hätte, sieht Merkel skeptisch. Man könne nicht einem Vize vorschreiben, er dürfe sich nur zu einem bestimmten Thema äußern, wendet sie ein.

Starre Hierarchien und ritualisierte Abläufe, wie sie die CDU jahrzehntlang geprägt haben, sind Merkel ohnehin verhasst. Offener werde die CDU unter der neuen Vorsitzenden werden, glauben viele. Auf die übliche „Morgenlage“ verzichtet sie, Zeitungen und Entwürfe liest sie selbst. Die Tür zu ihrem Büro steht meist weit offen, am Schreibtisch ist sie nur selten zu sehen. Lieber sitzt Merkel am „runden Tisch“, von dem je ein Exemplar in Bonn und in der Berliner Mauerstraße steht.

Offene Fragen klärt die promovierte Physikerin gleich mit dem zuständigen Referenten, anstatt den üblichen Dienstweg über die Abteilungsleiter einzuhalten. Und den berühmten kleinen Schlüssel, mit dem Peter Hintze oder Helmut Kohl dafür sorgten, dass der Lift in der Bundesgeschäftsstelle ohne Zwischenstopp durchfuhr, hat Merkel kaum je benutzt.

Die finanzielle Not der Partei schränkt den Spielraum der künftigen Vorsitzenden

„Impuls für die Einheit“

CDU-Fraktionsvize Günter Nooke über Helmut Kohl und Angela Merkel als mögliche Kanzlerkandidatin

SPIEGEL: Herr Nooke, Sie saßen am vergangenen Freitag im Bundestag Seite an Seite mit Helmut Kohl. Wie fühlt sich ein ehemaliger Bürgerrechtler neben einem Rechtsbrecher?

Nooke: Es ist normal, dass ein Abgeordneter des Deutschen Bundestages an Plenarsitzungen teilnimmt. Helmut Kohl saß in der dritten Reihe. Ich finde, dass dies ein angemessener Platz war.

SPIEGEL: Warum haben die ehemaligen Bürgerrechtler in der CDU zum Ver-

trauen verholten. Das ist gut für die neue Union – im Osten wie im Westen.

SPIEGEL: Der konservative Teil der CDU empfand das eher als Kulturschock.

Nooke: Der Abschied von der Bonner Republik findet nun auch in den westdeutschen Köpfen statt – auch in der Union. Natürlich wird vielen erst durch die Personalie Merkel bewusst, dass sich die Republik verändert hat. Das hatten wir uns schon 1990 erhofft. Jetzt kommt es zwar etwas spät, aber es wird dem Prozess des Zusammenwachsens einen zusätzlichen Impuls geben.

SPIEGEL: Angela Merkel erfüllt gleich zwei Mal die Quote: Frau und Ostdeutsche.

Nooke: Sie wird Parteichefin, weil sie die am besten geeignete Kandidatin ist. Erstmals in der Geschichte dieser Republik wird eine Frau eine der großen Parteien führen. Das ist eine historische Leistung der Union und wird die Republik verändern. Die Herkunft ist dabei nicht ausschlaggebend. Als Ostdeutscher finde ich nicht, dass sie wegen ihrer Herkunft Parteivorsitzende werden sollte.

Es wäre aber auch absurd, wenn ihre DDR-Biografie ein Grund wäre, sie nicht zu wählen.

SPIEGEL: Wird der Umgang der Union mit der PDS unter der Vorsitzenden Merkel anders?

Nooke: Eine Neuauflage der Rote-Socken-Kampagne wird es nicht geben. Wir brauchen jetzt aber auch keine Dialog-Veranstaltungen. Wir sollten noch stärker als früher die Sachauseinandersetzung mit der PDS suchen. Wir müssen den Anspruch der PDS brechen, die einzig wahre Stimme des Ostens zu sein.

SPIEGEL: Trauen Sie Angela Merkel auch zu, im Jahr 2002 gegen Gerhard Schröder anzutreten?

Nooke: Ich traue Angela Merkel grundsätzlich jede Kandidatur zu. Schon jetzt stehen die anderen Parteien gehörig unter Druck, denn wir setzen jetzt mit einer Frau an der Spitze Maßstäbe. Warum sollte die Union nicht auch einmal eine Kanzlerkandidatin stellen?

INTERVIEW: STEFAN BERG



Christdemokraten Nooke, Kohl*: „Angemessener Platz“

fassungsbruch durch Kohl nie gemeinsam Stellung bezogen?

Nooke: Ich glaube nicht, dass Bürgerrechtler immer in Rudeln auftreten müssen. Ich persönlich habe mich übrigens kritisch über sein Verhalten geäußert.

SPIEGEL: Ist die Enttäuschung über Kohl im Osten besonders groß?

Nooke: Hier setzte Enttäuschung früher ein als im Westen und ging tiefer – vielleicht ist sie deshalb auch bereits verarbeitet.

SPIEGEL: Angela Merkel wird neue CDU-Vorsitzende. Wird nun die rheinische Union verostet?

Nooke: Nein, im Gegenteil. Frau Merkel hat so manchem rheinischen Katholiken, der mit seiner Partei etwas fremdelt, der sich vielleicht so fremd im eigenen Land fühlte, wie es bis vor kurzem auch Ostdeutschen ergangen ist, wieder zu neuem Mut und Selbstver-

* Am vergangenen Freitag im Deutschen Bundestag.

„Opa erzählt vom Krieg“

Ehemalige Volkskammerabgeordnete wissen Helmut Kohl, den Kanzler der Einheit, am besten zu würdigen.

Der Ex-Kanzler ist misstrauisch. Für Sekundenbruchteile verharrt er auf der Treppe, die ihn hinabführen soll in den Kreis der angeblichen Parteifreunde. Argwöhnisch taxiert er die Gesichter der ehemaligen Ost-Parlamentarier, die ihn in die Berliner Konrad-Adenauer-Stiftung eingeladen haben. Sind Feinde im Raum? Wo lauern ihm Kameras auf? Doch dann huscht ein Lächeln über sein Gesicht. Mit raumgreifenden Schritten walzt Helmut Kohl zum Podest – umbrandet vom Applaus der mehr als 100 Wendeveteranen.

Der Alte ist wieder da. Bereits am Vormittag des vergangenen Freitags war Kohl in den Reichstag eingezogen, hatte sich auf den Stuhl fallen lassen, den Unionsfraktionsvize Michael Glos (CSU) ihm in der dritten Reihe zuwies. Sichtlich zufrieden verfolgte der Kanzler der Einheit die Gedenkstunde an die erste freie DDR-Volkskammerwahl vor zehn Jahren.

Den Zeitpunkt seiner Rückkehr hat Kohl gut gewählt. Für den Donnerstagabend, als Wolfgang Schäuble den Abschied vom Vorsitz der CDU/CSU-Fraktion feierte, war er von seinen einstigen Weggefährten noch ausgedient worden. Doch am Tag des Gedenkens an die ostdeutsche Wendewahl ließ sich Kohl nicht länger wegsperren. Bereits vor Monaten hatte ihn ein Verein ehemaliger CDU-Volkskammervertreter um die einstige Kammerpräsidentin Sabine Bergmann-Pohl zum geselligen Nachmittagsplausch in das von Pressevertretern abgeschirmte Adenauer-Haus eingeladen.

Da ist von Bimbess keine Rede. Fast zwei Stunden lang darf Kohl in Erinnerungen schwelgen und Anekdoten erzählen. „Eine Million Zuschauer in Leipzig, 150 000 in Cottbus“, phantasiert er und berichtet, wie er mal Hunger hatte, in Thüringen von der Autobahn abfuhr und in einer Kombiatskantine gefeiert wurde.

Das hören die Menschen gern. Wann immer Kohl seinen massigen Leib nach vorn schiebt, klicken christdemokratische Parteientner auf die Auslöser ihrer Kleinbildkameras.

Als Kohl dann die Journalisten verspottet, die ihn als „Depp aus der Pfalz“ abgeschrieben hätten, als einen, „der nicht auf drei zählen kann“, ist vom früheren DDR-Unterhändler und Bundesverkehrsminister Günther Krause viel beifälliges Gemurmel zu vernehmen. Sabine Bergmann-Pohl, die Kohl bereits am Vormittag für dessen „große Verdienste“ gedankt hatte, bedenkt den Altkanzler gar mit einem koketten Augenzwinkern.

Kohls Tischnachbarn auf dem Podium, neben dem letzten DDR-Ministerpräsidenten Lothar de Maizière auch der einstige SPD-Fraktionschef Richard Schröder, verkümmern derweil zu Stichwortgebern.

Minutenlang zählt der Altkanzler seine Verdienste um die deutsche Einheit auf und beantwortet Fragen, die keiner gestellt hat. „Kohl braucht nur wenige Minuten, um mittendrin zu sein in der Vergangenheit“, sagt anschließend der ARD-Fernsehmann Jürgen Engert, dem im Adenauer-Haus die Rolle des Moderators zugeordnet



Altkanzler Kohl mit Parteiveteranen: Von Bimbess keine Rede

war. „Das ist wie beim Opa, wenn er vom Krieg erzählt.“

Die Vertreter der letzten DDR-Volkskammer stört das nicht. Als Kohl sich verabschiedet, strecken sie ihm Bundestagsbroschüren mit Autogrammwünschen entgegen. „Wie geht’s Ihnen heute?“, ruft eine Frau dem Altkanzler nach, bevor sich dieser durch die schmale Ausgangstür quetschen kann. „Mir geht’s gut“, donnert Kohl, „sehr gut.“

ALEXANDER NEUBACHER



Parteifreunde Merkel, Kohl (1993)
Führungswechsel als Kulturschock

drastisch ein. Derzeit tüftelt die Parteispitze an einem Sanierungsplan für die verschuldete Bimbess-Partei, der ein Minimum von rund 50 Millionen Mark für den Wahlkampf 2002 sichern soll. Die unwilligen Landes- und Kreisverbände von einer Umlage zu überzeugen gilt als erste große Führungsaufgabe der Spitzenfrau. Doch gleichzeitig gibt die Finanzmiserie Merkel die Chance, Bewegung in die festgefahrenen Strukturen des Adenauer-Hauses zu bringen.

Als größtes Handicap der neuen Vorsitzenden sehen Kritiker mangelnde Teamfähigkeit und Ungeduld. Merkel sei ein Kontroll-Freak, mit dem Abgeben von Verantwortung und Aufgaben tue sie sich schwer. Mitarbeiter und Freunde loben dagegen Merkels schnellen Verstand, ihre Offenheit für Kritik, ihre Belastbarkeit und ihre Zielstrebigkeit. „Sie denkt vom Ende her und reiht dann Perlchen an Perlchen aneinander, bis das Ziel erreicht ist“, erklärt ihre Büroleiterin Beate Baumann.

Auf ein Küchenkabinett à la Kohl hat Merkel stets verzichtet, Seilschaften hat sie in den neun Jahren als Ministerin kaum geknüpft. Als enge Vertraute, auf die sie sich bedingungslos verlässt, gelten Baumann und Bundesgeschäftsführer Willi Hausmann.

Kumpelei liegt Merkel fern. Mit Hausmann und Baumann ist sie ebenso per Sie wie mit ihrer Sprecherin Eva Christiansen, einer studierten Volkswirtin.

Der Einfluss der Frauen in der CDU wird nun auch ohne Quote steigen. Zu ihrem Umfeld in der Partei werden neben Wulff und

dem Saarländer Müller vor allem Annette Schavan, die Berliner Kultursenatorin Christa Thoben und die JU-Vorsitzende Hildegard Müller gezählt.

Wichtige Verbündete in der Fraktion sind der neue Vorsitzende Merz und der erfahrene Geschäftsführer Hans-Peter Repnik.

Die CSU, die Merkel skeptisch gegenübersteht, stellt sich schon auf das neue System ein. Mit der Merkel sei es wie mit dem Euro, ließ sich Bayerns Regierungschef Stoiber vernehmen. Wenn sie nicht zu verhindern sei, werde man sich schon arrangieren.

TINA HILDEBRANDT

PARTEISPENDEN

Sonstige Einnahmen

Der Schwarzgeld-Schatz der hessischen Union, angeblich sauberes Geld, stammt auch aus Spendenwaschanlagen.

Die zusammengeknöteten Bettlaken gaben keinen festen Halt. Mit einem gellenden Schrei stürzte der Untersuchungshäftling in die Tiefe und schlug dumpf vor dem Centre Hospitalier in Luxemburg auf. Am Morgen des 5. September 1984 erlag Karl Friedrich Grau, 63, seinen Verletzungen.

Der Frankfurter Kaufmann, der wegen Betrugsverdachts festgenommen worden war, wollte sich aus dem zweiten Stock der Klinik in die Freiheit abseilen.

Auf dem Pflaster des Finanzparadieses endete die schillernde Karriere eines CDU-Mannes, der seit den sechziger Jahren gegen alles kämpfte, was ihm sozialistisch vorkam. In der Wahl seiner Mittel war Grau nicht zimperlich, mal konspirierte er mit der NPD, mal trieb er mit gefälschten Plakaten Wahlkampf gegen Helmut Schmidt.

Graus wichtigste Waffe aber war Geld. Der Mann, der dank mehrerer Wohnsitze über viele Jahre sowohl der CDU als auch der CSU angehörte, führte ein geheimes Imperium dubioser Vereine, mit denen er Spenden in Millionenhöhe für die Union akquirierte – häufig etwas außerhalb der Legalität.

Die Skandalfigur von damals kann dem hessischen CDU-Chef und Ministerpräsidenten Roland Koch noch schwere Probleme bereiten. Denn der zwielichtige Spendensammler half der Hessen-Union Ende der siebziger bis Anfang der achtziger Jahre bei der diskreten Geldwäsche.

Vor allem das hessische Wahlprüfungsgericht, das entscheiden muss, ob die Landtagswahl wegen der sittenwidrigen Finanzpraxis der Union wiederholt werden muss, dürfte sich für Graus Umtriebe interessieren. Die Richter arbeiten derzeit die Historie der CDU-Spendenpraxis auf und werden deshalb heftig attackiert. Vergangene Woche forderte die CDU den Rücktritt des Vorsitzenden Bernhard Heitsch, weil das SPD-Mitglied 1999 einen Aufruf gegen die Unterschriftenaktion der Union zum Doppelpass unterstützt hatte.



Spendensammler Grau



Krisenmanager Koch (r.): „Ordnungsgemäßes Eigentum der Hessen-CDU“

Bisher behauptet der selbst ernannte Brutalaufklärer Koch, das auf den Auslandskonten angehäufte Kapital sei „angespartes Vermögen“ und damit eindeutig „ordnungsgemäßes Eigentum der Hessen-CDU“.

Dabei hätte schon ein Blick ins Archiv den forschen Landeschef nachdenklich machen müssen. So finden sich in den Akten des Bonner Untersuchungsausschusses

zur Parteispenden-Affäre der siebziger Jahre Vermerke, in denen Geldflüsse aus den trüben Quellen des Flick-Konzerns und der Staatsbürgerlichen Vereinigung an die hessische CDU festgehalten sind – mal „wg. Dr. Dregger“, dem damaligen Landesvorsitzenden, mal „wg. M. Kanther“, damals Landesgeschäftsführer.

Auch das dubiose Wirken Graus, der bundesweit für die CDU aktiv war, ist gut dokumentiert. Der Geldsammler stellte den Wohltätern, darunter Prominente wie Axel Springer, Spendenquittungen seiner vom Finanzamt als „gemeinnützig“ anerkannten Vereine aus. Anschließend reichte er die Spende, abzüglich einer Provision von meist zehn Prozent, an die CDU weiter. Auf Anforderung schickte die Partei dem Akquisiteur fingierte Rechnungen über „Seminare“, etwa für Graus „Studiengesellschaft für staatspolitische Öffentlichkeitsarbeit“.

Für die Spender hatte dieser Umweg einen großen Vorzug. Sie tauchten nicht im Rechenschaftsbericht der CDU auf und sparten zudem wesentlich mehr Steuern, als bei einer offiziellen Parteispende möglich gewesen wäre. Auch die Union hatte ihren Vorteil. Sie konnte die Zuwendungen als „sonstige Einnahmen“ verbuchen und damit die Herkunft verbergen.

Einer, der bei diesen dubiosen Transfers mitmischte, wirkte bis vor kurzem als zentrale Figur in der CDU-Landesgeschäftsstelle in Wiesbaden: Joachim Lehmann, langjähriger „Wirtschaftsbeauftragter“ der hessischen Union. Als etwa die Eschborner Firma Unielektro im September 1978 den damaligen Parteichef Dregger über eine Spende von 5000 Mark an Graus Studiengesellschaft informierte, ging eine Kopie des Briefes an Lehmann. Der appellierte an Grau: „Seien Sie ein freundlicher Mensch und geben Sie uns die Hälfte ab, wir brauchen's dringend.“

Auch der kürzlich verstorbene frühere hessische CDU-Bundestagsabgeordnete Walter Picard aus Rodgau nutzte das Vertuschungs- und Steuersparmodell. Picard schickte Grau einen Scheck über 10000 Mark „mit der Bitte, 9000 Mark auf das genannte ‚Sonderkonto‘ zu stellen“.

Finanzexperte Lehmann ist eine Schlüsselfigur der hessischen CDU-Affäre. In der Landesgeschäftsstelle galt er als rechte Hand des Schatzmeisters Casimir Prinz zu Sayn-Wittgenstein, dem Erfinder der angeblichen Vermächtnisse jüdischer Emigranten; Insider behaupten, ein Schließfach bei der Frankfurter Hauck-Bank, in dem zeitweilig die Konto-Unterlagen der hessischen Schwarzgeld-Millionen verwahrt wurden, sei auf Lehmanns Namen geführt worden. Lehmann war für eine Stellungnahme nicht zu erreichen.

Auch beim überraschenden Rücktritt des hessischen CDU-Landesgeschäftsführers Herbert Müller vorvergangene Woche spielte Lehmann eine Hauptrolle. Laut Müller überbrachte er im Dezember 50000 Mark in bar. Das Geld stammte vermutlich von einem der Schweizer Konten. Aus Angst, der Bimbes könne wegen der gerade ruchbar gewordenen Parteispenden-Affäre verloren gehen, tricksten Müller und seine Mitarbeiter bei der Verbuchung.

Zwei Monate später ging Lehmann in Pension. DIETMAR PIEPER, WILFRIED VOIGT

* Am 8. Februar bei einer Pressekonferenz mit dem Frankfurter CDU-Chef Udo Corts.

Werbeseite

Werbeseite

SPENDENAFFÄRE

Wand des Schweigens

Die politische Aufklärung des Schwarzgeld-Skandals kommt nicht voran: Die Ermittlungen der Justiz erschweren die parlamentarische Wahrheitssuche.

Der Zeuge nannte Name, Geburtsdatum, Adresse und Beruf. Mehr mochte und musste Horst Weyrauch einstweilen nicht preisgeben. Fast anderthalb Stunden lächelte der einstige Herr über die schwarzen CDU-Kassen die Mitglieder des Untersuchungsausschusses an. Aber auf deren bohrende Fragen hatte er immer nur die eine stereotype Antwort: „Keine Aussage.“

Weyrauchs Auftritt am vergangenen Donnerstag zeigt das Dilemma, in das die politische Aufarbeitung der Parteispenden-Affäre geraten ist. Die juristischen Hürden sind höher als erwartet, die Ermittlung der Fakten erweist sich als mühsam, das Aktenstudium ist beschwerlich, der politische Ertrag tendiert gegen null. Die mit großer Geste auch von der CDU versprochene Aufklärung kommt nicht voran.

Spätestens jetzt ist klar, dass die Mitwisser und Mittäter aus den Reihen der Union gar nicht daran denken auszuweichen. „Die CDU“, konstatierte der Grünen-Abgeordnete Hans-Christian Ströbele, „hat eine totale Kehrtwende gemacht.“

Die wichtigsten Zeugen im Ausschuss profitieren von den Segnungen der Strafprozessordnung. Weil sie zugleich Beschuldigte in noch anhängigen Ermittlungsverfahren sind, können sie die Aussage verweigern. Das gilt nicht nur für Weyrauch – der in dieser Woche ein zweites Mal vor den Abgeordneten erscheinen muss –, sondern auch für den Ex-Schatz-

meister Walther Leisler Kiep und für Helmut Kohl, der am 29. Juni erscheinen soll. Der Altkanzler muss die Fragen der Abgeordneten nicht fürchten, solange die Justiz wegen des Verdachts der Untreue gegen ihn ermittelt.

Die Folgen sind grotesk: Je prominenter die Zeugen und je größer das Interesse der Medien an ihnen, desto dürftiger die Resultate. „Wir laufen hier dauernd gegen die Schweigewand“, klagt der SPD-Abgeordnete Friedhelm Julius Beucher.

In dieser Woche haben die Parlamentarier erstmals Gelegenheit, die Wand zu durchbrechen. Sie befragen Rüdiger May, einen CDU-Insider, der weder in ein Gerichtsverfahren verwickelt ist noch mit seinem Wissen hinterm Berg halten will. Von 1979 bis 1989 war er als Hauptabteilungsleiter im Konrad-Adenauer-Haus für Verwaltung und Personal zuständig.

1989 musste May gehen. Er hatte sich geweigert, die interne Abschlussrechnung der Partei für 1988 abzuzeichnen, weil ihm die Herkunft von 800 000 Mark, die aus Weyrauchs schwarzen Kassen zur CDU gelangt und dort unter der Rubrik „Sonstige Einnahmen“ verbucht worden waren, suspekt erschien. Er wolle der verdeckten Parteienfinanzierung keinen Vorschub leisten, begründete er später. Die Quittung kam prompt. Auf Kohls Betreiben musste May im November '89 den Schreibtisch räumen.

Auch die bürokratischen und rechtlichen Hürden, die die Bundestagsverwaltung den Aufklärern in den Weg stellt, sind nur schwer zu nehmen. So wurden zunächst einmal alle Akten der Staatsanwaltschaft Augsburg als vertrauliche Verschlussache eingestuft – mit der Folge, dass die rund 50 Ordner in die Geheimschutzstelle des Bundestags wanderten. Kopien dürfen die Fraktionen nur in Panzerschränken in eigens gesicherten Räumen aufbewahren.

* Mit seinem Anwalt Eberhard Kempf am vergangenen Donnerstag in Berlin.



Zeuge May

J. H. DARCHINGER

Da im Ausschussekretariat inzwischen auch kartonweise Akten aus verschiedenen Bundesministerien eingetroffen sind, reichen die Panzerschränke in den Fraktionen nicht mehr. Mit der Lieferung neuer Schränke kommt die Parlamentsverwaltung aber nicht nach.

Weil die Tür des Zimmers, in dem Grünen-Obmann Ströbele seine Unterlagen aufbewahrt, nach Ansicht der Bundestagsverwaltung nicht sicher genug ist, muss eine neue her. Doch auf die wartet der Abgeordnete seit über drei Wochen.

Im Spaß habe er schon mal angeboten, „ein paar Handwerker aus Kreuzberg kommen zu lassen“. Die Verwaltung, so Ströbele, habe das mit der Begründung abgelehnt, den Auftrag müsse man möglicherweise erst ausschreiben.

Wegen der Platzprobleme gibt es in den Fraktionen von einem Teil der Akten bislang überhaupt keine Kopien. Wer sie lesen will, muss also in die Geheimschutzstelle. Dort freilich gelten die üblichen Bürozeiten.

Als der SPD-Abgeordnete Harald Friese einmal Freitagnachmittag Unterlagen einsehen wollte, bedeutete man ihm, um 13 Uhr sei Schluss. Schließlich müssten die Beamten-Pendler noch nach Bonn. Ein andermal, so Friese, hätten sich zwei Beamte der Geheimschutzstelle in seiner Nähe postiert, um aufzupassen, dass er sich ja keine Notizen mache.

Selbst der stellvertretende Ausschussvorsitzende Hans-Peter Friedrich (CSU) qualifiziert die Arbeitsbedingungen als „absolut unzureichend“. Und für SPD-Obmann Frank Hofmann grenzt der Drang zur Geheimhaltung manchmal schon ans Absurde. In den von der Staatsanwaltschaft Augsburg übersandten Akten fand er ein „VS-Vertraulich“ gestempeltes Dokument, dessen Format ihm bekannt vorkam. Das geheime Papier war die Fotokopie eines SPIEGEL-Artikels.

WOLFGANG KRACH, HARTMUT PALMER

Ex-Finanzberater Weyrauch (vorn r.) vor dem Untersuchungsausschuss*: Fast anderthalb Stunden gelächelt



M. DARCHINGER



AFP / DPA

Britische Soldaten beim Kfor-Einsatz in Mitrovica: „Wir erwarten, töten zu müssen oder getötet zu werden“

BUNDESWEHR

„Die große Solidaritätsshow“

Mit General Reinhardt kommandiert im Kosovo erstmals ein Deutscher einen Nato-Kampfeinsatz. Bei der Befriedung des ethnischen Bürgerkriegs prallen in der multinationalen Truppe Vorurteile und alte Klischees aufeinander. Dabei haben auch die Deutschen ihre Rolle gefunden.

In seinem Büro in Filmcity, einem gelben Gebäudekoloss hoch über der Stadt von Priština, hängt nirgends die schwarz-rot-goldene Fahne. Den Tisch schmückt ein Karussell mit den Flaggen der Nato-Länder. Wo früher Filmbosse die Produktion der jugoslawischen Herz-Schmerz-Streifen und Komödien überwachten, hat die Nato das Hauptquartier der Kosovo-Friedenstruppe (Kfor) eingerichtet. Und die Regie hat ein deutscher Vier-Sterne-General: Klaus Reinhardt, 59.

Der sportlich trainierte Gebirgsjäger aus Garmisch-Partenkirchen gilt als besonders stressresistent. Doch der Job der letzten fünf Monate hat auch bei dem Mann mit dem eisgrauen Haar und der feinen Metallrandbrille Spuren hinterlassen. Nur wenige Militärs seines internationalen Stabes haben zuletzt pro Nacht mehr als vier, fünf Stunden geschlafen. Aufruhr in Mitrovica, kriegslüsterne UÇK-Rebellen in Ost-Kosovo – eine Krise jagt die andere.

Wenn er erklärt, dass die Befriedung des Konflikts noch lange nicht in Sicht ist, ringt der Kfor-Kommandeur über 44 000 Soldaten aus 35 Ländern mit der Muttersprache: „Es geht jetzt um ... endurance ... wie heißt das verdammte Wort in deutsch?“ „Durchhaltefähigkeit“ sei jetzt gefragt, sagt er dann, hier im Kosovo müsse „in anderen Zeiträumen“ gedacht werden. Fünf Jahre Einsatz, wie ursprünglich maximal angesetzt, würden den Frieden kaum sichern. Womöglich müsse sich die Weltge-

meinschaft gar auf ein zweites Nordirland oder Zypern einstellen, wo seit 1964 Uno-Soldaten stationiert sind.

Erst in der vergangenen Woche erhöhte die Nato die Zahl ihrer Soldaten um 1200 – kein Gedanke also daran, dass die Länder, wie sie es schon jetzt gern täten, ihre Truppen bald wieder abziehen können. Auch die Deutschen, im Kosovo endgültig als ebenbürtiger Ernstfallpartner der führenden Nato-Länder angekommen, werden wohl noch länger an vorderster Stelle in dieser Multi-Kulti-Armee dabei sein.

Neun Monate nach dem Einmarsch zeigt sich, dass dort über alle politischen, kulturellen und religiösen Unterschiede hinweg eine Truppe zusammenwächst, die von der gemeinsamen Idee getragen ist, den ethnischen Konflikt zu lösen – auch wenn das nicht ganz ohne Irritationen abgeht.

Etwas wenn der griechische Stabsoffizier nach dem Mittagessen zwei, drei Stunden lang nicht mehr erscheint, weil dann in seinem Land Ruhepause ist. Oder wenn ein holländischer Oberstleutnant versucht, Bücher und Computer aus der brennenden Sporthalle von Priština zu retten und ein muslimischer Kamerad anstatt zu hel-



K. MÜLLER

General Reinhardt: „Die Nationalität ist mir Wurscht“

Werbeseite

Werbeseite

fen plötzlich die Schuhe auszieht, sich auf den Boden kniet und 20 Minuten lang betet. Die Kanadier wurden, weil sie wie serbische Extremisten lange Bärte tragen – eine Tradition der Pioniere – von den Albanern als „Tschetniks“ beschimpft.

Die Bundeswehrsoldaten haben gelernt, mit Witzen zu leben, in denen sie bis heute als hirnlose Pflichterfüller gelten. Diesen erzählen die Niederländer besonders gern: Ein englischer Oberst befiehlt einem deutschen und einem niederländischen Soldaten: „Springt.“ Der Deutsche fragt sofort: „Wie hoch?“ Der Niederländer dagegen: „Wieso?“

Der Alltag im Kosovo korrigiert manche Stereotype. Zumindest in Reinhardt, so der niederländische Oberst Peter Gorrissen, 52, sehe er „nicht den Deutschen, sondern den erfahrenen Kommandeur“.

Reinhardt, der fünf Sprachen spricht, darunter Russisch, gilt in der Bundeswehr als einer der brilliantesten Köpfe. Zu seinen Talenten gehören Kommunikationsfreude und die Fähigkeit, heikle Themen sofort auf den Punkt zu bringen. Eine multinationale Armee bewertet er nicht als politisches, von Einzelinteressen bestimmtes Konglomerat, eher als modernen Betrieb, in dem die Gesetze des Wettbewerbs herrschen: „Mir ist völlig Wurscht, aus welchem Land jemand kommt, gut muss er sein.“

Die konservative „Frankfurter Allgemeine“ nannte seine Berufung einen „ganz normalen Vorgang“. Schließlich führe er als Befehlshaber der Alliierten Landstreitkräfte Europa Mitte auch in Friedenszeiten multinationale Kräfte. Doch normal ist, wenn's um Krieg und bewaffnete Einsätze geht, nichts – schon gar nicht für die Deutschen.

Erstmals seit bald 200 Jahren, als britische Kanoniere 1813 unter dem Preußen-General Gebhard Leberecht von Blücher in der Völkerschlacht von Leipzig gegen Napoleon kämpften, würden britische Truppen nun wieder „vom ehemaligen Feind“ befehligt, schrieb die Londoner „Sunday Times“ zu Reinhardts Dienstantritt im Oktober. „Völkermord und das schreckliche Geheimnis des Deutschen“, titelte die „Daily Mail“.

Eine Fotomontage zeigte Reinhardt seitengroß in Uniform neben dem Porträt seines Vaters Fritz, einst Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, Hitler-treu, in Nazi-Kluft. Und der „Guardian“ kündigte ein Reinhardt-Porträt auf der Titelseite an: „Die Nazi-Vergangenheit des deutschen Nato-Kommandeurs.“

Die Entdeckung, dass sein Vater aktives NSDAP-Mitglied gewesen sei, sagt Rein-

hardt, habe ihn seinerzeit „nicht angeekelt“, wie es ihm ein britischer Journalist in den Mund legen wollte. Dann fügt der General mit den feinen Antennen für politische Animositäten nachdenklich hinzu: „Aber es bewegt einen.“

Als Historiker, der über das Scheitern von Hitlers Strategie im Zweiten Weltkrieg promoviert und schon früh einen Teil der Generalstabsausbildung in Amerika absolvierte, hat Reinhardt seine Position gefunden, die er selbstbewusst vertritt. „Ich entschuldige mich nicht für etwas, das geschah, als ich drei Jahre alt war, aber es beschämt mich, was in meinem Land passiert ist.“ Dennoch habe jede Generation „ein Recht auf eine eigene Entwicklung, die



US-Fitnesscenter im Kosovo: „Es ist uns egal, wo wir sind“

FOTO: K. MÜLLER



Bundeswehr im Kosovo: „Panische Angst vor Fehlern“

nicht durch Vorurteile aus der früheren Geschichte erdrückt werden darf“.

„Solange ich das Gefühl habe, es macht Sinn, was er sagt, habe ich kein Problem mit Kommandeur Reinhardt“, sagt Bataillonschef Nick Carter, 40, von den Royal Green Jackets. Carters Vater war als britischer Offizier von den Deutschen in der sächsischen Burg Colditz gefangen gehalten worden.

Die Briten, die seit 1961 über eine Berufarmee verfügen und bei ihren Einsätzen viele Tote zu beklagen hatten, lassen gleichzeitig keinen Zweifel an ihrer über-

legenen Erfahrung: „Wir machen das seit 25 Jahren, wir wissen, wie das geht.“

Die Soldaten sind wie Unteroffizier Matt Harris, 25, aus Essex mitunter fast noch Kinder, wenn sie zur Armee stoßen. Harris ist schon seit zehn Jahren dabei. In Mitrovica rettete er einem Franzosen das Leben, auf den ein Albaner angelegt hatte. Harris schoss knapp neben die Waffe des Attentäters, der dann flüchtete. Hätte er dabei auch den Albaner getroffen, wäre er kaum kritisiert worden. Sein Vorgesetzter sagt: „You take a life to save a life.“

In der britischen Armee herrsche eben eine weniger skrupulöse Berufsauffassung als bei Verbündeten, die noch nicht so lange im aktiven Geschäft sind, erklärt Oberstleutnant Carter: „Unsere Armee tötet, um bestimmte Ziele zu erreichen, und wir Soldaten rechnen damit, töten zu müssen oder getötet zu werden. Man kann schließlich kein Omelett braten, ohne dabei ein Ei aufzuschlagen.“

Auch Gorrissen, der ranghöchste Niederländer im Kfor-Stab, hat Unterschiede im militärischen Selbstverständnis ausgemacht. Ihn irritiert, dass Deutsche stets eine exakte Definition ihres Verantwortungsbereichs verlangen. Dahinter stehe die panische Angst, Fehler zu begehen: „Bei uns sind Fehler Lernmomente.“

Wer Gorrissen reden hört, glaubt, die Niederländer unterhielten eine Hippie-Armee. Der Oberst lässt sich von seinem Hauptfeldwebel duzen. Profilneurotische Machtmenschen in der Militär-Hierarchie würden durch „kreative Passivität“ gezähmt, Respekt könne nur durch Respekt und nie durch brutalen Drill erzeugt werden: „Die Revolte der sechziger Jahre hat bei uns in der Armee voll durchgeschlagen.“

Wie schnell im Militär-Alltag alte Reflexe greifen können, zeigte sich, als im Krisenherd Mitrovica die 900 dort stationierten und überforderten Franzosen von 2100 Kfor-Soldaten aus anderen Ländern verstärkt wurden, darunter auch eine Bundeswehrkompanie. Als sich die Franzosen außer Stande sahen, die Verpflegung der Deutschen mit zu übernehmen, sahen die Soldaten offenbar ihre Vorurteile bestätigt: Man fand sich gegenseitig arrogant. Die Deutschen erinnerten sich an das elitäre Gefüge der französischen Armee, in der Offiziere von den Mannschaftsgraden getrennt speisen und besser verpflegt werden. Und die Franzosen glaubten sich in der Annahme bestätigt, die Deutschen hätten ohnehin stets überzogene Ansprüche.

Auf höherer Ebene sind ideologische Vorbehalte dagegen kaum noch existent. So

Werbeseite

Werbeseite



Deutsches Kontrollgebiet Prizren: Nichts ist normal, wenn's um Krieg und bewaffnete Einsätze geht

hält Henri Winckler, 52, aus Paris, Berater des französischen Generals Louis Le Miere im Kfor-Stab, die in Frankreich immer noch gefürchtete deutsche Sehnsucht nach Weltmacht für ein überkommenes Klischee: „Die Deutschen kehren zur Normalität zurück, die Zeit ihres Ausfalls ist Gott sei Dank vorbei.“

Der französische Reserveoffizier Francis Maegerlin, 30, der soeben in Internationalem Zivilrecht promoviert und bei den Kameraden als so etwas wie der Hausphilosoph gilt, setzt auf die kultivierende Kraft der internationalen Gemeinschaft: „Wir hatten unsere nationalen Abenteuer im vergangenen und vorvergangenen Jahrhundert. Was Serben und Albaner jetzt durchmachen, liegt lange hinter uns. Wir können ihnen dabei helfen.“

Dabei weiß sich der Franzose ausgerechnet einig mit einem US-Militär, Oberst Richard Tedesco, 45, aus Long Island im Bundesstaat New York. Er arbeitet seit nahezu 20 Jahren in multinationalen Stäben, hat schon fast überall in Europa gelebt, auch in Deutschland. Tedesco träumt von einer internationalen Armee als Zukunftsmodell: „Die Welt mischt sich gemeinsam in Krisenherde ein und bewältigt sie. Das hier ist eine große Solidaritätsshow.“

Dass diese Show vor allem eine US-Mission ist, demonstrieren die Amerikaner mit „Bondsteal“. Für eine der größten Militärbasen außerhalb der Vereinigten Staaten wurde im Osten des Kosovo eigens ein halber Berg abgetragen. Nun gibt es hier fast alles, was amerikanische Soldaten sich wünschen: Fertighäuser mit Volantgardinen, Burger King, Fitnessstudio, Kino, Supermarkt, Samba-Kurse und eine Kantine, in der bis zum Serviettenhalter die Ausstattung aus der Heimat stammt.

Auch die Berufsauffassung der US-Soldaten ist typisch amerikanisch geblieben,

obgleich die meisten von ihnen schon Jahre in Deutschland leben. Die Truppe ist ein Heer aus Männern, die zuweilen an den Filmhelden Forrest Gump erinnern, so willig und naiv. Sie vergleichen sich nicht mit anderen, weil sie sich ohnehin stets auf der richtigen Seite wähnen. „Es ist uns egal, wo wir sind, wenn wir wissen, was wir tun sollen“, sagt Hauptfeldwebel Howard Marshall, 40, aus Virginia. Feldwebel William Enriquez, 33, aus New York City sekundiert: „Wir sind Soldaten, und was immer befohlen wird, das machen wir.“

In dieser internationalen Gemeinschaft wolle niemand isoliert stehen, sagt der russische Fallschirmjäger-Hauptmann Ruslan Komanjcz, 28, aus Chernigov. Der Ukrainer war gegen den Nato-Luftkrieg und glaubt auch nicht, dass die westlichen Kfor-Soldaten den Schutz der Serben, denen sich die Russen kulturell besonders nahe fühlen, ausreichend organisieren. Doch geht es ihm in erster Linie darum „dazuzugehören“: „Wir sind ein Teil Europas.“

Komanjcz' Kamerad Major Gorin Andrejew, 40, ist dafür sogar bereit, die Gräueltaten des vergangenen Jahrhunderts auf Marginalien zu reduzieren: „Ihr hattet Hitler, wir Stalin, Geschichte ist Geschichte.“

Die Osteuropäer sehen es vielfach ähnlich. Der polnische General Andrzej Ekiert, 53, aus Warschau versichert: „Wir sind alle Profis, kein Problem.“ Die Teilung der Welt sei „eine große Dummheit“ gewesen, und ob Warschauer Pakt oder Nato, das sei doch „alles dasselbe“.

Auch die Vereinigten Arabischen Emirate wollen „ihren Beitrag leisten“, beteuert Major Ali Ali-Mamari Umrhan, 33, aus Abu Dhabi. Um die fremden Lebensverhältnisse zu ertragen, flogen sie als Sonnenerersatz eigens Solarien ein. An den Wänden hängen gold gerahmte Gemälde der Emir-Familie, darunter machen sie es sich auf

gelben Ledersofas bequem. Jeder Soldat verfügt außerdem über einen kostenlosen, freigeschalteten Telefon- und Internet-Anschluss und wird alle fünf Wochen für sieben Tage zur Rekreation heimgefliegen.

Die Arbeit in dem multinationalen Umfeld sei „wie ein Virus“, sagt Erich Traphan vom Dezernat Auslandsmissionen in Nordrhein-Westfalen, der Polizisten für internationale Einsätze vorbereitet. Dagegen ist sogar der deutsche Beamte nicht immun.

Über 90 Prozent der im Kosovo und in Bosnien eingesetzten Staatsdiener würden noch einmal bei einem solchen Einsatz mitmachen. Dabei hausen auch sie ähnlich wie die Soldaten unter härtesten Bedingungen. Wochenlanger Stromausfall im Winter, gefrorene Leitungen, 14-Stundentage. So verbringt Polizeihauptkommissar Michael Pehl, 40, aus Hamburg die Nacht „frierend im Schlafsack, mit Pudelmütze“. Aber es bringe was, sagt Pehl: „Man wird ... wie heißt das ausländische Wort? ... kosmopolitisch.“

Jack Simons, 50, aus Houston in Texas, Chefermittler der Unmik-Polizei in Priština, genießt die neue Vielfalt: „Die Russen spielen die beste Musik, die Kollegen von den Fidschiinseln machen das beste Hühnercurry, und die Spanier sind die chaotischsten Autofahrer.“

Für einen wie Reinhardt ist Multi-Nationalität jedoch längst mehr als Folklore. Für ihn ist es „zweitrangig“, als *deutscher* General in den Kosovo gegangen zu sein. Mit dem Edelweiß-Abzeichen am Barett, einer Reminiszenz an die Gebirgsjäger in Garmisch-Partenkirchen, bekennt er seine wohl tiefste Bindung, die an die bayerische Lebensart. Und die ist bekanntlich keine Frage der Nationalität, sondern ein Aggregatzustand.

SUSANNE KOELBL

Werbeseite

Werbeseite

STRAFJUSTIZ

Schweigen – oder gestehen?

Die Prozesse „Fallschirmmord“ und „Carla“ zeigen, wie schwer es Verteidiger haben, wenn die Mandanten nicht auf ihren Rat hören. *Von Gisela Friedrichsen*



Hauptschirm zu öffnen versucht, wie sie plötzlich stark rotiert, die Schirmkappe absprengt, um den Reserveschirm zu ziehen – und nur noch einen Griff in der Hand hat. Auch das automatische elektronische Öffnungssystem versagt. Verzweifelt tut sie alles, was den tödlichen Fall aufhalten könnte, zieht in letzter Not noch Arme und Beine an – vergebens.

Die münsterische Staatsanwaltschaft nimmt zunächst einen Unfall an. Doch als sich herausstellt, dass an Andrea Ullrichs Sprunggerät ein Stahlkabel durchgeschnitten und die Rettungssysteme fachmännisch ausgeschaltet worden sind – was nicht jeder Hobbyspringer kann –, wird wegen Mordverdachts ermittelt.

Als erster gerät ein Mann in Verdacht, mit dem Andrea Ullrich eine Weile zusammengelebt hatte und der auf dem Platz war, als sie abstürzte. Und dann kommt man auf Ralf Kasperek, 33, auch er Fallschirmspringer.

Er wird festgenommen und gibt die Tat zu. Dann zieht er alles zurück. Nein, er war es nicht.

Verteidigt wurde Kasperek von Jürgen Knecht, einem hoch gewachsenen, Intellektualität ausstrahlenden Strafverteidiger mit großer Berufserfahrung.

Ob der Angeklagte ihm die Wahrheit gesagt hat? Da steht die Verschwiegenheitspflicht des Anwalts davor. Gewiss aber hat er Kasperek eindringlich erklärt, welche Konsequenzen Schweigen, Bestreiten oder Gestehen haben würden. Denn das widerrufenen Geständnis hatte Gewicht, es enthielt Details, über die das Gericht kaum hinweggehen konnte.

Als am 18. Januar der Prozess vor dem Landgericht Münster begann, drohte nicht nur die Verurteilung zu Lebenslang, sondern angesichts der Tücke der Tat, der schrecklichen Sekunden, in denen das Opfer dem Tod hilflos entgegenraste, auch die besondere Schwere der Schuld.

Kasperek führte sich im Gerichtssaal auf wie ein Kasper, den die Sache nichts angeht. Er rutschte hin und her, zeigte jedem, was er von der „Veranstaltung“ hielt. Im Übrigen schwieg er. Die Sitzung leitete der Vorsitzende Richter Martin Tinkl, 54. Er machte den Angeklagten, unbeirrt von dessen Thea-

Angeklagter Arold, Anwälte
„Dünne Beweislage“

Verteidiger Knecht, Fallschirmdemonstration: „Die muss auf die Schnauze fallen, so wie ich bei ihr“

Mit den Richtern, sogar mit den Anklägern hat es der Strafverteidiger vergleichsweise leicht. Sein ärgster Widersacher – nur zu oft ist es der eigene Mandant. Der 1972 verstorbene Hans Dahs wies in der dritten Auflage seines „Handbuchs des Strafverteidigers“ darauf hin, der Verteidiger habe durch Reformen des Strafrechts in verstärktem Maße die Aufgabe, den Mandanten zu beraten, „ob er nicht durch das *Eingeständnis etwa vorhandener Schuld* das Verfahren für sich wesentlich erleichtern, zu einer vorteilhaften Kooperation mit dem Gericht und zu einer dem Mandanten günstigen Strafsanktion gelangen kann“.

Für Dahs widersprachen und überschritten sich dabei „die Verpflichtung gegenüber der Allgemeinheit mit seiner Schutzaufgabe als Verteidiger“, seine Wahrheitspflicht mit der Verschwiegenheitspflicht.

Von einem „Teufelskreis“ sprach Dahs und gab dafür ein Beispiel: „Einer meiner ersten Klienten legte mir die Anklageschrift auf den Tisch mit der Erklärung: ‚Was da steht, das stimmt. Das sage ich nur Ihnen. Das Lügen besorgen Sie.‘ Mit diesem Mandan-

ten habe ich zwar ‚kurzen Prozess‘ gemacht. Aber nur selten enthüllt sich die Zumutung zur Begünstigung so plump.“

Der Teufelskreis ist eher noch heikler geworden. Bei einer Verurteilung wegen Mordes kann das Gericht heute die besondere Schwere der Schuld feststellen. Das bedeutet, die Möglichkeit einer Aussetzung der Strafe zur Bewährung wird nicht schon nach 15 Jahren geprüft, sondern erst nach 20 oder noch mehr Jahren. Es hängt also viel davon ab, wie sich ein Angeklagter vor Gericht verhält.

Am 30. Mai vergangenen Jahres kommt die 31 Jahre alte Krankenschwester Andrea Ullrich bei einem Fallschirmabsprung nahe Münster zu Tode. Eine Videoaufnahme zeigt, wie sie in 1500 Meter Höhe den



ter, zu Beginn auf die Chance aufmerksam, sein Schweigen noch einmal zu überdenken.

So wurden zuerst als Zeugen zur Person des Angeklagten die Sachverständigen gehört, der Psychiater Norbert Leygraf, 47, und die Psychologin Sabine Nowara, 41. Ihnen hatte Kasperek erklärt, er mache lieber einen schlechten als gar keinen Eindruck. Geweint habe er auch mal, zuletzt „wo ich das Liebschen verloren hab, da war ich doch etwas geknickt“. Das Liebschen, das war Andrea. Eine Frau, die es mit ihm aushalte, müsse erst noch gestrickt werden. Sexuelle Beziehungen? „Was geht das die Bullen an.“

Andrea „war nicht so dat Engelchen“, sie sei ein „jeckes Huhn“ gewesen, „noch bekloppter als ich“. Sie habe sich zwar darüber beschwert, dass ein anderer Springer „sein Gemächte an ihrem Hinterteil rumgerieben“ habe, „so lambadamäßig“. Aber sie habe den Mann gebraucht für Aufträge zum Filmen beim Tandem-Sprung.

Kasperek, der Kasper. Als die Sachverständigen seine Person, sein Leben beschrieben, saß er lautlos pfeifend da. Einer, der sich unverletzlich dünkt, verhält er sich nur lächerlich genug: Einen Kasper kann man nicht beleidigen.

Der nächste Zeuge ist noch einmal ein Angebot des Gerichts: der Haftrichter, vor dem Kasperek das Geständnis wiederholt hatte. Josef Terhünste, 62, schildert, wie sich Kasperek bei der Darstellung seiner Manipulationen am Fallschirm darin spiegelte, „dass ihm das technisch gelungen war“.

Für Andrea war der Angeklagte immer nur der Fahrer, der sie von Springplatz zu Springplatz fuhr. Kurz vor der Tat hört er mit, wie sie dies belustigt einem anderen erzählt. Am nächsten Tag bringt er sie nach Karlsruhe, fährt von dort wütend ohne sie ab, ihren Fallschirm im Wagen. Er nimmt ihn mit in seine Wohnung. Einen Tag später deponiert er ihn in der Halle des Platzes bei Münster. Der nächste Sprung würde tödlich sein.

Als Zeuge beschreibt der Haftrichter Terhünste, wie er voller Abscheu über diese Tat seine Vernehmung begann. Doch plötzlich habe er empfunden, „was für ein armes Schwein“ dieser Mann sei, in welchem Engpass die Frau ihn getrieben habe, indem sie ihn „als Kutscher missbrauchte“. „Die muss auf die Schnauze fallen, so wie ich bei ihr auf die Schnauze gefallen bin“, sagte Kasperek damals. Der Haftrichter ist überzeugt, dass er bei ihm artikuliert, was er zuvor nur durch die Tat hatte ausdrücken können.

Anwalt Knecht verteidigte Kasperek gemäß dessen Bestreiten. Er beanstandete Dauer und Umstände der Vernehmung, brachte vor, der Mann, mit dem Andrea Ullrich zusammenlebte, habe finanzielle Vorteile von ihrem Tod gehabt. Knecht hielt auch einen Selbstmord des Opfers für möglich. Und das Video, auf dem sein

Mandant den Ermittlern vorführte, wie er den Fallschirm manipulierte, zeige nicht die Tat – es zeige nur eine Vorführung, wie es geschehen sein könnte. Die Aussichtslosigkeit des Bemühens war unübersehbar.

Das Urteil in der vergangenen Woche lautete auf Lebenslang. Eine besondere Schwere der Schuld erkannte das Gericht nicht. Leygraf und Tinkl diskutierten intensiv: Kasperek sei zutiefst verletzt gewesen. Andrea Ullrich habe Kasperek offensichtlich genau dort getroffen, wo er besonders verwundbar sei, „nämlich in seiner Angst, von anderen Menschen gekränkt zu werden“, sagten Leygraf und Nowara. Ob Kaspereks Persönlichkeitsstörung im Tat-

zeitraum einen Grad erreicht hatte, der einer „schweren seelischen Abartigkeit“ entsprach? Wenn ein Angeklagter bestreitet und schweigt, kann kein Sachverständiger und Richter dazu Feststellungen treffen.

Richter Tinkl lud Leygraf erneut. Nicht gegeneinander, sondern miteinander suchten der Vorsitzende und der Psychiater einen Weg. Es fand sich keiner.

Das Urteil begründete Tinkl drei Stunden lang. Man erlebt selten einen Richter, der sich so eindringlich einem Angeklagten zuwendet. Und mit einem Mal hampelte Kasperek nicht mehr herum und ließ auch das Grimassieren. Er folgte, ohne den Blick abzuwenden, den Worten des Richters, die



J. LEY / BILD ZEITUNG

Fallschirmspringer Kasperek
„Was für ein armes Schwein“

ihm zwingend sagten, warum er zu verurteilen war und warum ihm nur die Schwere der Schuld erspart werden konnte.

Ein ähnlicher Strafprozess ging in der vergangenen Woche in Nürnberg zu Ende – mit Lebenslang und der Schwere der Schuld. Unter dem Vorsitzenden Adolf Kölbl, 60, zeigte sich das Gericht „ohne jeden Zweifel“ überzeugt, dass der 31 Jahre alte Werner Arold am 22. Januar 1998 die zwölfjährige Schülerin Oana-Carla Suditu in Wilhelmsdorf bei Nürnberg getötet hat, nachdem sich das Mädchen seinen sexuellen Annäherungsversuchen widersetzt. Er habe sie gewürgt und, als sie bewusstlos war, eine Böschung hinabgeworfen, wo sie

mit dem Gesicht voran in einem Weiher liegen blieb und nach fünf Tagen Koma starb.

Die Beweislage gegen Arold war dünn. Man hatte drei Zigarettenkippen von ihm, 200 Meter vom Tatort entfernt. Man hatte sich widersprechende Zeugen. Man hatte unbestimmbare Katzenhaare an Carlas und Arols Kleidung. Und man hatte zwei weniger folgenschwere Übergriffe Arols auf kleine Mädchen, begangen in jugendlichem Alter.

Seine Verteidiger, Manfred Neder und Nils Junge aus der Nürnberger Kanzlei Oberhof und Schober, hatten Arold geraten zu schweigen. Er hielt sich nicht an diesen Rat. Immer wieder hat er dann doch mal geredet – wenn die Anwälte nicht da waren. Was tun, wenn der Mandant, verführt durch „verständnisvolle“ Ermittler, sein Recht, das das Gesetz ihm gewährt, selbst unterläuft?

Wofür kämpfen Verteidiger dann noch? „Wir wissen nicht, ob Herr Arold sich schuldig gemacht hat. Es könnte sein, oder es könnte auch nicht sein. Es kann sein, dass er der Täter gewesen ist. Es kann aber auch sein, dass er es nicht war“, sagte Neder vor Gericht. „Wir wissen nichts über den Tatablauf. Es könnte zum Beispiel auch eine Körperverletzung mit Todesfolge – und einer ganz anderen Strafandrohung – gewesen sein.“ Es sei nicht Aufgabe der Verteidigung, eine „andere Geschichte“ zu liefern. Man habe allein zu prüfen, ob die Beweise für eine Verurteilung ausreichen.

Am selben Tag, als die Verteidiger in der vergangenen Woche zu plädieren begannen, um die Ungewiss- und Ungereimtheiten noch einmal aufzuzeigen, brachte die „Süddeutsche Zeitung“ einen großen Bericht über jenen Kommissar, der Arold – „Carlas Mörder“ – gejagt hatte.

Die Verteidiger kritisierten den Umgang der Ermittler mit ihrem Mandanten scharf. Liest man das Porträt des Kriphelden, der noch vor der Urteilsberatung des Gerichts öffentlich seine Schlüsse und sein Urteil kundtat, steht man wieder einmal davor, dass das Entsetzen über eine Tat offenbar alles, was zur Ermittlung des Täters und zu seiner Aburteilung geschieht, rechtfertigt.

Das Dahssche „Handbuch des Strafverteidigers“ liegt inzwischen in der 6. Auflage vor, ausgezeichnet bearbeitet und erweitert von Hans Dahs junior. Leider fehlt das Beispiel von der plumpen Zumutung einer Begünstigung. Dafür hat Dahs jr. ein eigenes Erlebnis beigefügt: „Ein Kollege mit großer Erfahrung – aber auch mit Neigung zum Zynismus – gab mir als jungem Anwalt den Rat: ‚Betrachten Sie Ihren Mandanten immer als Ihren künftigen Prozessgegner, dann behandeln Sie ihn richtig.‘“ Die Strafverteidigung befindet sich immer noch im Teufelskreis von Schweigen, Bestreiten oder Gestehen. ◆

Werbeseite

Werbeseite



FOTOS: C. LEHSTEN / ARGUM



Münchner Matthäuskirche, Kirchenbesucher beim Gebet: „Draußen in der Welt nennt man es Kumpane!“

AFFÄREN

Bayerischer Brei

Die evangelische Kirche in München wird von einem Finanzskandal erschüttert: In Immobilien und schwarzen Kassen versickerten Millionenbeträge.

Es war eine dieser Sitzungen, die manche Kirchenfürsten so gern haben. Als sich die Herren von der Münchner Dekanatsynode im Keller der Matthäuskirche trafen, durften sie viel reden, sich selbst für „rückhaltlose Aufklärung“ loben – und dann wählten sie den Konsolidierungsausschuss, dessen Besetzung längst ausgekungelt worden war.

Dass jene Leute, die schon in den vergangenen Jahren die Geschäfte der evangelischen Kirche nicht kontrolliert haben, demnächst ihre Aufsichtspflicht ernst nehmen und den größten Finanzskandal in der Geschichte der evangelischen Kirche in Bayern aufklären werden, ist kaum zu erwarten; auf Einsicht in Protokolle möchten die meisten auch künftig lieber verzichten. „Wissen bedeutet Verantwortung“, sagt der Richter am Bundespatentgericht Lutz van Raden, der seit 1994 in den Gremien der Kirche aktiv ist und sich am vergangenen Dienstag als Einziger enthielt, „doch Verantwortung zu haben ist lästig.“

Es war nie lästiger als in diesen Tagen. Vor zwei Wochen rückte die Staatsanwaltschaft München I bei der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern an und beschlagnahmte Akten. „Es geht um Untreue“, sagt der Leitende Oberstaatsanwalt Manfred Wick. Ermittelt wird gegen einen Buchhalter, aber auch ranghohe Christenoberen könnten noch in die Schusslinie geraten – ein beispielloser Eklat.

22,5 Millionen Mark wurden im Münchner Kirchengemeindeamt falsch verbucht, ohne dass der Regionalbischof Martin Bogdahn es bemerkt haben will; 2,26 Millionen Mark sind unauffindbar. Das Vermögen der Kirche beträgt nicht 19,7 Millionen Mark, wie es in den Bilanzen hieß, sondern 8,1 Millionen Mark. „Soll und Ist“, so der neue

Landesbischof Johannes Friedrich, trennen 11,6 Millionen Mark, die an den Instanzen vorbei in „Bauvorhaben“ gesteckt worden seien. In welche, ist unklar, die Recherchen laufen; bislang kann der Bischof auch Unterschlagung nicht ausschließen.

Besonders raffiniert war der Trick mit den schwarzen Kassen: Spenden und Kirchensteuergelder wurden auf Konten geparkt, die Zinsen verschwanden in einem geheimen Fonds, den der Münchner Dekan Helmut Ruhwandl lieber „Gabenkasse“ nennt. 430 000 Mark hatte Ruhwandl zur freien Verfügung. Ein Pensionär, der als Kassenprüfer wirkte, attestierte dem Geistlichen zwar, dass er seine Ausgaben belegt habe. Das ändert aber wenig daran, dass schon die Existenz der Kasse „nicht zulässig“ (Friedrich) war.

Es handelt sich, sagt der Bremer Pastor Jens Motschmann vom Bund gegen Kirchensteuermissbrauch, „um die Bankrotterklärung der kirchlichen Verwaltung“.

Den wenigen Amtsträgern, die verstehen wollen, was da passiert ist, dämmert allmählich, dass im Münchner Amt eskalierte, was in der evangelischen Kirche auch anderswo im Argen liegt. Nicht nur in Bayern hantieren Leute mit Millionen, die viel von Theologie und wenig von Computern verstehen; und überall im Lande haben Kirchenoberen jenes Machtverständnis, das der ehemalige Bundesbauminister und heutige Präsident der bayerischen Landessynode, Dieter Haack, „Gutsherrenart“ nennt.

Haack geht davon aus, dass Würdenträger wie Dekan Ruhwandl und der Regionalbischof Bogdahn von dem Moment an „nicht-demokratische Strukturen aufgebaut“ hätten, als sie an die Macht kamen: „Auf einmal hatten sie eine Funktion, vergaßen alle Regeln, und dann haben sie gesagt: ‚Den Zweck der Gelder bestimme ich allein, denn ich weiß, was gut ist.‘“

Die Herren, klagt Haack, hätten wohl Gefahr gewittert. In Bayern regieren schließlich die Christsozialen und damit die Katholiken; „wir Evangelischen haben kein Zentrum und kein Wir-Gefühl“, so Bischof Friedrich. Die Landessynode, eine Art Parlament, und der Landeskirchenrat,

so etwas wie die Regierung, nehmen sich gegenseitig Kritik übel. Obendrein stehen sich eher fortschrittliche Theologen wie der Landesbischof und evangelische Traditionalisten gegenüber – und Kirchenbeamte und Laien sowieso.

Aus diesem Misstrauen entstand mit der Zeit ein „großer Brei“ (Haack). Dekan Ruhwandl schottete sich ab; Prüfberichte verschwanden in Schubladen; und Warnungen („In München stimmt was nicht“), die in der Landessynode bereits 1992 laut wurden, wurden mit schroffen Worten („Hetzkampagne“) erstickt.

Als der Buchhalter Rainer K., gegen den die Staatsanwälte ermitteln, dem kircheninternen Prüfungsausschuss erstmals richtige Daten vorlegte, sagte er: „Ihr wolltet doch Zahlen. Jetzt erwartet nicht, dass sie auch noch stimmen.“

Freunde kontrollierten Freunde – „draußen in der Welt“, so Kritiker Motschmann, „nennt man das Kumpane!“. Oder auch Filz. Die Kirche habe ein Problem mit Hierarchien, weil es statt Kritik und Korrekturen nur „nette, freundliche, brüderliche Gespräche“ gebe, sagt Landesbischof Friedrich.

Als alles herauskam, hatte Regionalbischof Bogdahn keine Ahnung von irgendetwas. Der Kollege Ruhwandl geht zum 30. April, wird aber mit einem Projektauftrag an der Kirchlichen Hochschule Neuendettelsau entschädigt. Zu der Affäre mochten sich beide vergangene Woche nicht äußern.

Beim nächsten Skandal soll aber tatsächlich jemand Verantwortung übernehmen. Die Kirche, meint Bischof Friedrich, dürfe sich nicht darauf herausreden, dass alle Menschen Sünder seien; jede Gemeinde mit 4000 Mitgliedern sei „ein mittelständisches Unternehmen und braucht Führung und Aufsicht“. Zunächst müsse die Verwaltung kommen und erst dann die Vergebung, assistiert Synodalpräsident Haack: „Sonst sinkt die Kirche unter die ethische Norm der Politik.“

Von dort kann es wenigstens nur noch aufwärts gehen.

KLAUS BRINKBÄUMER



Dekan Ruhwandl

SCHNEIDER / EPD

Werbeseite

Werbeseite

EUROPA

Neue deutsche Delle

Deutschland ist in der Brüsseler EU-Administration nur schwach vertreten. Gute Leute bleiben daheim, denn der Dienst für internationale Organisationen gilt noch immer als karriereschädlich.

Deutsche Personalpolitik auf höchstem internationalem Niveau: Monatelang zog sich das Gezerre in der Europäischen Union um einen Kandidaten für den Direktorenposten des Internationalen Währungsfonds hin – unbedingt wollte Gerhard Schröder einen seiner Leute auf dem Spitzenposten sehen. Nach dem peinlichen Scheitern seines Favoriten Caio Koch-Weser, den andere EU-Staaten nur halbherzig unterstützten, kam zwar der zweite Kandidat Horst Köhler durch – doch nicht zuletzt, weil US-Präsident Bill Clinton seinem deutschen Freund eine weitere öffentliche Blamage ersparen wollte.

Das Chaos beim Griff nach dem IWF-Chefposten ist symptomatisch für die Un-

fähigkeit der Deutschen, ihr Personal in internationalen Organisationen unterzubringen. Für die Besetzung von Schlüsselpositionen im internationalen Geschäft gibt es in Berlin nach wie vor keine schlüssige Strategie oder auch nur eine Steuerung.

Statt einer kohärenten Personalpolitik gilt das Ad-hoc-Prinzip: Staatssekretäre entscheiden mal so nebenbei, von Fall zu Fall, wen sie auf welche Auslandsstelle schicken könnten – oder der Kanzler reißt Personalien kurzerhand an sich. „Man hat das Gefühl, dass keiner weiß, was hinten dabei herauskommen soll“, klagt der CDU-Europapolitiker Günter Rinsche.

Schlecht sieht es für die Deutschen nicht nur bei den über politische Absprachen besetzten Spitzenpositionen aus. Das Problem liegt tiefer: Gerade in der Verwaltung, wo viele wichtige Vorentscheidungen gefällt werden, sind Deutsche nur vergleichsweise selten anzutreffen.

Bei den EU-Generaldirektoren, die unterhalb der Kommissarsebene die Beamtenapparate leiten, hat die deutsche Regierung im Kampf um wichtige Posten unlängst wieder den Kürzeren gezogen.

Empfang, EU-Ratsgebäude in Brüssel
„Zu plump, zu spät“

Zwar ist ein Deutscher jetzt Generaldirektor für Bildung und Kultur, und auch das Personalressort leitet ein Deutscher. Doch zwei außenpolitische Generaldirektionen, jahrelang von Deutschen besetzt, gingen bei der Neubildung der Kommission unter Romano Prodi durch Ruhestand oder Versetzung verloren; in der wichtigen Wettbewerbsdirektion rotiert der deutsche Posten in zwei Jahren weg, Ersatz stellen wahrscheinlich die Franzosen.

Immerhin: Durch geschickte Hintergrundmanöver kamen 19 deutsche Beamte in den Kabinetten der verschiedenen Kommissare unter; beim Rat übernimmt demnächst der Deutsche Klaus Gretschmann, bisher Abteilungsleiter Wirtschafts- und Finanzpolitik im Kanzleramt, eine Führungsposition. Doch die Berliner Regierung verärgerte auch dabei durch ihr Ungeschick die EU-Partner: Der Personalvorschlag sickerte schon durch, ehe er mit den anderen Ländern abgesprochen war.

Nachschub für den Mittelbau des Brüsseler Apparats soll das „Büro Führungskräfte zu Internationalen Organisationen“ (BFIO) nach Brüssel lenken – doch das ressortiert nicht etwa beim Außenministerium oder im Kanzleramt, sondern bei der Bundesanstalt für Arbeit. Mehr als Interessenten auf freie Stellen hinzuweisen und Vorbereitungskurse für den „Concours“,



B. BOSTELMANN / ARGUM



B. BOSTELMANN / ARGUM

das EU-Auswahlverfahren, zu vermitteln, kann das BFIO kaum tun – mit einer an politischen Zielen orientierten Personalpolitik hat das nichts zu tun.

Gerade auf den unteren Ebenen macht sich mangelnde personelle Präsenz sofort negativ bemerkbar: „Dem mittelständischen Unternehmer aus Nordhessen, der an EU-Fördermittel heran will, fehlen im Brüsseler Beamtenapparat Ansprechpartner, die Deutsch können und die denken wie er“, beobachtet der Europa-Parlamentarier Hartmut Nassauer (CDU).

In den meisten supranationalen Organisationen ist Deutschland schon seit Jahren personell unterrepräsentiert – eine gewachsene, international qualifizierte Führungsschicht kann sich so gar nicht erst herausbilden. Die Chemnitzer Politikprofessorin Beate Neuss, die sich seit langem mit der Rekrutierung für internationale Organisationen befasst, hat speziell bei den Nachwuchskräften eine „neue deutsche Delle“ ausgemacht: Auf der Eingangsebene, den so genannten A8-Stellen, gibt es in der EU-Kommission derzeit 50 Franzosen, aber weniger als halb so viele Deutsche, nämlich gerade einmal 23. Wenn der Nachwuchs in einigen Jahren in Schlüsselpositionen aufrückt, werden die Deutschen noch schlechter repräsentiert sein.

Solche Missverhältnisse sind kein Einzelfall. So finanziert die Bundesrepublik etwa zu 13 Prozent die Weltkulturorganisation Unesco in Paris, stellt aber nur 3,5 Prozent des Personals. Gerade mal 3,8 Prozent der Beschäftigten der Welthandelsorganisation WTO in Genf kommen aus Deutschland, der Finanzbeitrag Berlins beträgt knapp elf Prozent. Und während bei der Uno fast jede zehnte Mark im Etat aus Deutschland stammt, kommt nicht einmal jeder 20. Uno-Funktionär aus der Bundesrepublik.

Die Kluft wird jedoch vor allem in Brüssel sichtbar. Die Deutschen sind nach wie vor der größte Nettozahler für den EU-Haushalt, 22 Prozent der Unionsbürger sind Deutsche – doch nur rund zehn Prozent der Kommissionsbeamten stammen aus dem größten Mitgliedsland.

Eine kürzlich von Europa-Forscherin Neuss für die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung verfasste Studie fand die Ursachen für die Malaise auch im deutschen Wesen. Einerseits tun sich deutsche Beamte, formal hoch qualifiziert, häufig schwer in einer andersartigen, multinationalen Verwaltungskultur. Sie seien zu schroff und zu direkt. Die verbindlich-diplomatische Tonart französischer oder britischer Kollegen wüssten sie kaum zu treffen, so Neuss.

Auch die Versuche deutscher Lobbyisten und Politiker, die Brüsseler Richtlinien zu beeinflussen, gerieten oft viel „zu plump, zu spät und auf zu hohem Niveau“.

Andererseits verstecken deutsche EU-Beamte häufig ihre Herkunft, fühlen sich heimat- und bindungslos. Sie assimilieren sich in andere Gruppen, während andere Nationen Seilschaften und „Old Boys’ Networks“ pflegen und ausbauen. „Deutsche in der EU werden – anders als die EU-Beamten anderer Länder – nicht an ihren Heimatstaat gebunden“, resümiert die Studie der Adenauer-Stiftung, „sie fühlen sich, da sie keine attraktiven Rückkehrchancen sehen, den deutschen Interessen nicht spezifisch verbunden.“

Manchen ergeht es so wie dem deutschen EU-Beamten Matthias Rütke: Mitte der achtziger Jahre bestand er, nach einem Studium in Großbritannien, die Aufnahmeprüfung für eine EU-Laufbahn. Als frisch gebackener EU-Beamter musste er bald darauf eine Fernseh-Richtlinie aushandeln. Briten und Franzosen sagten ihm, was sie wollten: viel Werbung, Quoten für



Wirtin Ellerkam, EU-Beamte: Heimatliche Nestwärme

die Kultur. „Von den Deutschen dagegen habe ich nie eine verlässliche Antwort bekommen. Deren Verhandlungsposition war katastrophal, sie verhedderten sich im föderalen Gezänk. Da habe ich dann Politik gegen mein eigenes Land gemacht.“

Vor allem das starre Laufbahnschema in der deutschen Ministerialbürokratie verhindert Flexibilität. Anders als in Frankreich, wo für eine Karriere in Paris eine mehrjährige Zwischenstation in der EU-Zentrale vorausgesetzt wird, müssen Deutsche sich von vornherein festlegen, wo sie Karriere machen wollen. „Die fehlende Rückfahrkarte ist eines der großen Handicaps“, glaubt Helmut Westkamp, Leiter des BFIO. Denn entscheidet sich ein Deutscher erst einmal für eine internationale Karriere, gibt es für ihn kaum ein Zurück: Laufbahnjahre im Ausland werden nicht angerechnet, internationale und nationale Karrieren sind nicht miteinander verzahnt. In Deutschland fehlt die zentrale europapolitische Koordinationsstelle, die auch Stellenbesetzungen strategisch vorbereiten

Werbeseite

Werbeseite

„Eine dauernde Zumutung“

Ein Studium am Europa-Kolleg in Brügge verbessert die Karrierechancen in der EU-Verwaltung.

Aus den Räumen des Europa-Kollegs geht der Blick auf das mittelalterliche Brügge, auf altflandrische Backsteinhäuser und male- rische Kanäle. Die Studenten aus 30 Ländern aber, die sich hier auf eine internationale Karriere vorbereiten, sind schon voll im neuen Jahrtausend.

„Kein Schwein kümmert sich zu Hause um Europa“, schimpft die Deutsche Natalie Hammerich, 25, die „Development of Human Resources“ studiert, „dabei erfährst du hier erst, in welchem Change wir sind.“

Mit der deutschen Wortfindung hapert es bei Natalie manchmal, sie spricht „Eurospeak“. Roland Klages, 24, Jurist aus Heidelberg, und Politologe Michael Ferber, 26, aus Tübingen können das gut verstehen. Während ihrer Grundausbildung haben sie eine Zeit lang in Genf, Paris und in den USA studiert, Deutsch vergaßen sie da fast.

Im September kamen die drei nach Brügge, nachdem sie in Bonn einen harten Auswahltest bestanden hatten. Nur durch Zufall erfuhren sie von dem Aufbaustudium, das unter anderem die Fächer Jura, Ökonomie, Politik- und Verwaltungswissenschaften mit besonderem Blick auf Europa anbietet.

Materialien und Seminare gibt es in Englisch oder Französisch, die Studenten sind meist dreisprachig, Professoren fliegen aus London, Florenz, Paris oder Berlin ein – ein „Flying College“ mit 120 wechselnden Lehrkräften. Karel Van Miert, der frühere EU-Wettbewerbskommissar, lehrt hier. Andere Dozenten lesen über die Krise der Wohlfahrtsstaaten, Informationstechnologien, europäisches Steuerrecht, EU-Institutionen oder Konfliktmanagement in multi- kulturellen Organisationen.

Organisiert ist das Institut wie ein Oxford-College, finanziert durch EU-Beiträge, den belgischen Staat und Stüdiengebühren von jährlich 12 000 Euro. Die 270 Studenten bilden eine Lebens- und Lerngemeinschaft für ein Jahr. Nur 25 Deutsche sind darunter, die meisten bekommen Stipendien.

Am Ende steht der „Master of European Studies“. Die Euro-Absolventen gehen in die EU-Administration, in internationale Anwaltskanzleien, Con-

sultant-Büros oder Verbände. Dabei können sie ein weltweites Netzwerk von Kontakten nutzen, bekannt als „Brügger Mafia“.

Einer, der vor 45 Jahren das Kolleg besuchte, ist heute der Direktor. Otto von der Gablentz, Jurist, Politologe, deutscher Diplomat, früher außenpoliti- scher Berater Helmut Schmidts, jetzt Prediger der „Brügger Formel“: „Wir müssen hier so tun, als ob es keine Nationalitäten mehr gäbe: unter großem Druck mit vielen Nationen hochwertige Arbeitsergebnisse zu Stande bringen.“

Eigentlich sei das Europa-Kolleg eine „dauernde Zumutung“, meint von der

könnte. Stattdessen sind die Europa-Zu- ständigkeiten zwischen dem Außenminis- terium, dem Finanz- und dem Wirtschafts- ministerium zersplittert, die gegeneinan- der konkurrieren. In der britischen Euro- papolitik dagegen läuft nichts ohne das di- rekt beim Büro des Premierministers an- gesiedelte European Secretariat. Von dort aus werden britische EU-Beamte straff ge- führt, Bewerber für Europa-Positionen ein- geladen, gezielt auf die Aufnahmeprüfungen vorbereitet und mit EU-Beamten in Kontakt gebracht, die Tipps geben und das „Lobbying“ für die Kandidaten im Appa- rat übernehmen.

Haben Deutsche nach den schwierigen Aufnahmeexamen den Sprung von den Re- servelisten auf einen Posten in der EU-Ver- waltung geschafft, erleben sie unvorberei- tet erst mal einen Kulturschock. Die Brüs- seler Verwaltung ist frankophon-romanisch dominiert. Neben den Sprachnachteilen sind die Abläufe und Strukturen des nach französischem Muster aufgebauten Kabi- netts- und Direktionssystems fremd.



Direktor Gablentz (M.), Studenten*: Eurospeak im Flying College

Gablentz: Einen normalen Unibetrieb dürfe niemand erwarten, das sei bei den unterschiedlichen Ausbildungen, Methoden und sozialen Hintergründen unmöglich.

Ein Baustein aus dem Lehrpro- gramm: das alljährliche Simulations- spiel, bei dem 15 Studenten eine Sitzung des EU-Rates nachbilden und am Verhandlungstisch eine EU-Richt- linie beschließen. Sie lernen nationale Interessen einzubringen, müssen da- für Allianzen schmieden und das übergeordnete EU-Interesse im Auge haben. Lernziel: der kompetente Eu- ropäer.

SYLVIA SCHREIBER

Politische Quotenbesetzungen bringen daher wenig, die deutsche Personalpolitik erfordert vielmehr langen Atem und die Bildung von Netzwerken.

Immerhin lädt die deutsche EU-Vertre- tung in Brüssel ihre beamteten Landsleute inzwischen zu Festveranstaltungen und Fachvorträgen ein. Heimatliche Nestwärme müssen sich die deutschen EU-Beamten aber nach wie vor hauptsächlich im Wege der Selbsthilfe verschaffen: SPD- und CDU-Beamte kommen sich in ihren eigen- en Brüsseler Ortsvereinen näher, deut- sche Agronomen treffen sich einmal im Monat zu ihrem Stammtisch in einer Brüs- seler Kneipe, bei Wirtin Hedwig Ellerkam im „Bierfass“.

HANS MICHAEL KLOTH, SYLVIA SCHREIBER

* Natalie Hammerich, Michael Ferber, Roland Klages.

Werbeseite

Werbeseite

SPD

Faxen gelernt

Das einstige Idol der Ost-SPD ist in der Partei abgemeldet. Nicht einmal Brandenburgs Ministerpräsident Manfred Stolpe hält noch zu Regine Hildebrandt.

Mausgrau ist das Kostüm, kragenlos und weiß die Bluse. Die stämmigen Beine stecken in schmucklosen schwarzen Slippers. Regine Hildebrandt rollt die Augen. Sie fuchtelte mit den Händen. Sie ruckelt auf ihrem Stuhl hin und her. Sie lacht, als wolle sie sich als Synchronstimme in einem Trickfilmstudio bewerben. Und sie redet ohne Punkt und Komma.

Kurzum: Auf den ersten Blick ist Regine Hildebrandt, 58, wie immer.

Doch das Zimmer, in dem sie sitzt, erinnert daran, dass sich im Leben der berühmtesten Quasselstrippe der deutschen Sozialdemokratie etwas verändert hat. In ihrem neuen Dienststiz haben die vielen Worte, die aus der brandenburgischen Ex-Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen sprudeln, kaum Platz. Höchstens 15 Quadratmeter groß ist ihr Büro im zweiten Stock des Willy-Brandt-Hauses in Berlin, karg eingerichtet mit einem Schreibtisch und einer kleinen Sitzgruppe. Zimmer 253 ist



Expo-Werberin Hildebrandt
„Ick kenne meinen Marktwert“

die wortgewaltige Vorkämpferin der Einheitsverlierer die Partei nerve.

Doch Regine Hildebrandt hat die katastrophale Niederlage der SPD im September vergangenen Jahres, bei der die Sozialdemokraten von absoluten 54 auf magere 38 Prozent abstürzten, nicht verhindern können. Das Wahldebakel war zugleich ihr Ende: Stolpe opferte seine Galionsfrau dem Bündnis mit der Christenunion des Ex-Generals Jörg Schönbohm. Für Hildebrandt war diese Koalition der absolute Horror.

Sie verzichtete nicht nur aufs Kabinett, sondern gleich auf ihren Sitz im Landtag.

Beim „Forum Ostdeutschland“ ihrer Partei ist sie nun untergekommen, einem SPD-Verein unter Vorsitz von Stolpe, der die Sozialdemokraten im Osten bekannter machen sollte, aber so kraftlos und müde ist wie der Vorsitzende selbst.

Hierher kommen nun die Bittbriefe der Ortsvereine, die mit Regine als Stimmungskanone den öden Parteialltag etwas auflockern wollen. Stolz präsentiert sie die Flut von

Faxen, die sie als Bestätigung ihrer politischen Arbeit nimmt. Hier plant die Ex-Ministerin ihre Reisen, die stets derjenige finanzieren muss, der sie einlädt. SPD-Generalsekretär Franz Müntefering spendierte dem angeblich so geschätzten Mitglied des Parteivorstands nicht einmal eine eigene Sekretärin. Hildebrandt trägt es mit Fassung: „Ick hab schon faxen jelernt.“

Monate nach ihrem letzten großen Auftritt im Potsdamer Parteivorstand, bei dem

sie die potenziellen Partner von der CDU gleich mehrfach „Arschlöcher“ schimpfte, sind die Krokodilstränen der Genossen über das Ausscheiden Hildebrandts getrocknet. Viel sachlicher als früher, viel konzentrierter, loben sie, gehe es nun am Kabinetttisch und in der Fraktion zu. Und außerdem sparsamer.

Der Abgang der brandenburgischen Partei-Ikone von der politischen Bühne wirkt inzwischen so logisch wie der Ausstieg Oskar Lafontaines. Sie würde nur stören bei dem Versuch, den Haushalt des hoch verschuldeten Brandenburg radikal zu sanieren. Ihr störrischer Geist ist ohnehin noch immer lästig präsent: Die Wut, die alle Sparversuche der schwarzen Regierung beim Volk auslösen, speist sich auch aus den Erwartungen, die einst die oberste Wohltäterin des Landes genährt hat.

Nicht einmal mehr auf Manfred Stolpe kann sich Frau Hildebrandt verlassen. Bevor Jörg Schönbohm als CDU-Landesvorsitzender beim politischen Aschermittwoch in Finsterwalde seine Schimpfkanonaden gegen Sozis und Grüne abließ, legte er dem Koalitionspartner seine Rede vor. Gleich mehrfach fand die verhasste Hildebrandt in der Büttenrede gebührende Erwähnung. Stolpe, der, wie Parteifreunde lästern, in Schönbohm einen neuen Führungsoffizier gefunden habe, erhob keine Einwände.

Hildebrandts Popularität an der Basis indes ist ungebrochen – ob mit gepiercter Zunge als Lockmittel für die Expo in Hannover, als Wahlkämpferin an der Seite von Heide Simonis, als Talkshow-Gast im Fernsehen, als Laienpredigerin in München, sie wird stets bejubelt. „Ick kenne meinen Marktwert“, sagt sie selbstbewusst. „Wo ick rede, ist der Saal voll.“

Fast süchtig sucht sie die Bestätigung durch die Menschen, die sie einfach mal anfassen wollen, ihre Hand schütteln und sich von ihr etwas zu doll auf die Schulter schlagen lassen, wie bei der Einweihung eines Altenpflegeheims vergangene Woche in Frankfurt (Oder). Mit rotem Schal stand die „Frau ehemalige Ministerin“, deren Nachfolger Alwin Ziel (SPD) im Land kaum jemand zur Kenntnis nimmt, in der ersten Reihe und nickte breit lächelnd wie eh und je in die Runde.

Doch Hoffnungen, auf der Welle der Sympathie eines Tages wieder ins Kabinett getragen zu werden, macht sie sich nicht mehr. Nur zu gut weiß sie, wie sie auf die eigenen Genossen wirkt.

Als Regine Hildebrandt erfuhr, dass Bildungsminister Steffen Reiche, nebenbei SPD-Landesvorsitzer, bei den brandenburgischen Kindertagesstätten sparen wolle, hat sie sofort zum Hörer gegriffen, sich durchstellen und den Gesetzentwurf rüberfaxen lassen. „Der Reiche“, amüsiert sie sich, „ist richtig zusammengezuckt, als ick in der Leitung war.“

STEFAN BERG



Genossen Hildebrandt, Stolpe*: Krokodilstränen getrocknet

Regine Hildebrandts politische Abstellkammer.

Unverzichtbar schien die „Mutter Courage“ noch vor einem halben Jahr. Unvorstellbar, dass Manfred Stolpe, selbst ernannter Ober-Ossi und Brandenburgs Ministerpräsident, ohne sie regieren würde. Allenfalls hinter vorgehaltener Hand gaben auch Sozialdemokraten zu, wie sehr

* Mit Gerhard Schröder im Bundestagswahlkampf 1998.

Werbeseite

Werbeseite



Panda Bao-Bao: Künstliche Träume

FOTOS: PETERS

ARTENSCHUTZ

Bärin im Sack

Der Panda-Dame Yan-Yan droht nach fünfjähriger Duldung die Abschiebung ins rote China – sie wird nicht schwanger.

Sie mögen sich nicht, sagen die Experten des Berliner Zoos. Die Chemie stimmt einfach nicht. Das komme eben vor, bei Mensch und auch bei Tier. Die Geschichte von Yan-Yan, 14, der „Niedlichen“, und Bao-Bao, 22, dem „Schätzchen“, ist dennoch reich an Höhepunkten. Der nächste steht kurz bevor.

Am 14. April läuft Yan-Yans Duldung aus, die vor fünf Jahren mühevoll zu Stande kam. Dann droht Berlins berühmtestem Kuscheltier die Abschiebung ins rote Reich. Als Gebärfachkraft hat sie versagt und muss nun erleben, was tausenden asiatischer Computerfachkräfte noch bevorsteht: Wer nicht mehr gebraucht wird, fliegt raus.

Da ist es gut, einen in der Panda-Diplomatie ausgewiesenen Tierfreund auf seiner Seite zu haben. Der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen, 58, im Volksmund „Ebi-Ebi der Blase“ genannt, wird es wieder einmal richten müssen.

Wie 1995, als Diepgen durch seinen persönlichen Einsatz das Single-Dasein des Bambusbären Bao-Bao beendete. Am Karfreitag, dem 14. April, setzte der Lufthansa-Airbus LH 721 nach 8221 Flugkilometern sicher in Tegel auf. An Bord eine knopf-ägige Schönheit als tierische Leihgabe der Chinesen, ein Bürgermeister im Wahlkampf und ein Tross Journalisten. Bis heute fehlt Diepgens Coup in keiner Chronik seiner 16-jährigen Amtszeit. Und das zu Recht.



Partnerin Yan-Yan*: Fruchtbare Bemühungen

Denn der Bären-Export war nicht einfach, weil eigentlich untersagt. Das beliebte Wappentier ist nämlich allgegenwärtig nur im Logo des World Wide Fund for Nature (WWF). Ansonsten treiben sich höchstens noch 800 bis 1200 Exemplare in den Bambushainen dreier chinesischer Provinzen herum – und in ein paar Tierparks dieser Welt. Gleich zwei dieser seltenen Exoten faulenzten dank Diepgen im Berliner Zoo.

Unter professionellen Artenschützern galt das teure Panda-Leasing des Regierenden von Anfang an als anrüchig, Tiereschützern war es ein Gräuel. Die Umsiedlung ist nach der „Konvention über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten“ praktisch verboten.

Die gescheckten Bambusbären (*Ailuropoda melanoleuca*) dürfen nicht aus kommerziellen Motiven versetzt werden, sondern ausschließlich zum Zweck der Fortpflanzung. Und dies auch nur, wenn wissenschaftliche Begleitprogramme sicherstellen, dass die Zucht-Anstrengungen am Ende der wild lebenden Population zugute kommen. Als extrem unfein gilt der Export, wenn das Tier zuvor in der Wildnis gefangen wurde – wie Yan-Yan als Baby zehn Jahre vor ihrer Anwerbung.

In ihrer Heimat war die Panda-Dame bereits als widerborstig bekannt, einige

Fortpflanzungsversuche waren schon gescheitert. „Das ging nicht mit der“, konstatiert ein Experte. Berlin habe die „Bärin im Sack gekauft“. Dennoch setzte sich Diepgen mit aller Macht für den Sex-Tourismus ein.

Als das für die tierische Asylgewährung zuständige Bundesamt für Naturschutz (BfN) den Transfer ablehnte, beschwerte sich der Stadtvorsteher bei Parteifreundin Angela Merkel. „Um politische Irritationen zu vermeiden“, möge die frisch gekürte Umweltministerin die ihr unterstellten Spielverderber umgehend ruhig stellen.

So geschah es. Gegen den geharnischten Protest der internationalen Artenschutzgemeinschaft stimmten die Fachleute der „Zuchtleihe eines weiblichen Groß-Pandas“ schließlich zu – befristet auf fünf Jahre. „Wir wurden gebeugt“, erinnert sich ein Teilnehmer.

Es kam noch schlimmer: Zusagen über ein wissenschaftliches Begleitprogramm habe der Zoo „teilweise bis gar nicht erfüllt“. Die angestregten Zuchtversuche der Berliner erklärten Kritiker für „laienhaft bis dilettantisch“.

Yan-Yan erwies sich als frigid, Bao-Bao als desinteressierter Schlappschwanz. Drei-

mal wurden beide deshalb künstlich in – vermeintlich – süße Träume versetzt, Bao-Bao wurde mit Elektro-Ejakulationen die Samenspende abgepresst, die die verschmähte Gefährtin gespritzt bekam. Allein: Selbst im Schlaf wehrte Yan-Yan die Manipulationsversuche mühe-los ab.

Nach den fruchtlosen Bemühungen haben die Zoo-Verantwortlichen für Yan-Yan nun den Ausreiseantrag gestellt. Doch Panda-Diplomat Diepgen will nicht aufgeben. „Demnächst“, versichert Sprecher Michael-Andreas Butz, werde der Chef mit einer Delegation des Pekinger Forstministeriums verhandeln, weil „die Berliner Yan-Yan längst als Berlinerin betrachten“.

Offiziell schweigen die Chinesen. Immerhin hat die „Bild“-Zeitung ermittelt, dass die Herren aus dem Land des Lächelns mittlerweile die Leihgebühr hoch getrieben haben: eine Million Mark pro Jahr und Tier, so lautet die Herausforderung an die Spendenbereitschaft der Berliner Prominenz. Harald Juhnke ist schon dabei: „Da muss man eine große Aktion machen.“

Im BfN wächst nun die Nervosität. Die nach internationaler Rechtslage zwingende Ablehnung einer weiteren Duldung von Yan-Yan wird dem Ruf des Amtes daheim nicht gut tun. Schließlich könne man auch nicht am 14. April „mit dem großen Waschkorb anrücken und das Tier beschlagnahmen“.

GERD ROSENKRANZ

* Bei einer Ultraschalluntersuchung nach einer künstlichen Befruchtung 1997.

Werbeseite

Werbeseite

HAUPTSTADT

Haie im Club

Nach Plüsch, abgewetzten Polstermöbeln und Lavalampen dienen jetzt exotische Fische als Einrichtungsaccessoire Berliner Szene-Bars. Trotz Tier-schützer-Protest setzen die neuen Läden im Bezirk Mitte auf die atmosphäri-



Berliner „Shark-Club“

schen Reize ihrer meterlangen Aquarien. Im Berliner „Shark-Club“ unweit des Gendarmenmarkts hält der Name sein Versprechen: Ammenhaie gleiten hinter Cocktail schlürpfenden Nachtschwärmern durch ihr sechs Meter langes 16 000-Liter-Becken. „Ihnen zuzusehen beruhigt“, berichtet Hausherr Rainer Malchus, 29. Zurzeit konkurrieren vier hauptstädtische Bars um die exklusivsten Fischarten und die phantasievollste Unterwasserlandschaft. Besonderer Vorteil der Flossentiere ist laut „Greenwich“-Clubbetreiber Cookie, 25, dass sie auch den Gedankenverlorenen Gesellschaft leisten: „Manche sehen am liebsten die Fische tanzen.“

MODE

Schöne Körper in Schlaufen



Model in Roberts-Abendkleid, Roberts

Schwer zu glauben, dass es in der Mode tatsächlich noch neue Formen zu entdecken gibt. Der britische Designer Julian Roberts, 28, den der „Sunday Telegraph“ jüngst zum „Julian mit den Scherenhänden“ kürte, zeigt in seiner aktuellen Kollektion, dass schön gebaute Frauenkörper auch von gewagten stofflichen Ausbuchtungen nichts zu befürchten haben. Roberts, der die Entdeckung neuer Formen als seinen Sport betrachtet, schneidert neobarocke Schlaufen oder Rüschen, Höcker oder Buckel auf seine Kleider-Skulpturen. Was sich zunächst als körperliche Deformation darstellt, wird beim zweiten Hinsehen ganz im Sinne des Erfinders „leicht, taktile und einfach schön“. Die Londoner Modewelt applaudierte den unheimlichen Kreationen des Newcomers hingerissen; eine Kritikerin versprach: „Das Fashion-Pack wird es lieben.“



UNTERWÄSCHE

Wenn der Büstenhalter piepst

Die Londoner Designerin Kursty Groves, 27, über ihren Techno-BH und die Zukunft elektronisch ausgestatteter Kleidung

SPIEGEL: Frau Groves, was haben die von Ihnen designten Körbchen einem normalen BH voraus?

Groves: Ein eingebauter Minichip misst den Herzschlag. Ist der zu schnell, etwa wegen eines Überfalls oder Infarkts, geht automatisch per Funk ein Alarmsignal an einen Helfer, sei es die Polizei oder der Lebenspartner. Der erhält dann die genaue Ortsangabe und kann einschreiten.

SPIEGEL: Wenn der Puls aber rast, weil die Trägerin im Lotto gewonnen oder sich verliebt hat – schreit der Helfer dann auch ein?

Groves: Registriert der Bra eine schnellere Herzfrequenz, gibt er



Groves

ein leises Piepsen von sich. Die Trägerin hat dann 30 Sekunden Zeit, zwei Knöpfe zu drücken. Tut sie das nicht, wird das Notrufsignal gesendet.

SPIEGEL: Womit sollen sich Männer schützen?

Groves: Darüber denke ich nicht nach. Ich wollte etwas entwickeln, das dem weiblichen Schutzbedürfnis dient. Mein Bra gibt seiner Trägerin das Gefühl von Sicherheit. Der Schutz steckt an der optisch sichtbarsten Stelle von Weiblichkeit – den Brüsten. Ironischerweise also an der Stelle, die angreifende Männer zuerst dominieren wollen.

SPIEGEL: Was halten Sie von herkömmlichen Hilfsmitteln zur Abwehr von Überfällen?

Groves: Umfragen haben gezeigt, dass viele Frauen nicht auf Gasspray oder Handtaschenalarm vertrauen. Sie sind zu unständig. Und seit an jeder Ecke Auto-Alarmanlagen heulen, reagiert kaum jemand noch auf schrille Töne.

SPIEGEL: Innerhalb von fünf Jahren wollen Sie Ihren Notruf-BH auf den Markt bringen, im nächsten Jahr soll schon mal ein Sport-BH herauskommen, der den Herzschlag misst. Wachsen Kleidung und Elektronik immer mehr zusammen?

Groves: Ja. Da wird in der nächsten Zeit einiges passieren. Kleidung mit eingebautem Heizkissen oder Licht wird bald zum Alltag gehören wie auch das Minikraftwerk im Schuh, das für beides die notwendige Energie liefert.



Busenstar Anderson, Operationsvorbereitung, Popsängerin Spears: „Was nützt einer Frau ein IQ wie der von Einstein, wenn sie aussieht wie

SCHÖNHEITSKULT

Verschrumpelte Mickymäuse

Die Strategien im Kampf um jugendliches Aussehen werden immer raffinierter und populärer. Die Branche profitiert von günstigeren Preisen, sanfteren Methoden und besseren Materialien. Auch Männer und Teenager lassen ihre Körper glätten, straffen, verschlanken.

Michelle Pfeiffer, 41, hat es getan, Suzanne von Borsody, 42, tut es vielleicht, Hannelore Elsner, 55, würde es nie tun. Eine derart entschiedene Ablehnung ist selten – sich mit verschiedensten Methoden verschönern zu lassen ist heute keine große Sache mehr. „Alles, was Sie hier sehen, verdanke ich Spaghetti“, soll Sophia Loren gesagt haben. Leider hat Pasta nicht bei jedem Menschen eine derart eindrucksvolle Wirkung, und deshalb sind kleinere oder größere Renovierungsarbeiten irgendwann fällig.

Altern ist out, Körperoptimierung in. Altsein gelte fast als Krankheit, erklärt Edgar Biemer, Professor für plastische Chirurgie am Münchner Klinikum rechts der Isar. „Früher hat man die Erfahrung und

Würde des Alters geachtet“, so Biemer, der auch der Deutschen Gesellschaft Ästhetisch-Plastischer Chirurgen als Präsident vorsteht, „heute ist es oft im Weg. Falten und hängende Lider werden in manchen Berufen schon als Zumutung empfunden.“

Die Bevölkerung huldigt einem geradezu unerbittlichen Körperkult, der längst über Fitness hinausgeht. Das komplette Programm heißt: Nährstoff- und Vitamin-Cocktails, verschiedenste Therapien mit Hormonen und, als radikalste Maßnahme, Laserbehandlungen, Faltenunterspritzungen und Operationen. Immer mehr Deutsche unterziehen sich einer Schönheitsbehandlung, in den vergangenen fünf Jahren ist die Zahl der kosmetischen Eingriffe um

etwa 30 Prozent gestiegen. „Immer jünger unters Messer“, titelt die Hamburger Zeitschrift „Max“ und beschreibt eine 17-jährige Amerikanerin, die bereits zwölf Operationen hinter sich hat. Fast drei Viertel aller Deutschen bis 35 befürworten eine Operation, um besser auszusehen, ermittelte die Illustrierte. Vor fünf Jahren war es nicht mal jeder Zweite.

Günstigere Preise, sanftere Methoden, verträglichere Materialien lassen die Branche boomen. „Es schießen kommerzielle Schönheitskliniken aus dem Boden wie Einkaufszentren“, klagt Biemer.

Im Showbusiness ist es seit 20 Jahren üblich, sich eine schnittigere Körper-Karosserie zuzulegen. Schon Marilyn Monroe ließ sich Nase und Busen richten,



sein Zwillingbruder?“

sprach aber nicht öffentlich darüber. Bekannt sind die Veränderungen von Stars und Sternchen neuerer Zeit. Fotomodell Anna Nicole Smith ließ sich ihren Busen auf Körbchengröße Doppel-D operieren und angelte sich einen Öl-Milliardär. Das Auf und Ab des Kunstbusens von „Baywatch“-Star Pamela Anderson, einer „postmodernen Controllerin des eigenen Fleisches“, wie „Die Woche“ befand, wird liebevoll vom Boulevard beobachtet.

Die US-Popsängerin Britney Spears, 18, kommentiert ihre unübersehbare Brustvergrößerung nicht, der Schauspieler John Byner hingegen inszenierte sein Lifting via Internet. Michael Jacksons unheimliche Verwandlung ist kein Geheimnis, Nick Nolte ließ sich angeblich auch optisch renovieren. In der Komödie „Der Club der Teufelinnen“ spielt Goldie Hawn eine alternde Diva, der ein Chirurg erklärt: „Noch einmal liften, und Sie blinzeln mit den Mundwinkeln.“

Ein wenig optische Nachhilfe ist inzwischen nicht nur Showstars vorbehalten.

Wer Glück hat, gewinnt eine neue Nase im Radio. 1700 Kandidaten meldeten sich beim Privatsender Radio Hamburg, als er damit warb, zwei Hörern eine Schönheitsoperation zu bezahlen. Die meisten Behandlungswilligen waren zwischen 20 und 40 Jahren. Gewinnerin Bettina Leydel, 35, bat um eine Brustvergrößerung, Sieger Martin Schlund, 37, ließ sich seinen Bauchspeck absaugen.

Große Nasen, krumme Nasen, Hängelider, dicke Wollstabsbüche – nahezu jedes Körperteil kommt auf den Operationstisch oder unter den Laserstrahl. In den USA werden immer mehr Teenager operiert, „Newsweek“ bezeichnete diese Entwicklung als „neue Ära der Schönheitschirurgie“. 1840 US-Teenager haben sich im Jahr 1998 ihre Brüste vergrößern lassen, doppelt so viele wie sechs Jahre zuvor. Seriöse Chirurgen warnen vor Eingriffen im Entwicklungsalter, es könne zu unangenehmen Spätfolgen wie etwa Missbildungen kommen. Etwa ein Fünftel solcher Operationen muss nach Einschätzung von Spezialisten später wiederholt werden.

Eine 19-jährige Engländerin bezahlte eine Brustoperation mit ihrem Leben. Sie starb eine Woche nach dem Eingriff an einer Blutvergiftung. Doch selbst Todesfälle haben keine nachhaltig abschreckende Wirkung. In fünf Jahren, da sind sich Branchenkenner einig, werde man zum Schönheitschirurgen gehen wie zum Zahnarzt oder Friseur. Zu den Stars, die als Vorbilder fungieren, kommt der Druck der Medien, die immer häufiger mit computerretuschierten Fotos ein perfektes Körperbild suggerieren. All dies führt zu dem Wunsch, Spuren des Verfalls zu beseitigen und sei-

nen Körper wie ein Bildhauer selbst zu modellieren. „Ich bin diesen Unsinn leid, dass Schönheit nur äußerer Schein ist. Ein schöner Schein reicht doch! Was wollen Sie? Ein anbetungswürdiges Pankreas?“, so fragt der Bühnenautor Jean Kerr. Und eine Frauenzeitschrift schreibt: „Was nützt einer Frau ein IQ wie der von Einstein, wenn sie aussieht wie sein Zwillingbruder?“

Zwischen 300 000 und 500 000 kosmetische Operationen werden schätzungsweise jährlich in Deutschland vorgenommen. Zu den Patienten zählen zunehmend Männer, ihr Anteil lag 1985 bei 5 Prozent, inzwischen beträgt er rund 20 Prozent. Sie lassen sich Tränensäcke entfernen, liften, den Penis verlängern, Fett absaugen.

Es sind meist Models, Homosexuelle und Beschäftigte in der Medienbranche. Manchmal erfordert der Beruf kleinere Verschönerungen, manchmal ist es die eigene Eitelkeit, manchmal einfach eine neue Liebe. So unterzog sich der britisch-indische Autor Salman Rushdie, 52, heftig entflammt für das bildhübsche Ex-Model Padma Lakshmi, 29, unter Aufsicht seiner Angestellten nicht nur einer Diät; angeblich hat er sich sogar heimlich seine berühmten hängenden Augenlider korrigieren lassen.

Wie kommt es, dass auch in Deutschland immer mehr junge Menschen sich für die kunstvolle Manipulation ihres Körpers interessieren? Junge Leute, erklärt der Hamburger Hartmut Meyer, Spezialist für plastische Chirurgie, hätten kein so ausgeprägtes Sicherheitsdenken wie ältere und deshalb weit weniger Berührungsängste, was Eingriffe zur Verschönerung angeht. Für die jüngere Generation sei Jugendlichkeit noch wichtiger geworden als für deren Eltern, Alterserscheinungen gelten schlicht als inakzeptabel. „Da werde ich“, erklärt Meyer, der seit 13 Jahren operiert, „mit einer Technik- und Fortschrittsgläubigkeit konfrontiert, die mich manchmal erschreckt.“

Es sei viel, aber eben nicht alles machbar, sagt Meyer, der zu den sensibleren Vertretern einer Zunft gehört, die den Jugendwahn in vielen Fällen skrupellos ausbeutet. Meyer verabscheut standardisierte Maskengesichter mit Schmolllund und Stupsnäschen. Sein Anspruch sei es, sagt er, „ein Gesicht zu verjüngen und zu verschönern und gleichzeitig den eigenen Ausdruck zu bewahren“.

Manche Operationen, wie etwa Brustvergrößerungen

Mediziner Meyer: „Den eigenen Ausdruck bewahren“



M. WITTE

Werbeseite

Werbeseite

bei 14- oder 15-Jährigen, hält Meyer ethisch für nicht vertretbar, weiß aber, dass etliche seiner Kollegen da weniger zimperlich sind. Der Schönheitsmarkt ist unübersichtlich, inzwischen operieren oder lasern auch Zahnärzte, Kieferchirurgen, Gynäkologen und Dermatologen, um verringerte Kassenhonorare auszugleichen. Und manche operieren allzu unbekümmert. Das Ab-



Dichter Rushdie, Freundin Lakshmi

Neue Liebe, verschönertes Gesicht?

saugen von Wohlstandsfett, im Augenblick die am häufigsten gefragte Operation, ist beispielsweise nicht für jeden Patienten geeignet.

„Wenn jemand 30 Kilo Übergewicht hat und zum Fettabsaugen kommt“, so Meyer, „schicke ich ihn wieder weg.“ Eine Diät sei in diesem Fall sinnvoller.

Danach könne man weitersehen.

Insgesamt hätten, bezogen auf alle möglichen Körper-Manipulationen, in den letzten Jahren sowohl gesellschaftliche Akzeptanz als auch Illusionen und übersteigerte

Erwartungen stark zugenommen. Dem damit verbundenen naiv-gläubigen Leichtsinns müsse entsprechend viel Aufklärung entgegengesetzt werden.

Viele Patienten wählen die Behandlung mit den neuen Lasergeräten, weil sie ein Lifting ohne Messer verheißt. „Vertrauen ist wichtig“, sagt die Pharmareferentin Beatrice Schwarz, 44, die sich für ein so genanntes Full Face Laser Lift im neu eröff-

„Alter betrifft mich nicht, ich investiere mal eben 5000 Mark in mich selbst“

neten Hamburger Medical Skin Center entschied, nachdem zwei Ärzte ihr den dort arbeitenden Kollegen als kompetent empfohlen hatten. Schwarz ließ den Eingriff vor einem Jahr machen und ist mit dem Ergebnis sehr zufrieden. „Das Hautbild ist feiner, die Falten flacher, die Konturen fester, aber es ist immer noch mein Gesicht“, sagt sie. Das Ergebnis soll zehn Jahre halten, die Kosten lagen bei rund 8000 Mark.

Mit Laser lassen sich außerdem Altersflecken, unerwünschte Behaarung, Warzen, Muttermale, Couperose und Tätowierungen beseitigen, Aknenarben behandeln und sogar Augenlider straffen.

Falsch angewendet, kann Lasertherapie allerdings zu schweren Verbrennungen führen. Seit über 30 Jahren betreut die Kölner Anwaltskanzlei Meinecke & Meinecke die Opfer ärztlicher Kunst – der Anteil missratener Schönheitsoperationen hat sich seit den achtziger Jahren verzehnfacht. Unter den Fällen sind Laserpatienten mit vernarbten Gesichtern, erblindete Klienten, ein Todesfall und ein Komapatient nach Fettabsaugung, Selbstmord nach missratener Schönheitsoperation im Unterleibsbereich, verstümmelte Brüste, zernarbte Bauchdecken. „Auch jüngere Frauen werden von diesen Behandlungsfehlern natürlich nicht verschont“, erklärt Rechtsanwalt Boris Meinecke.

Doch selbst wenn alles gut geht und die Rundumerneuerung regelmäßig wiederholt wird – endlos lässt sich das Altern nicht aufschieben, auch wenn eine neurotisch auf Jugend fixierte Gesellschaft das hofft. „Ich sehe bei jüngeren Menschen weniger eine Abwertung als die Abkoppelung vom Alter“, erklärt Chirurg Meyer. Sie hätten nichts gegen ältere Leute, sagten sich aber selbstbewusst: „Alter betrifft mich nicht, ich investiere mal eben 5000 Mark in mich selbst.“

Vielleicht werden schöne ältere Gesichter wie etwa das der verstorbenen Schauspielerin Jessica Tandy bald ganz aus den Medien verschwinden, weil man faltige Gesichter generell als unästhetisch empfindet.

Der Satiriker Lorient – der sich hoffentlich nie liften lässt – stellte in einer „Rede an die Jugend“ dar, wie sehr die Gesellschaft sich inzwischen „verjüngt“ hat.

Darin erzählt er vom Versuch, sich ein paar leichte Sportschuhe zu kaufen. Er probiert sämtliche lieferbaren Modelle an: „Schon auf den ersten Blick hatten alle eines gemeinsam: Ich sah aus, als sei ich in eine Sahnetorte getreten.“ Als er der Verkäuferin seine alten, zweckmäßigen Sportschuhe beschreibt, die er bisher trug, deutet sie an, zur Zeit dieser Mode noch nicht gelebt zu haben. Lorient: „Das war nicht galant, aber ich weiß nun, dass für Greise keine Sportschuhe mehr hergestellt werden. Es sei denn, Großeltern finden sich damit ab, wie verschrumpelte Mickymäuse auszusehen.“ Schöne neue Welt.

ANGELA GATTERBURG

Werbeseite

Werbeseite

KRIMINALITÄT

Der ungesühnte Tod der Anna B.

Das mysteriöse Ende eines Mädchens, das kurz vor seinem achten Geburtstag heimtückisch umgebracht wurde, gibt noch heute, sieben Jahre später, viele Rätsel auf. Liegt der Schlüssel zur Tragödie in einem dunklen Familiengeheimnis? *Von Bruno Schrep*

Am 3. Februar 2000 wäre Anna B. 15 Jahre alt geworden. Ein Mädchen mit besten Voraussetzungen: gesund, gescheit, hübsch, zudem aus wohlhabendem Elternhaus. Alle, die sie kannten, schildern sie als liebenswertes Kind: fröhlich, offen, voller Vertrauen.

Anna B. ist seit sieben Jahren tot. Kurz vor ihrem achten Geburtstag wurde sie heimtückisch ums Leben gebracht. Sie starb qualvoll. Mit ihrem Namen verbindet sich einer der unheimlichsten Kriminalfälle der Nachkriegszeit.

Wer begeht ein solches Verbrechen? Und warum? Polizei und Justiz mussten nach jahrelangen vergeblichen Bemühungen vor dieser Frage kapitulieren. Die Tat ist ungesühnt.

Bis heute lassen die Rätsel um Annas Tod viele Menschen nicht zur Ruhe kommen. Nicht Annas Schullektorin, die noch immer trauert: „Es war und ist das schlimmste Ereignis in meinem Leben.“ Nicht den katholischen Pfarrer, der sich bei der Beerdigung vertreten lassen musste:

„Ich konnte niemanden trösten.“ Nicht den Gerichtsmediziner, der noch immer über die Schuldfrage grübelt: „Manchmal glaube ich, jetzt weiß ich, wer es war.“

Doch bisher hat niemand herausfinden können, was am 20. Januar 1993 wirklich geschah.

Anna hat diesem Mittwoch entgegengefeibert. Schon in der Schule erzählt sie aufgeregt, dass ihre Tante Elisabeth kommt, die mit dem weißen Porsche und den drei Hunden. Die Tante aus Königstein hat sich angesagt, weil sie am nächsten Morgen einen ihrer Rassehunde wegen einer kleinen Operation zu einer Stuttgarter Spezialistin bringen will.

Die regelmäßigen Besuche der Patentante sind für Anna Freudentage. Elisabeth Frederiksen, 39, die Schwester von Annas Vater, ist so ganz anders als die anderen



Anna B. (1992)

Menschen in Annas Welt: gewandter, eleganter, großzügiger. Eine moderne Märchentante, umgeben von einer Aura des Geheimnisvollen, die tolle Geschichten erzählen kann und spannende Dinge macht.

Die Kleine guckt ihr atemlos zu, wenn sie sich sorgfältig ihr Gesicht schminkt, ihre strassbesetzten Fingernägel manikürt oder ihre roten Haare friert. Sie bewundert die mondänen Kleider der Tante, staunt über deren auffälligen Goldschmuck. Und sie gerät außer sich vor Freude, wenn ihr Elisabeth Frederiksen et-

was so Schickes wie ein Paar echte Lackschuhe schenkt.

Annas Eltern wohnen mit ihrem einzigen Kind zurückgezogen in einem mit Sichtblenden bewehrten kleinen Bungalow in Tamm-Hohenstange, einem Stuttgarter Vorort mit viel Beton und wenig Flair. Ob-

Freigesprochene Patentante Frederiksen: *So ganz anders als die anderen Menschen in Annas Welt*



Werbeseite

Werbeseite



Anna B.s Eltern*: „Sie ist das Beste, was ich je fertig gebracht habe“

wohl Annas Vater Ernst-Rudolf B. einen hoch bezahlten Posten als Industriemanager hat, lebt die Familie schwäbisch bescheiden. Auch Anna wird nicht verwöhnt, nicht mit Geschenken oder teurer Kleidung überhäuft. Sie soll sich keinesfalls von den anderen Kindern abheben.

Die Erziehung ist streng. Annas Mutter Benedikte B. hat sich vorgenommen, die Tochter nach ihren Vorstellungen „hinzu-trimmen“, früh zur Selbständigkeit anzuhaltend. Die Siebenjährige muss schon im Haushalt helfen, denn die Mutter kann nicht mehr richtig zupacken: Seit Annas Geburt leidet sie unter Multipler Sklerose. Die Nervenkrankheit, die auch zu psychischen Störungen führen kann, wurde durch die Schwangerschaft ausgelöst. Die Frau muss an Krücken gehen.

Das Kind hängt an beiden Eltern, um die Mutter hat sie manchmal Angst. Die wiederum nennt Anna ihr „Wunschkind“, den „Sonnenschein“. „Sie ist das Beste, was ich je fertig gebracht habe“, erklärt sie.

An diesem Mittwoch kann sich Anna, sonst eine gute Schülerin, nicht auf ihre Hausaufgaben konzentrieren, wartet ungeduldig auf den Besuch. Als sie endlich das Motorengeräusch von Elisabeth Frederiksen's Sportwagen hört, stürmt sie zur Straße. Sie jubelt, denn die Tante hat Wort gehalten, im nahe gelegenen Supermarkt Annas Lieblingsessens eingekauft: eine Packung Pistazieneis von Dr. Oetker.

Auch den Eltern kommt Elisabeth Frederiksen's Besuch gelegen. Sie wollen am

Abend zu einem religiösen Vortrag. Beide sind tief gläubige Katholiken. Die Tochter muss jeden Sonntag mit in die Kirche.

Obwohl Annas Eltern und Elisabeth Frederiksen sehr verschieden sind, ist das Verhältnis herzlich. „Sie ist halt unser Paradiesvogel“, juxt der Bruder.

Ab 19.45 Uhr sind Tante und Nichte allein. Anna ist riesig stolz, dass sie die drei Französischen Bulldoggen allein ausführen darf, hofft, dass sie dabei von Schulkameradinnen gesehen wird. Als sie wiederkommt, folgt der Höhepunkt des Abends.

Die Tante serviert Anna eine Glasschale mit viel Pistazieneis, isst auch selbst eine Portion. Anna bekommt noch reichlich Schokoladensoße darüber, die in einer angebrochenen Flasche im Kühlschrank gestanden hat und die der Tante zu süß ist.

Anna schmeckt es köstlich. „Darf ich noch ein bisschen?“, bittet sie, bekommt noch eine zweite, eine dritte Portion, geht dann ohne zu nörgeln schlafen. Die Tante sitzt am Bettrand, als Anna ihr Nachtgebet



Familiengrab B.: Urnen wieder ausgegraben

auf sagt, zum Schluss mit gefalteten Händen spricht: „Lieber Gott, ich danke dir für das schöne Tägle.“

Es war Anna B.s letzter Tag.

Nach Rückkehr der Eltern essen die drei Erwachsenen Pizza, trinken dazu Wein. Gegen 22.30 Uhr ruft Anna ihren Vater. „Ich hab ein Spuckerchen gemacht“, gesteht sie, „mir ist schrecklich schlecht.“ Und fügt hinzu: „Schimpf bitte nicht mit Tante Elisabeth, weil die mir so viel Eis gegeben hat.“

Ausnahmsweise darf das Kind noch zu den Erwachsenen. Die Mutter nimmt sie auf den Schoß, Anna bekommt schwarzen Tee und das Magenmittel „Uzara“. Sie ist blass, sitzt ganz still, sagt kein Wort. Die Eltern nehmen sie mit ins Ehebett.

Ab Mitternacht muss Anna jede Viertelstunde hoch. Sie übergibt sich, wird von Krämpfen geschüttelt, bekommt auch Durchfall. Der Vater verabreicht ihr Kohletabletten. Erst gegen fünf Uhr schläft das Kind erschöpft ein.

Kurz vor sieben, als sie erneut brechen muss, beginnt Anna zu torkeln, verliert das Bewusstsein. Die Tante, die im Gästezimmer übernachtete und nichts mitbekommen hat, fängt sie im Badezimmer auf, trägt sie aufs Bett. Die Siebenjährige wird zusehends schwächer. Panik entsteht.

Weil der Kinderarzt nicht erreichbar ist, rast der Vater mit Anna zur Klinik ins nahe gelegene Ludwigsburg. Die Tante, noch im

Bei Erhalt der Nachricht von Annas Tod fällt der Patentante die Spülmaschine ein

Schlafanzug, sitzt hinten im Auto, hält ihr Patenkind in den Armen, versucht, sie durch Zwicken wach zu halten: „Anna, hörst du mich?“ Die Kleine nickt, sackt dann aber immer wieder weg.

In der Notaufnahme diagnostizieren die Ärzte einen schweren Schock. Hände und Füße der Siebenjährigen sind eiskalt, die Haut ist blassgrau. Das Kind atmet nur noch schwach.

Anna kommt auf die Intensivstation, wird an den Tropf gelegt, künstlich beatmet, zum Schluss mit Elektroschocks behandelt. Um 11 Uhr setzt zum ersten Mal ihr Herz aus, um 11.32 ist Anna B. tot. Sie stirbt 13 Tage vor ihrem 8. Geburtstag.

Elisabeth Frederiksen bekommt den Todeskampf nicht mit. Sie ist zurückgefahren, hat, noch im Schlafanzug, den kranken Hund zur Tierärztin gebracht, sich erst dann im Haus der Eltern geduscht und umgezogen, hat die Spülmaschine mit dem Geschirr vom Vortrag in Gang gesetzt, mit ihrem Ehemann telefoniert und ist erst gegen 12 Uhr wieder ins Krankenhaus gekommen. Auf dem

* Benedikte und Ernst-Rudolf B. 1981 bei ihrer Hochzeitsfeier.

Flur begegnet sie ihrem Bruder, Annas Vater. Der weint. „Wir haben Anna verlor“, sagt er leise.

Als Reaktion entgegnet Elisabeth Frederiksen: „Und ich habe so etwas Verücktes gemacht wie die Spülmaschine eingeschaltet, obwohl sie erst halb voll war“ – eine Bemerkung, die noch weit reichende Folgen haben wird.

Beim Anblick des toten Mädchens beginnt auch die Tante zu weinen. Sie streichelt Anna über den Kopf, fragt nach: „Woran ist sie gestorben?“ Kopfschütteln. Niemand weiß Genaues. Die Ärzte haben lediglich eine vage Vermutung: Auf einem Röntgenbild von Annas Oberkörper sind einer Ärztin, die sich mit Vergiftungen auskennt, seltsame, auf Metallrückstände hindeutende Schatten aufgefallen.

Die Giftzentrale in Berlin, noch während der Intensivbehandlung alarmiert, tippt auf eine Eisen- oder eine Kupfervergiftung. Für Gegenmaßnahmen ist es jedoch zu spät.

Die polizeilichen Ermittlungen beginnen mit einem Versäumnis. Obwohl Annas plötzlicher Tod nach Brechdurchfall den Verdacht auf eine Lebensmittelvergiftung nahe legt, verzichtet die Kriminalpolizei auf Beschlagnahmung von Speisen und Getränken im Haushalt B. Annas Mutter wirft daraufhin sämtliche Lebensmittelvorräte in den Müll, darunter sogar nicht angebrochene Nudelpackungen und auch die Reste des Pistazieneises und der Schokoladensoße. Warum? „Dafür gibt es keine rationale Erklärung“, sagt sie.

Nur widerwillig geben die Eltern dem Drängen auf eine Obduktion nach. Vor allem die Mutter wehrt sich dagegen, dass ihre Tochter auf den Seziertisch soll: „Davon wird sie nicht wieder lebendig.“

Acht Wochen nach Annas Tod, das Kind ist längst feuerbestattet, kommt ein schockierendes Resultat: Die Siebenjährige ist vergiftet worden. Getötet mit Arsenik, einem mehllartigen Pulver, das nicht riecht und nicht schmeckt. Das klassische Mordgift der Antike und des Mittelalters ist bei der Analyse von Annas Mageninhalt entdeckt worden. Die Dosis hätte ausgereicht, um 20 Kinder umzubringen.

Wo ist das Mädchen vergiftet worden? Wann? Von wem? Annas Klassenraum wird untersucht, Spielplätze werden gefilzt, Lehrerinnen und Mitschüler befragt. Hat Anna an dem fraglichen Mittwoch etwas geschenkt bekommen? Limonade, Schokolade? Ein Bonbon? Hat sie etwas gefunden? Einen Kaugummi vielleicht?

Schließlich steht fest: Das Mädchen kann das Gift erst am Abend geschluckt haben.

Grund: Arsen in solchen Mengen führt spätestens nach zwei Stunden zu Brechreiz.

Giftexperten beschreiben zwei Möglichkeiten. Entweder wurde die tödliche Dosis gegen 20 Uhr verabreicht, womöglich im Eis oder in der Schokoladensoße. Oder Anna übergab sich zunächst nur, weil sie die große Eisportion nicht vertrug, bekam das Arsen erst danach mit dem Tee oder den Magentropfen.

Das bedeutet: Verdächtig sind die Eltern und die Tante.

„Haben Sie Ihre Tochter umgebracht?“, fragt ein Vernehmungsbeamter Annas Mutter. Antwort: „Ich schneide mir doch nicht selbst den Lebensfaden ab.“ „Waren Sie es?“, wird Annas Vater gefragt. „Das ist doch absurd.“ Auch Elisabeth Frederiksen bestreitet: „Ich habe mein Patenkind geliebt.“

Nachdem gegen alle drei wegen Mordes ermittelt wird, beginnt ein psychologisches Drama, das bis heute andauert.



Mohren-Apotheke in Stuttgart: Passende Schlüssel

Anfangs wollen die Verdächtigen zusammenhalten. Sie planen gemeinsame Verteidigungsstrategien, bestärken sich in ihrem Glauben an die Unschuld des anderen. „Ich bin sicher, dass Ihr es nicht wart, und ich hoffe, dass Ihr das auch von mir sagt“, beschwört Elisabeth Frederiksen ihren Bruder am Telefon. Der beruhigt: „Einer von uns müsste ja geistig krank sein.“

Doch allmählich keimen Zweifel, scheint Undenkbares denkbar, auch wenn es noch nicht ausgesprochen wird.

Die Ermittler suchen nach Motiven. Was ist mit der Mutter? Tötete sie womöglich ihr einziges Kind, weil Anna ihre Multiple Sklerose ausgelöst hat? Nicht nachvollziehbar. Und der Vater? Griff er zum Gift, weil er seine Familie loswerden, wieder frei sein wollte? Eher abwegig. Bleibt die Tante. Trieb sie Neid, gönnte sie der Schwä-

Werbeseite

Werbeseite

gerin die fröhliche Tochter nicht, weil sie selbst nach einer lebensbedrohlichen Krebserkrankung keine Kinder mehr bekommen kann? Schwer zu glauben.

Theorien werden aufgestellt und wieder verworfen. Galt der Anschlag wirklich dem Kind? Oder handelt es sich um eine Verwechslung? Wollte der Ehemann seine kranke Frau ermorden? Oder die Schwester den Bruder? Oder Annas Mutter die Schwägerin?

Gefahndet wird auch nach einem Produkterpresser. Bei der Zentrale der Firma Oetker in Bielefeld ist knapp zwei Wochen nach Annas Tod ein Drohbrief eingegangen, abgestempelt in Stuttgart:

Wir fordern von Ihnen 80000 Mark. Sollten Sie diesen Betrag nicht für uns aufwenden können, können wir Ihnen nicht mehr garantieren, dass wir verhindern, dass Chemikalien jeglicher Art in ihre Produkte gelangen. Die Chemikalien sind für Ihre Kunden und somit für die Verbraucher Ihrer Produkte lebensgefährlich. Mr. Calva.

Der Erpresser meldet sich noch einmal, zu weiteren Kontakten oder einer Geldübergabe kommt es jedoch nicht. Gegen einen Zusammenhang spricht, dass bei Lebensmittelerpressungen die Täter selten erst vergiften, dann drohen, da sie nicht an der Tötung von Konsumenten, sondern an Geld interessiert sind. Auch hat die Tante nach ihren Angaben selbst von dem Pistazieneis gegessen.

Fest steht dagegen: Annas Familienmitglieder konnten an Gift herankommen. Annas Vater und Elisabeth Frederiksen stammen aus einer Apothekerfamilie. Zwar war die elterliche „Mohren-Apotheke“ in Stuttgart längst verkauft, doch besaßen beide Geschwister, wie sich herausstellte, zur Tatzeit noch passende Schlüssel. Und in der Apotheke war Arsen vorrätig.

Elisabeth Frederiksen hat zudem Pharmazie studiert, kennt sich mit der Wirkung von Giften aus. Eigentlich sollte sie die Apotheke übernehmen. Doch kurz vor dem Staatsexamen bricht sie das Studium ab, wechselt in die Werbebranche, heiratet später einen gut situierten dänischen Kaufmann.

Gut ein Jahr nach Annas Tod wird Elisabeth Frederiksen verhaftet. Zuletzt konzentrieren sich die Ermittlungen nur noch auf sie. Wobei auch die Frage eine Rolle spielt: Wem ist die Tat zuzutrauen? Annas Eltern, glauben die Beamten, können es einfach nicht gewesen sein. Und wer bleibt da noch?

Aus Zeugenaussagen und persönlichen Eindrücken ist bei den Kripoleuten das Bild einer rätselhaften Persön-

lichkeit entstanden: schwer durchschaubar, mit irritierend wirkender Selbstbeherrschung in allen Lebenssituationen.

Annas Patentante hat auf jede Frage eine Antwort gewusst, sich nicht ein einziges Mal provozieren lassen, kaum Gefühlsregungen gezeigt. Der ungeheure Vorwurf berührt sie scheinbar nicht. Als sie in ihrem Haus in Königstein festgenommen wird, wirkt sie keineswegs überrascht. „Eiskalt“, konstatiert ein Kriminalkommissar.

Es sind solche Einschätzungen, die das Verfahren gegen Elisabeth Frederiksen auch prägen.

Als „völlig unbetroffen“ schildert eine Lehrerin das Verhalten der Tante bei Annas Beerdigung: „Sie lachte und erzählte flapsige Geschichten.“ Auch sei sie „aufgedonnert“ gewesen, dick geschminkt und mit Perlen behängt. „Ein Auftritt wie bei einer Hochzeit.“

Dass sich hinter der Maske aus Schminke und Aufgekratztheit echte Trauer verbergen könnte, passt nicht ins Bild. Zumal plötzlich der Verdacht aufkommt, Elisabeth Frederiksen sei womöglich eine Serienmörderin, eine routinierte Giftmischerin. Annas Vater hat nämlich bei der Beerdigung orakelt: „Überall, wo meine Schwester auftaucht, geschieht ein Unheil.“ Er meint eine Kette seltsam anmutender Zufälle.

Elisabeth Frederiksens Eltern, die alten Stuttgarter Apothekenbesitzer, starben beide plötzlich.

Der Vater, 65 Jahre alt, brach am 17. März 1987 in einer Tiefgarage zusammen, konnte nicht mehr gerettet werden. „Womöglich ein Hirnschlag“, vermuteten die Ärzte. Tochter Elisabeth war gerade zu Besuch.

Die Mutter, 60 Jahre alt und gesund, verlor acht Monate später, am 18. November 1987, kurz nach dem Abendessen das Bewusstsein. Wiederbelebungsversuche waren vergebens, diagnostiziert wurde ein „unerklärlicher Blutdruckabfall“. Wiederum war Tochter Elisabeth in Stuttgart.

Dazu scheint zu passen, dass es auch der kleinen Anna schon bei einem Besuch der Patentante im November 1992 übel wurde. Sie musste sich mehrfach übergeben, kam als Notfall zum Kinderarzt, erholte sich



Klinik in Ludwigsburg: Schatten auf dem Röntgenbild

dann aber schnell. Ein erster, missglückter Mordversuch am Patenkind?

„Reine Phantasie“, erklärt die Beschuldigte. Ihr Vater sei zuckerkrank gewesen, habe einen Leberschaden und Herzprobleme gehabt, die Mutter sei schon seit Jahren von schwer behandelbaren Anfällen heimgesucht worden. Und dass ein Kind gelegentlich Magenprobleme habe, sei ja wohl nicht ungewöhnlich.

Dennoch: Die Urnen des Apotheker-Ehepaares werden ausgegraben, die Asche chemisch untersucht. Ergebnis: kein verdächtiger Arsenwert. Die Spur wird nicht weiter verfolgt.

Misstrauen bleibt. Immerhin hat Elisabeth Frederiksen – wie ihr Bruder auch – nach dem Tod der Eltern Millionen geerbt. Könnte Geldgier auch der Grund für den Giftmord an Anna sein? Um an das gesamte Familienvermögen zu kommen, hätte die Patentante dann nur noch Bruder und Schwägerin umbringen müssen – eine abenteuerliche Vorstellung. Doch kaum etwas bleibt ungedacht in diesem Verfahren.

Allerdings litt Elisabeth Frederiksen nie unter Geldnot, selbst als Studentin war sie gut gestellt. Ihr Ehemann gehört zu den Spitzenverdienern. Zum Bild einer raffgierigen Verwandten passt auch nicht, dass sie ihrem Bruder zur Verwaltung des Erbes Generalvollmacht erteilt hat.

Bleibt die Frage: Ist sie womöglich geisteskrank? Kein bisschen, urteilen mehrere Gutachter. Sie finden keinerlei Anzeichen

„Glauben gehört in die Kirche, nicht in den Gerichtssaal“

von Ängsten, Zwängen, Depressionen, Paranoia. „Wenn da irgendetwas wäre“, erklärt einer der erfahrensten deutschen Psychiatrieprofessoren, „dann hätte ich es gemerkt.“

Zweimal wird Elisabeth Frederiksen wegen Mordes angeklagt, einmal in Stuttgart, einmal in Heilbronn. Es sind denkwürdige Hauptverhandlungen.

Beim ersten Prozess schweigt die Angeklagte, macht von ihrem Aussageverweigerungsrecht Gebrauch. Urteil: lebenslange Haft.

„Niemand anderes als Sie hat das Kind vergiftet“, ruft ihr der Gerichtsvorsitzende mit lauter Stimme zu, „Sie haben seinen Tod gewollt.“ Das Arsen sei von ihr ins Eis gemischt worden.

Ein Hauptindiz: die Spülmaschine. Elisabeth Frederiksen schaltete das halb volle Gerät nur ein, glaubt das Gericht, um Giftspuren auf Annas Glasschale zu beseitigen. Dass ihr die Maschine ausgerechnet bei Erhalt der Todesnachricht einfiel, sei kein Zufall gewesen. Sie habe ihr verräterisches Verhalten „im Wege der Vorwärtsverteidigung“ rechtfertigen wollen.



Frederiksen-Auftritt bei Fliege: „Wer hat das getan?“

Das Urteil hat nicht lange Bestand, es wird vom Bundesgerichtshof aufgehoben.

Beim zweiten Prozess sagt die Angeklagte aus, verteidigt sich. Urteil wiederum: lebenslange Haft.

„Sie liebten Ihr Patenkind nicht wirklich“, behauptet der Vorsitzende Richter, „die Zuneigung war nur vorgespielt.“ Belege dafür: Elisabeth Frederiksen habe trotz Annas schlimmen Zustands die Klinik verlassen, um ihren Hund zur Tierärztin zu bringen, außerdem bei der Beerdigung unpassende Bemerkungen gemacht.

Ein plausibles Motiv entdecken die Richter bei beiden Prozessen nicht. Neid, Habgier, Eifersucht, alles wird für möglich gehalten – und doch auch wieder nicht. Die Ratlosigkeit gipfelt in der Vermutung: „Vielleicht war es schiere Mordlust.“

Zu viele Mutmaßungen, zu wenige Tatsachen, kritisiert der Bundesgerichtshof 1999, kassiert auf Antrag von Elisabeth Frederiksens Strafverteidiger, dem Karlsruher Revisionspezialisten Gunter Widmaier, auch das zweite Urteil. Zitat: „Glauben gehört in die Kirche, nicht in den Gerichtssaal.“

Die Juristenkollegen hätten an Vater, Mutter und Tante nicht die gleichen Maßstäbe angelegt, sich zu einseitig auf die Tante versteift, hätten viel zu wenige Indizien zusammengetragen und außerdem die Möglichkeit einer Produkterpressung zu leichtfertig beiseite gewischt. Auch sei ungeprüft geblieben, ob die Multiple Sklerose bei Annas Mutter nicht zu wahnhaften geistigen Störungen geführt haben könnte.

Die Karlsruher Oberrichter sprechen die Patentante deshalb im Alleingang frei – ein in der deutschen Justizgeschichte beispielloser Vorgang. Auch bei einem dritten Prozess, so die Begründung, werde sicher nichts herausgefunden, was eine Verurteilung rechtfertige.

Oder doch? Annas Eltern irritierten bei beiden Verhandlungen durch seltsam zurückhaltende Aussagen, erweckten den Eindruck, als wollten sie etwas verbergen.

Beide mochten sich nicht zu Einzelheiten der Familiengeschichte äußern, beide schwiegen, als sie zur Kindheit und zum Charakter der Patentante gefragt wurden. Beide nährten damit Spekulationen, es gebe ein sorgsam gehütetes Familiengeheimnis, einen dunklen Fleck vielleicht, dessen Kenntnis der Schlüssel zu Annas mysteriösem Tod sei.

Nachdem sie lange zweifelten, die Tante sogar anfangs im Gefängnis besuchten, zeigen sich Annas Eltern heute von deren Schuld überzeugt, meiden jeden Kontakt zu ihr. Auch nach dem überraschenden Freispruch haben sie ihr Schweigen nicht gebrochen. „Es gibt eine himmlische Gerechtigkeit“, sagt Ernst-Rudolf B.

Annas Mutter sitzt inzwischen im Rollstuhl, ihr Zustand verschlechtert sich weiter. Die Eheleute haben ihr Haus verlassen, die meisten alten Kontakte abgebrochen, sind tief in die bayerische Provinz gezogen. „Sie haben sich verkrochen“, mutmaßt eine frühere Bekannte.

Und Elisabeth Frederiksen? Fast vier Jahre war die heute 46-Jährige eingesperrt, jetzt kämpft sie um ihren Ruf und um Wiedergutmachung. 20 Mark pro Tag will ihr der Staat als Haftentschädigung zahlen, davon soll noch das Essensgeld abgezogen werden.

Betont aufrecht sitzt sie in ihrem Wohnzimmer, berichtet mit ruhiger Stimme, seltsam gefasst, über „dieses Unrecht, das mir widerfahren ist“, „diesen Justizirrtum“. Sogar bei Fernsehpfarrer Jürgen Fliege schildert sie ihre Geschichte; ihr Auftritt im eleganten Hosenanzug erinnert an die Zeit vor Annas Tod.

Doch normal ist das Leben von Elisabeth Frederiksen bis heute nicht wieder. Die Freigesprochene spürt überall die forschenden Blicke, im Café, in Geschäften, sogar im Bekanntenkreis, spürt die unausgesprochene Frage: War sie es, oder war sie es nicht?

Manchmal, erzählt sie, betrachte sie nach so einem Tag ein Foto von Anna, eines, auf dem das Kind keck und unbeschwert in die Kamera lacht. Und dann frage sie sich auch: „Wer hat das getan?“ ♦

Werbeseite

Werbeseite

GEHÄLTER

Biedenkopf gegen West-Niveau

In den ostdeutschen Länderfinanzministerien sind sich die Experten weitgehend einig, dass eine Anhebung der Gehälter für ostdeutsche Staatsdiener auf West-Niveau weder machbar noch wünschenswert ist. „Höhere Gehälter im Osten gefährden den Aufbau“, heißt es in einem internen Papier der Dresdner Staatsregierung, die von Kurt Biedenkopf geführt wird. Eine Angleichung ginge „notwendigerweise zu Lasten der öffentlichen Investitionen“. Gewerkschaften, aber auch Politiker wie Brandenburgs Ministerpräsident Manfred Stolpe (SPD) fordern dagegen für die in der kommenden Woche anstehenden Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst gleiche Entlohnung für Ost und West. Sachsens Finanzminister Georg Milbradt (CDU) will mittelfristig das gesamte Tarifgefüge im Öffentlichen Dienst neu gestalten: Statt wie bisher nach Einheitstarif sollten Kommunen und Länder ihre Beschäftigten nach Wirtschaftskraft entlohnen. „Ohne eine Abkehr vom geltenden System“, so das Regierungspapier, „lässt sich weder die hohe Arbeitslosigkeit noch das Finanzproblem der öffentlichen Hand lösen.“



SVEN SIMON

Biedenkopf

DEUTSCHE BANK

Enttäuschte Manager

Spitzenmanager der Deutschen Bank sind unglücklich über die zurückhaltenden Börsenreaktionen nach Ankündigung der Fusion mit der Dresdner Bank. Die „wahre Dimension des Deals“ werde sich später erweisen, sagt Hilmar Kopper, Aufsichtsratschef der Deutschen Bank. Immerhin habe die Allianz bei der Überlassung ihrer Dresdner-Bank-Beteiligung von 21,7 Prozent auf einen sonst üblichen Paketzuschlag verzichtet. Im Gegenzug werde ihr dafür zu einem vergleichsweise günstigen Preis die Fondsgesellschaft DWS und eine Beteiligung an der Bank 24 abgetreten. Analysten hatten vorgerechnet, dass die Allianz dabei ein deutlich besseres Geschäft gemacht hat. Dem hält Deutsche-Bank-Chef Rolf Breuer entgegen, dass das fusionierte Institut mehrheitlich an der Bank 24 beteiligt bleibe und an den bei der Privatkundenbank zu erwartenden Wertsteigerungen voll partizipiere. „Der Wert einer erfolgreichen Bank 24 liegt bei über zehn Milliarden Euro“, sagt Breuer. In drei Jahren will er mittels eines Börsengangs mehrere Milliarden Euro Erlösen. Ob er zusammen mit seinem Co-Chef Bernhard Walter dies erreichen kann, scheint jedoch fraglich. Allein zur Hamburger Sparkasse wechseln zurzeit täglich hunderte seiner gefrusteten Kunden. Auch Michael Dobson, Deutsche-Bank-Vorstand für die Vermögensverwaltung, erklärte seinen Rückzug, weil er keine Doppelspitze mit einem Kollegen der Dresdner bilden will.



FOTOS: P. LANGROCK / ZENIT (O.); REUTERS (U.)



Breuer, Walter (mit EZB-Chef Duisenberg, M.)



R. TIXADOR / AGENCE TOP

Club-Med-Anlage (in Brasilien)

TOURISTIK

Kampf um Club Med

Die beiden größten deutschen Touristikkonzerne TUI und C&N ringen um die Vormacht auf dem französischen Markt. Beide sind am traditionsreichen Reiseunternehmen Club Med interessiert. Großaktionär bei Club Med ist der Agnelli-Clan, der derzeit auch bei Fiat die Weichen neu stellt. Die Verhandlungen mit den Deutschen, so französische Banker, seien bereits in der Endphase. Kurz vor dem Verkauf steht auch Havas Voyages, der Marktführer unter den Reisebüroketten. Das Unternehmen wurde erst vor knapp zwei Jahren an den US-Konzern American Express verkauft. TUI und C&N würden die attraktive Vertriebskette gern übernehmen. Rund ein Drittel der Club-Med-Trips in Frankreich werden bislang über Havas vertrieben. Wer dort den Einstieg schafft, heißt es in der Branche, hat auch die besten Chancen, sich die Feriendörfer des französischen Konkurrenten einzuverleiben.

COMDIRECT

Bankenaufsicht prüft

Das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen hat bei der Comdirect eine Sonderprüfung angeordnet. Hintergrund der Maßnahme sind die technischen Probleme und die schlechte Verfügbarkeit des Online-Brokers für seine Kunden. Das bestätigte ein Sprecher der Commerzbank, die 75 Prozent an der Comdirect hält. Nur Wirtschaftsprüfer dürfen die Comdirect kontrollieren, die nicht die Bilanzen des Unternehmens testieren. Konsequenz aus einer Sonderprüfung können Auflagen und Sanktionen der Bankenaufsicht sein, gegen die sich das jeweilige Unternehmen nicht wehren kann. Dass die Commerzbank den Börsengang ihrer Tochter mehrfach verschoben hat, ist angeblich nicht auf die bevorstehende Sonderprüfung zurückzuführen. Nachdem die Commerzbank den Termin für den Börsengang zunächst für das erste Quartal und dann für April geplant hatte, ist nun der Juni anvisiert. Ein genaues Datum steht laut Comdirect-Vorstand Bernt Weber aber noch nicht fest.



Weber

N. WALT / AGENTUR FOCUS PLUS

KONZERNE

Telefónica wird Medienriese



Endemol-Produktion „Hausfeber“

Für rund elf Milliarden Mark kauft der spanische Telekommunikationskonzern Telefónica die niederländische Show-AG Endemol, um so eine neuartige Verbindung zwischen Vertriebsnetzen und Inhalten zu schaffen. Mit Rechten an 400 TV-Formaten wie „Nur die Liebe zählt“, „Traumhochzeit“ und „Hausfeber“ ist Endemol Europas größter TV-Produzent. Das Management rechnet in einem vertraulichen Fünf-Jahres-Plan damit, dass sich der Umsatz von 870 Millionen Mark (Geschäftsjahr 1998/99) bis 2003/04 rund verdoppelt – und der interne Gewinn von 200 Millionen Mark auf rund 330 Millionen wächst. Auch die Medienkonzerne Time Warner, News Corporation des TV-Tycoons Rupert Murdoch sowie die skandinavische SBS hatten sich für

die von Joop van den Ende und John de Mol gegründete Firma aus Hilversum interessiert. Den besten Preis aber zahlte Telefónica-Chef Juan Villalonga. Er hat über Kabelnetze, Satelliten und Hausantennen Zugang zu 62 Millionen Kunden in 17 Ländern und kann jetzt innovative TV-Ideen von Endemol nutzen. So setzen die Niederländer etwa auf „Call TV“ – Spielsendungen, bei denen Mitspieler während der Sendung teure Spezialnummern anrufen und so die Programme finanzieren helfen.



Villalonga

ACTION PRESS

MANAGER

„Risiko belohnen“

Strommanager Peter Giller, 58, über seinen neuen Vorstandsposten, für den er kein Gehalt bekommt

SPIEGEL: Ihr neuer Arbeitgeber, der britische Stromkonzern National Power, zahlt Ihnen kein Gehalt. Warum?

Giller: Ich wollte endlich aus dieser Angestelltenmentalität heraus und unternehmerischer denken. Hätten die Briten nicht zugestimmt, hätte ich den Job nicht gemacht.

SPIEGEL: Was heißt das konkret?

Giller: Ich habe einen Dreijahresvertrag und erhalte

Giller



dafür Aktien. Die erste Tranche kann ich nach einem Jahr verkaufen; bis dahin lebe ich auf eigene Kosten.

SPIEGEL: Worauf müssen Sie, abgesehen vom Gehalt, verzichten?

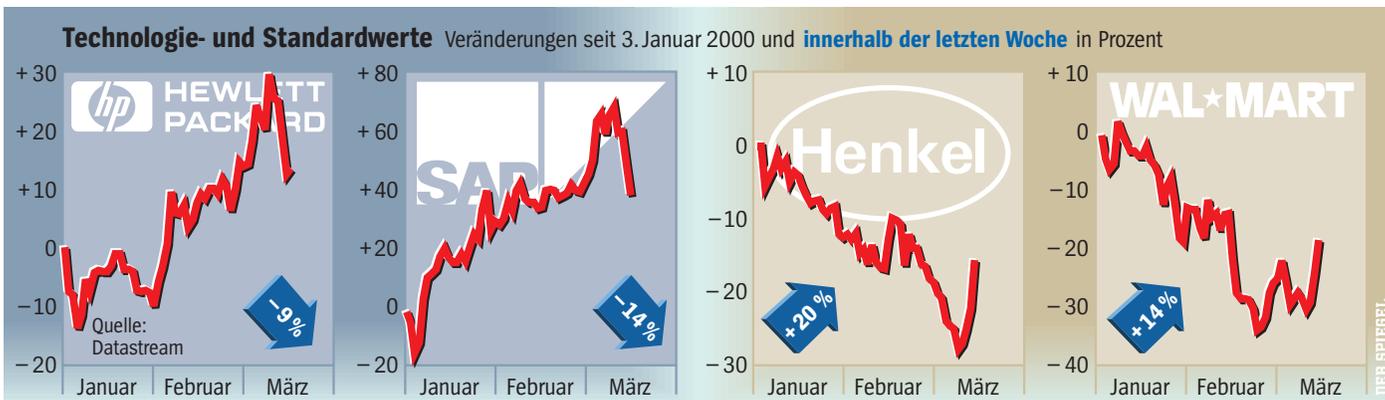
Giller: Allein der Jahresbonus würde normalerweise das Einkommen um 50, 60 Prozent erhöhen. Außerdem gibt es weder Dienstwagen noch Krankenversicherung, noch Pensionszusagen.

SPIEGEL: Ihr Job ist es, das milliarden schwere internationale Stromgeschäft der Briten im Juni unter dem Namen „International Power“ an die Börse zu bringen. Versorgeraktien sind zurzeit aber nicht sehr beliebt. Schlecht für Ihre Aktien.

Giller: Energiekonzerne sind niedrig bewertet, das stimmt. Ich bin aber überzeugt, dass der Aktienmarkt bald wieder rotiert. Die Fondsmanager werden von Hightech-Aktien in Basiswerte umschichten – und dann wird die Börse mein Risiko belohnen.

SPIEGEL: Gilt der Leistungsgedanke auch für Ihre Mitarbeiter?

Giller: Aber sicher. Bei mir muss auch der letzte Mann im Kraftwerk als Unternehmer handeln – dafür kann er sein Gehalt um 40 Prozent steigern.



AKTIEN

Comeback der Standardwerte

Standardaktien wie Henkel, Thyssen-Krupp, MAN oder Veba feierten vergangene Woche mit zweistelligen Kurssteigerungen ein fulminantes Comeback, während Technologiewerte wie SAP und die bisherigen Highflyer des Neuen Marktes stark nach unten gingen. Weltweit brachen insbesondere Biotechnolo-

gie- und Softwareaktien ein. Dagegen konnten auch in den USA Traditionskonzerne wie der Einzelhandelsriese Wal Mart, Caterpillar oder Coca-Cola über zehn Prozent zulegen. Analysten werten dies als Zeichen für einen Trendwechsel weg von den Technologieaktien, die schon extrem hoch bewertet sind. Tra-

ditionelle Unternehmen wie Daimler-Chrysler oder Bayer sind nach wie vor billig zu haben und bieten den nervösen Anlegern höhere Sicherheiten. Dagegen wird es gerade am Neuen Markt im Frühjahr viele Unternehmen geben, die bei Vorlage ihrer Geschäftszahlen eingestehen müssen, dass sie ihre optimistischen Prognosen nicht einhalten können. Einzig die nach wie vor reichlich vorhandene Liquidität bewahrte den Markt bisher vor dem Absturz.

NEUEMISSIONEN

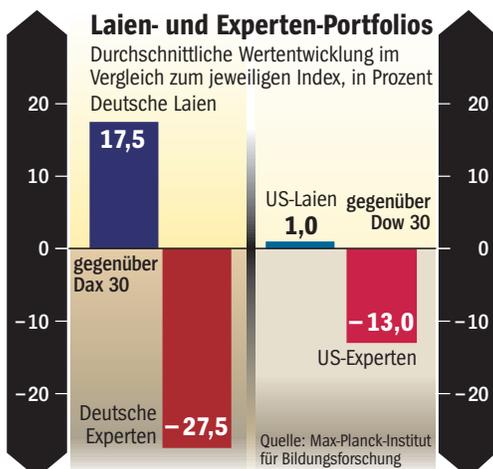
Schadensersatz von der Börse?

Der Ansturm der Anleger auf die Infineon-Aktie hat nicht nur bei vielen Banken, sondern auch bei der Börse zu einem Zusammenbruch der Computersysteme geführt. So verschickte die Frankfurter Börse am Montag viele Bestätigungen, dass sie Handelsaufträge ausgeführt hat, erst am späten Abend. Kunden der Münchner Direkt Anlage Bank wussten auch am Mittwoch noch nicht, ob und zu welchem Preis ihre Kauf- oder Verkaufsaufträge ausgeführt wurden. „Das ist eine absolute Katastrophe“, sagt Markus Straub, Vorstandsmitglied der Schutzgemeinschaft der Kleinaktionäre. Schließlich könne

niemand auf neue Informationen reagieren, wenn er nicht wisse, ob er die Aktie besitze. Die Direktbank verspricht ihren Kunden, für entstandene Schäden aufzukommen. „Wir werden uns mit Schadensersatzforderungen auch an die Börse wenden“, sagt Markus Reiter, Sprecher der Direkt Anlage Bank. Schließlich habe diese mit ihrer verzögerten Auftragsabwicklung die möglichen Schäden verursacht.



Infineon-Chef Ulrich Schumacher



ANLAGESTRATEGIE

Dummheit siegt

Mit einer gehörigen Portion Unwissenheit lässt sich am Aktienmarkt besser Geld verdienen als mit Expertenwissen. Zu diesem Schluss kommt Professor Gerd Gigerenzer vom Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Berlin. Er und seine Kollegen haben auf dem Münchner Marienplatz und im Zentrum von Chicago mehrere hundert Passanten gefragt, welche von insgesamt 800 deutschen und amerikanischen Firmennamen sie schon einmal gehört haben. Nach ihrem Wie-

dererkennungsgrad gruppierten sie die Unternehmen in acht Portfolios. Das Ergebnis: Die Passanten mit dem geringsten Wirtschaftswissen wählten die besten Aktien aus. Denn die Portfolios der zehn am häufigsten wieder erkannten deutschen und US-Werte schlugen nicht nur den Dax und den Dow-Jones, sondern auch die Vergleichs-Portfolios zweier Expertengruppen und die deutschen und amerikanischen Aktienfonds mit der jeweils höchsten Rendite. „In der Ignoranz kann Weisheit liegen“, sagt Gigerenzer, der mit den „Tipps“ der Passanten bereits viel Geld verdient hat. Denn auch am Aktienmarkt kaufen Anleger vor allem Firmen, von denen sie schon einmal gehört haben.

AUTOINDUSTRIE

Tag der Kapitulation

Missmanagement bei BMW: Nachdem 16 Milliarden Mark bei der britischen Tochter versickert sind, wird Rover nun verkauft, BMW entwickelt selbst einen Kleinwagen. In der Autobranche gilt der Münchner Konzern als Übernahmekandidat.

Der Mann konnte einem Leid tun. In der Branche galt er nur als blasser Professor. Vom eigenen Vorstand musste sich der BMW-Vorsitzende Joachim Milberg wahlweise offenen Widerspruch oder Spott gefallen lassen.

Zwei Mitglieder der Führungsmannschaft, Finanzvorstand Helmut Panke und Produktionschef Carl-Peter Forster, zeigten recht offen, dass sie sich den Job an der Spitze viel eher zutrauen. Und als Milberg es auf dem Genfer Autosalon vor knapp drei Wochen mal mit markigen Worten versuchte, wurde es eher peinlich.

Milberg wettete über Konkurrenten, die an einer Übernahme von BMW interessiert sind. Die hätten im eigenen Unternehmen wohl „gravierende Schwächen“, die sie mit Hilfe von BMW lösen wollten. Ein BMW-Vorstand war über die deutlichen Worte seines Chefs so überrascht, dass er später lächelnd sagte: „Ich habe zweimal hingeguckt, ob er es tatsächlich ist, der da redet.“

Am Freitag vergangener Woche aber war dann plötzlich ein ganz anderer Milberg zu beobachten. Ein BMW-Chef, der hart durchgreift, der dem Milliarden-Desaster bei Rover ein Ende bereiten will, die Pkw-Produktion an eine Investorengruppe abgibt, Land Rover an Ford verkauft und auch noch im eigenen Laden aufräumt und drei Vorstandsmitglieder, Forster, Entwicklungschef Wolfgang Ziebart und Vertriebschef Henrich Heitmann, rauschmeißt. Es war, so ein Aufsichtsrat, „der große Milberg-Tag“.

Tatsächlich war der 17. März für BMW wohl so etwas wie der Tag der Kapitulation. Sechs Jahre nach der Übernahme von Rover gibt BMW bei der britischen Tochter auf. Die Münchner verkaufen nicht nur die verlustträchtige Pkw-Produktion, sondern auch die profitablen Geländewagen von Land Rover, die in der gesamten Autoindustrie als Perle gelten. Und das ausgerechnet an die vom ehemaligen BMW-Vorstand Wolfgang Reitzle geführte Lu-

xusdivision (Jaguar, Volvo, Aston Martin, Lincoln) von Ford.

An jenen Reitzle, der bei BMW schon 1994 gefordert hatte, dass die Personenwagen-Produktion bei Rover geschlossen oder verkauft werden solle; der die Entwicklung exakt vorausgesagt hatte und den Konzern zusammen mit dem ehemaligen Chef Bernd Pischetsrieder vor gut einem Jahr verließ, weil er den Spitzenjob nicht bekam.

Der BMW-Konzern, jahrelang eines der erfolgreichsten deutschen Unternehmen, stürzt wegen Rover in die tiefste Krise seit den fünfziger Jahren. Damals stand BMW vor der Pleite, Daimler-Benz wollte die Münchner übernehmen. Doch dann stieg die Industriellenfamilie Quandt bei BMW ein und sicherte die Unabhängigkeit.

Nach mehr als zwei Jahrzehnten muss das Unternehmen erstmals einen Verlust ausweisen. Und der fällt mit knapp fünf Milliarden Mark mehr als ordentlich aus. Das Rover-Desaster ist damit nach dem missglückten Versuch von Edzard Reuter, Daimler-Benz in einen Technologiekonzern zu verwandeln, der schlimmste Fall



BMW-Vorsitzender Milberg, Rover-Produktion (in

von Missmanagement in der jüngeren deutschen Industriegeschichte.

Der BMW-Konzern wirkt dabei mitunter wie ein Tollhaus. Ausgerechnet jene drei BMW-Vorstände, die erst vor gut einem Jahr in die Führungsmannschaft berufen und als Hoffnungsträger präsentiert wurden, müssen ihren Posten jetzt räumen. Kaum einer vermag den abenteuerlichen Kurswechsel in der Münchner Konzernzentrale zu erklären.

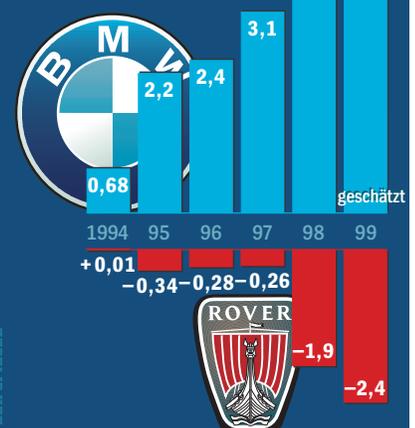
Einen Bericht des SPIEGEL (7/2000), dass BMW die Schließung und den Verkauf der Personenwagen-Produktion bei Rover prüfe, hatte Milberg am 14. Februar noch hart dementieren lassen. Und auf

Bilanz des Scheiterns

Erwerbs- und Folgekosten der Rover-Übernahme für BMW in Mark

Kaufpreis	- 2,1 Mrd.
Zwei Kapitalerhöhungen, von BMW finanziert	- 2,0 Mrd.
Verluste	- 5,2 Mrd.
Risikovorsorge für Rover-Verkauf	- 6,1 Mrd.
Investitionen bei Rover, (größtenteils) von BMW finanziert	- 6,6 Mrd.
Gesamtverlust nach 6 Jahren	- 22,0 Mrd.
Erlös für Land-Rover-Verkauf an Ford	+ 5,9 Mrd.
Gesamtverlust nach 6 Jahren	- 16,1 Mrd.

Gewinn/Verlust vor Steuern in Milliarden Mark





Longbridge): Der Münchner Konzern stürzte in die tiefste Krise seit den fünfziger Jahren

dem Genfer Autosalon beteuerte der BMW-Vorsitzende noch am 28. Februar: „Wir werden weiterhin den Weg einer Mehrmarken-Strategie verfolgen: authentische Marken für jedes Segment. Deshalb gibt es für uns auch keinen anderen Weg, als hervorragende Rover-Produkte anzubieten. Deshalb gibt es für uns auch keinen anderen Weg, als aus Rover eine starke Marke zu machen. Langfristig wird die Marke Rover so stark werden, wie es der Rover 75 heute schon ist.“

Milbergs Rede klang wie ein Kommuniké der SED zum 40. Geburtstag der DDR: Durchhalten und nicht beirren lassen.

Im Gegensatz zur untergegangenen DDR schaffte der BMW-Chef noch die Wende. Dafür gibt es zwei Erklärungen, die wenig schmeichelhaft für Milberg sind: Entweder er hat die Öffentlichkeit und die Belegschaft bewusst in die Irre geführt, oder die Haupteigentümer, die Familie Quandt, haben den Kurswechsel erzwungen.

Milbergs Vertraute erklären, der BMW-Chef habe sich schon lange für den Ausstieg bei Rover entschieden. Weil die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen waren, habe er davon nichts sagen können.

Dass Milberg aber noch derart starke Garantien für die Zukunft von Rover abgab, war überflüssig und bringt britische Gewerkschafter und Politiker jetzt erst recht gegen BMW auf. „Wir haben es hier mit einer unehrenhaften Firma zu tun“, schimpft Tony Woodley von der Transport and General Worker's Union.

Zudem tendiert die Glaubwürdigkeit des BMW-Vorsitzenden jetzt für manche Beobachter gegen null. „Sowenig Milbergs jüngstes Bekenntnis zu Rover wert war“, kommentiert die „Financial Times Deutschland“, „so unglaubwürdig sind auch seine Beteuerungen und die der Eigentümer, BMW bleibe eigenständig.“

In der Konzernzentrale gilt deshalb die zweite mögliche Erklärung für den Kurswechsel als plausibel: Die Haupteigentümer haben dem BMW-Vorsitzenden klargemacht, dass bei Rover jetzt harte Sanierung nötig sei. Die Erben Stefan Quandt und Susanne Klatten wollten auf jeden Fall einen Fehler nicht wiederholen: Sie hatten Milbergs Vorgänger Bernd Pischetsrieder jahrelang freie Hand bei Rover gegeben, bis die Verluste zum Einschreiten zwangen.

Das Rover-Desaster kostete den Konzern bislang gut 16 Milliarden Mark. Zu den Verlusten kamen zwei Kapitalerhöhungen und größtenteils durch BMW finanzierte Investitionen bei Rover hinzu. Außerdem muss noch eine Risikovorsorge für Rover in die Bilanz eingestellt werden. Diesen Ausgaben steht lediglich der Erlös von 5,9 Milliarden Mark aus dem Verkauf der Land-Rover-Sparte an Ford gegenüber.

Milbergs Beteuerungen, im Jahr 2002 werde die britische Tochter endlich schwarze Zahlen schreiben, glaubte im eigenen Vorstand kaum noch einer. Finanzvorstand Panke sagte: „Das wird nicht zu schaffen sein.“ Für das laufende Jahr drohte nach einem Worst-Case-Szenario des



Rover-Gewerkschafter Woodley (r.)
„Eine unehrenhafte Firma“

Vorstands bei Rover ein Verlust von 3,6 Milliarden Mark.

Derart unter Druck, ließ der BMW-Chef Ausstiegsvarianten prüfen. Die Schließung des Werks Longbridge mit 9000 Beschäftigten hätte viel Geld und Image gekostet. Doch da erschien, wie einst der Bäcker Horst Schiesser bei der konkursreifen Neuen Heimat, plötzlich ein Kaufinteressent für das Verlustgeschäft: die Londoner Wagniskapital-Gesellschaft Alchemy (siehe Seite 110).

Die Gesellschaft muss für Rover noch nicht mal eine Mark zahlen. Alchemy bekommt von BMW für die Übernahme noch über zwei Milliarden Mark. Bei Rover wächst die Furcht, dass die Gesellschaft die Fabrik nach kurzer Schamfrist schließt und dort und bei den Zulieferern bis zu 20 000 Arbeitsplätze gestrichen werden. Alchemy könnte auch bei einer Werksschließung

Geld verdienen, wenn die Kosten dafür geringer sind als die BMW-Mitgift.

Für BMW ist das Abenteuer damit nicht beendet. Der Vorstand muss eine neue Strategie für die weiß-blaue Marke entwickeln. Und BMW-Chef Milberg hat keine andere Wahl, als auch in der Modellpolitik eine Kurskorrektur vorzunehmen.

Einen kleinen BMW unterhalb der 3er-Reihe werde es „nie geben“, sagte Milberg vor zweieinhalb Wochen, „denn damit würden wir die Marke BMW verwässern“. Jetzt wird ein kleinerer BMW entwickelt. Und Milberg verkündet, dieses Auto „wird ein typischer BMW“.

Selten verspielte ein Topmanager seine Glaubwürdigkeit in so kurzer Zeit. Als Milberg an die Spitze des Konzerns gespült wurde, hatte er alle Chancen. Er konnte die fehlgeschlagene Strategie seines Vorgängers korrigieren. Er konnte nach einem Käufer für Rover suchen. Stattdessen verkündete Milberg ein Zehn-Milliarden-Investitionsprogramm für Rover und hielt weiter stramm den Kurs seines Vorgängers ein, der erkennbar zum Crash führen musste.

Es hätte kaum einen überrascht, wenn die Familie Quandt den BMW-Vorsitzenden jetzt abgelöst hätte. Doch dies wäre das

Eingeständnis, die Führung dem falschen Mann anvertraut zu haben. Stattdessen entlässt sie drei Vorstandsmitglieder, denen man die Rover-Verluste gewiss nicht anlasten kann – auch wenn Milberg das versucht.

Vertriebsvorstand Heitmann warf er vor, sich nicht genügend um den Rover-Absatz gekümmert zu haben. Produktionsvorstand Forster kreierte er an, er habe die Qualität der Rover-Modelle nicht ausreichend verbessert. Ein Argument, das sich gegen Milberg selbst wendet. Denn bis vor einem Jahr war er für Produktion und Qualität verantwortlich.

Der hektische Personalaustausch im Vorstand, dem innerhalb von 13 Monaten jetzt bereits fünf Topmanager zum Opfer fielen, offenbart das Versagen des Kontrollgre-

miums: Die Krise des BMW-Konzerns ist auch eine Krise des Aufsichtsrats.

Verschwendet wurden nicht nur die Milliarden, die bei Rover versickerten. Verschenkt wurden auch die Jahre, in denen die Marke BMW sich längst in der Kompaktklasse hätte etablieren können wie Mercedes-Benz mit der A-Klasse und Audi mit dem A 3.

BMW steht sechs Jahre nach der Rover-Übernahme wieder auf der Position, die der Konzern damals in der Autoindustrie besetzte: Er ist mit gut 750 000 verkauften Fahrzeugen der Marke BMW zu groß, um wie Porsche erfolgreich eine Nische zu besetzen. Und er ist zu klein, um mit DaimlerChrysler oder Ford mitzuhalten.

Ein hochrangiger General-Motors-Manager in Detroit sagt: „Durch diese Schrumpfkur wird BMW erst zu einem richtig attraktiven Übernahmekandidaten.“ Die Familie Quandt dementiert jede Verkaufsabsicht. Und BMW-Chef Milberg hielt am vergangenen Freitag mit einer seiner Durchhalteparolen dagegen: „BMW ist so stark wie nie zuvor.“

DIETMAR HAWRANEK

Sanierung als Rosskur

Die Übernahme der verlustreichen Rover-Fabrik in Longbridge kann für die Risikokapitalgesellschaft zum Geschäft werden.

Jon Moulton verbindet eine gehörige Portion englischer Exzentrik mit einem Riecher für gute Geschäfte. Der 49-Jährige mit den kurzen grauen Haaren und dem verschmitzten Lächeln gilt in der Banker-Gemeinde der Londoner City als freiheitsliebender Haudegen und Einzelgänger, der wenig Wert auf höfliche Gepflogenheiten legt. Trotzdem hat es der Manager erneut geschafft, seine Kollegen zu überraschen.

Moultons erst vor drei Jahren gegründete Wagniskapitalfirma Alchemy will nun die Verlustfirma Rover übernehmen, wenn BMW ihr dafür genug Geld zahlt. Im Gespräch sind über zwei Milliarden Mark.

Die bislang nur Branchenkennern bekannte Business-Boutique sitzt in einem tristen Backsteinhaus im Londoner Vergnügungs- und Einkaufsviertel Covent Garden. Doch hinter der unscheinbaren Fassade stecken so angesehene Finanziere wie Goldman Sachs und Chase Manhattan.



Alchemy-Chef Moulton: Riecher für gute Geschäfte

Mit dem Geld der US-Banken und anderer Investoren kaufen die 14 Alchemy-Manager abgewirtschaftete Unternehmen zu einem Spottpreis, um sie dann radikal zu sanieren – und nach drei bis sechs Jahren an die Börse zu bringen oder an einen Wettbewerber weiterzuverkaufen.

Das Geschäft ist lukrativ. Denn ein Großteil der Sanierung wird über Kredite finanziert, wodurch ein riesiger Hebel entsteht – von dem der Wagniskapitalist in doppelter Hinsicht profitiert.

Je weniger Geld Alchemy in eine marode Firma steckt, desto geringer ist ihr Risiko. Geht das Unternehmen Pleite, bleiben die Kreditgeber auf ihren Forderungen sitzen. Sollte die Firma nach der Sanierung jedoch schwarze Zahlen schreiben, ist die Rendite für Alchemy – bezogen auf das eingesetzte Kapital – umso höher.

Moulton und seinesgleichen genießen deshalb nicht überall den besten Ruf. In der Finanz-Community werden sie des Öfteren als Freibeuter beschimpft. Bei Gewerkschaftern sind sie verhasst.

Die eigentliche Sanierung ist für die betroffene Firma eine Rosskur. Der Ein-

griff gleicht einer Notoperation, marode Geschäftszweige werden schonungslos abgeschnitten, die Firmen brutal auf Gewinn getrimmt.

Bislang freilich hat Alchemy nur die Restaurantgruppe Fatty Arbuckles, die Baumarktkette Fads DIY, den Farbenhersteller AG Stanley, die deutsche Smatcom AG sowie andere kleinere Unternehmen erfolgreich saniert.

Doch für einen früheren Arbeitgeber, die Wagniskapitalfirma Apax, hat Moulton immerhin schon den britischen Rennkurs Brands Hatch an die Börse gebracht. Und zwei seiner Partner hatten bereits mit der Automobilbranche zu tun.

Die smarten Sanierer von Alchemy wollen Rover nun umbenennen – in MG Car Company – und mit einem neuen Roadster an die britische Sportwagentradition anknüpfen. Generell will die Firma in Longbridge mit weniger Beschäftigten weniger Autos produzieren – die dann aber teurer verkaufen.

Selbst wenn es Moulton gelingt, MG wie in den sechziger Jahren zum Sinnbild eines Lebensgefühls zu etablieren, wird die Firma zum Nischenanbieter. Die Gewerkschaften fürchten, dass auch im Erfolgsfall tausende gefeuert werden.

Geht das Konzept der Alchemisten nicht auf, verlieren alle ihren Job – und die Manager suchen sich den nächsten Pleite-Aspiranten.

WOLFGANG REUTER

WELTFINANZEN

Hilfe oder Härte?

Auf den neuen IWF-Chef Horst Köhler wartet eine Mission Impossible: Er soll die Schlagkraft der Weltfinanzpolizei erhöhen – mit weniger Geld. Er möge Entwicklungsländer sensibler behandeln als sein Vorgänger, verlangen die IWF-Kritiker. Er müsse brutaler durchgreifen, fordern die USA.

Am Ende hatte Horst Köhler in Washington nur noch Freunde, jedenfalls für einen Tag. Seine eigene Kandidatur für den Chefposten beim Internationalen Währungsfonds werde er selbstverständlich zurückziehen, ließ IWF-Vize Stanley Fischer den Deutschen bei einem gemeinsamen Frühstück am vergangenen Donnerstag wissen. Köhler könne sich darauf verlassen, dass er auch als zweiter Mann loyal zu ihm stehe.

Auch der amerikanische Finanzminister Lawrence Summers, der in den vergangenen Wochen die deutsche Kandidatur nach Kräften hintertrieben hatte, entließ den

designierten IWF-Chef nach einem ersten Vier-Augen-Gespräch mit den besten Wünschen. „Wir waren uns in allen Punkten weitgehend einig“, berichtete Köhler.

Selbst wenn noch unklar ist, wann genau der promovierte Volkswirt sein Amtszimmer im 13-stöckigen Betonquader beziehen wird – die Arbeit, die vor ihm liegt, ist in der internationalen Finanzwelt eine der anspruchsvollsten.

Denn der IWF ist nicht nur mächtig, sondern auch höchst umstritten. An seine Kredithilfen für Länder, die in eine akute Zahlungskrise geraten sind, knüpft der Währungsfonds in der Regel rigide Sanie-

rungsforderungen, die in den betroffenen Regionen häufig als moderne Form des Imperialismus empfunden werden. Seine Manager behandelten Staatschefs wie Bittsteller, gängelten ganze Regierungen und Parlamente, so die IWF-Kritiker.

Nicht nur die Empfänger der Finanzhilfen haben zunehmend weniger Vertrauen in die Politik des IWF, auch die Geldgeber, allen voran die Amerikaner, verlangen eine Neuausrichtung. Ihr Motto: mehr Härte, weniger Geld.

Immer häufiger muss die Weltfinanzpolizei irgendwo auf dem Globus eingreifen, um den Zusammenbruch ganzer Volkswirtschaften zu verhindern, immer größer sind die Summen, die dabei von den Anteilseignern des IWF aufgebracht werden müssen. Auf über 100 Milliarden Dollar haben sich die Notkredite aller Helfer allein bei der so genannten Asienkrise summiert.

Längst ist ein Richtungsstreit über die Zukunft des IWF entbrannt: Soll er weiterhin Milliarden in Krisenländer leiten und dabei mehr als bislang entwicklungspolitische Akzente setzen, wie es viele Europäer fordern? Oder soll der Währungsfonds seine Mittel nur noch kurzfristig einsetzen, auf die Gefahr hin, dass Empfängerstaaten verarmen – eine Vorstellung, die vor allem im US-Kongress populär ist?

Kein Wunder, dass ein ausgewiesener Entwicklungspolitiker wie der erste deutsche Kandidat, der langjährige Weltbankmanager Caio Koch-Weser, den Amerikanern nicht passte. Doch auch gegen Köhler, Chef der Osteuropa-Bank, machten die Amerikaner zunächst Front.

Kaum hatte Bundeskanzler Gerhard Schröder den neuen Namen ins Spiel gebracht, starteten Präsident Bill Clinton und sein Finanzminister Summers eine ihrer gefürchteten Telefonkampagnen. Als die Telefonate mit den europäischen Partnern diesmal keinen Erfolg versprachen, versuchten sie auf Köhler selbst Druck auszuüben. So schickte Summers eigens einen Spitzenbeamten nach London, um dem Banker die Kandidatur auszureden, doch Köhler blieb standhaft.

Am Ende präsentierte die US-Regierung noch eine Art Notvariante: Köhler solle keine volle Amtszeit IWF-Chef bleiben,



DPA

Künftiger IWF-Chef Köhler (in Washington)
Rücksicht auf Land und Leute



IWF-Berater (in Thailand): Die USA nutzten den Fonds als Instrument ihrer Politik

sondern nur die verbleibende Amtsdauer seines Vorgängers ausfüllen. Auch das lehnte die Bundesregierung kühl ab, schließlich konnte sie sich diesmal der Zustimmung der Nachbarn sicher sein.

Zweifel an der Qualität des Kandidaten waren ebenfalls kein Thema. Vor allem in Europa genießt der 57-Jährige einen exzellenten Ruf, schließlich war er einer der Autoren des Maastricht-Vertrages zur Einführung des Euro.

Köhler ist ein Pragmatiker mit Instinkt und Durchsetzungsvermögen, also genau den Eigenschaften eines Sanierers, auf die es jetzt ankommt. So brachte er die Osteuropa-Bank, die unter seinem Vorgänger vor allem durch Prunksucht und Ineffizienz aufgefallen war, aus den Schlagzeilen und

in die schwarzen Zahlen. Ausgestattet mit einer robusten Brutalität in Arbeitsstil und Umgangsformen, die er zuweilen hinter jungenhaftem Grinsen zu verbergen weiß, gilt Köhler bei Freunden wie Gegnern als harter Verhandlungspartner.

„Die Amerikaner werden noch einmal bereuen, dass sie ihn und nicht Koch-Weser akzeptiert haben“, glaubt ein Hedge-Fonds-Manager, der lange mit Köhler zusammengearbeitet hat.

Seine Steherqualitäten kann Köhler bald unter Beweis stellen, denn in der Debatte über die Zukunft des IWF haben die Amerikaner einen Vorstoß unternommen, der auf eine direkte Konfrontation mit dem künftigen IWF-Chef angelegt ist. In einem Report für den US-Kongress empfiehlt eine

Expertenkommission, die Kompetenzen des IWF kräftig zurückzustutzen. Der Fonds solle sich nur noch um „makroökonomische Stabilisierung“, also die Rückführung von Staatsdefiziten und Inflation, kümmern und so für stärkeres Wachstum in den Krisenländern sorgen.

Dass Köhler dieser Idee wenig abgewinnen kann, darf als sicher gelten. Mehrfach schon hat er klargemacht, dass eine Institution wie der IWF nicht nur auf volkswirtschaftliche Daten achten darf, sondern auch Rücksicht nehmen muss auf Land und Leute.

„Wir können Marktwirtschaft und Demokratie nur dann auf Dauer verwirklichen, wenn wir sie mit der Kultur, der Geschichte und den Traditionen des Landes verankern“, kritisierte Köhler beispielsweise das Vorgehen des IWF in Russland.

Heikel wird sich daher vor allem der Umgang mit amerikanischen Politikern gestalten. Die USA, mit knapp 18 Prozent Fonds-Anteil der größte Beitragszahler, nutzten den Währungsfonds bislang gern als Instrument ihrer Wirtschaftspolitik.

Um die Wall Street vor Verlusten zu schützen, drängte die US-Regierung den damaligen Fonds-Chef Michel Camdessus während der so genannten Tequila-Krise 1994 zu Milliardenkrediten für Mexiko. Sie presste die Direktoren während der Asienkrise zu einem zweifelhaften Milliarden-

Die Weltfinanzpolizei

Der Internationale Währungsfonds IWF und Krisen der neunziger Jahre

Wertverlust gegenüber dem Dollar in Prozent



Brasilien 1998
Massive Kapitalflucht zwingt Brasilien zunächst zu einer kontrollierten Abwertung des Real und Anfang 1999 zur Freigabe des Wechselkurses.
Kreditzusage des IWF: insgesamt **18 Mrd. Dollar**



Russland 1998
Die Finanzkrise in Russland führt im August 1998 zu einem Einbruch des Rubelkurses. Die Regierung setzt den Schuldendienst für private Geldgeber für drei Monate aus.
Kreditzusage des IWF: insgesamt über **20 Mrd. Dollar**

Asienkrise 1997
Nach massiven Wechselkurseinbrüchen stehen die asiatischen Schwellenländer vor der Zahlungsunfähigkeit. Der IWF stellt Kredite zur Verfügung und fordert Reformen.
Kreditzusage des IWF: insgesamt über **35 Mrd. Dollar**

Wertverlust gegenüber dem Dollar in Prozent



Der IWF ist ein freiwilliger Zusammenschluss von **182 Mitgliedsländern**. Die Fondsreserven betragen **288 Milliarden Dollar**.



Zwei Spontis im Amt

Bei der Nominierung Caio Koch-Wesers und Horst Köhlers hat Kanzlerberater Michael Steiner die Empfindlichkeiten der USA unterschätzt.

Lauter kann Schweigen kaum sein. Kein Wort des Triumphs kam über Michael Steiners Lippen. Still kostete der außenpolitische Berater des Kanzlers den Erfolg aus. Mit erheblichem Kraftaufwand hatte Gerhard Schröder seinen zweiten Kandidaten Horst Köhler auf den Chefessel des Internationalen Währungsfonds (IWF) befördert.

Lauter Jubel hätte US-Präsident Bill Clinton noch mehr vergrätzt, der nur widerstrebend der Kandidatur zustimmte. Der Erfolg ist zwiespältig, meint etwa die „Washington Post“. Schröder werde noch einen hohen Preis dafür zu zahlen haben, dass er seinen Kandidaten „den Führern Europas und Präsident Clinton in den Rachen gestopft hat“.

Steiner hatte den Grundsatzkonflikt um die Vorherrschaft der Supermacht und den Ärger seines Kanzlers über die bruske Ablehnung des ersten Kandidaten Caio Koch-Weser noch angefacht. Er sei dahinter gekommen, erklärte er der „New York Times“, dass die „Supermacht ihre Rolle nicht nur militärisch spielt, sondern nun auch noch die Spielregeln für die Globalisierung über den IWF ausgeben möchte“.

Der Diplomat entsprach damit nicht der traditionellen Rolle. Statt zu glätten, legte der Kanzlerberater noch drauf. Leise Töne sind die Sache Steiners ohnehin nicht. Sein Chef scheint die umtriebige Art zu schätzen. „Wieso, ich hab doch meinen Steiner“, antwortet Schröder schon mal scherzhaft auf die Frage, ob er nicht wissenschaftlichen außenpolitischen Rat brauche.

Bis zur Selbstaufgabe loyal dient Steiner seinem Herrn. Umso schwerer trafen ihn die Vorwürfe, er habe womöglich durch eigenes Zutun den Kanzler erst in diese heikle Situation gebracht; habe Signale aus den USA missverstanden oder schlicht überhört und auch übersehen, wie wichtig den Amerikanern der Kampf um die Personalie war, weil es ihnen eigentlich ums Prinzip ging.

Dem desavouierten Kanzler, so schien es, mochte man die schwere Schlappe noch nachsehen – schließlich gilt der weiter als außenpolitischer Novize. Doch hätte der Karrierediplomat

Steiner, seit 1981 im Dienst des Auswärtigen Amtes, seinem Chef das diplomatische Desaster nicht ersparen müssen? „Wie ein Hund“, so berichten Mitarbeiter aus dem Kanzleramt, habe Steiner unter diesen Vorwürfen gelitten.

Die Fehler der ersten Runde schienen sich bei der Kür des zweiten Kandidaten zu wiederholen. Die Europäer erfuhren den Namen Köhler ebenso aus der Presse wie die Amerikaner.

„Mann Gottes“, entfuhr es dem Ex-Außenminister Klaus Kinkel (FDP), „gegen die Amerikaner läuft doch so etwas nicht.“ Auch im Auswärtigen Amt, dessen Chef Joschka Fischer Steiner schon mehrfach angerempelt hat, wunderte man sich über den wenig diplomatischen Auftritt des Kollegen vom Kanzleramt. Verteidigungsminister Rudolf Scharping hatte zuvor Steiner darauf hingewiesen, als Ministerialbeamter habe er sich bei sensiblen politischen Fragen zurückzuhalten.

Steiners Chef sieht das etwas anders. Wohl mokiert sich auch Schröder gelegentlich über die Selbstdarstellungsfreude seines schwungvollen Beraters. Doch gerade wegen dessen unkonventioneller Arbeitsweise hatte ihn Schröder 1998 ins Kanzleramt geholt.

In Prag, als 1989 rund 5000 DDR-Bürger in die Deutsche Botschaft ge-

flohen waren, um ausreisen zu können, zog Steiner, damals 39 und Pressesprecher des Botschafters, selbst verzweifelte Ostdeutsche über den Zaun.

Mit dem Herzen war Steiner auch auf dem Balkan dabei. Beseelt von der Aufgabe, Frieden zu stiften und Menschenrechte zu wahren, wagte er sich, als Stellvertreter des Hohen Uno-Repräsentanten für Bosnien, 1996 furchtlos in aufgeheizte Versammlungen chauvinistischer Volksgruppen in Sarajevo und brüllte nationalistische Scharfmacher nieder. Wo feste politische Strukturen fehlen, Tatkraft, Initiative und Mut gefragt sind, ist Steiner allererste Wahl. Nur – fehlt im Kanzleramt nicht ganz etwas anderes?

Schröder und Steiner, beide Spontis, bestärken sich in ihren Stärken. Noch niemand hat dem Kanzler Tatkraft und Entscheidungsfreude abgesprochen. Doch niemand behauptet, Schröders vorrangiges Interesse gelte langfristiger Planung.

Steiner hätte in der amerikanischen Konfrontation seinen Chef bremsen müssen. „Wenn der Kanzler schon mit dem Kopf durch die Wand will“, meint ein Schröder-Freund, „dann soll ihm sein Berater wenigstens behutsam den Weg zur weichsten Stelle weisen.“

JÜRGEN HOGREFE



Kanzler Schröder, Berater Steiner: „Mit dem Kopf durch die Wand“

Kredit an Korea. Und sie trieb die Fonds-Manager zu immer riskanteren Finanzoperationen in der Ukraine, ohne sich zuvor über das Ausmaß der Misere verlässliche Zahlen besorgt zu haben.

Solche Engagements haben die Glaubwürdigkeit des IWF erschüttert. Immer häufiger, so scheint es, ist er mit dem Krisenmanagement überfordert.



Währungshüter und -politiker*

Kreditvergabe muss neu geordnet werden

Von den 137 Ländern, die zwischen 1965 und 1995 IWF-Kredite bekamen, haben 81 ihre Kreditwünsche nach 1981 um 50 Prozent erhöht, ermittelte die konservative Heritage Foundation aus Washington. Bolivien etwa bekam nahezu jährlich Stütze mit der Auflage, deutlich zu sparen. Tatsächlich erhöhte die Regierung ihr Budgetdefizit in den Jahren um 8000 Prozent.

Dass die Kreditvergabe neu geordnet werden muss, ist im IWF unumstritten. Das Management denkt darüber nach, wie man vor allem Privatbanken an Rettungsaktionen beteiligen könnte. Ein Vorbild könnte die Rettung für den vor anderthalb Jahren in Not geratenen Hedge-Fonds Long Term Capital Management sein.

Damals hatte der Chef der New Yorker Notenbank die Manager von einem Dutzend Investmentbanken zu einer Rettungsrunde zusammengerufen und stellte sie vor die Alternative: entweder ein paar hundert Millionen an Notkrediten aus eigener Tasche sofort oder Milliardenverluste nach einem Börsencrash. Die Bankiers zahlten insgesamt 3,6 Milliarden Dollar.

Die Reform des Währungsfonds rangiert auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung von IWF und Weltbank ganz oben – und damit steht Köhler die erste Bewährungsprobe bevor. Zur Tagung Mitte April haben sich Globalisierungsgegner aus aller Welt angekündigt. Geplant sind Paraden mit einer Puppe, die den IWF-Chef als Knecht kaltherziger Börsenspekulanten darstellt. Nun ist zumindest klar, welches Gesicht die Puppe zeigen wird.

WINFRIED DIDZOLEIT,
MATHIAS MÜLLER VON BLUMENCRON,
CHRISTIAN REIERMANN

* Finanzminister Hans Eichel, US-Notenbankchef Alan Greenspan, Europäischer Zentralbankchef Wim Duisenberg und US-Finanzminister Lawrence Summers.



Geplanter Super-Airbus (Modell): Freizeitpark über den Wolken mit Fitnessclub und Kino

LUFTFAHRT

Waghalsiges Projekt

Ob der Großraumjet des Airbus-Konsortiums je gebaut wird, ist zweifelhaft. Das Problem: Die Fluggesellschaften weigern sich, den Flieger zu bestellen.

Die Politiker wollen ihn. Die stets um ihre Arbeitsplätze besorgten Flugzeugingenieure auch. Die verantwortlichen Airbus-Manager in London, München und Toulouse sowieso.

Der Großraumjet von Airbus, Arbeitstitel A3XX, regt schon heute die Phantasie mächtig an: Rund 600 Passagiere sollen auf zwei Etagen Platz nehmen dürfen, ihnen stehen Fitnessclub, Kino und mehrere Restaurants zur Verfügung. Ein Freizeitpark über den Wolken soll entstehen, noch nie hätten so viele Menschen gleichzeitig so komfortabel und so schnell ihr Reiseziel erreichen können.

Und weil zur Realisierung dieser Träume einige Milliarden fehlen, kündigten hilfsbereite Politiker bereits ihre Unterstützung an. Premierminister Tony Blair will 1,7 Milliarden Mark zur Verfügung stellen. Bundeskanzler Gerhard Schröder lässt zurzeit Staatshilfen von bis zu 2,5 Milliarden Mark prüfen.

„Der Superjumbo von Airbus kann abheben“, jubelte die „Bild“-Zeitung. In den Hamburger Lokalzeitungen tobt bereits ein erbitterter Streit darüber, wie viel Natur



DaimlerChrysler-Chef Schrempp
Lieber heute als morgen verkaufen

den nun zusätzlich benötigten Produktionshallen geopfert werden darf.

Nur die Experten der Fluggesellschaften schütteln den Kopf über den Riesenrummel. Denn bislang existiert der fast eine halbe Milliarde Mark teure Koloss nur auf den Computerbildschirmen der Airbus-Ingenieure in Toulouse. Zur Verwirklichung des ehrgeizigen Projekts fehlt vor allem eines: die Kundschaft.

Jene Fluglinien, die derzeit ihre Großraumflieger in der Regel bei Boeing ordern, wollen von dem XXL-Airbus nichts wissen. Zumindest wollen sie ihn nicht bestellen – auch wenn die Airbus-Konsorten ständig das Gegenteil beteuern.

Den Fluggesellschaften macht der knallharte Wettbewerb in ihrer Branche zu schaffen. Die Gewinne schrumpfen. Vielen ist der Supervogel deshalb schlichtweg zu teuer.

In der Branche geht der Trend ohnehin zu kleineren Maschinen. Die Fluggesell-

schaften bieten immer mehr Direktverbindungen an und umgehen große Drehkreuze wie Frankfurt, Chicago oder Amsterdam. Außerdem müssten viele Airports ihre Abfertigungshallen umbauen.

Sinn macht der Einsatz der Megamaschine nur auf stark frequentierten Strecken in den USA oder Asien. Doch vor allem Fernost-Airlines, die sich nur langsam von den Folgen der Asienkrise erholen, fehlt das Geld für den Riesenflieger.

Interesse, den A3XX zu ordern, haben bislang nur der Hongkong-Carrier Cathay Pacific, Singapore Airlines und der Frachtkonzern Federal Express signalisiert. Doch das reicht nicht aus, um das riskante Projekt zu starten. Gelingt

es den vier Airbus-Partnerfirmen Dasa, Aerospatiale, British Aerospace (BAe) und Casa nicht, mindestens 40 feste Bestellungen zusammenzubekommen, hat die US-Investmentbank Lehman Brothers errechnet, „wird es für Airbus schwierig“, den A3XX „zu starten“.

Ordentlich Geld verdienen die Airbus-Partner nach der Studie nur, wenn sie in den nächsten 20 Jahren 665 Jets verkaufen. Bleibt der Absatz deutlich darunter, so die Experten, droht Airbus ein „Desaster“.

Gegenwind bekommen die Airbus-Bauer auch von guten Kunden wie der Luft Hansa. Statt Milliardensummen in den neuen Flieger zu stecken, forderte Passagechef Karl-Friedrich Rausch erst kürzlich, sollten die Airbus-Manager lieber ihre aufwendige Fertigung modernisieren und die vorhandene Flotte weiterentwickeln.

Die Angesprochenen sehen das – natürlich – anders. „Die Frage ist nicht, ob die Kunden den A3XX wollen, sondern wann“, meint der neue Dasa-Chef Rainer Hertrich.

Der Mann steht damit selbst im eigenen Konzern auf einsamem Posten. DaimlerChrysler-Chef Jürgen Schrempp würde seine Flugzeugaktivitäten lieber heute als morgen verkaufen. Da macht es wenig Sinn, vorher noch Milliardenbeträge in ein waghalsiges Projekt wie den A3XX zu stecken.

Der Superflieger bekommt ohnehin bald Konkurrenz – aus dem eigenen Haus. Ab 2002 wollen die Airbus-Manager eine extra lange Version ihres Erfolgstyps A 340 mit bis zu 485 Sitzen anbieten. Die neuen Jets können endlich dem 30 Jahre alten Boeing-Jumbo Paroli bieten und haben gegenüber dem A3XX einen gewaltigen Vorteil: Sie sind viel billiger.

DINAH DECKSTEIN



Hot-Sendung: Knapp an der Grenze zur Realsatire

TV-SHOPPING

„Das eiskalte Geheimnis“

Ex-Pro-Sieben-Chef Georg Kofler setzt auf Teleshopping. Der Verkauf via Fernsehen und Internet soll europaweit Milliarden umsetzen. Sein neuer alter Partner: die Familie Leo Kirch.

Die deutsche Hausfrau lebt gefährlich. „Viele Pfannen wackeln auf dem Herd wie Wackelpudding“, warnt der Moderator des Münchner Fernsehsenders Hot.

Wie gut, dass der Studiogast mit der Kochmütze Rat weiß: Seine Pfannen sind superflach, prahlt er, „die Planheit des Bodens“ werde für 25 Jahre garantiert, und das alles zum Preis von 136,50 Mark. Als Beweis lässt der Abgesandte der Firma Eurolux neun Frikadellen in einem Monstrum aus Titan brutzeln. „Schöner kann man Buletten wirklich nicht braten“, witzelt TV-Gastgeber Martin Kraus.

Und weil zum Essen auch was Trinkbares gehört, bietet der Fernsehmann zum Finale fränkischen Wein, dreiteilig im Holzetui inklusive Thermometer-Set, abgefüllt von Franz Kirch, dem Onkel des Sendereigentümers Thomas Kirch, 42. Hymnisch preist Kraus den Tropfen aus der Familie des Chefs: „Gigantisch“, „schmeckt super“, „muss man sich auf der Zunge zergehen lassen“.

Szene aus einem Shoppingkanal, einem bizarren Fernsehprogramm knapp an der Grenze zur Realsatire: Rund um die Uhr, 16 Stunden täglich live, verhökern reddebegabte Fernsehleute Waren aller Art, die es zumeist in Kaufhäusern oder Geschäften gar nicht gibt. Stars sind die Produkte.

Egal ob protzige Schmuckklunker („das eiskalte Geheimnis der Nacht“), Alben für Zwei-Pfennig-Münzen („mehr wert als der Schatz im Silbersee“), ein zerlegbarer Alu-

Roller („Da kann ein 200-Kilo-Mann drauf“) oder Ernährungstabletten aus Mee-resalgen („grünes Gold“) – alles ist irgendwie wichtig und selten. Häufigster Spruch der Moderatoren: „Es sind nur noch wenige Exemplare zu haben.“



Immer mehr Zuschauer lassen sich von der Schnäppchen-Show anlocken – und ordern am Telefon unter der angegebenen Bestellnummer. 1999, vier Jahre nach dem Start, rutschte Hot in die Gewinnzone. Dieses Jahr will der Sender nach internen Planungen bei mehr als einer halben Milliarde Mark Umsatz rund 60 Millionen verdienen – mehr als Sender wie RTL 2 oder Kabel 1. Auch der seit 1996 aktive Rivale QVC aus Düsseldorf (Umsatz 2000: rund 370 Millionen Mark) plant erstmals Profit.

„Der Einkauf der Couch-Potatoes boomt“, urteilt die „Lebensmittelzeitung“ über die TV-Leidenschaften der Kartoffelchips-Esser auf den deutschen Sofas.

Der televisionäre Warenrummel hat es auch einem Mann angetan, der für den TV-König Leo Kirch und seinen Sohn Thomas seit 1988 neben Hot die Sender Pro Sieben, Kabel 1 und N24 aufgebaut hat und als einer der Hauptakteure im deutschen Privatfernsehen gilt: Georg Kofler, 42. Der ist mit 15 Prozent an dem Shoppingkanal beteiligt und nimmt in allen Hot-Gesellschaften den Posten des Aufsichtsratsvorsitzenden ein. Weitere Haupteigentümer: Kirch und das Home Shopping Network der TV-Legende Barry Diller.

Der promovierte Kommunikationswissenschaftler Kofler beschränkt sich seit kurzem ganz aufs elektronische Handelsgeschäft und will rund um Hot ein europäisches Einkaufsimperium aufbauen – mit Online-Angeboten, Spartenkanälen im digitalen Fernsehen (etwa für den Dauerbrenner Schmuck) sowie Spezialofferten für Handy-Telefonierer.

Eine „neue Dimension der Medienwirtschaft“ prophezeit Kofler und sieht das TV-Gerät zum „Transaktionsmedium“ aufsteigen: Medienfirmen würden künftig nicht mehr wie bisher hauptsächlich Abogebühren oder Werbeeinnahmen kassieren, sondern vom Verkauf von Produkten leben. „Das hat ein Wachstumspotenzial wie vor zehn Jahren das Privatfernsehen“, glaubt der Ex-Pro-Sieben-Chef.

Besonders die Verbindung von Fernsehen und Internet lockt Kofler. So sollen künftig die Zuschauer bei Hot-Online im Chat-Room über Produkte plaudern oder in Auktionen Restposten aus den Fernsehshows ersteigern – und auch mit werbefinanzierten Sendern wie Pro Sieben oder Sat 1 gäbe es schöne Kooperationsmöglichkeiten.

Das Modell der totalen Verzahnung will er zusammen mit Kirch und US-Vorbild Diller in

Fernsehunternehmer Kofler
„Erste europäische Marke“

vielen Ländern Europas durchsetzen. Geplant sind Investitionen von mehreren hundert Millionen Mark. „Hot wird die erste europäische Marke“, jubelt PR-Genie Kofler, „wir bauen das führende Shopping-Portal des Kontinents.“

Auch andere Experten glauben zusehends an das Geschäftsfeld. So sieht das Beratungshaus PricewaterhouseCoopers in einer aktuellen Studie Fernsehen als „Internet-Portal der Zukunft“. Das Fernsehgerät sei „ein vertrautes Medium“ und entwickle sich so „zu einem natürlichen Kanal für elektronisches Business“.

Koflers Expansion mit Hot startet ab April in Frankreich und Holland, im Herbst folgt Italien. Dort hält der italienische Staatsbürger aus medienpolitischen Gründen sogar die Stimmenmehrheit an Hot Italia. Bis Ende 2002 ist nach den Planungen jede Euro-Region erschlossen, bis nach Polen und Ungarn. In dem Imperium sollen dann Software, Technik und Produktideen – Kosten sparend – gemeinsam genutzt werden, gesteuert vom Vorstand der neuen Münchner Holding Hot Networks AG.

Auch will Kofler, der stets als eine Art „aktiver Chairman“ aus dem Aufsichtsrat heraus agiert, künftig zusammen mit Partnern eine Reihe eigener Callcenter und Lagerhäuser aufbauen. Bisher hatte er dieses Feld an den Versandhausriesen Quelle delegiert, dem Mitgründer in Deutschland.

Ehrgeizig genug ist Kofler: Er orientiert sich am US-Unternehmer Jeff Bezos vom



QVC-Programm: Ein Lockenwickler als Publikumshit

seurmeisterin der Publikumshit: Margot Schmitt und ihre Lockenwickler „Traumrolle“. „Das Haar bekommt Volumen“, sagt die resolute Dame gern in ihren Sendungen und zeigt dabei ihre Frisierkünste. Gute Umsätze bringen auch ein spezielles Spray („Haarspitzenwunder“) sowie ein zur Frisur passendes Margot-Schmitt-Halstuch aus schwerer Waschseide.

Noch eloquenter freilich ist Walter Freiwald, Ex-Moderator der RTL-Produktshow „Der Preis ist heiß“. Der Schnellredner, der im Studio schon mal während der Arbeit rülpst, beschreibt Rückenbandagen und Betauflagen der Marke „Magnoflex“ als wahre Wunderwerke des Gesundheitswesens.

Die Textilien mit eingebauten Magnetfeldern sollen gegen Verspannungen, Melancholie und vor schnelle Vergreisung helfen, für Freiwald eine unentbehrliche Investition: „Wenn Sie erst mal in den Fängen der Medizin sind, wird es wirklich teuer, dann sind tausende von Mark für die Therapie fällig“, warnt er immer wieder. Für 1999 konnte der deutsche QVC-Chef Francis Edwards, 51, immerhin ein Umsatzplus von 140 Prozent auf 220 Millionen Mark an die Zentrale im amerikanischen West Chester in Pennsylvania melden: „Es hat ein bisschen länger als gedacht gedauert, nun aber sind wir in der Spur.“

Die Deutschen, freut sich Edwards, ordern bei jedem Bestellvorgang mehr Produkte als die Amerikaner. Besonders glücklich war der US-Bürger, als vor einigen Wochen der frühere Schwergewichtsboxer George Foreman eine eigene Kollektion von Grillgeräten überzeugend vorstellte.

Zum eigenen Internet-Angebot hat es QVC in Deutschland freilich nicht gebracht – und in Europa gibt es lediglich in England einen Schwestersender. Da will Hot schnell angreifen und sich Claims sichern. Zur Finanzierung sind Aktienverkäufe eingeplant – viele Ländertöchter sowie die Münchner Holding sollen an die Börse.

Den Anfang macht wohl noch in diesem Jahr das deutsche Stammhaus unter Vorstandschef Andreas Büchelhofer, 37, dem der Neue Markt in Frankfurt am geeignetsten scheint: „Hausintern fehlt nichts zur Börsenreife, unsererseits ist alles auf den Weg gebracht.“ Die rund 20 bis 25 Prozent der Stammaktien könnten rund 400 Millionen Mark einbringen.

Nach einem internen Papier steigt der Umsatz in Deutschland auf drei Milliarden Mark im Jahr 2010 an. 900 Millionen soll dann das Online-Geschäft bringen. Hot habe „bereits viel Substanz“, sagt Kofler, „eine gehörige Portion Wachstumsphantasie“ komme noch hinzu. Er setzt besonders auf mehr Angebote für Heimwerken, Multimedia und Finanzdienste.

Gegen das Branchenimage, Teleshopping sei etwas für Omis, kämpft Moderator Robbi Dienersberger unverwundlich an. In der Sendung „Schlank & Fit“ lässt er die blonde Ute 30 Minuten lang eindrucksvoll martialische Geräte wie den Heimtrainer „Widder 5“ und das „Elliptical bike“ beturnen, eine Fahrradkonstruktion, bei der die Beine treten und die Oberarme fortwährend einen Widerstand wegdrücken.

„Da tropft der Schweiß“, urteilt der muskulöse Moderator in den Shorts, hier sei „optimale Fettverbrennung“ gewährleistet, und das sei fürs Tragen von Sommersachen enorm wichtig. Anerkennend tätschelt er Utes strammen Oberschenkel.

Und natürlich war am Ende alles wieder ausverkauft, oder fast jedenfalls: „Es gibt nur noch wenige, wenige Exemplare.“

HANS-JÜRGEN JAKOBS



TV-Manager Edwards: „Wir sind in der Spur“

Online-Handelsriesen Amazon – und stuft die eigenen Chancen höher ein: „Wir haben die heißeste E-Commerce-Story überhaupt zu bieten. Amazon wäre doch viel weiter, wenn die einen eigenen Fernsehsender hätten.“ Zu seinen Lieblingen im Programm, sagt er, gehört eine Pflege-Serie des Filmstars Christine Kaufmann, 55, die seit einem Jahr Seifen, Cremes, Öle und ein „Schönheitskissen“ vermarktet. Es sei „nicht verwerflich, bestimmte Alterserscheinungen nicht haben zu wollen“, philosophiert die bis 2009 engagierte Kauffrau.

Bei Konkurrent QVC („Quality, Value, Convenience“) ist dagegen eine Fri-

MARKETING

Rent a Royal

Die Herzogin von York macht es vor: Adelstitel lassen sich Gewinn bringend für Werbezwecke einsetzen.

Als Gattin des britischen Königs-Sprosses Andrew übernahm Sarah Ferguson, 40, schon allerhand Botschafterrollen: für Wohltätigkeitsbälle, Kinderheime und Commonwealth. Auf die Rolle einer Ikone der Fußfetischisten hätte sie allerdings gern verzichtet.

Leider waren die Paparazzi-Fotos eindeutig: Da sah man Fergies Finanzberater am sonnenumwölkten Pool an ihren Zehen nuckeln.

Das Leben ist ein langer, ruhiger Stuss: Sie verlor erst den Gatten, dann das Prädikat „Königliche Hoheit“ und sah sich mit Millionenschulden konfrontiert. Was tat die rührige Ex-Sekretärin? Sie trug sich und ihren verbliebenen Herzoginnen-Titel derart erfolgreich zu Markte, dass wahre Blaublüter heute nur grün werden können vor Neid.

Fergie dekorierte Preiselbeersaft-Spots: 1,5 Millionen Mark Gage. Für eine sechsstellige Summe schmückte sie den Wiener Opernball. Ein saudischer Prinz bezahlte 135 000 Mark für einen Kuss – und Fergies anschließende Frechheit: Der Scheich habe „Wulstlippen“, schrieb sie in ihrer Autobiografie, die dank solcher Lippenbekenntnisse in die Buch-Hitparaden schoss.

Was Selbstvermarktung angeht, ist die Herzogin von York, geborene Ferguson, geschiedene Windsor, so wirkungsvoll wie ein Elefant mit Porzellanladen. Nur konsequent, dass sie nun als US-Repräsentantin für das Dubliner Porzellan-Imperium Waterford Wedgwood wirbt. „Außerordentlich effektiv und Gewinn bringend“ sei Fergies Einsatz in Manhattan und anderswo, jubeln die Chefs. „Die Amerikaner fressen ihr aus der Hand.“ Die Wedgwood-US-Umsätze stiegen im abgelaufenen Geschäftsjahr um rund 15 Prozent.

Drei Millionen Mark soll die Herzogin für den Zwei-Jahres-Vertrag erhalten. Guter Schnitt im Rent-a-Royal-Zirkus. Wedgwood-Chef Tony O'Reilly lobt, sie sei eben „das Gesicht Eng-

Ferguson (r.) in US-TV-Show
Elefant mit Porzellanladen



MTV-Chefin zu Salm: „Exotenbonus schnell aufgebraucht“

lands“. Ihre weniger vorteilhaften Körperpartien hatte Fergie vorher für die Weight Watchers zu Markte getragen, was ihr weitere drei Millionen eingebracht haben soll.

Werbung ist für viele Königskinder heute die wahre Krönung: Prinzessin Stéphanie von Monaco zum Beispiel machte weiland für eigene Bademoden und Sportartikel-Kollektionen, Parfüms und CDs Reklame. Aber was ist das alles gegen die rund 300 Millionen Mark, die der Prinzessin-Diana-Gedächtnisfonds mittlerweile mit Lizenzen, Merchandising und Spenderwut verdiente?

„Mit Diana hätte man alles verkaufen können“, ehfrüchtelt der Kölner Prominenten-Vermittler Pal Berkovics und glaubt: „Für alles, was wertvoll ist, taugt Adel als Werbeträger bestens.“

Schillernde Namen uralter Geschlechter avancieren hier zu Lande immerhin zu Sektglas-Haltern von PR-Firmen oder Schmuckhäusern. Als Münchner Bulgari-Statthalterin erklimm Elisabeth Prinzessin von Sachsen-Weimar die „Bunte“-Liste der bestgekleideten Frauen des Landes (Platz 37). Gunilla von Bismarck, 50, Urenkelin des Reichskanzlers, lockte auf Marbella mit eigenem Schmuck die Touristen. Und Poldi

von Bayern taugt zur Garnierung von Society-Stories wie: „Ballermann am Hahnenkamm“.

In Wahrheit, glauben Experten, ließe sich aus den Wappenträgern noch weit mehr raus holen. „Die Werbewirtschaft hat die Zugkraft deutscher Adels Häuser, die Geschichte und Glaubwürdigkeit repräsentieren, einfach noch nicht erkannt“, glaubt Eduard Prinz von Anhalt, media-

ler Aktiv-Posten des deutschen Hochadels und gern bei Königshochzeiten als TV-Kommentator präsent.

Seine Durchlaucht kennt „viele, die durchaus bereit wären, ihren Namen in den Dienst eines guten Produkts zu stellen“. Die Betonung liegt auf „gut“: „Die Eröffnung einer Supermarkt-Käsetheke kommt für unsereins naturgemäß weniger in Frage.“

Wann also geht es per Anhalt durch die Galaxis der Konsumenten-Träume von schönen Autos oder Designermöbeln? „Ich bekomme etliche Angebote“, bekennt der Sachsen-Herzog, „kann mich aber nur mit den wenigsten identifizieren.“ Man hat ja auch einen Ruf zu verlieren.

Als Chefin des auf Jugend abonnierten Musikkanals MTV empfindet Christiane Prinzessin zu Salm-Salm, 33, ihren angeheirateten Titel gar „eher als Hindernis. Der Exotenbonus ist schnell aufgebraucht. Wenn sich Erfolg einstellt, dann trotz – nicht wegen – der ‚Prinzessin‘“. Zu Salm wirbt nur für den eigenen Kanal, will aber das Reklame-Thema nicht gänzlich degoutant finden: „Gloria von Thurn und Taxis hielt ich für glaubhaft, wenn sie mal für ihr eigenes Bier werben würde. Warum auch nicht?“

„Weil die Popularität deutscher Adliger sehr gering ist“, grinst Bernd Michael, Chef der Werbeagentur Grey: „Kein Schwein interessiert sich für die.“ Erstens verfüge das Land nicht mehr über ein intaktes Königshaus. „Zweitens produzieren die Herrschaften zu wenig Skandale.“ Das monegasische Fürstenhaus habe „einfach mehr Glamour“.

Wer dennoch Schlagzeilen produziert, dem werden sie auch gleich wieder um die Ohren gehauen. Der zur Randalie neigende Welfen-Spross Ernst August von Hannover als Sympthieträger? Da muss Michael lachen: „Wofür soll der werben – außer für Boxhandschuhe?“

THOMAS TUMA



Werbeseite

Werbeseite

RTL 2

Babys vom Big Brother?

Big Brother“-Produzent John de Mol und seine Helfer erwarten höhere Quoten durch eine Einschränkung der Live-Übertragung. Die Macher der abendlichen Spannersendung auf RTL 2 hatten auf Druck der Kirche und der Landesmedienanstalten zugesichert, künftig jeweils eine Stunde lang die Kameras in beiden Schlafzimmern der

Überwachungs-WG ausgeschaltet zu lassen. Das Entgegenkommen könnte endlich Spannung in den müden Alltag der neun Container-Bewohner bringen, hoffen die Macher der Produktionsfirma Endemol. „Ich wasche meine Hände in Unschuld, was jetzt passiert, haben wir nicht gewollt“, so der Angestellte Rainer Laux. Bischof Karl Lehmann, der zum TV-Boykott aufgerufen hatte, solle vielleicht schon mal Namen für die Kinder finden, die in der kamerafreien Zeit gezeugt würden. Laux: „Danke, Herr Bischof, auf Grund Ihrer Intervention geht jetzt die Post ab.“



De Mol



De Bark

TV-SERIEN

Wunder Po

Ein Donnerstagabend ohne quiet-schende Reifen scheint für RTL undenkbar zu sein. Nach der Crash-Serie „Alarm für Cobra 11 – Die Autobahnpolizei“ lässt der TV-Sender jetzt die „Motorrad-Cops“ auffahren. „Das Genre lebt und bebt“, sagt ein Firmensprecher über das 16-teilige Action-Werk,

das am 30. März um 20.15 Uhr mit einem Pilotfilm beginnt. Kurz vor dem Start setzte Haupt-Cop Yvonne de Bark, 28, bereits PR-Akzente: Für den „Playboy“ entblätterte sich die Schauspieler, die im TV auf einer „Caviga Enduro“ mit zwei Kollegen Gangster jagt. Die Dreharbeiten waren zuweilen eine Tortur, klagte sie öffentlich, ihr Po sei durch das lange Sitzen auf harten Motorradbänken häufig wund gewesen: „Ich musste ihn laufend eincremen.“

BERTELSMANN

Unruhe bei AOL Europe

Das Ende einer Musterehe: Der Medienkonzern Bertelsmann löst seine engen Bindungen zum weltgrößten Online-Dienst AOL, nachdem die Amerikaner vor kurzem den größten Bertelsmann-Rivalen Time Warner kauften. Die gesellschaftsrechtliche Liaison wird nun durch eine Kooperation ersetzt. Der bisherige AOL-Europe-Chef Andreas Schmidt, der die Abonnentenzahl seit 1998 auf knapp vier Millionen verdoppelt hat, gab seinen Posten mit Bekanntwerden des Deals auf. Er soll bei Bertelsmann gehalten werden, ihm liegen aber auch andere Angebote vor. Vor Schmidt haben bereits andere Führungskräfte den Online-Club verlassen, da sie vergebens auf einen schnellen Börsengang in diesem Frühjahr hofften. Den plant die US-Zentrale allenfalls fürs nächste Jahr. Um die Unruhe zu dämpfen, stellte Schmidts Nachfolger Michael Lynton, Präsident von AOL International, jetzt intern eine Verdoppelung der Anwartschaften auf Aktien („stock options“) in Aussicht. Nach dem vergangene Woche beschlossenen Deal gibt Bertelsmann bei dem Joint Venture AOL Europe alle Stimmrechte für seinen 50-Prozent-Anteil sofort ab. Für den Kaufpreis wurde vereinbart, dass Bertelsmann-Chef Thomas Middelhoff 80 Prozent seines Pakets Mitte Dezember 2001 für mindestens 5,3 Milliarden Dollar an AOL veräußern kann

und für den Rest Ende März 2002 dann 1,45 Milliarden Dollar erhält. In den Verhandlungen setzte Middelhoff eine weit reichende Kooperation für vier Jahre durch. Die Deutschen sind demnach mit ihren E-Commerce-Aktivitäten auch künftig „preferred partner“ von AOL. Auf den Seiten des Online-Clubs sollen weiter Geschäfte mit Bertelsmanns Internet-Firmen wie BOL (Buchhandel) oder Getmusic (Musikverkauf) vermittelt werden, auch für die Buch- und Musikclubs bleibt der Vertriebskanal AOL erhalten. Außerdem stellen sich beide Partner Werbeflächen in den eigenen Medien zur Verfügung und beschließen für den Online-Direktvertrieb von Musiktiteln und elektronischen Büchern („download“) den Austausch von Inhalten. „Ohne umfangreiche Kooperationsverabredungen“, hatte Middelhoff intern vorgegeben, „findet kein Verkauf statt.“ Durch den Ausstieg aus AOL Europe verdreifacht sich das Eigenkapital von Bertelsmann. Der Verkauf schaffe „strategischen Spielraum“, erklärt ein Papier für den Aufsichtsrat. Jetzt sei ein „günstiger Zeitpunkt zum Ausstieg“, heißt es weiter, da es eine „unsichere Kapitalmarktentwicklung“ gebe. Die Gütersloher wollen bis Mitte 2001 auch zwei Drittel des verbliebenen Aktienpakets an AOL Inc. in den USA (Gesamtvolumen: 0,7 Prozent) verkaufen und planen dabei einen Gewinn von einer Milliarde Mark.



Schmidt

Adlerpoularde

Für den reizenden Oberbegriff von Mann und Frau besitzt die deutsche Sprache ein Wort wie eine kalte Dusche: Geschlecht. Das klingt nach Schlagen und Schlachten. Es könnte einem dabei richtig geschlecht werden. Auch die Zusammensetzungen haben einen mehr als herben Charme: Die „Geschlechtskrankheit“ zischelt wie eine Konsonantenseuche. Bei „Geschlechtsverkehr“ denkt man an Fahrschulstress: zulässiges Gesamtgewicht, Achtung: Hintermann, einfädeln lassen. Wie viel angenehmer für das Ohr die neudeutsche Schöpfung „Genderdebatte“: Besonders Mann denkt an ein Kamingespräch unter Gentlemen. Alles halb so schlimm, wie es sich mit „Geschlechterkampf“ anhört. Ein neues Kompositum schafft noch mehr Frieden in der Medienwelt. Die Heinrich-Böll-Stiftung kündigt eine Veranstaltung so an: „Die Reihe der geschlechterdemokratischen Dialoge soll eine Begriffsschärfung leisten, die Möglichkeiten und Ziele bei der Umsetzung von Geschlechterdemokratie in der Politik und die Nutzung des Konzeptes in der politischen Bildung vorstellen.“ Geschlechterdemokratie! Wo Begriffsverschärfer leisten, stellt



schnell – Meister Böll würd's freuen – ein Gruppenbild sich ein mit Damen und Herren, die im Geschlechterparlament sitzen, unter dem sexneutralen Wappentier einer Adlerpoularde die sprachreformerische Debatte führen, warum es (fiskalisch) nicht die, sondern das Steuer heißen sollte und selbstkritisch fragen: Was wird mit der Liebe in Zeiten der Geschlechterdemokratie? Endlich: Worte und Wörterinnen werden demokratisch.

INTERVIEW

Bimbos schadet Soaps



Mossner

Michael von Mossner, 53, „Marienhof“-Produzent, über den Quotenrückgang der täglichen Seifenopern

SPIEGEL: Herr von Mossner, die Marktanteile der meisten Daily Soaps sind im Februar 2000 im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Warum?

Mossner: Ich glaube, dass die täglichen Geschichten in dieser Fülle immer ups and downs haben werden. Außerdem brauchte ich keine Daily Soap als Fiction, es gab im Februar genügend Daily Soaps mit Bimbos.

SPIEGEL: Sie meinen, Kohl lieferte die besseren Seifenopern?

Mossner: Wenn täglich eine neue reale Soap läuft, täglich ein neues Konto aufgedeckt wird, ist die Aufmerksamkeit der Zuschauer damit beansprucht.

SPIEGEL: Gute Zeiten für die Politik, schlechte Zeiten für die Soap – beginnt der Niedergang des Genres?

Einschaltquoten von täglichen Soaps

bei Zuschauern zwischen 14 und 49 Jahren
in Prozent

	Februar 1999	Februar 2000
Gute Zeiten, schlechte Zeiten, RTL	28,8	27,1
Unter uns, RTL	21,2	19,5
Marienhof, ARD	18,5	18,0

Mossner: Nein. Im Gegenteil, ich glaube, je unübersichtlicher das Programm mit all den Angeboten wird, umso mehr ist es ein Wert an sich, eine verlässliche Sendung anzubieten, die immer zu einer fixen Tageszeit läuft. Da muss ich mir die Qual der Entscheidung gar nicht erst zumuten.

SPIEGEL: RTL-Sprecher Wolfgang Osinski sagte, die kleineren Sender würden immer beliebter, es sei daher für die großen schwieriger, die Marktanteile zu verteidigen. Sehen Sie das auch so?

Mossner: Klar, die Kuchenstücke werden kleiner, das stimmt schon.

SPIEGEL: Wachsen keine jungen „Marienhof“-Gucker mehr nach?

Mossner: Doch, unser Anteil an den 3- bis 13-Jährigen liegt konstant bei zehn bis zwölf Prozent. Da kommt unser Nachwuchs her.

SPIEGEL: Was kommt beim Publikum am besten an?

Mossner: Die Geschichten, die am genauesten den Alltag unserer jungen Zuschauer spiegeln. Wir erzählen gerade die Geschichte: Wie gehe ich mit einem HIV-infizierten Lebenspartner um? Das, wissen wir aus den Reaktionen, kommt sehr gut an.

SPIEGEL: Obwohl die meisten Menschen gar keine Aidskranken kennen?

Mossner: Aber genau wissen sie es von ihren Freunden eben doch nicht. Und das reicht schon.



Szene aus „Marienhof“

PROJEKTE

Ottfried wird Gottfried

Ottfried Fischer, schwergewichtiger Kabarettist mit sympathisch-vergeblichen Versuchen, als Schauspieler durchzugehen – die Sat-1-Serie „Der Bulle von Tölz“ beweist es –, walzt unerbitlich weiter durchs Unterholz des Fernsehens. Im Zweiteiler „Der Pfundskerl“, Mitte April auf Sat 1 zu sehen, gibt Ottfried den Reporter Gottfried, den es aus Bayern auf den St.-Pauli-

Kiez verschlagen hat. Während der Suche nach Storys begegnet der schwere Schreiber vielen leichten Mädchen und Verbrechern, die ihm nach dem Leben trachten. Die TV-Geschichte schreibt der „Pfundskerl“ gewiss nicht um, zu ausgetreten sind die Klischees vom Bayern in Hamburg und vom Sündenpfehl St. Pauli. Dennoch gefällt die rührende Ungerührtheit Fischers, als ginge ihn das Treiben nichts an. Nach der Reeperbahn wird der Zuschauer Fischer auf Gran Canaria begegnen: Er spielt dort einen Krimi-Autor, dem nichts einfällt.



„Ich kaufe mir einen Mann“-Darstellerin Millowitsch

Vorschau

Einschalten

Ich kaufe mir einen Mann

Dienstag, 20.15 Uhr, Sat 1

Helen (Mariela Millowitsch) ist eine Pechmarie: Im Job lässt sich die Computerfachfrau ausbooten, ihr Mann, ein Bankmanager, gibt ihr wegen einer Jüngerin den Laufpass, und ihre Schüchternheit macht es der 44-Jährigen schwer, Kontakt zu Männern zu finden. Abgeschoben in ein unwohnliches Apartment, hat die Verlassene dann aber Glück im Unglück: Ihr zur Scheidung entschlossener Mann

bricht sich mit dem Auto den Hals, und Helen entdeckt in der ehemals gemeinsamen Wohnung einen Koffer mit 600 000 Mark. Das Geld stammt aus Betrugereien, die der Tote mit seiner Kollegin und Geliebten zu Lasten der Bank begangen hatte. Helen behält die vielen Scheine, aber das Geld allein macht die Finderin noch nicht mutiger. Erst der nette Gigolo in der Wohnung über ihr (Gabriel Barylli, der auch Regie führt) bringt sie auf dem Weg zu neuem Selbstbewusstsein entscheidend voran. Das Drehbuch von Feo Schenk hat zu viele Handlungsstränge und fällt zum Ende hin deutlich ab. Aber das macht nicht so viel aus, weil die Millowitsch mit dezentem Spiel Verletzlichkeit exzellent darzustellen weiß.

Wer rettet Russland?

Dienstag, 22.15 Uhr, ZDF

Fünf Tage vor der Wahl des russischen Präsidenten zeigt der 90-minütige Bericht von Peter Frey und den ZDF-Korrespondenten das meist triste Leben der kleinen Leute im Riesenreich.

Ein Heim für alle Felle

Donnerstag, 22.30 Uhr, West III

Gelungene fünfteilige Doku-Soap über ein Tierheim in Köln-Dellbrück. Was die Macher (Bettina Böttinger, Maggie Deckenbrock, Joachim Vollenschier) gefilmt haben und die Verantwortlichen über ausgesetzte Tiere erzählen, ist mal anrührend (wenn ein zuckerkranker Mann auf Krücken seinen kleinen Hund unter Tränen abgeben muss) oder zorn-erregend (wenn die gequälten Tiere gezeigt werden).

Verschwinde von hier

Donnerstag, 23.00 Uhr, ARD

Die Programmgewaltigen des Ersten platzierten in ihrem unerforschlichen Ratschluss dieses zu Recht mit dem Max-Ophüls-Preis ausgezeichnete Melodram von Franziska Buch unverständlicherweise in die Nacht. Eine sehenswerte, hoch romantische Story von unerschütterlicher Sohnesliebe.

Ausschalten

Heimliche Küsse – Verliebt in ein Sex-Symbol

Mittwoch, 20.15 Uhr, RTL

„Ich habe Angst, dass wir uns verliehen, wenn wir jetzt nicht für klare Verhältnisse sorgen. Tom, ich liebe dich.“ Solche Dialogsätze – am besten mit der Zahnsperre gesprochen – haben in den Fotoromanen von Teenie-Blättern wie „Bravo“ ihre tränen-schwere Heimstatt. Wenn sie in ernst gemeinten TV-Movies (Buch: Sarah Schnier, Regie: Wolfgang Limmer) erklingen, wird es peinlich, selbst wenn man dem Sender RTL bei Jugend-

themen einen Juvenilschein ausstellt. Zur Schlaffparade der Abziehbilder treten an: der Märchenprinz einer Boygroup (Jürgen Lehmann, von dem „Hör zu“ blind behauptet, er sehe aus wie Giovanni di Lorenzo), ein blitzblauäugiges Aschenputtel im Hotelkostüm (Alexandra Neldel, die bei „Gute Zeiten, schlechte Zeiten“ hoffentlich schon bessere Zeiten erlebt hat) und eine Hexe von Managerin. „Here comes the rain again“, singt die Boygroup penetrant häufig, dabei gibt es für den Zuschauer an keiner Stelle die Chance, mal kurz aus der Traufe herauszukrabbeln.



Szene aus „Bienzle“

ter Industriellenvilla mutiert zum 08/15-Reißer mit reichlichen Verfolgungsjagden und weidlichem Auskosten der Qualen einer weiblichen Geisel. So was können andere Sender auch. Was die aber nicht können, ist, das resignierte Flair dieses Urschwaben vorzuführen, seine List, die zugleich mit Melancholie und Weltverdross gepaart ist. Bei Bienzle ist der Zuschauer schließlich zu Spätzle eingeladen, nicht zum Hamburger aus den TV-Fastfoodküchen. Huby, hätsch bloß weitergemacht.



Neldel (l.) in „Heimliche Küsse“

Bienzle und der Mann im Dunkeln

Sonntag, 20.15 Uhr, ARD

Zum ersten Mal, teilt das Programmheft des Südwestrundfunks mit, habe Felix Huby, der Autor und geistige Vater des Kommissars Bienzle (Dietz Werner Steck), die Figur einer Kollegin, Martina Brand, anvertraut. Keine gute Idee: Denn die dramatische Geschichte um Mord und Entführung in einer Stuttgar-

VERLAGE

Angriff aus dem Netz

Lange haben sich die deutschen Tageszeitungsverleger auf ihren oft satten Monopolgewinnen ausgeruht. Jetzt bemerken sie: Das Internet könnte ihre Existenz gefährden.

Mit eigenen Online-Aktivitäten versuchen sie zu antworten – möglicherweise zu spät.

Thomas Mann? Liegt ungelesen in der Ecke. Nur an der Wand hängt er noch – als letzte Reminiszenz. Ein postergroßes, gerahmtes Schwarzweißfoto, das den Literaten in seinem Arbeitszimmer in München zeigt. Ansonsten ist er verdrängt worden. Vom Internet.

Vor Wochen hat Frank Schirmmacher, 41, zum letzten Mal einen Essay des geliebten Schriftstellers gelesen – „Leiden und Größe Richard Wagners“ –, seitdem ist der einflussreiche Feuilletonchef und Herausgeber der „Frankfurter Allgemeinen“ im World Wide Web unterwegs.

Er zieht aus dem Netz Aufsätze unbekannter amerikanischer Computerexperten („Die Internet-Wirtschaft als komplexes System“), er verfolgt jede Bewegung des jungen Internet-Tycoons Richard Li in Hongkong („Was für eine Story!“), klickt sich durch die Seiten asiatischer Wirt-

Seminarangebot („Internet professionell nutzen“). Klick, das war's.

Ein Fehler, sagen die meisten Medienexperten. Denn das neue Medium Internet wird den Journalismus und damit auch das Geschäft mit der Information verändern. Keine andere Technologie hat sich so zügig durchgesetzt. Das Fernsehen brauchte noch 13 Jahre, um in alle deutschen Haushalte zu gelangen. Das Internet erreicht heute bereits 16 Millionen Deutsche – nur fünf Jahre nach seiner Einführung.

So wie das Fernsehen das alte, wortreiche Radioprogramm veränderte, wird auch das Internet seine Wirkung entfalten. Betroffen sind vor allem die Tageszeitungen, die aufwendig gedruckt und mit Lkw verteilt werden müssen. Die News per Internet kommen in Echtzeit überallhin – und das kostenlos.

„Ihr werdet von zwei Seiten angegriffen“, prophezeite Andy Grove, Chef des Chipproduzenten Intel, den amerikanischen Zeitungsverlegern bereits vor einem Jahr auf einem Kongress in San Francisco. Ihre klassische Aufgabe, gegen Geld Nachrichten zu übermitteln, verliere dramatisch an Bedeutung. Nachrichten gibt es im Netz unbegrenzt, aktuell, kostenlos – und jetzt auch

mobil. Über Handy und Laptop lassen sich Bilder und Texte praktisch überall abrufen. Die Zeitungen sehen immer älter aus.

Die zweite – und noch gefährlichere – Bedrohung: Das Netz stellt die ökonomische Grundlage der Zeitungen in Frage. Online-Firmen offerieren zunehmend so genannte Rubrikenannoncen (Stellenmarkt, Immobilien, Autos, Bekanntschaften) zu Billigpreisen im Netz und lassen damit eine der wichtigsten Einnahmequellen der Verlage wegbrechen.

Groves Ausblick war für die amerikanischen Zeitungsmacher denn auch wenig tröstlich: Noch drei Jahre hätten die Verleger Zeit, sich auf die Veränderungen einzustellen – „oder ihr werdet sterben“.

Eine Einschätzung, mit der Grove nicht allein steht. Für Bertelsmann-Chef Thomas Middelhoff ist das Internet ein „ideales Medium für journalistische Inhalte“. Und auch der australisch-amerikanische Medienunternehmer Rupert Murdoch („Times“, „Sun“) gab sich unlängst im kleinen Kreis pessimistisch: „Ich glaube nicht mehr so recht an die Tageszeitung.“

Der erste Verleger hat jetzt die Konsequenz gezogen: Im Februar bot der Konzern des kanadischen Milliardärs Ken Thomson seine 130 nordamerikanischen Tages- und Wochenzeitungen zum Verkauf an. Zwar haben die Blätter im vergangenen

Jahr satte Gewinne eingespielt, aber Thomson setzt in Zukunft ausschließlich aufs Internet.

Der Schritt wurde von Analysten gefeiert. „Mit dem Zeitungsgeschäft geht es bergab“, zitierte die Nachrichtenagentur „Canadian Press“ einen Medienberater aus Montreal, „Zeitungen verlieren an Auflage, sie verlieren Marktanteile im Anzeigengeschäft, und sie werden von den elektronischen Medien in ihrer Existenz bedroht. Ich bin froh, dass Thomson den ganzen Bereich abstoßen will.“

Sind die Tageszeitungen also vom Aussterben bedroht? Werden sie aus dem „Straßenbild verschwinden



schaftsmagazine („faszinierend“) – und vernachlässigt Thomas Mann („keine Zeit mehr“).

Nur eine Adresse tippt Schirmmacher selten ein: www.faz.de. Warum auch? Das Online-Angebot der „Zeitung für Deutschland“ ist eine Verweigerung gegenüber der neuen elektronischen Zeit: Drei Tage alte Stellenanzeigen, die nur in Verbindung mit der gedruckten „FAZ“ zu benutzen sind, amtliche Bekanntmachungen und ein Überblick über das aktuelle



Feuilletonist Schirmmacher: World Wide Web statt Thomas Mann



H. MÜLLER-ELSNER / AGENTUR FOCUS

Verleger Manthey: Von der Konkurrenz milde belächelt

wie Pferd und Kutsche“, wie das britische Wirtschaftsmagazin „Economist“ prophezeit?

Fest steht: Auch in Deutschland sinken die Auflagen der regionalen Blätter seit Jahren kontinuierlich, und das Durchschnittsalter der Leser steigt. Lokalzeitungen werden vor allem von Familien gelesen, erklären Fachleute den Trend, der schon vor dem Boom des Internet begann. Doch Familien werden in einer Gesellschaft, in der die Zahl der Singles zunimmt, immer später gegründet.

„In zehn Jahren wird es nur noch die Hälfte der Blätter geben“, vermutet ein hochrangiger deutscher Verlagsmanager. Denn: Vor allem ihre wirtschaftliche Überlebensfähigkeit wird durch das neue Medium massiv bedroht.

60 bis 70 Prozent ihrer Einnahmen verdienen Tageszeitungen mit Anzeigen. Und davon wiederum mindestens die Hälfte mit den so genannten Rubrikanannoncen. In

keinem Bereich sind sie so leicht verletzlich wie in diesem.

Der Angriff aus dem Netz hat schon begonnen. Längst dringen junge Online-Firmen in das Geschäft mit den Rubrikananzeigen ein. Für die schnelle Suche nach einer Wohnung oder einem Job ist das Netz optimal geeignet. Das lästige Durchblättern endloser Anzeigenspalten entfällt. Der Suchwunsch wird online in ein Formular eingetippt, und schon spuckt der Computer die gewünschten Angaben aus.

So bietet der deutsche Online-Marktführer, die Bad Homburger Jobs & Ad-



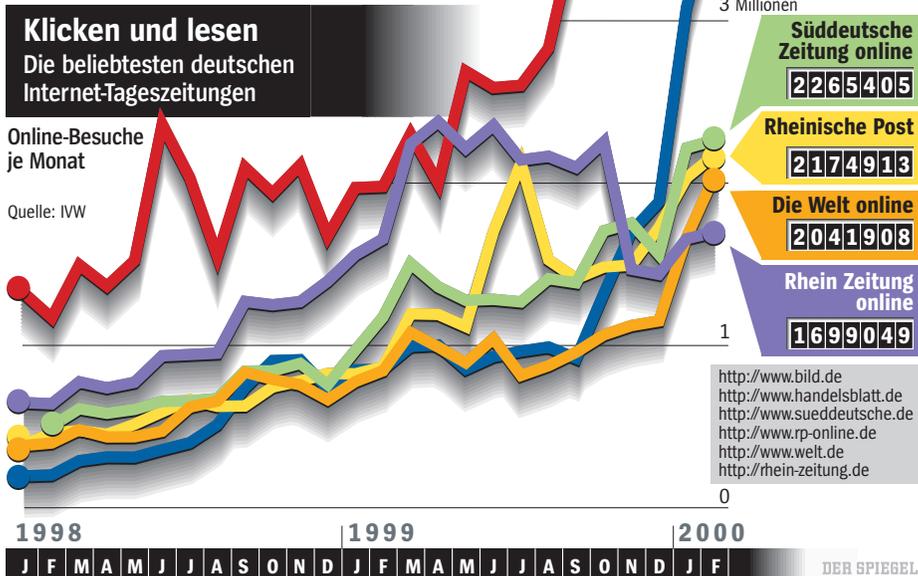
verts, in seinem Stellenmarkt www.job-pilot.de bereits über 70 000 Stellen an. Bewerber können anonymisiert ihren Lebenslauf ins Netz stellen und werden per E-Mail benachrichtigt, wenn ihr Profil auf eine neu ausgeschriebene Stelle passt.

Die „Frankfurter Allgemeine“, bisher unangefochtener Marktführer bei Print-Stellenanzeigen, gibt sich optimistisch. Mehrere der neuen Firmen habe man erfolgreich abgemahnt, weil sie einfach die gedruckten „FAZ“-Stellenanzeigen abgescannt und ins Netz gestellt hätten, sagt Verlagschef Jochen Becker, der sich sicher ist, dass Unternehmen wie Jobs & Adverts gegen die „FAZ“ keine Chance haben.

„Sehen Sie“, sagt Becker und holt triumphierend drei Fotos aus einer Mappe, auf denen das große schwarze Brett von Jobs & Adverts auf der Computermesse Cebit zu sehen ist, „selbst die kommen ohne gedruckte Stellenanzeigen nicht aus.“ Wer sich einen zuverlässigen und seriösen Überblick über alle Stellenanzeigen verschaffen wolle, werde auch in Zukunft auf seine Zeitung nicht verzichten können.

„Die großen Verlage sind weder innovativ noch schnell, sie sind satt und reine Anzeigenannahmestellen“, setzt Jobs-& Adverts-Vorstandschef Roland Metzger dem entgegen. Und: „Wir sind jeden Tag auf Veränderungen eingestellt, aber wann verändert sich bei denen schon mal was?“

Joachim Gutmann von der Personalberatungsfirma Kienbaum gibt ihm Recht. Das



Unternehmen schaltet jedes Jahr für einen zweistelligen Millionenbetrag Stellenanzeigen für seine Kunden. „Noch ist der Trend nicht stark genug, um auf Printanzeigen zu verzichten“, sagt Gutmann, „aber das wird sich in den nächsten Jahren dramatisch ändern.“

Schon jetzt würden Jobs im EDV- und im Medienbereich in erster Linie über Online-Stellenanzeigen vermittelt. „Die gucken gar nicht mehr in die Zeitung“, meint Gutmann, „und Jobs in globalen Unternehmen können schon jetzt praktisch nur noch online vermittelt werden.“ Gutmann sieht noch einen weiteren Vorteil des Netzes: Online-Anzeigen kosten nur einen Bruchteil einer Printannonce.

Auch wenn die Tageszeitungen selbst als Anzeigenanbieter im Netz auftreten, was etliche von ihnen versuchen, haben sie das Problem, dass sie dort sehr viel weniger Geld verdienen als bisher. Das Internet gefährdet ihr Rubrikengeschäft, und sie haben keine Möglichkeit, die entgangenen Einnahmen durch eigene Online-Angebote auszugleichen. „Eine strategische Falle“, hat Martin Stahel, Strategievorstand beim Hamburger Verlagsriesen Gruner + Jahr, erkannt.

In den USA sind in einzelnen Regionen die Rubrikanzeigen der Zeitungen bereits um bis zu 30 Prozent zurückgegangen, in Deutschland ist davon bisher noch nichts

zu spüren. Durch die anziehende Konjunktur boomt das Rubrikengeschäft wie noch nie.

„Wir hatten im letzten Jahr etwa 20 Prozent mehr Stellenanzeigen“, sagt Bernhard von Minckwitz, einer der Geschäftsführer des Süddeutschen Verlags („Süddeutsche Zeitung“) in München. „Da ist es schwer, jemandem klarzumachen, dass wir möglicherweise bald dramatische Einbrüche haben werden.“

Von einem „Final-Burnout-Syndrom“ spricht ein wichtiger Zeitungsmann in Berlin, „sterbende Industrien haben oft die Eigenschaft, dass sie unmittelbar vor ihrem Untergang noch einmal einen Aufschwung erleben“.

Viele Verleger versuchen nach wie vor, das Problem zu ignorieren – satt und unbeweglich geworden durch jahrzehntelange Monopolgewinne. Und immer noch gibt es Chefredakteure, die auf Redaktionskonferenzen verlangen, einen Artikel über Online-Suchmaschinen doch bitte mit dem Foto einer solchen Maschine zu bebildern.

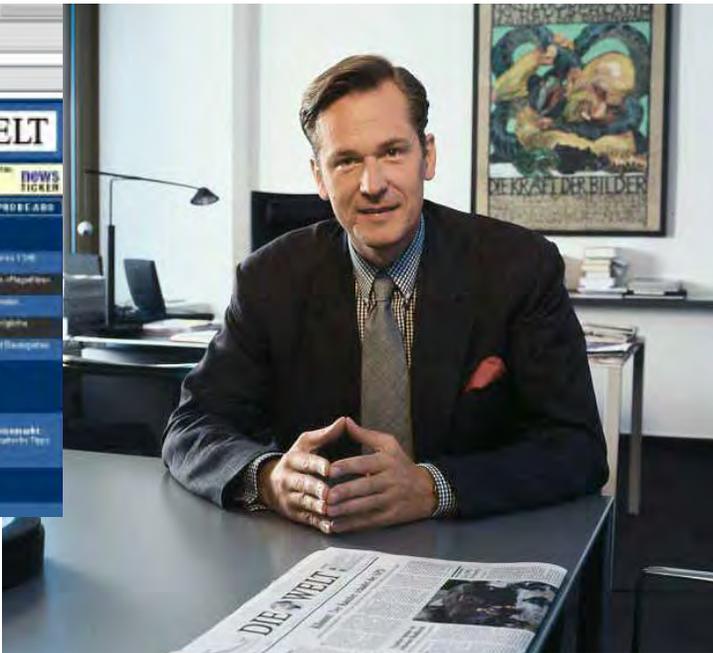
Doch einige sind mittlerweile aufgewacht. „Die Hälfte meiner Arbeitszeit beschäftige ich mich inzwischen mit dem Internet“, sagt Claus Larass, Zeitungsvorstand des Springer-Verlags („Bild“, „Welt“,



„Hamburger Abendblatt“). Aber auch er hat noch keinen überzeugenden Weg gefunden, wie man der Gefahr aus dem Netz begegnen könnte.

Selbst die „FAZ“ bemüht sich inzwischen, ihre Online-Präsenz zu erweitern. Ab Herbst werden 25 bis 30 Redakteure für einen neuen Internet-Auftritt des Verlags sorgen, der unter eigenem Namen antreten soll. Und im Frühjahr soll es auch unter www.faz.de ein Angebot geben.

Andere große Blätter wie die „Süddeutsche Zeitung“ haben begonnen, ihre On-



Chefredakteur Döpfner: *Vernetzung von Internet und Print?*

line-Präsenz deutlich auszubauen. 15 Redakteure erarbeiten bei „Sueddeutsche.de“ jetzt ein eigenes Angebot, das nur noch wenig mit der Printausgabe zu tun hat. Auch organisatorisch ist der Bereich inzwischen von der Zeitung abgekoppelt.

ten möchte. Und: „Die Zeitung wird sich auch verändern und sich stärker auf Analyse und Kommentar konzentrieren.“

Mathias Döpfner, Chefredakteur der in Berlin erscheinenden „Welt“, setzt dagegen auf ein radikal anderes Konzept. Sein Blatt sei keine Zeitung, sagt er, der demnächst

„Bisher waren wir in der Redaktion die Underdogs“, sagt Online-Chef Patrick Illinger. Seine Mitarbeiter galten bei vielen Printredakteuren nur als Journalisten zweiter Klasse. Doch dann präsentierte Illinger sein neues Konzept vor der Zeitungsredaktion. „Da hat’s bei denen gerattert.“

Wie viele Zeitungen hatte die „Süddeutsche“ anfangs nur ihre Printversion ins Netz gestellt, doch wer liest schon eine komplette Seite drei im Netz? Der neue Auftritt bietet eigene Nachrichten und Service.

„Wir werden keine Gegen-Leitartikel schreiben“, sagt Illinger, der mit seinem Auftritt einen Zusatz zur Printausgabe bie-

als Multimedia-Verantwortlicher in den Springer-Vorstand aufrücken wird, sondern eine „Marke für Qualitätsjournalismus“, die auf zwei Vertriebswegen zum Leserkunde: auf Zeitungspapier und online.

Döpfner glaubt an die totale Vernetzung zwischen Internet und Print. „In Zukunft wird es nicht mehr Print- oder Online-Redakteure geben“, sagt er, „sondern nur noch ‚Welt‘-Autoren, die beide Sparten beliefern.“ Exklusive Meldungen werden dann vermutlich zuerst als Nachricht übers Internet verbreitet und anschließend in der Printausgabe vertieft.

Das Internet verbinde als „Special Interest“-Medium Aktualität mit Nutzwert, Interaktivität und „hoher Informationstiefe“. Print dagegen sei ein „General Interest“-Medium, übersichtlicher, sprachsensibler und vor allem für längere und schön geschriebene Texte geeignet. Mithin eine ideale gegenseitige Ergänzung, glaubt er.

Bald schon soll die schöne, neue Online-„Welt“ im Netz stehen – mit News, Finanzen, Immobilien und Stellenmarkt. Überall auch mobil abrufbar. Um dann, so streben es die Verlagsmanager in Berlin und Hamburg an, an die Börse gebracht zu werden – möglichst noch in diesem Jahr.

Springer würde damit im Trend liegen. Es gibt derzeit kaum einen deutschen Verlag, der keine Börsenpläne für seine Internet-Sparte ausarbeitet. Zu einfach er-



„Bild“-Chef Röbel (2. v. l.): Vorn dabei

scheint die Möglichkeit, sich billig das nötige Kapital für die teure Expansion zu besorgen.

Die Hamburger Verlagsgruppe Milchstraße („Max“, „TV Spielfilm“, „Fit for Fun“) hat es im letzten Herbst vorgemacht. Von der Konkurrenz milde belächelt, brachte Verleger Dirk Manthey die Internet-Aktivitäten seines Unternehmens als Tomorrow AG an die Börse und kassierte bei den Anlegern etwa 100 Millionen Mark. Inzwischen hat das Unternehmen (Umsatz September bis Dezember 1999: 3,7 Millionen Mark) einen Börsenwert von etwa 1,7 Milliarden Mark – und wird schon lange nicht mehr belächelt.

Vorbild für viele deutsche Zeitungen ist die „Financial Times“ in London, die mit 115 Redakteuren die größte Online-Zei-

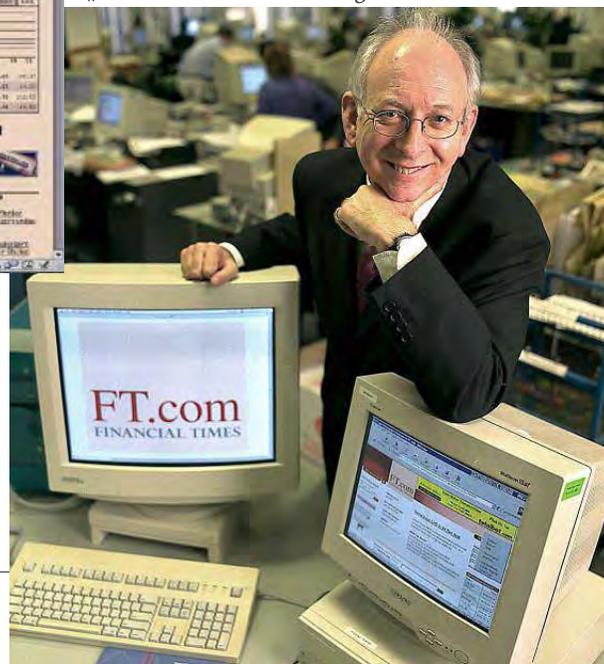


Zwar gibt es bei der „Financial Times“ für jeden Bereich unterschiedliche Redakteure, aber sie arbeiten in Teams zusammen. So schreiben in einem Ressort beispielsweise acht Redakteure für die Printausgabe und zwei für Online, aber sie bilden gemeinsam ein Ressort. Exklusivmeldungen werden nach wie vor für die Zeitung vorgehalten – es sei denn, sie lassen sich nicht bis zu deren Erscheinungszeitpunkt konservieren.

Wie alle Online-Unternehmen von Tageszeitungen schreibt auch „FT.com“ tiefrote Zahlen, aber immerhin ist es den Leuten aus London gelungen, mit ihrem Produkt



„FT.com“-Chef Martin: Integrierte Ressorts



tungsredaktion Europas unterhält. Peter Martin, stellvertretender Chefredakteur der Printausgabe und Redaktionsleiter von „FT.com“, hält wenig davon, Printredakteure dazu zu zwingen, für die Online-Ausgabe zu schreiben. Aber: „Unsere Leute haben inzwischen ein großes Interesse daran, möglichst schnell mit ihren Geschichten herauszukommen.“

massiv in den amerikanischen Heimatmarkt des ewigen Konkurrenten „Wall Street Journal“ einzubrechen. Zwar verkauft das Blatt aus New York in den Vereinigten Staaten 17-mal so viele Zeitungen wie die „Financial Times“, aber „FT.com“ hat dort nach eigenen Angaben inzwischen mit „Wall Street Interactive“ in etwa gleichgezogen.

Die Erfahrung lässt sich auch auf Deutschland übertragen. Im Netz konkurriert jeder gegen jeden, und die Marktführerschaft im Printbereich garantiert noch lange nicht den ersten Platz bei den Online-Angeboten. Denn dort müssen die Tageszeitungen auch gegen die Internet-Auftritte von TV-Sendern, Zeitschriften und neuen Start-ups konkurrieren.

So schafft es bisher keine Tageszeitung, in die Liste der zehn meistbesuchten Online-Medienangebote zu gelangen, die bereits seit langem von „Focus Online“ angeführt wird. Mit aktuellen Nachrichten und vor allem einem umfangreichen Serviceangebot ist es dem Ableger des Münchner Magazins gelungen, sich in der Spitzenposition zu halten. Verleger Hubert Burda plant inzwischen, die eigenständige Online-Firma an die Börse zu bringen.

Selbst die Finanzseite „wallstreet:online“ verzeichnet mehr Besucher als „Bild“-Chefredakteur Udo Röbel mit der Online-Ausgabe seiner Zeitung.

Auf der anderen Seite: Mit einem guten Angebot ist es selbst einer Regionalzeitung wie der „Rheinischen Post“ aus Düsseldorf gelungen, im Internet überregionale Blätter wie die „Welt“ und die „Frankfurter Rundschau“ zu überrunden.

Niemand verdient derzeit im Internet-News-Geschäft Geld. Doch alle hoffen darauf, dass die Einnahmequellen irgendwann – wenn noch mehr Menschen das Netz nutzen – genügend abwerfen: Werbung, der Verkauf von Inhalten an andere Anbieter, Online-Rubrikanzeigen und E-Commerce, also elektronischer Handel, sollen

für profitable Mediengeschäfte im Netz sorgen.

Ob die Tageszeitungen das neue Geschäftsfeld für sich erobern können, ist noch unklar. Zunächst, so Holtzbrinck-Vorstand Michael Grabner, müssten sie „Medienfehler“ Nummer eins vermeiden. Alte Medienunternehmer hätten immer die Tendenz, neu entstandene Medien mit den alten Mitteln zu machen.

„Radio wurde auch erst erfolgreich, als es nicht mehr von Zeitungsleuten gemacht wurde“, sagt Grabner, „und Fernsehen erst, als es nicht mehr von Radioleuten dominiert wurde.“

KONSTANTIN VON HAMMERSTEIN

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite



Filmemacher Färberböck: Suche nach den Kräften in der Tiefe

REGISSEURE

„Ich bin ein Filmfresser“

Er widersteht der Rhetorik der Bilder und den modischen Stereotypen der Film- und Fernsehgenres. Erfolg hat der Regie-Star Max Färberböck („Bella Block“, „Aimée & Jaguar“) trotzdem.

Kleine Pause zwischen zwei Einstellungen – die Kamera muss verschoben, die Beleuchtung neu eingerichtet werden. Normalerweise Zeit für Regisseure zu rauchen, die Schauspieler zu instruieren oder sich sonst wie vor der Crew wichtig zu machen.

Regisseur Max Färberböck, 49, tut ganz was anderes. Er spielt, als wäre er noch ein Kind, mit einer Murmel. Das Ziel der Übung besteht darin, die bunte Glaskugel möglichst dicht an eine Wand zu rollen, was gar nicht so einfach ist: Der Boden am Set für den neuen TV-Film „Jenseits“, in einem stillgelegten Paketpostamt am Hamburger Hauptbahnhof, hat tückische, kaum sichtbare Erhebungen und Senken.



„Bella Block“-Star Hoger: Wucht der Tragödie

Die Murmel braucht genau den richtigen Impuls, ihr Anschieber ein exaktes Gefühl für den buckligen Untergrund. Mit dem Kalkül der reinen Bewegung in idealen Räumen ist hier wenig auszurichten.

Wer Färberböcks Film- und Fernsehstücke gesehen hat, der weiß, wie viel dies scheinbar kindische Spiel mit dem Geist seiner Arbeiten zu tun hat. Die Ideen dieses in Bayern aufgewachsenen Eigenbrötlers rollen nicht herrisch oder modisch elegant über den Zuschauer hinweg. Seine Einfälle müssen sich in den Verwerfungen des Lebens bewähren. Kaum ein Regisseur in der deutschen Film- und Fernsehbranche lässt sich mit so altmodischer Hingabe auf die Schwerkräfte eines Stoffs ein.

Die Figur der Kommissarin „Bella Block“ zeugt von dieser Fähigkeit. Eigentlich ging es darum, den von der Krimi-Autorin Doris Gercke geschaffenen weiblichen Philip Marlowe – Bella hasst Vorschriften, säuft und vernascht Kerle – ins Fernsehen zu übertragen. Doch Färberböck ging mit der Wunschelrute an die Gercke-Vorlage und erspürte den geheimen Magnetismus der Geschichte.

Heraus kam jedenfalls keine neue Facette des Krimi-Genres, sondern eine Art griechische Tragödie: Wehe dem Menschen, wenn die Erinnyen der enttäuschten Sehnsucht los sind. Ein Bauer läuft blutig Amok, weil er mit einem Schlag alles verloren hat, was ihm Halt gegeben hat: Frau, Tochter, wirtschaftliche Existenz. Und die Kommissarin muss sich ihre Blindheit und Ohnmacht eingestehen. Was nützt es, in einer entgleisten Welt Schuldige zu suchen, wo alle, auch die Unschuldigen, schuldig werden? Resigniert gibt Bella am Ende des Films ihren Dienstausschweis dem Kollegen.

Kaum erschaffen, hatte Färberböck mit seiner kompromisslosen Suche nach den Kräften in der Tiefe die Figur beinahe gleich wieder erledigt. Doch weil die Kritiken glänzend waren, die Quote ebenso und mit Hannelore Hoger eine erregenspröde Hauptdarstellerin gefunden war, die bei den Zuschauern ankam, verlangte das ZDF eine Fortsetzung.

Was für die Programmverantwortlichen vom Mainzer Lerchenberg sonst ein Leichtes ist, bei einem Fernsehmacher die Fortsetzung eines erfolgreichen Projekts zu bestellen, erwies sich im Falle Färberböck als schwierige Geburt. Der Mann ist kein Automat, bei dem Sender Kreativität einfach ordern können. Seine Erfindungsgabe unterliegt inneren Kräften, die so bestimmend sind wie die Bodenbeschaffenheit für den Mummelspieler: Mit Gewalt ist da nichts zu machen. Fär-

berböck quälte sich ab mit der „Bella“-Fortsetzung. Noch einmal eine Gercke-Vorlage umzusetzen lehnte er ab, aber ihm selbst fiel nichts ein. Die Zeit wurde knapp. Vor dem letzten Termin mit den Redakteuren des ZDF setzte sich Färberböck noch einmal hin. Da geschah es.

Eine Szene drängte sich vor sein inneres Auge: Eine alte Frau sitzt mit ihrem Mann am Tisch. Sie fängt an zu zittern. Es werde gleich etwas Schreckliches geschehen. Wenig später stürzt ein Körper am Küchenfenster des alten Paares vorbei in die Tiefe.

Dieser, im wortwörtlichen Sinne, Einfall wirkte als Initialzündung. Der Impuls setzte bei Färberböck die Murmeln der Phantasie in Bewegung. Um das bestürzende Bild ordneten sich Handlungsstränge. Bald stand die Geschichte vom mörderischen Verführer, der seine Opfer, einsame Frauen, in den Tod treibt, fertig da. Und wieder rüttelt die Kommissarin die Wucht der Tragödie durch: Die Verfolgerin des Bösewichts erliegt beinahe dessen Verlockungen. Bella, die scheinbar so Abgebrühte, erfährt schmerzlich und voller Scham, dass auch sie nur ein einsames und verführbares Frauenherz im Leibe trägt – die Liebe und die Männer sind ein verdammtes Scheißspiel.

Färberböcks Geduld mit seinen kreativen Kräften, sein Zuwarten, bis eine Geschichte reif geworden ist, zahlten sich aus. Die Zuschauer spürten, dass in „Bella Block – Liebestod“ mehr über den Schirm kam als oberflächlicher Thrill. Hier hatte einer nach psychologischen Abgründen gesucht, nach Zwischentönen, nach dem, was hinter Bildern und Handlung steckt.

„Geschichten sind das A und O“, lautet Färberböcks unumstößliche Forderung an Film und Fernsehen. Das klingt nach einer Binse und markiert doch einen Einspruch gegen das, was längst – vor allem bei den fiktionalen Produkten auf dem Bildschirm – üblich ist: Dort zeugt das Fernsehen das Fernsehen. Schon mal erfolgreiche Formate werden – leicht verändert – recycelt. Die Rhetorik der Bilder setzt sich immer kecker über die Wirklichkeit hinweg, die Drehbücher arrangieren Stereotypen zu neuen Arrangements von Stereotypen, Dialoge begleiten willfährig das, was man ohnehin sieht. Das Medium erzählt am liebsten von sich selbst, das Leben und seine Geschichten können sehen, wo sie bleiben.

Jemand wie Färberböck hat für solche Entwicklungen einen Blick. Er ist ein Außenseiter und Spätentwickler. Wie ein Berserker lesend, aber ohne den Einfluss des Fernsehens, hat er seine Jugend verbracht. Der leidenschaftliche Kinogänger („Ich bin ein Filmefresser, ich habe hundert Lieblingsfilme“) besuchte die Filmhochschule München, jobbte als Pressesprecher bei Filmproduzent Bernd Eichinger, aber lebte bis ins reife Mannesalter wie Eichendorffs Taugenichts: „Ich war ein Träumer.“ Er kam viel herum, reiste viel, hörte viel.



Färberböck-TV-Film „Jenseits“*: *Schock der Liebe*

Dann lernte er den richtigen Tanz mit den Geschichten, bekam Ordnung in seine Träume und Einfälle und lernte, auf die Eingebungen der Realität zu hören. Nach Jahren als Assistent bei Peter Zadek am Hamburger Schauspielhaus verfilmte er sein erstes Drehbuch: die bitterböse Bürokomödie „Schlafende Hunde“.

Die große Kinoherausforderung kam für den Regisseur nach seinen Erfolgen mit „Bella Block“ 1997. Färberböck schätzte Lilly Wusts Bericht über die Liebesgeschichte zwischen Aimée, der zunächst regimetreuen Soldatenehefrau, und Jaguar, der unter Furcht vor Entdeckung illegal im Nazi-Berlin lebenden Jüdin.

Doch um den historischen Stoff zu verfilmen, fehlte dem Regisseur und leidenschaftlichen Gegenwartsmenschen eine persönliche Erfahrung, ein Einfall, um das

* Mit Ekaterina Medvedeva und Sylvester Groth.

Geschehene emotional zu begreifen. Diesen Zugang lieferte Dirigent Wilhelm Furtwängler und dessen Live-Aufnahme von Beethovens Neunter Sinfonie von 1942. Als der Regisseur die hochdramatische Interpretation zufällig im Autoradio hörte, war ihm die innere Komposition des Films „Aimée & Jaguar“ klar: das aberwitzige, von jähem Auf- und Abschwüngen geprägte Aufeinanderprallen von höchster Liebe und höchster Gefahr. Der Kinodebütant entschloss sich zu einem „hoch riskanten“ (Färberböck) Experiment: Er setzte alles auf die Kunst seiner Hauptdarstellerinnen Maria Schrader und Juliane Köhler. Wie es seinem Regiestil entspricht, wurde nichts vorgeprobt. Die Schauspielerinnen sollten offen bleiben für die Überraschungen des Augenblicks – bloß keine Mimenallüren, bloß keine abgefeimten Kintopp-Techniken.

Mit bei ihm seltener Gewalt hinderte er Schrader daran, mehr oder weniger bewusst die Szene zu dominieren und ihrer Partnerin Köhler den Raum zu nehmen. Für die Liebesszenen bestand die einzige Regieanweisung im dreimaligen Vorspielen von Beethovens Adagio aus der Neunten.

Das Ergebnis solch einer Regie des kalkulierten Freiraums war ein wunderbar anzusehendes Fest der Liebe in düsterer Zeit. Es schien, als wolle die Gegenwart mit anrührender Gefühlsverve den Schrecken begreifbar machen, als könne es gelingen, die Distanz zu überspielen. „Aimée & Jaguar“ zeigte zugleich die Grenzen von Färberböcks Kunst an Stoffen der Vergangenheit: Ihr gehen die Brechungen ab, der Respekt vor dem Unerzählbaren, das Entsetzen, das selbst Gefühle unwirklich macht.

Immerhin erreichte „Aimée & Jaguar“ stolze 1,2 Millionen Kinobesucher und – da ist sich Färberböck sicher – verfehlte nur knapp eine Oscar-Nominierung. Aber Roberto Benignis KZ-Tragikomödie „Das Leben ist schön“ erweckte mit ihrer ironischen Gebrochenheit tiefere Anteilnahme.

„Jenseits“, der gerade abgedrehte TV-Film, der im Herbst im ZDF zu sehen sein wird, erscheint, als habe der leidenschaftliche Sucher Färberböck, der nichts mehr hasst, als sich zu wiederholen, eine neue Stufe seiner Kunst erreicht. Wieder geht es um ein „attisches Lebensgefühl“ (Färberböck), um den Blitz der Liebe und des Schicksals, der alles zerschlägt: Ein Staatsanwalt (Sylvester Groth) überfährt einen Elfjährigen, begeht im Schock Fahrerflucht, sucht, von Gewissensbissen getrieben, die russische Mutter des toten Jungen auf – und das Schlimmste, was möglich ist, geschieht: Ohne den Mut, seine Tat zuzugeben, verliebt sich der Staatsanwalt in die unglückliche junge Frau.

Die Geschichte vom Schock und der Deplatziertheit der Liebe sprengt diesmal die üblichen Sehgewohnheiten. Färberböcks Murmeln stören aufs Wunderbarste die Glasperlenspiele des in Selbstgefälligkeit versinkenden Mediums. NIKOLAUS VON FESTENBERG

Werbeseite

Werbeseite



Präsidentenskandidat Gore

US-WAHLKAMPF

Geldsegen für Demokraten

Vizepräsident Al Gore, designierter Kandidat der Demokraten für die Nachfolge seines Chefs Bill Clinton, verliert womöglich eines der wichtigsten Wahlkampfthemen. Gleich nach seinem Sieg bei den Vorwahlen am 7. März hatte Gore seinen ebenfalls erfolgreichen Gegner, Texas-Gouverneur George W. Bush, scharf wegen der beispiellosen Spendensumme von 70 Millionen Dollar angegriffen, die der Republikaner bei betuchten Spendern aufgetrieben hatte. Der Vorwurf zieht nicht mehr, seit seine eigene Partei Spenden in Rekordhöhe einfährt. Allein eine hochkarätige Sammelaktion am Mittwoch voriger Woche im Washingtoner Marriott-Wardman-Park-Hotel spülte sieben Millionen Dollar in die Kasse der Partei, die lange Jahre in der Gunst potenter Geber weit hinter der republikanischen Opposition rangierte. Seit die Chancen der Demokraten nicht nur im Rennen ums Weiße Haus, sondern auch um Mehrheiten im Kongress deutlich gestiegen sind, öffnen Lobbyisten ihre Scheckbücher weit williger. Richard Gephardt, Fraktionschef im Repräsentantenhaus, hat zudem eine wirtschaftsfreundlichere Politik der Demokraten versprochen. Das wirft ein schlechtes Licht auf Gores Saubermann-Wahlkampf gegen den Wildwuchs im Spendendickicht.

TÜRKEI

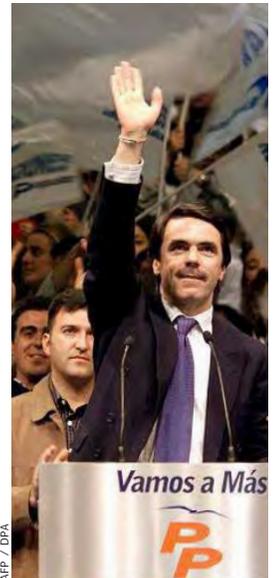
Nationalisten für Nuklearwaffen

Für die Entwicklung einer eigenen Atombombe setzen sich die Ultranationalisten in der türkischen Regierung ein. Es sei das „heilige Recht“ der Türkei, sich mit Nuklearwaffen zu verteidigen, meint Transportminister Enis Öksüz von der Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP), die auch den Verteidigungsminister des Landes stellt. „Wenn andere Atomwaffen haben, wir aber nicht, dann sollten die anderen abrüsten“, so Öksüz. „Tun sie das nicht, dann muss auch die Türkei die Bombe haben. Das ist ein Dienst an der Menschheit.“ Bereits 1998 hatte Ex-General Erdogan Özalp von der Notwendigkeit einer „eigenen Nuklearpolitik“ gesprochen; angesichts der

SPANIEN

Neuer Zentralismus?

Der überzeugende Sieg des Partido Popular bei den Parlamentswahlen in Spanien könnte für Ministerpräsident José María Aznar zu einem politischen Bumerang werden: Die absolute Parlamentsmehrheit der konservativen Regierung (183 von 350 Sitzen) verschärft womöglich die Nationalitätenkonflikte auf der iberischen Halbinsel. Bisher stützte sich der Chef der konservativen Minderheitsregierung meist auf die katalanische Parteienkoalition CiU. Deshalb musste Aznar in den vergangenen Jahren oft Abstriche an seinem rechtskonservativen und zentralistischen Programm hinnehmen. Doch mit solchen Zugeständnissen an regionale Minderheiten ist es nun wohl vorbei. Aznar hat zwar nach den Wahlen „die Notwendigkeit zur Zusammenarbeit“ im Parlament betont. Eines der ersten Ergebnisse der neuen Machtverhältnisse in Madrid weist indes in eine ganz andere Richtung:



Wahlsieger Aznar

Der Partido Popular will das spanische Ausländergesetz wieder verschärfen, das auch auf Druck der Katalanen im vergangenen Jahr gegen die Stimmen des Partido Popular liberalisiert worden war. Im Baskenland wird Aznar wieder mit den gemäßigten Nationalisten zusammenarbeiten müssen, will er dort dem Frieden näher kommen.

ZEITGESCHICHTE

Todesspritze für gehängte NS-Verbrecher

Ärzte der britischen Armee haben kurz nach dem Zweiten Weltkrieg versucht, die Exekution deutscher Kriegs- und KZ-Verbrecher zu beschleunigen. Jetzt freigegebene Akten des britischen Innenministeriums berichten, die Militärmediziner hätten bereits bewusstlos am Galgen baumelnden Delinquenten zusätzlich eine tödliche Dosis Chloroform injiziert. Der professionelle „Hangman“ Albert Pierrepoint exekutierte erstmals am 13. Dezember 1945 zehn von britischen Militärgerichten zum Tode verurteilte Männer und drei Frauen im Gefängnis von Hameln. Da nur zwei Galgen zur Verfügung standen, wurde die bis dahin gültige Regel ausgesetzt, nach der die Todeskandidaten eine Stunde hängen mussten, um sicherzustellen, dass der Herzstillstand tatsächlich eingetreten war. Stattdessen kletterte ein Militärarzt auf eine Leiter, um den Herzschlag der bewusstlosen NS-Verbrecher zu kontrollieren, und setzte ihnen dann die Todesspritze. Nach dem Bericht eines Pathologen der britischen Rhein-Armee ermöglichte dies „Exekutionen in halbstündigen Intervallen“.



PAKISTAN

Atomraketen einsatzbereit

Satellitenbilder belegen jetzt die wachsende Gefahr, dass der Kaschmir-Konflikt zwischen Indien und Pakistan als Nuklearkrieg ausgetragen werden könnte. Die von der „Vereinigung Amerikanischer Wissenschaftler“ vorige Woche veröffentlichten Weltraumbilder zeigen nicht nur den großen Plutoniumreaktor nordwestlich der pakistanischen Metropole Lahore. Auf dem nahe gelegenen Luftwaffenstützpunkt Sar-



Satellitenbild des Stützpunkts Sargodha,

CHINA

„Chaos und Unruhen“

Umweltschützerin Dai Qing über das Drei-Schluchten-Projekt am Jangtse

SPIEGEL: Haben sich Ihre Befürchtungen nach fünf Jahren Bau des Drei-Schluchten-Damms bewahrheitet?

Dai: Ja, wir erleben einen Alptraum.

SPIEGEL: Was ist bislang schief gelaufen?



Dai Qing

Dai: Das Projekt ist viel teurer als geplant. Als die Regierung es dem Nationalen Volkskongress 1992 zur Genehmigung vorlegte, sprach sie nur von 57 Milliarden Yuan. Bei einem Besuch der Baustelle erfuhren Parteichef Jiang Zemin und der damalige Vizepremier und heutige Regierungschef Zhu Rongji schon vor Jahren den wahren Preis für das Riesen-Unter-

nehmen – 600 Milliarden Yuan. Aber offiziell spricht die Baubehörde noch heute von nur 200 Milliarden, knapp 50 Milliarden Mark.

SPIEGEL: Wie viele Menschen werden ihre Heimat verlassen müssen?

Dai: Auch hier stimmen die offiziellen Daten nicht. Erst war von 730 000 Menschen die Rede. Unabhängige Experten kommen auf 1,6 Millionen, und in internen Sitzungen wurde bereits die Zahl 1,88 Millionen Umsiedler bis zum Jahr 2012 genannt. Fest

Baustelle des Drei-Schluchten-Damms



UNGARN

Keine Wellen für Euro-Sender

Ungarn ist neben den Diktaturen Serbien und Weißrussland der einzige Staat in Osteuropa, der die lokale Ausstrahlung westlicher Rundfunkprogramme untersagt. Die staatliche Aufsichtsbehörde für Rundfunk und Fernsehen (ORTT) entschied bei der Neuvergabe von Sendelizenzen, den gemeinsamen Antrag von BBC, Deutsche Welle und Radio France International abzulehnen, in Budapest eine Station unter dem Namen „Euro-FM“ einzurichten. Formal wurde die Absage damit begründet, der neue Sender plane zu wenig Programme in ungarischer Sprache – ein vorgeschobener Grund. Die Ausschreibung fordert mindestens 15 Prozent ungarischsprachige Sendungen. „Euro-FM“ wollte jedoch mindestens 30 Prozent der Informationen in ungarischer Sprache ausstrahlen. Gerade dies ist der konservativen Regierung in Budapest ein Dorn im Auge: Vor allem die BBC kritisiert in ihren Kurzwellenprogrammen seit langem die nationalistische Politik der Rechtskoalition und ihre Versuche zur Kontrolle der Medien. Ausgerechnet der Rechtsradikale István Csurka erhielt dagegen eine Lizenz für eine eigene Propagandastation.

godha entdeckte die Weltraumkamera zudem ein Dutzend Großgaragen für Raketenstartfahrzeuge. Nach Meinung von Rüstungsexperten ist dies ein sicheres Zeichen dafür, dass es den pakistanischen Militärs gelungen ist, ihre mobilen Raketen mit Nuklearsprengköpfen zu bestücken. Von Sargodha könnten pakistanische Kurzstreckenraketen (Reichweite 280 Kilometer) etliche wichtige indische Ziele erreichen. Experten schätzen diese Bedrohung dermaßen hoch ein, dass sie nunmehr fürchten, Neu-Delhi könnte sich im Krisenfall gezwungen sehen, die neue Bedrohung durch einen Präventivschlag – womöglich auch mit Massenvernichtungswaffen – auszuschalten. Die Veröffentlichung der Luftbilder belastet zusätzlich die Südasienreise, die US-Präsident Bill Clinton diese Woche mit einem Gefolge von 1200 Personen antritt. Vergebens hatten sich amerikanische Diplomaten bemüht, die Voraussetzungen für den Besuch durch Zugeständnisse der verfeindeten Nachbarn auf dem indischen Subkontinent zu verbessern. Die seit ihrem Griff nach Atomwaffen weltweit kritisierten Staaten waren jedoch nicht bereit, Washingtons Wunsch nach Beitritt zum Atomteststoppvertrag, geschweige denn einer Annäherung in der Kaschmir-Frage zu erfüllen. Dass Clinton gleichwohl Indien und Pakistan besuchen wird, stößt deswegen im jeweils anderen Land, aber auch in den USA auf heftige Kritik.



DPA



REUTERS

pakistanischer Raketenwerfer

steht: Niemals zuvor mussten so viele Menschen wegen eines Dammbaus umziehen. Wenn das Wasser zu steigen beginnt, werden wir eine explosive Situation unter den Betroffenen erleben. Chaos und soziale Unruhen werden die Region erschüttern, in der Stabilität gebraucht wird.

SPiegel: Was müsste denn nach Ihrer Ansicht geschehen?

Dai: Das Projekt muss gestoppt oder zumindest verkleinert werden. Auf alle Fälle ist mehr Geld für die Umsiedlung nötig. Wir brauchen neutrale Spezialisten von internationalen Organisationen und Nicht-Regierungs-Gruppen, die die gesamte Umweltproblematik, das Verschlammungsproblem und natürlich auch die Einhaltung der Menschenrechte bei der Umsiedlung beobachten.

SPiegel: Ist das nicht viel zu spät? Der Damm wird bereits hochgezogen.

Dai: Es ist nie zu spät. Wenn renommierte Organisationen jetzt zu dem Schluss kämen, der Damm habe katastrophale Folgen für Umwelt und Menschen, dann würde Premier Zhu Rongji, der sowieso nicht begeistert ist von dem Projekt, etwas in die Hand bekommen, um den Bau stoppen oder zumindest unterbrechen zu können.



AFP / DPA

Protest-Demonstration in Paris

FRANKREICH

Jospins Füllhorn

Präsident Jacques Chirac frohlockte zu früh: Nach knapp drei Jahren im Amt zeige der sozialistische Premier Lionel Jospin Zeichen der Abnutzung, verkündete er seinen Getreuen. Doch schon geht sein Rivale Jospin in die Offensive. Er leert die „Sparbüchse“, die das starke Wirtschaftswachstum unerwartet gut gefüllt hat. Um 40 Milliarden Francs (12 Milliarden Mark) erleichtert

der Regierungschef die Steuerlast der Franzosen. Die ungeliebte Wohnsteuer wird herabgesetzt (11 Milliarden), die Eingangsstufen der Einkommensteuer sinken (noch einmal 11 Milliarden), vor allem aber wird die exorbitant hohe Mehrwertsteuer um einen Punkt von 20,6 auf 19,6 Prozent reduziert (18 Milliarden) – die Gaullisten hatten sie erst 1995 erhöht. Zugleich will die Regierung den Öffentlichen Dienst besänftigen; über 200 000 Lehrer – normalerweise treue Anhänger der Sozialisten – streikten und demonstrierten am vorigen Donnerstag im ganzen Land. Sie verlangen mehr Mittel für Schulen und Neueinstellungen. Schon diese Woche legt Jospin mit seinem Rentenreformprogramm nach, um mit dem Doppelschlag Chiracs Vorwurf der „Unbeweglichkeit“ zu widerlegen. Ironisch kommentiert er das gespannte Verhältnis zum Gaullisten, den er bei der Präsidentschaftswahl 2002 im Elysée ablösen will: „Der Präsident lässt die Regierung regieren, mit einiger Kritik. Die Regierung lässt den Präsidenten präsidieren, ohne Kritik.“

RUSSLAND

„Warum sollen wir noch wählen?“

Zwölf Kandidaten bewerben sich um die russische Präsidentschaft. Aber nur einer hat Chancen: Wladimir Putin. Außer patriotischen Phrasen hat der ehemalige Geheimdienstler programmatisch allerdings wenig zu bieten.

Ein kleiner Mann aus der dunklen Welt der Spione will nach oben. Genauer: Er möchte den Segen der Bürger, mit seinen 172 Zentimetern, 75 Kilogramm und 47 Lebensjahren dort bleiben zu dürfen, wo in Russland oben ist: im Moskauer Kreml. Und das möglichst lange.

Natürlich nicht als einer, den die skandalumwitterte Umgebung des hinfälligen Vorgängers Boris Jelzin dort hinaufgehievt und als Hausmeier hinterlassen hat. Und auch nicht mehr als einer, der vor acht Monaten den Befehl zur Nachfolge noch mit den knappen Worten quittiert hatte: „Wir sind Soldaten.“

Inzwischen kämpft Wladimir Wladimirowitsch Putin längst auf eigene Rechnung. Acht Jahre, ist aus seinem Wahlkampfstab zu hören, sollte die Herrschaft des Soldaten-Kaisers schon dauern, besser noch zwölf. Auch die Ausdehnung einer Amtsperiode auf sieben Jahre wird von dort souffliert, weil Putin „vier Jahre eine sehr kurze Zeit“ findet.

Zu knapp jedenfalls für einen, der ausgezogen ist, Russland wieder stark und mächtig zu machen in einer Welt der „Russophobie“ (Putin): Der Weg dorthin, verspricht er, werde „demokratisch“ sein. Die Transportmittel sind es möglicherweise nicht.

Denn bereits 1990, gerade zurück vom Kundschaftereinsatz im Osten Deutschlands, habe er „erkannt, dass bei dem damals um sich greifenden Verhältnis zur Armee und zu den Geheimdiensten das Land bald vor dem Abgrund stehen würde“.

Er mag bis heute nicht glauben, was eine DDR-Bürgerin schrie, als 1989 Demonstranten die Dresdner Stasi-Zentrale stundenlang belagerten: „Suchen Sie den Eingang unter der Elbe! Dort

stehen die Häftlinge bis zu den Knien im Wasser!“

Natürlich mag der 1952 Geborene keinen neuen Totalitarismus. Russland habe unter dem Kommunismus sehr gelitten, äußerte er 1994 in Hamburg, das Land bekomme ein System mit westlichen Grundzügen, aber nicht so demokratisch, wie der Westen hoffe.

Putin schätzt eben alles Militärische. Er habe nicht einfach eine NVA-Verdienstmedaille bekommen, korrigiert er den Stasi-General Markus Wolf, sondern das Blech „für hervorragende Verdienste“. Seine Meriten im Präsidentenamt konzentrieren sich bisher auch allein auf die Truppe: Sofort

nach Amtsantritt flog er an die Front, dann unterschrieb er die neue Sicherheitsdoktrin mit Atomwaffeneinsatz auch im konventionellen Krieg. Er erhöhte den Rüstungsetat um 50 Prozent und führte in Schulen wieder Schießunterricht ein.

Die frühere sowjetische Habtachtstellung des Zivilbürgers gegenüber Menschen in Uniform und mit Waffen hätte er gern wiederhergestellt. Folglich setzt er auf Restauration, auf Ordnung; Putins PR-Brigade beschönigt das gern als „gemäßigten Liberalismus“.

Nicht nur auf KP-Versammlungen macht leise das Wort vom „Napoleon-Verschnitt“ die Runde, der dem Lande die „Diktatur“



Trauegast Putin, Patriarch Alexij II. beim Gedenkgottesdienst für 84 in Tschetschenien gefallene Fallschirmjäger,

aufnötigen wolle. Und auch Putin, befragt nach seinen politischen Leitbildern, nennt als Erstes „Napoleon Bonaparte“ – noch freilich mit einem ironischen Lachen und dem Bekenntnis zur eingeschränkten „Diktatur – der des Gesetzes“.

Denn zuerst gilt es in einer Woche, am letzten März-Sonntag, das lästige Beiwort „amtierend“ vom Präsidententitel abzustreifen. Ernsthafte Zweifel daran, dass Putin dies gelingen wird, gelten im postkommunistischen Establishment fast als so unanständig wie Bedenken gegenüber Breschnews Führungsqualitäten vor 20 Jahren. Und sie sind wohl auch unbegründet: Die Wahl des ersten Mannes zum ersten Mann scheint ein glänzend inszenierter Selbstgänger.

Bevor am Wahltag im Kaliningrader Gebiet, dem ehemaligen Ostpreußen, die letzten Wahllokale in Russlands Westen schließen, schäumt patriotische Korrektheit konkurrenzlos auf fast allen Radiowellen und TV-Kanälen: Putin erhöht die Renten um 20 Prozent und die Gehälter im Staatsdienst, Putin zeigt's der Nato, Putin bekreuzigt sich in der Kirche, Putin umarmt



Stalin-Anhänger in Moskau: „Ein Volk – ein Führer“

blesierte Krieger und stiftet den 1500 weiblichen Soldaten an der Tschetschenien-Front einen Beautycase, Putin rückt Bürokratenköpfe zurecht.

Ehefrau Ljudmila, wirbt er, ist seine „erste Liebe“. Als 1998 die Demokratin Galina Starowoitowa in St. Petersburg ermordet und deren Begleiter Ruslan Linkow in den Kopf geschossen wurde, hielt Putin, so ist zu lesen, eine Stunde lang im Krankenhaus Linkows Hand: „Alles wird gut! Alles wird gut!“

Erlaubt ist nun allein noch die Frage: Schafft es der nationale Hoffnungsträger im ersten Anlauf – oder braucht er einen zweiten Wahlgang?

Am besten gar keinen, fand ein Moskauer Bürger am vergangenen Dienstag. Und suchte auch gleich breiteste Öffent-



Kommunist Sjuganow
Ewiger Zweiter

lichkeit für sein Anliegen. Unter kräftigem Ellenbogeneinsatz kämpfte er sich am Puschkin-Denkmal auf Brüllweite dorthin, wo er das Mikrofon eines Fernseheteams vermutete: „Warum sollen wir noch wählen?“, schrie der gut gekleidete Mittvierziger.

„Alle sind für Putin. Niemand will die anderen Pygmäen und Politikaster. Putin soll die Macht ergreifen, auf gut Russisch – und basta. Der demokratische Zirkus kostet uns Zeit und Millionen.“

Der Advokat des gesunden Volksempfindens à la russe hatte sich nur in der Adresse geirrt: Die TV-Leute waren aus dem Westen und auch nicht auf Wahltour, sondern für ein Stadtporträt unterwegs.

Das laute Bekenntnis zum starken Mann im Staate fand Beifall auf offener Szene. So heftigen, dass der Anstifter erschreckt das Weite suchte, als sich zwei Polizisten näherten. Doch die wollten gar nichts Böses, nur für ein gutes Bild sorgen im unverständigen Ausland: „Das filmen Sie mal, so denken die meisten unserer Menschen.“

Sich die Wahlen gleich zu schenken, mag die einst liberale Moskauer Polit-Elite vorläufig noch nicht empfehlen. Immerhin: Acht in der vergangenen Woche von der „Nesawissimaja gaseta“ zum Wahl-Lotto gebetene Politologen prognostizierten einen Putin-Sieg gleich in der ers-



Beisetzung von 16 Polizeioffizieren*: Mitunter gelingt eine Träne

* Links: im Moskauer Nowospasski-Kloster; rechts: in Sergijew Possad (früher Sagorsk).

ten Runde. Nur vier hielten dafür einen zweiten Durchgang für erforderlich.

Auf den Plätzen: KP-Chef Gennadij Sjuganow, der ewige Zweite, mit zwischen 20 und 31 Prozent der Stimmen; der sozial-liberale Jabloko-Vorsitzende Grigorij Jawlinski mit fünf bis zehn Prozent – und die übrigen neun Bewerber bereits jenseits statistischer Relevanz.

Sjuganow hat wohl Recht: Im gegenwärtigen Wahlkampf konkurrieren allein noch seine „Bewegung ‚Für den Sieg‘ und die herrschende Macht; die Übrigen nehmen bloß teil“.

In der Tat: Die meisten Mitbewerber Putins scheinen sich mit einer Wahl zwischen KP und KGB abgefunden zu haben. Und damit, in der praktisch alternativlosen Wahl-Farce, nur als demokratisches Dekor zu dienen. In der vom Kreml dirigierten Medienkampagne finden die anderen Kandidaten kaum statt, selbst in ihren eigenen Parteien und Wahlvereinen wird unverhohlen für Putin agiert:

Vom Parlamentspräsidenten Selesnjow (KP) bis zum Ex-Premier Stepschin (Jabloko) werben Meinungsmacher massiv für das neue russische Experiment „Ein Volk – ein Führer“. Sogar Moskaus Oberbürgermeister Jurij Luschkow, letzter Widerständler gegen die Kreml-Allmacht, schloss sich ihnen in der vergangenen Woche kleinlaut an. Und Michail Gorbatschow, frisch gebackener Chef der russischen Sozialdemokraten, nennt Putin „klug, ernst, zurückhaltend, organisiert“.

Kein Wunder, dass kaum noch Spuren geblieben sind von der allgemeinen Verblüffung des vergangenen Jahres, als der Ersatz-Monarch aus der Personalreserve der Neo-Nomenklatura vorgestellt wurde.

Und auch nichts mehr von den respektlosen Anspielungen auf den „Menschen ohne Gesicht“, auf die „kalten und leeren Augen des ehemaligen KGB-Mannes“.

Nun wissen alle Bescheid. „Heute können wir“, konstatiert befriedigt der Historiker Roy

Medwedew, „Worte lesen vom Charme, ja vom bezaubernden Wesen Putins, von seinem klugen Blick, seiner Schlagfertigkeit, seiner Güte.“

Nur ein kleines Mädchen im Krankenhaus von Petrosawodsk, wohin den amtierenden Präsidenten natürlich nicht Wahlversprechungen, sondern wichtige Dienstgeschäfte geführt hatten, zeigte sich noch starrsinnig. Vom Bürokraten-Tross verstört, plärrte sie dem hohen Besucher ins Gesicht: „Ich habe Angst vor dir.“ Und als Putin ihr einen vertrauensbildenden Kuss anbot, erschrak sie noch mehr.

Ganz nach dem Geschmack Wladimir Wladimirowitschs dagegen ein sibirischer

Bengel auf dem Bauernmarkt von Irkutsk mit seiner zutraulichen Frage: „Wie heißt du, Onkel?“ Da muss Putin keine Sekunde überlegen, denn die Koseform seines Vornamens gebrauchten gern schon Freunde an der KGB-Akademie: „Onkel Wowa“, sagt er. „Auf Wiedersehen, Onkel Wowa“, ruft der Junge noch lange der Eskorte nach.

Onkel Wowa – das ist nicht Onkel Wanja, jener überflüssige Mensch aus dem gleichnamigen Tschechow-Stück: Keiner, der sein Leben verpfuscht und im Wodka einzigen Trost sieht. Mit dem Biertrinken hat Wladimir Putin nach einem Selbstversuch im Sachsen der achtziger Jahre (3,8 Liter pro Woche) Schluss gemacht.

Selbstzweifel sind nicht seine Sache. Was andere ihm an- und auftragen, so ist seine ganze Karriere verlaufen, das traut er sich auch selbst zu. Wie ein Schauspieler, der die Chance erhält, für den erkrankten Star einzuspringen und ihn auf Anhieb beim Publikum aussticht, hat sich Putin präsidial gemacht in den letzten Wochen.

Soldatische Ruckhaftigkeit ist von ihm gewichen, der Schritt federnd geworden, wenn er durch die Kreml-Säle zum Händeschütteln eilt. Selbst der Blickkontakt zu Gesprächspartnern gelingt besser, und mitunter sogar schon ein Lächeln. Oder eine Träne wie beim Begräbnis seines Mentors

Der neue Sozialdemokrat Gorbatschow lobt ihn als „klug, ernst, zurückhaltend, organisiert“

Anatolij Sobtschak. Oder die aufmunternde Umarmung von Helden-Witwen, deren bereits tausendfaches Leid Putins Popularität so wenig zu mindern scheint wie das unverändert andauernde Schlachten in Tschetschenien.

Nur selten noch splittert der Propaganda-Lack: Etwa auf einer Provinzreise, als Putin im kleinen Kreis über sein Lieblingsthema „moralische Werte“ doziert und eine Gesellschaft fordert, die „sich von allem losreißt, was mit Sex zusammenhängt“. Die Öffentlichkeitsarbeiter erheben den freudlosen Satz zu den „in der Familie erworbenen Werten, dem eigentlichen Kernpunkt des Patriotismus“.



Putin-Hochzeit 1983
Es war die erste Liebe

Die Außenwelt beginnt sich auf diesen Putin einzurichten: Briten-Premier Tony Blair hält ihn nicht erst seit gemeinsamem Opernbesuch in St. Petersburg für voll geschäftsfähig. US-Präsident Bill Clinton behandelt ihn mit „besonderer Aufmerksamkeit“ (Putin).

Und deutsche Unternehmer, letzte Woche zur Kontaktpflege in Moskau, zeigten sich entzückt von seinem „wirtschaftlichen Sachwissen“, so Klaus Mangold, designierter Vorsitzender des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft: „Ein Präsident, der sehr wohl die Stärken und Schwächen der russischen Wirtschaft kennt.“

Auch mit dem Mangold-Befund, Putin wisse „sehr wohl, was auf ökonomischem Gebiet geschehen muss“, tun sich russische Wahlbürger bislang eher schwer. Konkrete Aussagen des Kandidaten dazu gibt es ebenso wenig wie Programmatisches zur Außen-, Innen- und Sozialpolitik. „Er bleibt zu vage“, sorgt sich selbst einer seiner engeren Berater: „Jeder sieht, dass er nach einem Wahlsieg etwas vorhat – und keiner weiß, was.“

Allein ein offener Brief an die Wähler und ein broschürenlanges Interview lassen Putins politische Prämissen ahnen: eine eng auf „nationale Interessen“ kalkulierte Außenpolitik – ohne diese Interessen zu benennen; eine Wirtschaftspolitik, die den ehrlichen Arbeiter besser stellen soll als den Räuber – ohne zu sagen, wie dieses Kunststück vollbracht werden soll.

Schließlich das Credo vom „starken Staat“, der das ewige russische Paradox vom „reichen Land mit armen Bürgern“ überwinden soll, und: „Wer Russland beleidigt, wird nicht einmal drei Tage überleben.“

Wen solche patriotischen Phrasen nicht überzeugen, der muss sich einstweilen mit Putins einzigem politischen Großunternehmen zufrieden geben: dem Krieg im Kaukasus. Mit tausenden Toten, Verletzten, Krüppeln, mit einer in die Steinzeit zurückgebombten Region des eigenen Landes. Und der Versicherung des Kriegsherrn, damit nicht nur die „Desintegration“ Russlands verhindert zu haben, sondern auch eine „globale Katastrophe“.

Dann kann Onkel Wowa noch einen Persilschein von Uncle Sam vorweisen – von Henry Kissinger persönlich. Dem habe er 1992 in St. Petersburg von seiner Spionagetätigkeit in der DDR erzählt und zur Antwort erhalten: „Alle anständigen Menschen haben bei der Aufklärung angefangen – ich auch.“

Anständige Menschen brauchen keine Reklame. Wladimir Putin hat seine Landsleute bereits gewarnt, was das große Kreuze-Malen fürs höchste Staatsamt jedenfalls nicht sein dürfe: „eine Wahl zwischen Tampax und Snickers“.

Der russische Volksmund sagt: Ehemalige Spione gibt es nicht. Jedenfalls sind sie keine Wegwerfartikel. JÖRG R. METTKE

ISRAEL

Überall Sprengstoff

Israelis und Palästinenser streiten um die Gunst des Papstes – seine lang ersehnte Pilgerfahrt nach Jerusalem wird zum Politikum.



Bethlehem vor dem Papstbesuch: „Perfektes Timing“

Als die Zimmermannstochter Golda Meir im Januar 1973 die Nachricht erhielt, sie werde vom Papst empfangen, war sie tief bewegt. Doch im Vatikan verflog ihre Freude schnell. Paul VI. fragte die israelische Ministerpräsidentin tadelnd, warum gerade die Juden, die viel gelitten hätten, nun die Araber so schlecht behandelten. Ärgerlich erwiderte Meir, sie habe schon als Kind in Kiew ein Pogrom erlebt und keinerlei Belehrung nötig.

Der Stolz der herben Zionistin blieb nicht ungesüht. Er habe die Israelin überhaupt nur empfangen, ließ der Heilige Vater hernach listig mitteilen, um für „die Schwächsten“ zu sprechen – „die palästinensischen Flüchtlinge“.

Solche diplomatischen Fußtritte sind nicht zu erwarten, wenn Papst Johannes Paul II. diese Woche auf dem Ben-Gurion-Flughafen zum offiziellen Besuch in Israel und den palästinensischen Autonomiegebieten landet. Seit der Vatikan den Judenstaat 1993 offiziell anerkannte, haben sich stabile Beziehungen entwickelt.

Dass der „Stellvertreter Gottes“ nun erstmals als Staatsgast israelischen Boden betritt, empfinden die Israelis als historische Würdigung ihrer Existenz. „Ein Meilenstein der Aussöhnung zwischen Juden und Katholiken“, sagt Lea Rabin. Dennoch ist diese 91. Auslandsreise des

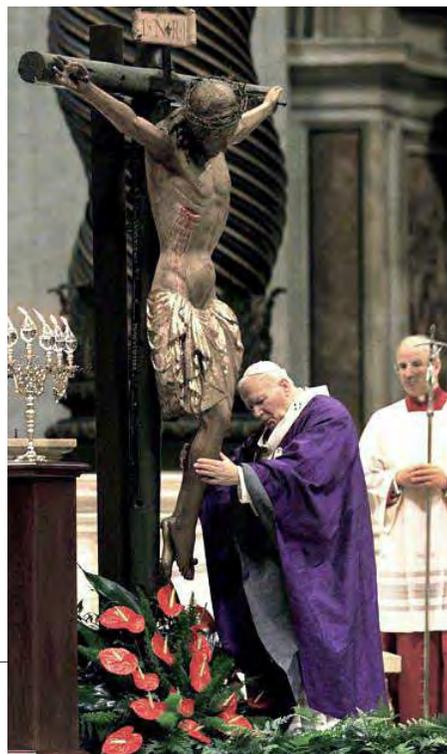
Johannes Paul II. im Petersdom
Codename „Alter Freund“

greisen Papstes, mit der er sich seinen Lebensraum von der Pilgerfahrt ins Heilige Land erfüllt, eine seiner heikelsten Visiten. Das liegt nicht nur an den Gefahren im explosiven Nahen Osten, die Israels Polizei in der „größten und kompliziertesten Schutzoperation“ ihrer Geschichte zu bannen sucht. Täglich 5000 Polizisten und insgesamt 4000 Soldaten beschirmen den Papst – Codename: „Alter Freund“.

Der Sprengstoff liegt mehr noch auf politischem Terrain, auch wenn der Vatikan beharrlich versichert, der Pontifex maximus unternehme eine „rein spirituelle“ Reise. Doch unter den Augen von rund 2000 Journalisten erwarten ihn zwei Völker mit fundamental widerstreitenden Interessen. Und jede Seite will, dass er öffentlich für ihre Sache eintritt.

„De facto“, so die Palästinenser, bedeute der Besuch die Anerkennung ihres künftigen Staates. Riesige Plakate, die Arafat beim Händedruck mit dem Papst zeigen, begrüßen den Besucher in „Palästina“.

Dass der katholische Oberhirte die heiligen Stätten in West- wie im annektierten arabischen Ost-Jerusalem „unter israelischer Souveränität“ besucht, ist nach Meinung des israelischen Oberrabbiners Meir Lau dagegen ein Beweis für „die Anerkennung der Einheit von Jerusalem“. Päpstliche Sendboten mühen sich, den Heiligen Vater aus der propagandistischen Geiselnhaft zu befreien. „Das Herz des Papstes“, erklärt der Vatikan-Botschafter im Heiligen Land, Pietro Sambini, „schlägt gleich warm für das israelische wie für das palästinensische Volk.“



In einem diplomatischen Coup gelang es Arafat, rechtzeitig zum Papstbesuch mit den Israelis gleichzuziehen. Mitte Februar schloss er einen Vertrag mit dem Vatikan – wie Israel 1993. „Perfektes Timing“, jubelte die palästinensische Zeitung „al-Kuds“, während die Israelis vor Wut schäumten.

Den Judenstaat empört vor allem die Forderung in der Präambel nach einem international garantierten „Sonderstatus“ für Jerusalem. Tatsächlich akzeptiert der Vatikan Jerusalem, das auch die Palästinenser als Kapitale beanspruchen, bis heute nicht als Hauptstadt Israels.

Die Heilige Stadt ist eine brisante Station im sechstägigen Besuchsprogramm. Wie politisch hier selbst Religion ist, erfährt der Papst gerade bei dem Versuch, die drei monotheistischen Weltreligionen zusammenzubringen – wegen der unnachgiebigen Haltung Israels in der Jerusalemfrage will sich der palästinensische Mufti nicht mit israelischen Rabbis an einen Tisch setzen.

Erst vorige Woche ließ Regierungschef Ehud Barak wieder verbreiten, die „Einheit Jerusalems“ habe für ihn höchste Priorität. Und Bürgermeister Ehud Olmert warnte, die Freude über den Papstbesuch könne leicht umschlagen, wenn der Heilige Vater die notwendige „emotionale Sensibilität“ vermissen lasse.

Die Israelis selbst bleiben rigoros: kein Auftritt für Arafat und seine Minister in Jerusalem. Damit diese im Schutz des Papstes nicht doch irgendwo vor den Kameras auftauchen, etwa in der heiligen Aksa-Moschee, vereinbarten die Israelis mit dem Heiligen Stuhl, dass kein Politiker den Papst in Jerusalem begleitet. Der Vatikan habe versichert, heißt es im Außenministerium, dass er „keine politischen Provokationen“ zulässt.

Auch wenn sich die Palästinenser über die Order der Israelis beklagen, ist deren Effekt bisweilen in Arafats Interesse. So müssen die arabischen Händler in der Altstadt, durch die das Spezial-Papamobil mit dem Heiligen Vater tuckert, ihre Läden schließen. Seht, werden die Palästinenser sagen, das ist das besetzte Jerusalem.

Geschickt haben die Palästinenser einen Besuch des Papstes im Flüchtlingslager Deheische bei Bethlehem arrangiert. Für die Menschen, die dort seit dem Unabhängigkeitskrieg 1948 leben, hat sich schon lange keiner mehr interessiert – nun werden ihre Bilder um die Welt gehen und zeigen, wie es Arafats Vatikan-Delegierter Afif Safieh formuliert, dass „wir die Juden der Juden sind, die Opfer der Opfer“.

Der Druck auf den kranken Papst, der öffentliche Auftritte mit letzter Kraftanstrengung bewältigt, ist enorm. Neben Zurückhaltung gegenüber den Palästinensern erwarten die Israelis von ihm, dass er sein jüngstes öffentliches Schuldbekenntnis nachbessert: mit einem klaren Wort zum Verhalten der katholischen Kirche während des Holocaust.

ANNETTE GROSSBONGARDT

DÄNEMARK

Starke Gesinnung

Die rechtspopulistische Dänische Volkspartei stürzt Kopenhagens Regierung in eine Krise. Den Sozialdemokraten laufen die Wähler weg.

Nett sieht sie aus und typisch dänisch: Mit ihren halblangen blonden Haaren und dem nordischen Teint gilt Pia Kjaersgaard, 53, bei ihren Landsleuten als ansehnlich und zugleich unauffällig. „Ein Mädchen von nebenan“ halt, wie die Dänen es lieben.

Dass die ehemalige Altenpflegerin, die als eigentlichen Beruf demonstrativ „Hausfrau“ angibt, derzeit viele Landsleute und sogar die sozialdemokratische Minderheitsregierung das Fürchten lehrt, hätte sich vor wenigen Jahren kaum jemand in Kopenhagen vorstellen können.

Damals schied sie mit einigen Gleichgesinnten aus der Schar des anarchischen Steuerrebellens Mogens Glistrup aus und gründete die Dänische Volkspartei. Dieser heimattümelnde Verein gewann bei den Wahlen 1998 prompt 7,4 Prozent – nicht gerade eine Zierde für das Kopenhagener Parlament, aber doch nur eine Randpartei.

Das ist sie nicht länger: Umfragewerte bescheinigen Kjaersgaards rechtspopulistischer Truppe, einer Art Haider-Ableger mit Smørrebød-Image, satte Zuwächse. Auf knapp 20 Prozent aller Wählerstimmen könnte die Volkspartei-Vorsitzende heute bauen, ausreichend, um als Mehrheitsbeschaffer für eine bürgerliche Mitte-rechts-Koalition zur Verfügung zu stehen.

Die Angst vor österreichischen Verhältnissen beim Nachbarn im Norden liegt deswegen so nahe, weil gleichzeitig die regierenden Sozialdemokraten in ihre bisher tiefste Krise stürzten. Nur gut 20 Prozent wollten zu Jahresanfang für die Partei von Ministerpräsident Poul Nyrup Rasmussen stimmen. Fast panisch versuchte der mit einer Umbildung seiner Minderheitsregierung wieder Tritt zu fassen.

„Wir sind keine politische Bewegung, wir sind eine Volksbewegung“, wiegelt Kjaersgaards Parlamentskollege Klaus Kjær jeden Vergleich mit den Freiheitlichen aus Österreich ab. Doch ausländerfeindlich wie in der Alpenrepublik sind auch die Polit-Parolen der Völkischen aus Kopenhagen.

„Wir stehen für die alten dänischen Werte“, predigt Kjær. Er steht ein für die Monarchie und vor allem für die eigene Währung: „Wir wollen unsere Krone.“ Ihr Programm basiere auf „unserer starken und herzlichen nationalen Gesinnung“, er-



Volkspartei-Vorsitzende Kjaersgaard: „Dänemark ist kein Einwanderungsland“

klärt Parteichefin Kjaersgaard und plädiert für die Erhaltung der „Volksfreiheit“, also gegen jene finsternen Mächte einer immer engeren europäischen Integration.

Die Dansk Folkeparti (DF) strebt eine „Gesellschaft aus freien, selbständigen dänischen Bürgern“ an und lehnt jede Form offener Grenzen entschieden ab. Dänemark „ist nicht und ist nie ein Einwanderungsland gewesen“, steht im Grundsatzprogramm. Ausländer könnten zwar nach zehn Jahren eingebürgert werden, heißt es großzügig, aber nur, wenn sie dem „Land der Dänen“ zuvor „von Nutzen“ waren. Die neue Staatsbürgerschaft soll den so genannten Pass-Dänen aber wieder abgenommen werden, falls sie in den ersten zehn Jahren nach ihrer Einbürgerung straffällig werden und ins Gefängnis müssen.

Vor allem gegen Muslime und ganz besonders gegen Somalier agitieren die DF-Funktionäre. „Jeder darf seine Religion haben“, beteuert Kjær, „wir brauchen aber nicht ihre Kultur.“

Rund 20000 Somalier leben nach amtlichen Schätzungen derzeit in Dänemark, hinter Türken, Kurden, Pakistanern sowie Iranern und Irakern die kleinste Bevölkerungsgruppe unter den gerade mal 260000 Ausländern und Flüchtlingen. Aber die Ostafrikaner seien eben „ungebildet“ und „nicht erzogen“, behauptet Kjær, und deshalb nicht integrierbar.

Trotz des geringen Ausländeranteils von weniger als 5 Prozent (Deutschland: 8,9 Prozent) ist es den 5,3 Millionen als tolerant geltenden Dänen bisher nicht gelungen, die Fremden zu integrieren. Die Arbeitslosigkeit unter den Ausländern, aber auch unter den rund 150000 Dänen ausländischer Abstammung liegt bei über 60 Prozent.

So schaukeln sich die Ressentiments von Einheimischen und Zugereisten gegenseitig hoch. Als letzten Herbst ein in Dänemark geborener Türke nach einer Haftstrafe in die Türkei abgeschoben werden sollte, kam es zu Krawallen im Kopenhagener Vorort Nørrebro. In „Mini-Mogadischu“, wie das Viertel im Volksmund heißt, fackelten jugendliche Einwanderer und linke Autonome Autos ab und verwüsteten Straßenzüge.



Ministerpräsident Rasmussen, Ehefrau
Höherer Lebensstandard als je zuvor

Die Krawalle wiederum nutzten den Rechtsnationalen. Unterstützt von besorgten sozialdemokratischen Bürgermeistern, haben DF-Politiker den Streit um die Ausländer an die erste Stelle der innenpolitischen Debatte rücken können und treiben die Sozialdemokraten und die Regierung vor sich her. „Wir sind das Land mit dem strengsten Ausländerrecht“, brüstete sich schon vergangenes Jahr Regierungschef Rasmussen. Nun drängt er auf weitere Verschärfungen und legte Mitte Februar ein Paket mit 78 Änderungen des Ausländerrechts vor. So sollen verheiratete Fremde mindestens 25 Jahre alt sein und wenigstens 20 Quadratmeter Wohnfläche pro Per-

son nachweisen können, bevor sie ihre Familien nach Dänemark holen dürfen.

Warum die Dänen gerade jetzt so erbittert über Zugereiste streiten, bleibt rätselhaft, denn sie genießen einen höheren Lebensstandard als je zuvor. Die Arbeitslosigkeit sank während der Amtszeit Rasmussens um 220 000 Beschäftigte, von über 10 auf gute 4,8 Prozent. Ein „phantastischer Rekord“, jubelt sogar Umweltminister Svend Auken, ein innerparteilicher Konkurrent des Premiers. Die Regierung prahlt mit stattlichen Haushaltsüberschüssen, und die Inflationsrate dürfte sich bei ordentlichen 2,3 Prozent einpendeln.

Doch auch mit anderen Reizthemen suchen Pia Kjærsgaards Volkstümpler den Sozialdemokraten Wähler wegzunehmen. Besonders hat sich die DF-Chefin nun der Alten und Schwachen angenommen und beschuldigt die Sozialdemokraten des Wortbruchs. Noch im Wahlkampf hatte der Premier den Eindruck erweckt, das attraktive dänische Vorruhestandsmodell des „Efterløn“ trotz Sparzwängen unangetastet zu lassen. Nach der Wahl aber wurden Abstriche gemacht, wurde das Recht auf Vorruhestand etwas eingeschränkt.

Deshalb muss sich Rasmussen jetzt gegen den Vorwurf wehren, den in Dänemark hoch geachteten Sozialstaat „drastisch beschneiden“ zu wollen. Als Sündenbock müssen einmal mehr die Fremden herhalten, die angeblich den Dänen auf der Tasche liegen. Es werde „viel zu viel Geld für multi-ethnischen Kram“ ausgegeben, wie zum Beispiel muttersprachlichen Unterricht, tönt der Volkspartei-Abgeordnete Christian Hansen.

Auch beim Streit um den Euro kann die Volkspartei mit Stimmengewinnen rechnen, denn die Skepsis gegenüber dem Euro ist gerade bei den Sozialdemokraten weit verbreitet. Rund ein Drittel ihrer Wähler und Anhänger gilt als eurokritisch; auch in der wichtigen sozialdemokratischen Gewerkschaft grassiert die Furcht vor dem Beitritt zum Euroland.

Das will die Volkspartei ausnutzen, falls, wie derzeit vermutet, im Herbst ein Referendum über die Ablösung der Krone entscheidet. Rechtsnationale Parolen schüren schon heute den Widerstand gegen das Gemeinschaftsgeld. „Die Angst vor Ausländern und einer verdichteten europäischen Kooperation gehört zusammen“, sagt Erik Boel, Internationaler Sekretär der Sozialdemokraten.

Die Furcht vor einer peinlichen Niederlage lässt bei Premier Rasmussen die Überlegung aufkommen, die Volksbefragung doch lieber ins nächste Jahr zu verschieben. Angesichts der immer stärker werdenden Volkspartei aber bleibt dem Regierungschef, so glauben Vertraute, lediglich die Flucht nach vorn: „Er hat nur eine Chance“, sagen sie – für Europa und die eigene politische Zukunft.

MANFRED ERTEL

JUGOSLAWIEN

„Es herrscht Angst“

Montenegros Präsident Milo Djukanović über die Destabilisierungsmanöver des Belgrader Despoten Milošević und einen drohenden Krieg gegen Serbien



Republikspräsident Djukanović
„Gemeinsam unsere Freiheit verteidigen“

SPIEGEL: Westliche Politiker warnen vor einem Krieg zwischen Serbien und Montenegro. Wie groß ist die Gefahr tatsächlich?

Djukanović: Die Beziehungen zwischen beiden Republiken haben eine neue, alarmierende Gefahrenstufe erreicht. Niemand sollte naiv sein. Wir erwarten Miloševićs nächsten Schritt zur Destabilisierung der Region. Er inszenierte bereits vier Kriege auf dem Balkan. Dass es mit ihm einen dauerhaften Frieden geben könnte, ist eine

Illusion. Seitdem sich Montenegros Staatsführung für eine Integration in europäische Strukturen entschieden hat, müssen wir Repressalien erdulden. Das waren drei harte Jahre.

SPIEGEL: Hoffen Sie im Ernstfall auf Hilfe der internationalen Gemeinschaft?

Djukanović: Wir fürchten, dass die internationale Gemeinschaft, wie bei allen bisherigen Konflikten, zu spät reagieren wird. Deshalb müssen wir uns zunächst auf unsere eigenen Verteidigungsmöglichkeiten stützen.

SPIEGEL: In den vergangenen Tagen haben sowohl Nato-Kommandeur Clark als auch die amerikanische Außenministerin Albright Belgrad vor einer Zuspitzung der Lage in Montenegro gewarnt. Ist dies nicht doch eine Zusage für eine Nato-Intervention?

Djukanović: Ich hoffe, dass diese Warnungen ausreichend sind und auch unsere eigenen, präventiven Maßnahmen Milošević beeindrucken werden. Er sollte keinen Zweifel hegen, dass wir im Falle einer Krise unsere strategischen nationalen Staatsinteressen mit allen Mitteln verteidigen werden. Und ich gehe davon aus, dass auch die internationale Gemeinschaft ihre Politik gegenüber Milošević entsprechend ausrichten wird.

SPIEGEL: Hat Ihre Spezialpolizei mit über 15 000 Mann überhaupt eine Chance, die jugoslawische Armee aufzuhalten?

Djukanović: Wir werden uns zusätzlich auf eine gewaltige demokratische Bewegung

stützen können. Diese wird gemeinsam mit der Polizei unseren Staat, unsere Freiheit und den Frieden verteidigen.

SPIEGEL: Rechnen Sie damit, dass sich – wie etwa beim Krieg gegen Slowenien – ein Teil der Armee auf die Seite Ihrer Polizei schlägt?

Djukanović: Ich bezweifle, dass sich die jugoslawische Armee noch einmal zur Verteidigung einer verfehlten Politik ausnutzen lassen würde. Niemand wäre motiviert, gegen Montenegro zu kämpfen.

SPIEGEL: Milošević hat zum Jahreswechsel Montenegro angeboten, sein Schicksal selbst zu bestimmen. Warum haben Sie diese Chance nicht sofort genutzt?

Djukanović: Ich zweifle an der Aufrichtigkeit dieser Offerte. Das sollte nur ein Alibi sein für sein Vorhaben, unsere Republik zu destabilisieren. Außerdem ist die Unabhängigkeit unser verfassungsmäßiges Recht, egal, ob Milošević dies anbietet oder nicht. Und wann wir es nutzen, werden wir nach genauer Einschätzung der innen- und außenpolitischen Situation Montenegros selbst entscheiden.

SPIEGEL: Der Westen ist nicht begeistert von der Idee eines unabhängigen, selbständigen Montenegros. Hat dies Einfluss auf Ihr Zögern, ein Referendum auszuschreiben?

Djukanović: Die internationale Gemeinschaft suggeriert uns, in Jugoslawien zu bleiben und hofft, dass wir auf dessen Demokratisierung einwirken können. Natürlich orientieren wir unsere Politik danach. Aber wenn Serbien weiterhin unsere Vorschläge notwendiger Wirtschaftsreformen und einer proeuropäischen Politik ignoriert, werden wir keinen Kompromiss mehr akzeptieren. Dann werden wir in einem Referendum über unsere Unabhängigkeit entscheiden. Denn niemand hat das Recht, von uns zu verlangen, dass wir unsere Demokratie und unsere Zukunft opfern und in einer Diktatur verharren. Dadurch schützen wir diese jugoslawische Diktatur doch nur.

SPIEGEL: Miloševićs Trumpfkarte ist der Norden Montenegros, der traditionell Serbien zugeneigt ist. Will er mit dessen Hilfe einen Bürgerkrieg in Montenegro entfachen?

Djukanović: Das sind seine Pläne. Wir kennen das alles aus der Krajina, Slawonien



Marinestützpunkt Kotor an der Adria
„Die Nato-Intervention war ein Unglück“

und der bosnischen Serbenrepublik. Er will einen Teil der montenegrinischen Bevölkerung manipulieren. Wir haben lange, traditionelle Verbindungen mit Serbien in einem gemeinsamen Staat. Deshalb zögert unsere Bevölkerung noch, die Meinungen sind geteilt, und es herrscht Angst. Wir brauchen noch Zeit und viel politische Weisheit, um auch diesen Menschen klarzumachen, dass sie Opfer der Politik von Milošević werden könnten.

SPIEGEL: Glauben Sie, dass ein Abbau der Spannungen zwischen Serbien und Montenegro möglich ist, solange Milošević an der Macht ist?

Djukanović: Milošević ist ein unverbesserlicher Diktator, und jede Diktatur fürchtet die Demokratie.

SPIEGEL: Wer soll ihn denn stürzen? Die politische Opposition in Serbien?

Djukanović: Die Opposition hat sich nicht als ernsthafte Herausforderung für Milošević erwiesen. Seine Gegner müssen ihre Führungsambitionen überwinden und sich auf die strategischen Ziele konzentrieren. Da unsere Programme ähnlich sind, bemühen wir uns, ihnen zu helfen.

SPIEGEL: Ist die westliche Taktik, Serbien zu isolieren und die Sanktionen aufrechtzuerhalten wirksamer?

Djukanović: Es herrscht eine Patt-Situation. Die Politik der internationalen Gemeinschaft gegenüber Jugoslawien ist einseitig. Der Westen ist sehr effektiv und schnell beim Bestrafen und sehr langsam bei der Unterstützung jener, die mit ihren Demokratiebestrebungen Milošević Paroli bieten. Montenegro ist

das beste Beispiel dafür. Der ganze Balkan hat Angst vor Neuem und Unbekanntem, in diesem Fall vor Reformen und Demokratie. Die Menschen müssen also die Vorteile dieser Option begreifen – durch neue Arbeitsplätze, den Ausbau der Infrastruktur und andere positive Entwicklungen.

SPIEGEL: Doch statt Belohnungen gibt es jetzt Strafen. Serbien hat gegen Montenegro ein totales Handelsembargo verhängt. Gibt es Versorgungsengpässe?

Djukanović: Die montenegrinische Wirtschaft war schon im ehemaligen Jugoslawien unterentwickelt. Danach haben uns der Zerfall des jugoslawischen Marktes und die internationalen Sanktionen schwer getroffen. Jetzt versucht das Belgrader Regime, uns den Rest zu geben, und Milošević straft uns für unsere proeuropäische Politik.



Staatschef Milošević, Generale: „Unverbesserlicher Diktator“



Serben-Protest in Mitrovica: „Milošević schürt die Krise“

SPIEGEL: Ist ein Zusammenbruch Montenegros unausweichlich, falls der Westen nicht hilft?

Djukanović: Wenn die Kriegsgefahr erst einmal vorüber ist, wird unser wirtschaftliches Potenzial ausreichend sein, um nach europäischem Standard zu leben. Bis dahin sind wir von westlicher Hilfe abhängig, insbesondere seit dem serbischen Embargo. Was wir brauchen, sind Nahrungsmittel, Medikamente, Industrieprodukte. Aber trotz aller Schikanen aus Belgrad konnten wir bisher die Löhne noch fristgemäß auszahlen, sogar auf höherem Niveau als in Serbien.

SPIEGEL: Sind Sie enttäuscht, dass die Hilfe des Westens nicht großzügiger ausfällt?

Djukanović: Allerdings. Wir erhalten zwar politische Unterstützung, doch wenn diese in Wirtschaftshilfen übergehen soll, dann überwiegen auf einmal bürokratische Pro-

bleme in der Brüsseler Administration. Dann ist Montenegro plötzlich ein Teil Jugoslawiens – eines isolierten Staates. Und wenn ich auf diese Argumente mit dem Vorschlag reagiere, dass Montenegro aus Jugoslawien ausschert und ein selbständiger Staat wird, dann erhalte ich die Antwort, dies sei nicht die Politik der internationalen Gemeinschaft. Das ist ein Labyrinth ohne Ausweg.

SPIEGEL: Die USA scheinen mittlerweile von dieser generellen Linie abzuweichen.

Djukanović: Ja, sie unterstützen uns bilateral sehr stark. Auch die deutsche Regierung hat mit einer Kreditzusage über 40 Millionen Mark jetzt einen wesentlichen Schritt in diese Richtung gemacht. Wir hoffen, dass andere Staaten folgen.

SPIEGEL: Bisher war die Intervention des Westens auf dem Balkan nicht sehr erfolgreich – wie das Beispiel Kosovo zeigt. Serben und Albaner stehen sich dort so feindlich gegenüber wie eh und je. Macht Sie das mutlos?

Djukanović: Die Nato-Intervention in Jugoslawien war ein großes Unglück. Aber die Frage ist: Was war die Ursache dafür? Milošević weigerte sich jahrelang, die Kosovokrise zu lösen. Im Gegenteil – er schürte die Krise aktiv und wollte dadurch an der Macht bleiben. Der Kosovokonflikt wird andauern, bis in Serbien Demokratie herrscht und eine demokratische Führung eine Lösung für das Kosovoproblem anbietet. Dies kann nur eine Autonomie auf höchstem Niveau nach europäischem Standard sein, indem sie die territoriale Integrität Serbiens und gleichzeitig den Minderheiten alle Rechte garantiert.

SPIEGEL: Montenegro hat sich bisher geweigert, Beweise und Dokumente über Kriegsverbrechen an das Haager Tribunal zu übermitteln, bei denen laut Anklage eigene Landsleute beteiligt waren. Werden Sie diese Haltung ändern?

Djukanović: Wir achten alle internationalen Abmachungen. Alles, was Den Haag verlangt, werden wir zur Verfügung stellen. Es ist unser eigenes Interesse, dass alle Kriegsverbrechen aufgeklärt werden. Als Unterzeichner des Daytoner Vertrags sollte Milošević sich selbst in Haag der Justiz stellen.

SPIEGEL: Würden Sie ihn verhaften und ausliefern, falls er nach Montenegro käme?

Djukanović: Milošević reist gewöhnlich nicht nach Montenegro.

INTERVIEW: RENATE FLOTTAU, HANS HOYNG

Werbeseite

Werbeseite



Südkoreanische Touristen im Kumgang-Gebirge: Provokation durch Fragen und Kekse

NORDKOREA

Parolen im Paradies

Auf organisierten Ausflügen ins malerische Kumgang-Gebirge dürfen Südkoreaner den abgeschirmten Norden ihres geteilten Landes besuchen.

Der Trip zum „letzten unzerstörten Naturwunder“ der Welt beginnt mit Verboten: Bevor die Touristen aus Südkorea ihr Schiff im nordkoreanischen Hafen Changjon verlassen dürfen, müssen sie Ferngläser oder Objektive mit Brennweiten über 160 Millimeter Länge in den Kabinen zurücklassen. Auch digitale Kameras dürfen nicht an Land: Die Soldaten des Diktators Kim Jong Il können bei diesen modernen Geräten nicht einfach die Filme herausziehen und beschlagnahmen.

Denn nichts als Bilder ebendieses Naturwunders dürfen das Land verlassen. Die Fahrt zum Kumgang-Gebirge, vom südkoreanischen Mischkonzern Hyundai organisiert, ist eine der wenigen Möglichkeiten, der abgeschotteten letzten stalinistischen Diktatur einen Besuch abzustatten.

Zwölf Stunden benötigt die „Hyundai Pungak“ vom südkoreanischen Hafen Tonghae aus, um das malerische Gebirge zu erreichen. Eigentlich könnte der Luxusdampfer die Stadt Changjon zu Füßen des schneebedeckten Bergmassivs in viel kürzerer Zeit erreichen. Aber auf Weisung der Nordkoreaner muss er in einem spitzen Dreieck zunächst auf das offene Japanische Meer aus-

laufen, bevor er endlich umdrehen und sein Ziel ansteuern kann.

Seit Ende des Koreakriegs (1950 bis 1953) herrscht zwischen den beiden verfeindeten Teilstaaten ein äußerst labiler Waffenstillstand. Aus einem Tagesausflug – Changjon liegt gut 20 Kilometer von der Demarkationslinie zwischen Nord- und Südkorea entfernt – wird daher eine fast viertägige Reise. Doch es lohnt sich: Die Touristen erwartet einer der bizarrsten Vergnügungsparks der Welt. Denn in einer kleinen Ecke Nordkoreas hat sich

Hyundai-Land etabliert. Nach der nächtlichen Überfahrt mit Soju-Schnaps, Karaoke und der Show eines „Russischen Tänzer-Teams“ aus Nowosibirsk stehen die 650 Passagiere leicht übermüdet an Deck. Vor dem Ausbooten haben alle ihre grauen Filzmützen (Aufschrift: „Hyundai Kumgang Tour“) aufgesetzt und ihre gelben Hyundai-Rucksäcke (Aufschrift: „Kauft koreanisch“) umgehängt.

Schweigend starren die Südkoreaner auf das gegenüberliegende Ufer der Bucht. Trotz eisiger Kälte steigt aus den Schornsteinen der grauen Wohnblocks in Changjon kein Rauch auf. Die Kräne stehen still.

Geschäftigkeit herrscht nur am Hyundai-Kai. In langwierigen Manövern werden die Passagiere mit Booten an Land übergesetzt. Nach der Zollkontrolle ihrer Schützlinge atmen die Begleiter auf. Nur ein Tourist ist heute beim Versuch erwischt worden, die Grenzbeamten zu fotografieren. Die Nordkoreaner drohten, die Abfertigung einzustellen, doch am Ende nah-

men sie dem Südkoreaner nur den Film weg und kassierten 100 Dollar Strafe. So erweist sich Nordkorea als Dollar-Zone eigener Art: Wer etwa ausländische Zeitungen oder Bücher bei sich trägt, muss ebenfalls 100 Dollar Strafe zahlen. Wer sich beim Spucken erwischt lässt, ist 15 Dollar los.

Zwei Hyundai-Angestellte lotsen als Bären verkleidet die Touristen zu über 40 Firmenbussen. Hintereinander fahren sie auf einer Straße, die auf beiden Seiten hoch von Stacheldraht gesäumt ist. Diese Zufahrt ins Gebirge musste ebenfalls Hyundai bauen, damit die Touristen vom Alltag in Nordkorea möglichst wenig sehen können. Alle paar Meter wa-



Diktator Kim Jong Il: „Seid ehrgeizig“

chen Soldaten am Straßenrand. Offensichtlich ist ihnen befohlen worden, so finstern wie möglich zu blicken.

Wie Safari-Besucher werden die Touristen durch das stalinistische Elendsreservat gelotst. Auf verrosteten Bahngleisen marschieren Soldaten; Frauen schleppen Bündel mit Stroh oder Säcke. An grauen Häusern vorbei, deren zerbrochene Fensterscheiben häufig mit Plastik oder Holzplatten ersetzt sind, schlängelt sich die Buskolonne Richtung Kumgang-Gebirge.

Dort erwartet die Touristen in der Tat ein Naturparadies: Wie auf einem chinesischen Rollbild ragen glatte Felsen mit vereisten Wasserfällen empor. Die Busse halten, und 650 Südkoreaner kraxeln hintereinander steile Felspfade empor.

Vom trostlosen nordkoreanischen Alltag, der sie eben noch im Bus schockierte, spricht jetzt niemand mehr. Den meisten Touristen geht es wie dem Rentnerehepaar Lee. Die Lees, denen ihre erwachsenen Söhne die 660 000 Won pro Person teure Reise (etwa 1200 Mark) zum 60. Geburtstag spendierten, sind wegen der phantastischen Bergkulisse hier. Das unterscheidet sie von Tour-Teilnehmern, die im

Für den „Lieben Führer“ sprudelt Kumgang derzeit als eine der üppigsten Devisenquellen

November 1998 erstmals mit Hyundai-Schiffen zum Berg Kumgang pilgerten: Damals entzündeten die Besucher Weihrauchstäbchen und schickten unter Tränen Gebete in Richtung ihrer einstigen Heimat im Norden. In Lees Gruppe stammt dagegen kein

Teilnehmer aus dem Norden, und niemand hat dort Verwandte.

Schnell merken die Touristen allerdings, dass das Wunder Kumgang längst nicht so unberührt ist, wie im Prospekt angepriesen: An vielen besonders pittoresken Felswänden künden meterhohe, tief eingemeißelte Parolen des 1994 verstorbenen Staatsgründers Kim Il Sung vom totalen Machtanspruch der Kim-Dynastie.

Doch viele Hyundai-Touristen empfinden die Propaganda-Slogans als zusätzliche Attraktion: Lächelnd knipsen sich auch die Lees gegenseitig vor der Felskulisse mit der Aufforderung „Seid ehrgeizig!“

An einigen Rastpunkten hat das Regime einheimische Fremdenführer postiert. Die jungen Männer und Frauen sind die einzigen Nordkoreaner, denen die Landsleute aus dem Süden begegnen dürfen. Mit ihrer einheitlichen Dauerwelle über der Stirn und dem züchtig gebundenen Haar wirken die Hostessen, als seien sie einem Heimatfilm der fünfziger Jahre entsprungen.

Nervös achten die Hyundai-Begleiter darauf, dass niemand die Führer fotografiert, sie durch politische Fragen provoziert oder ihnen etwa Kekse zusteckt, was trotz aller Warnungen immer wieder geschieht.

Im vergangenen Sommer hielt Nordkorea eine Touristin aus dem Süden fünf Tage lang fest, weil sie einem Führer angeblich vom Leben im kapitalistischen Süden vorgeschwärmt hatte.

Diesmal aber zieht der Geist des toten Diktators Kim Il Sung die Touristen aus dem Süden in seinen Bann: An einer Wasserquelle weist eine Steintafel darauf hin, dass Kim 1973 an dieser Stelle die verjüngende Kraft des Wassers rühmte. Kaum haben die Touristen aus dem Süden die Worte gelesen, leeren sie hastig ihre mitgebrachten Mineralwasserflaschen und füllen sie stattdessen mit dem vom „Großen Führer“ gepriesenen Elixier. Rentner Lee

wirft sich gar auf die Knie und schlürft direkt aus der Wunderquelle.

Auf der Rückfahrt stoppt die Buskolonne an einer modernen Raststätte, die der Hyundai-Konzern gleichsam als Mittelpunkt des Natur- und Vergnügungsparks gebaut hat: Durch einen hohen Zaun spähen die Besucher auf das Dorf Onjongri, das am anderen Ufer eines von Soldaten bewachten, fast ausgetrockneten Flussbettes liegt. Den trostlosen Dorfalltag verbirgt eine Mauer.

In der Hyundai-Enklave herrscht dagegen Überfluss: Im überheizten Restaurant schlürfen die Touristen Nudelsuppen und schlecken Softeis. In den Souvenir-Läden

kaufen sie nordkoreanischen Schnaps ab zehn Dollar die Flasche, „Anti-Vergreisungs-Tee“ für drei Dollar sowie „Sexton“, einen nordkoreanischen Potenz-Trunk aus volkseigener Produktion, für 25 Dollar.

Hinter den Ladentheken wandern die Dollar bündelweise in Plastiktüten; später wird Hyundai dem Diktator Kim seinen Anteil an den Einnahmen nach Pjöngjang überweisen. Für den „Lieben Führer“, der Millionen seiner Untertanen verhungern ließ und nun wie ein bankrotter Gutsherr einen winzigen Teil seines Reiches als Freizeitpark geöffnet hat, sprudelt Kumgang derzeit als eine der üppigsten Devisenquellen – neben den Erlösen aus den Dro-

gen, die er schon seit Jahren ins Ausland schmuggeln lässt und dem Waffenverkauf.

Dagegen schreibt Hyundai-Patriarch Chung Ju Yung mit den Touren nach Kumgang rote Zahlen. Um seine Einnahmen zu erhöhen, will Hyundai demnächst ein Hotel nebst Casinos eröffnen und bis 2001 jährlich eine halbe Million Gäste nach Kumgang transportieren. In diesem Jahr sollen bereits 350 000 Besucher kommen. Der greise Hyundai-Gründer Chung, der selbst aus dem Norden stammt und Kim Jong Il im Oktober 1998 in Pjöngjang die Hand schüttelte, will nicht länger nur als Patriot handeln, sondern als Geschäftsmann auch Gewinne machen.

Mit dem Projekt Kumgang hat Chung allerdings für den Fall einer Wiedervereinigung seinen Landsleuten im Norden verheißungsvolle Startchancen gesichert. Demnächst will er eine große Industriezone an Nordkoreas Westküste errichten. Zugleich sichert sich Hyundai mit diesen Vorhaben das Wohlwollen der eigenen Regierung: Südkoreas Präsident Kim Dae Jung sieht in den Kumgang-Touren das bislang sichtbarste Zeichen für den Erfolg seiner „Sonnenschein-Politik“ gegenüber den feindlichen Brüdern im Norden.

Am nächsten Tag steht ein Zirkusbesuch auf dem Programm. In einer von Hyundai gebauten Halle (Eintritt: 30 Dollar) führen Akrobaten des Staatszirkus Pjöngjang ihre Kunststücke vor. Den stärksten Beifall erhält ein Clown, der seine Landsleute aus dem Süden brüderlich umarmt. Da brandet Wiedervereinigungsbeifall auf, einige wischen sich Tränen aus den Augen.

Am letzten Tag der Reise besuchen die Touristen eine weitere Hyundai-Enklave: ein modernes Thermalbad, dessen heiße Quellen angeblich gegen Hautkrankheiten, Muskelverspannungen und Stress helfen. Von seiner armseligen Umgebung ist das Bad durch eine hohe grüne Blechwand abgeschirmt. Dahinter erhebt sich eine kahle Bergwand mit den eingemeißelten Schriftzeichen für „Juche“ – so heißt Nordkoreas Autarkie-Ideologie.

Auf dem Rückweg zum Schiff drehen sich plötzlich alle Köpfe nach links: Auf einem Feldweg steht ein Mercedes aus den siebziger Jahren. Es ist eines von insgesamt drei altmodischen Modellen – zwei weitere stehen vor einem heruntergekommenen Feriendomizil für hohe Offiziere und Parteikader.

Auf den verrosteten Bahngleisen im Hafen von Changjon hocken drei Kinder und starren auf den Bus. Das Kleinste winkt den südkoreanischen Touristen zu – dann reißt ein älterer Junge ihm schnell die Hand herunter.

Das Kreuzfahrtschiff von Hyundai liegt hell erleuchtet am Kai. Die Stadt dagegen verschwindet ohne Strom in der stockdunklen Nacht. Als der Dampfer ablegt, erinnert der Lautsprecher an das Verbot, von Bord aus zu fotografieren. Die Warnung ist überflüssig: So weit das Auge auch reicht, die nordkoreanische Küste liegt im Finstern.

Das Erste, was die Südkoreaner am nächsten Morgen von ihrer heimischen Küstenlinie erblicken, kommt ihnen allerdings vertraut vor: Auch hier bei Tonghae versperrt ein Stacheldrahtzaun kilometerlang den Strand. Er soll Spione abwehren, die mit U-Booten aus dem Norden kommen.

So weit das Auge auch reicht, die Küste Nordkoreas liegt im Finstern

WIELAND WAGNER



Bergwerksgelände bei Donezk, Rettungsgruppen in der Unglücksmine Barakow: Bei 50 Grad Hitze liegend Kohle schaufeln

UKRAINE

Im Kreislauf der Katastrophen

Beim Grubenunglück von Krasnodon kamen 81 Kumpel ums Leben. Schuld an dem Desaster sind die elenden Arbeitsbedingungen einer ausgepowerten Industrie, die einst zu den Ikonen der Sowjetwirtschaft zählte.

Es wäre gelogen, wenn Ljudmila Michailewitscha sagen würde, die Katastrophenbotschaft aus der Barakow-Grube habe sie erschüttert.

81 Kumpel tot, von einer Methan-Explosion zerrissen, 660 Meter unter Tage erstickt – aber sie hat so etwas wie Genuß verspürt. Ihr war, als hätte Gott versucht, das Elend von Krasnodon auf breitere Schultern zu verteilen.

„Michailewitscha“, hatte die Nachbarin durch die Tür geschrien, „in der Mine hat es wieder geknallt, so schlimm wie noch nie.“ Doch die kleine Frau hat nicht geantwortet. Sie hatte verhärtet und abgemagert auf dem Sofa gesessen und auf das Foto ihres Mannes Alexander geschaut. „Den Sascha hat diese Grube schon voriges Jahr geholt.“

Sascha war ein lebenslustiger Mann, der sich beim Goldwaschen in Fernost bescheidenen Wohlstand erworben und schließlich sein Glück in der Barakow-Grube versucht hatte. Er profitierte ausgerechnet von einem jener Unglücksfälle, die in der grauen Maulwurfslandschaft rund um die Bergarbeiterstädte Lugansk und Donezk alle paar Wochen wie böse Gewitter hereinbrechen:

Im Schacht hatte es wieder einmal gebrannt. Ljudmilas Mann hatte als Erster gelöscht und den Einsturz des Stollens verhindert. „Dafür hat uns der Direktor die Dreizimmerwohnung besorgt, in einem Plattenbau neben der Grube – ein Lottogewinn für eine fünfköpfige



Bergarbeiter-Witwe Michailewitscha
„Ich ertrage die Verhöhnung nicht mehr“

Familie, die vorher in einem Schuppen vegetierte.“

Doch dann begann auch für die Michailewitschs das Unglück. Die Kraftwerke bezahlten die Kohle nicht mehr, die Zechen den Kumpels nicht mehr den Lohn. Die Bergarbeiter schlugen vor der Gebietsverwaltung in Lugansk Zelte auf, um die Regierenden in Kiew auf ihr Elend aufmerksam zu machen. Tag für Tag hockten sie auf dem Asphalt, Woche für Woche.

Nach einem Besuch ihres Mannes fand Ljudmila einen Zettel auf dem Tisch: „Verzeiht mir, aber ich ertrage die Verhöhnung nicht mehr. Ich weiß nicht, was in diesem Land vor sich geht, und wer schuld daran ist. So aber kann ich nicht leben.“

Es war zehn vor vier in der Früh, als ein Polizist mitten in Lugansk die lodrende Flamme sah. Er hatte zuerst an brennende

Autoreifen gedacht. Dann aber wankte die Fackel gegen einen Baum, fiel, stand wieder auf, stürzte erneut. Sie wälzte sich auf der Erde – Schreie waren zu hören.

„Sascha war 35“, sagt Ljudmila und weint leise vor sich hin, „er hat es nicht mehr ausgehalten.“ Die Bosse von der Barakow-Mine haben die Beerdigung bezahlt und die Witwe vergessen. Einen Arbeitsplatz haben sie ihr nicht verschafft. Es gibt keine Jobs mehr in Krasnodon, außer in den ausgepowerten Gruben, bei deren Besichtigung ein britischer Gewerkschaftsfunktionär jüngst sagte, er habe so etwas bislang nur in Bolivien gesehen.

Es ist ein unheimliches unterirdisches Labyrinth, das sich knapp tausend Meter tief unter der Ostukraine erstreckt: 60 Grad schräge Flöze, nicht mal einen Meter hoch, in denen die Bergleute liegend oder kniend Kohle schaufeln – bei 50 Grad Hitze, mit Badehose und Helm bekleidet.

„Und so was war die Ikone der Sowjetwirtschaft“, höhnt Hauer Valentin Jurman: „Ungebildete Bauern haben sie vor 70 Jahren in die dunklen Gruben gejagt und zur privilegierten Klasse erklärt – sie zahlten ihnen fünfmal mehr als einem Arzt.“ Technisch hat sich unten wenig getan. Seit so etwas wie Marktwirtschaft regiert, rackern die Kumpel auf unrentablem Terrain. „Wir sind zum letzten Dreck degradiert“, sagt der Hauer.

Jurman ist 50, muskelbepackt wie Bud Spencer, doch von erschreckender Kurzatmigkeit – jedes Wort, das er durch seine



Stummelzähne pfeift, strengt ihn an. Er wohnt in einem Häuschen des Schachtes „Beloretschensk“, nicht weit von Krasnodon. „Wahnsinn, reiner Wahnsinn“, hat Jurman gemurmelt, als er von dem Unglück hörte. Aber auch er hat weniger an die 81 Toten gedacht als an sich selbst: Hätte die Gebietszeitung nicht um ein Haar jetzt auch seine Todesanzeige gebracht?

Die Nachtschicht am 29. Februar in Streb 1 des westlichen Flözes, 725 Meter tief, war fast zu Ende. Jurman hatte mit zwei Kollegen eine Ventilationsstrecke ausgebaut. Da brach hinter ihnen der Stollen ein.

Die drei saßen in einer Höhle fest. „Auf 40 Metern war der Streb verschüttet – wir haben doch kaum noch Holz, um die Gänge abzustützen. Kein Lichtstrahl mehr, keinerlei frische Luft, das war’s dann, dachte ich.“

Oben trommelten sie die 150 besten Hauer aus dem Gebiet zusammen. Die Männer trieben nebenan einen Rettungstunnel durch das Kohleflöz. Nach 24 Stunden waren gerade acht Meter weggehobelt, dann fraßen sich die Bohrer fest. Als der Ersatztunnel den Streb erreichte, war der an dieser Stelle leer – die Decke war gleich an mehreren Stellen eingebrochen.

„Zum Glück hatten wir keine Uhren dabei – aber auch keine Sauerstoff-Selbstretter“, erinnert sich Jurman. „Wir lagen auf der Erde, mit ausgeschalteten Lampen, die Akkus sind kaum noch aufladbar. Und dann bemerkten wir das Gas: Du hebst nur den Kopf, schon hämmern die Schläfen, und alles dreht sich. Zehn Prozent Methan zeigten die Geräte, das Fünffache der Norm. Wir haben sie ausgeschaltet; eigentlich kein schlechter Tod: Du schläfst einfach ein und wachst nie wieder auf.“

Am Abend des 2. März geschah das Wunder: Die Rettungstrupps spürten die Verschütteten auf. „Wir sind aus dem Loch geflutscht wie der Korken aus der Flasche. Nie wieder dort hinunter“, hat Jurman geschworen. Dabei weiß er, dass ihm nichts anderes übrig bleibt: Nach dem Genesungsurlaub wird er erneut einsteigen.

„Wieso denn, du Dummkopf?“, kreischt Gattin Walentina und reißt ein Bündel Quittungen aus der Schrankwand. „Da, im Januar haben sie dir 30 Prozent des Lohns gezahlt, im Dezember mal 40. Das waren 160 Griwna, nicht mehr als 30 Dollar. Und wie viel dir das Werk aus früheren Jahren schuldet, weißt du gar nicht mehr.“

Gut, das mit dem Lohn geht allen so in Beloretschensk. Aber dass die Grubenleitung ihr nicht einmal mitgeteilt hat, dass Walentin verschüttet ist, verzeiht sie denen nie. Sie hat es von den Babuschkas auf dem Markt der früheren „Muster-Sied-

Marode Zechen

In den 270 Kohlegruben der Ukraine arbeiten rund 400 000 Bergarbeiter.

Kohlefördermenge
in Millionen Tonnen



Tödliche Arbeitsunfälle
im ukrainischen Bergbau



Walentina Amelina, Grab des Sohnes Wladimir
„Wenn der Tod kommt, kommt er halt“

lung“ erfahren, deren Häuser nach 40 Jahren voller Risse sind, wo es kein Wasser gibt und Toiletten nur auf dem Hof.

Protestieren, streiken? „Da macht kaum noch einer mit“, sagen die Frauen auf dem Markt. Die Gewerkschaft stecke mit dem Direktor unter einer Decke. Es sei wie beim Zaren: „Hausherr ist Hausherr, und das ist hier allein der Direktor.“

Wiktor Kubajew, der Gewerkschaftschef des Bergwerks, sitzt tatsächlich gleich neben dem Grubenboss. Ja, sagt er nicht ohne Häme, die Schreihäule, die sich nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion als „unabhängige Gewerkschafter“ profilieren wollten und zuerst die Kommunisten aus den Schächten verjagten – „die sind längst wieder weg“. Doch die Macht des jetzigen Alleinherrschers beschränkt sich darauf, den Direktor um Seife für die Waschkauen zu bitten oder um härteres Auftreten gegenüber säumigen Kohlekäufern.

Natürlich weiß der 60-Jährige, dass auch seine Grube am Rande der Katastrophe balanciert. Er weiß, dass die Kumpel die Pausen nach den Sprengungen nicht mehr einhalten, in denen die Flöze zur Ruhe kommen sollen, dass auch die Ventilation schadhaft ist. Und dann der Staub: „Die Wassersprenger an den Schrämmaschinen sind defekt, du siehst die Hand vor Augen nicht – 2000 Milligramm Staub pro Kubikmeter statt der erlaubten 10“, sagt Kubajew.

130 Griwna (rund 48 Mark) braucht der Schacht für die Förderung einer Tonne Kohle, die im Verkauf nur die Hälfte bringt, den Rest soll der Staat decken. Bares gibt es selten. An die besser gestellten Stahlhütten dürfen die Bergwerke nur über Zwischenhändler verkaufen. Die zahlen wenig, verhökern jede Tonne aber mit 100-prozentigem Aufschlag. „Steinreich sind die, während wir nicht einmal Helmlampen anschaffen können – eine einzelne kostet umgerechnet drei Tonnen Kohle.“

Streiken? Der Alte will sich totlachen. Am 7. Februar haben sie wie 111 andere Schächte keine Kohle gefördert, um die Regierung zur Verdoppelung der Subventionen zu zwingen – noch ist Winter, und die Kraftwerke haben kaum Vorräte. „Was aber hat Kiew gemacht? Die haben sofort 30 000 Tonnen Kohle in Russland und Polen eingekauft und gesagt: Streikt nur, die Schächte müssten eh geschlossen werden.“ Die Kumpel sollten es wissen: Der Staat ist selbst fast bankrott.

Sie werden daher dieses Jahr statt bisher 1000 Tonnen täglich 2000 hochholen müssen, aus einem neuen Flöz. Das heißt: Es wird noch öfter knallen in der Grube als bisher. Kubajew blickt müde zum Fenster hinaus, wo einige Kumpel ihren Lohnab-

schlag vertrinken. Andere drücken sich am Schrottplatz herum, den ein Privatmann nebenan eröffnet hat. „Die Männer klauen selbst die Ketten von den Förderbändern und schmuggeln sie unter den Jacken hoch, für 40 Pfennig des Kilo Metall.“

Metalldiebstahl als Mittel der Lohnersatz-Beschaffung: In Wohnhäusern werden Aufzüge ausgeschlachtet, auf Bahnhöfen Eisenbahnzüge geplündert. In Donezk fuhr Anfang März zwei Stunden lang kein Trolleybus mehr: Plötzlich fehlten 60 Meter Oberleitung. Ein Polizei-Major wurde verhaftet, der mit Komplizen in mehreren Betrieben Eisenbahngleise ausgebaut hatte.

So weit ist Maxim Tkatschenko, 21, noch nicht gesunken. Der hagere Hauer vom Schacht „Skatschinski“ sitzt mit zwei gebrochenen Fingern zu Hause. Sein Steiger hat ihn dringend gebeten, den Arbeitsunfall nicht zu melden – das bringe Ärger. Er soll sich zu Hause auskurieren, im Schacht werde er als „anwesend“ geführt.

In „Skatschinski“ kamen 1998 bei einer Explosion 63 Kumpel um, diesen Januar 4. Maxim konnte sich bei der Katastrophe vor zwei Jahren retten. „Den Chefs kommen die Unglücke zupass“, glaubt er: „Der Präsident fliegt zur Trauerfeier ein, es gibt Staatshilfen, Schulden werden gestrichen. Die profitieren von den Toten.“

Von den Lebenden wohl auch. Die Direktoren, so heißt es, halten den Lohn zurück, um die Gelder auf der Bank arbeiten zu lassen. Familie Tkatschenko dagegen hat gerade einen Mahnbrief vom Städtischen Kommunaldienst erhalten: Sie schulde für Heizung und Warmwasser bereits 2532 Griwna, über sechs Monatslöhne. Werde das Geld nicht binnen 20 Tagen gezahlt, drohe Pfändung des Eigentums. „Eine leere Geste, sie wissen selbst, hier hat niemand mehr Geld“, lacht Maxim. Nur mühsam wird der Schein einer funktionierenden Gesellschaft gewahrt.

Eng ist der Kreislauf des Lebens in „Skatschinski“. Der Friedhof ist gleich neben dem Schacht, dort liegen die Opfer der bisherigen Katastrophen. Wladimir Amelin ist mit 28 gestorben. Es regnet in Strömen, doch Mutter Walentina, 67, kommt auch heute zum Grab. Nach altem Brauch legt sie Eier und ein Stück Wurst auf die Bank und deckt den Stein mit Plastikfolie ab. Die Metalltafeln mit den Namen der Toten sind fast überall geklaut, auch die Eisenketten vor den Gräbern.

„Du hättest sie anschweißen lassen müssen“, hat ihr jüngster Sohn sie gerügt, der im Schacht Nr. 21 arbeitet. Der Mutter ist anderes wichtiger: „Ich bitte den Jüngsten jeden Tag, nicht mehr einzufahren, damit es ihm nicht wie Wladimir ergeht. Doch er sagt: Es ist unser Schicksal. Wenn der Tod kommt, kommt er halt.“

Mutter Walentina schlurft davon. Kaum ist sie 100 Meter weit, sind Eier und Wurst verschwunden. Zwei Obdachlose haben die Totengabe eingesteckt. CHRISTIAN NEEF

Werbeseite

Werbeseite

BRASIL IEN

Das Gesetz des Dschungels

Mit seinen Schnellgerichten im Amazonas-Delta führt der kleine brasilianische Bundesstaat Amapá dem Rest des Landes vor, wie wirksam und bürgernah Justiz sein kann. *Von Matthias Matussek*

Gott ist überall an diesem ewig grünen Schöpfungsmorgen. Besonders aber ist er auf den Booten hier im Amazonas-Delta, den kleinen Frachtern, die im Strom treiben, und den Fischerkähnen vor den Pfahlsiedlungen, die unvermutet aus der Uferwildnis auftauchen. Sie tragen Namen wie Stoßgebete. Sie heißen „Herr sei mit uns“ oder „Barmherziger Jesus hilf“. Eine Litanei aus Bootsplanken. Wo der höchste Richter so inbrünstig angefleht wird, sind die Menschen entweder sehr fromm – oder sehr ohnmächtig.

Da ist die „Almirante do Brasil“, die den Canal do Norte abwärts tuckert, aus profanem Holz. Sicher, auch sie hat einen Heiligen, den eine ungeübte Hand an die blätternde Kajütenwand des Oberdecks gepinselt hat. Aber selbst der Kapitän weiß nicht mehr, wer da eigentlich beschworen werden sollte.

Schönheitspreise wird sie nicht mehr einfahren. Der Fernseher, der über dem Heiligenschein angeschraubt ist, hat längst den Geist

aufgegeben. Und der Schiffskoch unter Deck kann den Motor, eine unberechenbare Höllenmaschine, selbst beim Kartoffelschälchen nicht aus den Augen lassen. Zwei Bänke, ein paar Hängematten, ein Tisch, sonst nichts. Kein Zweifel: Die „Almirante“ hat bessere Tage gesehen.

Doch für Ademar de Jesus, den Halb-indianer, ist ihr Anblick die Offenbarung. Schon als sie in der Flussbiegung auftaucht, lässt er seinen Einbaum zu Wasser. Er wartet reglos, bis das Schiff Anker wirft. Dann paddelt er, mit kräftigen Stößen, hinüber. Er ist nicht der Einzige. Zahllose Boote lösen sich aus den Schatten des grünen

Ufersaums. Die „Almirante“ wird heiß erwartet. Sie bringt nicht das Himmelreich, aber sie bringt – Gerechtigkeit.

Sie ist ein „Juizado Fluvial“, ein schwimmender Gerichtssaal mit Richter, Staatsanwalt, Verteidiger. Dazu Assistenten, Sozialarbeiter, Beurkundungsbeamte, der ganzen Apparat also, der sonst nur reichen Städtern zur Verfügung steht – Justitias ambulante Notstation im Regenwald, in einem malariaverseuchten Nebenarm des Amazonas.

Ademar vertäut seinen Einbaum am Bootsheck und schwingt sich an den Latten der Außenwand aufs Oberdeck. Er trägt sein bestes Hemd, das schwarzrote Trikot von Flamengo mit der Nummer 11 von Fußballgott Romário. Romário kickt zwar inzwischen in einem anderen Verein, aber das Unrecht, das Ademar erlitten hat, liegt auch schon eine Weile zurück.

Heute, endlich, wird er siegen. Heute hat er „das Gefühl, wieder ein Mensch zu sein“. Er tritt

Justizboot „Almirante do Brasil“, Amazonas-Delta
„Unsere Richter sitzen nicht im Elfenbeinturm“



vor den Richtertisch, sitzt und trägt seine Sache vor.

Ademar lebt mit seinen Söhnen von dem, was der Wald hergibt. Von Açai-Beeren und Palmenherzen, die er an Händler verkauft. Er hatte seine Ruhe – bis zu dem Tag, als die Rinder des reichen Nachbarn seine Pflanzung verwüsteten. Er zählt auf: „500 Bananenstauden, 50 Zuckerrohrstauden, 12 Cajazeira-Bäume“.

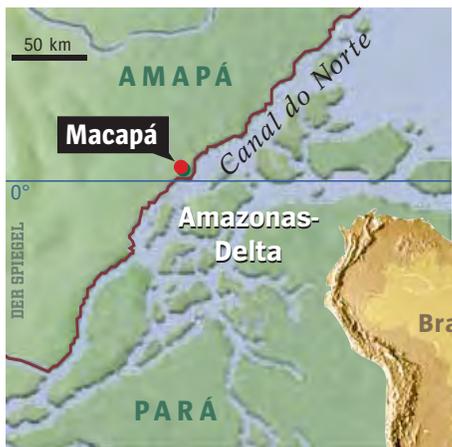
Als er den Fazendeiro, Manuel Marquez Vaz, zur Rede stellte und Schadensersatz verlangte, wurde er von ihm ausgelacht. „Geh zum Bischof“, sagte der lässig, eine Redensart aus der Kolonialzeit: Dir hilft keiner hier draußen.

Hier draußen ist der Katholizismus, was er nach dem großen brasilianischen Soziologen Gilberto Freire schon immer war: „Moralisches Gesundheitsamt, eine Quarantänestation der Seelen“ – und ein Misstrauensantrag an jede weltliche Instanz.

Aber was macht man mit denen, die sich nicht an die Zehn Gebote halten? Manchmal möchte man doch schon im Diesseits Recht bekommen.

Fabio Santana, der junge Richter, wirkt im Gewimmel an Bord wie ein idealistischer Arzt in der Notaufnahme. Sie brauchen alles, sagt er mit einem Blick auf seine zerlumpte Klientel. Schulen, Medikamente, Maschinen, Saatgut. „Doch am dringendsten brauchen sie das Recht.“

Er klingt pathetisch, aber das liegt in der Natur der Sache: Das Recht ist das Licht der Aufklärung, der Anfang jeder Zivilisation, ist Entwicklungshilfe der elementars-



ten Art. Fabio hat in São Paulo studiert, hat die Discos genossen, die Sambas, die Siege seines Fußballvereins. Und nun? Er wird gebraucht. Sein Idealismus leuchtet auf besondere Weise, denn die brasilianische Justiz gilt als eine der schlechtesten und korruptesten der Welt. Der Regenwald ist gesetzlos, der Rest des Landes ist es erst recht.

„Brasilien“, so kommentierte das Nachrichtenmagazin „Veja“, „ist das Land der Strafflosigkeit.“ Urteilsfindungen werden notorisch verschleppt. Ein Arbeitsgerichts-



Richter Santana (l.), Landbesitzer de Jesus: Im Einbaum zum Termin

prozess kann gute zehn Jahre dauern. Nach den Entrechtungen der Diktatur hat das brasilianische Gesetzbuch unzählige Einspruchsmöglichkeiten geschaffen, ein Umstand, den sich heute vorwiegend Konzerne zu Nutze machen, wenn sie sich um Steuerzahlungen drücken wollen.

Brasilianische Justiz ist eine der Eliten. Verurteilt werden in der Regel nur die, die sich keinen Anwalt leisten können – sie stellen 98 Prozent der Gefängnis-Population. Wer Geld hat, kommt davon. Fußballstar Edmundo, der bei einem Autounfall vor fünf Jahren drei Menschen getötet hat, kickt weiter – gerade hat er erneut Berufung gegen seine Gefängnisstrafe eingelegt.

Und während sein Vereinskollege Romário innerhalb von drei Monaten seine Millionen-Scheidung über die Bühne bringen kann, muss die Hausangestellte von nebenan über ein Jahr prozessieren, um an ihre Witwenrente von 90 Mark zu kommen.

Nach dem Mord an einem Richter, der im letzten Jahr vor dem Senat gegen korrupte Kollegen aussagte, wurde jetzt eine Untersuchungskommission ins Leben gerufen. Von einer „dramatischen Justizkrise“ spricht Kommissionsmitglied Ferreira: „Wir müssen dafür sorgen, dass die Justiz wieder ernst genommen wird.“ Ein erster Anfang wäre, dass die Justiz sich selbst wieder ernst nimmt, sich und ihren Auftrag.

Ausgerechnet im entlegenen Regenwald, an der Grenze zu Französisch-Guayana, wird dieser Anfang gemacht, in Amapá, das als eigener Bundesstaat erst seit zehn Jahren existiert. Die Attraktion der Hauptstadt ist ein Fußballfeld, dessen Mittellinie genau auf dem Äquator verläuft. In Macapá tritt die Nordhalbkugel der Erde gegen die Südhälfte an – und das codifizierte Recht gegen die Anarchie der Tropen. „Unsere Richter sitzen nicht im Elfenbeinturm“, sagt Gerichtspräsident Luiz Carlos

Gomes dos Santos, „sie lösen Probleme dort, wo sie auftauchen.“ In Macapá gibt es eine Notrufnummer für Schnellrichter bei Verkehrsunfällen – innerhalb von 20 Minuten sind sie zur Stelle und entscheiden Streitigkeiten vor Ort.

Dos Santos' Rekrutierungsprogramm an den juristischen Fakultäten zeigt Erfolge. In Amapá kommt ein Richter auf 10 000 Einwohner. Damit ist die juristische Grundversorgung dreimal so gut wie im Rest des Landes. Hier ist Justiz, was sie nie zuvor in der brasilianischen Geschichte war: eine effiziente Eingreiftruppe, die zumindest in Streitfällen bis zu 3000 Mark schnell entscheidet. Vor allem aber ist sie nicht nur für die Reichen da.

Die Klientel, die während der einwöchigen Tour der „Almirante“ auf den Bänken an der Reling Platz nimmt, würde kaum ein Anwalt in sein Vorzimmer lassen: die jungen Mütter, die ihre Kinder säugen, die Alten mit zerrissenen Hemden, alle barfußig, Analphabeten die meisten.

Allerdings ist das Auge des Gesetzes auch nicht gerade fernsehreif. Eine Zirkustruppe sieht würdevoller aus. Richter Santana hat nach drei Nächten in der Hängematte auf seine lange Hose verzichtet. Nun trägt er Shorts und Badelatschen. In den Verhandlungspausen büffelt er Spezialrecht – an der „Escola da Magistratura“ in Macapá bildet er weitere junge Richter aus.

Die schöne Staatsanwältin Alessandra Moro in ihrem Calvin-Klein-T-Shirt liest Liebesromane und hört Céline Dion im Walkman. Ihre Assistentin Zara dagegen hat aufgehört zu schmachten. Sie hat die Trennung von ihrem Freund überwunden. Nun bearbeitet sie einen Wälzer über die „Brasilianische Frauenbewegung“ mit dicken, wütenden Unterstreichungen und schwört Rache: „Ich werde jedem Kerl in Zukunft die Eier abreißen.“

Juarez Gonçalves Ribeiro, der Pflichtverteidiger, spielt Domino mit Tiago von

der Umweltbehörde und lässt seine Rolex-Imitation blitzen. Natürlich träumt er vom großen Auftritt, vom glänzenden Sieg in einem aussichtslos erscheinenden Prozess. Hier kann er seine Klasse zunächst nur intern unter Beweis stellen – in einem brillanten Kreuzverhör während des Frühstücks überführt er den Schnarcher der vergangenen Nacht.

Amapás juristische Elite von morgen. Sie stellt nicht das jüngste Gericht, sondern ein junges. Sie ist unerfahren, sicher, aber auch unkorrupt. Während sich das dick verdienende Justiz-Establishment in Brasília mit Streikdrohungen gerade eine obszöne „Wohngelderhöhung“ von 3500 Mark erpresst hat – gleichzeitig diskutiert das Land eine Anhebung der Mindestlöhne auf 200 Mark –, sind die jungen Juristen an Bord im Basiseinsatz.

Hier, auf dem Schiff, geht es um elementare Dinge wie Registrierungen. Kaum einer der Flussbewohner hat Papiere, doch ohne sie gibt es weder Gesundheitsfürsorge noch die bescheidene Mindestrente, und so tritt die alte Nazarée, spät im Leben, vor den Richtertisch. Sie ist mit ihrem erwachsenen Sohn erschienen, der ihre Identität bezeugen soll. Wie alt er ist? „Wie soll ich das wissen“, sagt sie. „Ich weiß ja noch nicht mal, wie alt ich selber bin.“

Ein anderer, Gonçalves, hat eine jener Geburtsurkunden, die durchreisende Lokalpolitiker in Wahlkampfzeiten zu dutzenden zu verteilen pflegen, um registrierte Wähler zu gewinnen. Das Problem: Die Papiere weisen den Mann als Maria aus. „Zur Frau geworden?“, lächelt Fabio. „Na, heutzutage ist ja alles möglich.“ Dann setzt er seine Unterschrift unter die neue Registrierung, Gonçalves quittiert mit seinem Daumenabdruck.

Am Nachmittag traut der Richter Luiza und Roberto, das vierte Hochzeitspaar in Folge. Mit Schwung und Feuer hält er seine Standardrede und gemahnt die beiden, dass eine Ehe nicht nur „Sinneslust und Wonne bedeutet, sondern auch Pflichten und Treue“.

Die beiden nicken ernst. Und ein wenig irritiert. Sie sind weit über 60 und leben schon seit Jahrzehnten zusammen. Nicht nur Lust also, doch wie jede Eheschließung hat auch diese ihren Zauber, und selbst die Staatsanwältin verlässt für Momente ihren Schmöker, der im kühlen, schneereichen Montana spielt, und schaut schimmernden Auges auf.

Ademar de Jesus ist mittlerweile in dunkles Brüten verfallen. Sein Prozessgegner ist nicht erschienen. Wieder nicht. Sollte der Fazendeiro

tatsächlich davonkommen? Jeder andere brasilianische Richter hätte, Schulter zuckend, eine erneute Vertagung anberaunt. Nicht hier. Hier besteigt Assistentin Maria José mit einer Vorladung das Schnellboot. Dann jagt sie, gemeinsam mit dem Militärpolizisten Balieiro, den Fluss hinauf.

Adressenangaben im Regenwald sind eher vage. Vier oder fünf Flussbiegungen, linke oder rechte Seite? Sie müssen zweimal anlegen und nachfragen. Und beide Male werden sie von den Pfahlbauern am Ufer beschenkt – keiner kann den Fazendeiro leiden. Kürbisse, Paranüsse, Palmenherzen wandern ins Boot und jede Menge guter Wünsche für Ademar.

Die Fazenda ist schon von weitem an der großen Parabolantenne zu erkennen, ein zweistöckiger Pfahlbau, die Rinder liegen wiederkäuend dahinter auf einer Weide. Manuel ist nicht da. Dafür zwei angekettete Schäferhunde, die der Polizist mit einem Paddel in Schach hält. „Weit kann er nicht sein“, meint er, „sonst würde das da nicht vor der Tür stehen.“

Das da: ein Fahrrad. Der Polizist starrt darauf wie auf ein Raumschiff. Das ist echter Luxus. Es kann nichts Sinnloseres, nichts Verschwenderischeres, ja: nichts Hochmütigeres geben als ein Rennrad in den Ufersümpfen des Amazonas.

Die beiden warten bis in die Dämmerung hinein. Schließlich gibt Maria José auf. „Wir machen Hackfleisch aus dir“, ruft sie hinüber in den verblässenden, tintigen Palmenwald am Rande der Lichtung. Nun

hat der Fazendeiro nicht nur Ademar verhöhnt, sondern auch sie. Und das nimmt sie persönlich. Vor allem zwingt er sie, im Mondlicht zur „Almirante“ zurückzufinden, und nachts ist der Strom gefährlich, weil treibende Baumstämme kaum zu erkennen sind.

An Bord der „Almirante“ macht Fabio kurzen Prozess. Der Fazendeiro Manuel wird in Abwesenheit zur vollen Höhe des



Staatsanwältin Moro (r.), Klägerinnen
Entspannung mit Liebesschmökern

von Ademar berechneten Schadens verurteilt. Rund 700 Mark. „Das sind mindestens zwei Rinder.“ „Oder ein Fahrrad“, sagt Maria José grimmig. Das Urteil wird in den Laptop getippt, ausgedruckt, mit Stempeln versehen und Ademar in die Hand gedrückt. Er lächelt. Ja, es gibt einen Gott, doch wie schön ist Gerechtigkeit schon hier, im Dschungel.

Urteilsvollstreckungen werden ernst genommen im Juizado Fluvial – am Vortag hatte Maria José bei einem Palmenherzenhändler, der einen Lohn schuldig geblieben war, ihren Kuckuck geklebt. Doch das alles heißt nicht, dass die irdische Gerechtigkeit nicht auch ihre Grenzen hätte.

Am frühen Morgen, während die ersten Sonnenstrahlen die violetten Nebel über dem Fluss zerreißen und Schwärme kleiner Papageien kreischend aus den Baumkronen aufsteigen, legt die „Almirante“ an der Polizeistation Juerazinho an – zehn Pfahlbauten, eine Zelle.

Locadi Santana ist des Mordversuchs an seinem Bruder Fernando angeklagt. Der Polizist übergibt Maria José ein 36-mm-Gewehr, eine Machete – Beweismittel aus einem Familienstreit, in dem Hass, Neid und Rachsucht ineinander verwoben sind, archaisch wie ein Kapitel aus dem Alten Testament.

Fernando, der Ältere, will eine Schuld bei seinem Bruder entreiben. Als er ihn nicht vorfindet in seiner Hütte, lärmt er,



Fußballstar Romário, Ehefrau: Millionen-Scheidung in Rekordzeit

dass er ihn umbringen werde. Locadi, der hinter dem Pfahlbau gekauert hat, läuft in den Wald und lauert seinem Bruder auf. In einer mondlosen Nacht kommt es zum Showdown. Keine Zeugen. „Da waren nur wir“, sagt Locadi düster. „Wir beide und Gott.“

„Ich habe ihn angefleht um mein Leben“, ruft Fernando. Hasserfüllt wendet er sich an seinen Bruder: „Ich habe zwölf Kinder zu versorgen und du nur fünf.“ Nur durch einen Sprung in den Fluss habe er sich retten können. Locadi fährt auf. „Wenn ich nicht geschossen hätte, hätte er mich mit der Machete getötet.“

Es ist früher Nachmittag, als der Prozess beginnt. Das Dorf schaut vom Anleger aus zu. Kinder hängen an den Latten der Bordwand. Das hier ist besser als Fernsehen.

Fernando, ein gedrungener krausköpfiger Bulle, trägt ein fleckiges T-Shirt der Jugendolympiade von 1998, doch ein Unschuldslamm ist er sicher nicht. Er hat bereits 14 Jahre wegen Mordes gesessen – Drohungen, die er ausstößt, sind durchaus ernst zu nehmen. Ihm gegenüber Locadi, der Angeklagte, ein nervöses Wiesel, wie Al Pacino in „Hundstage“. Er trägt ein zerfleddertes Wahlkampf-Käppi mit der Telefonnummer eines Kandidaten, der es nicht geschafft hat.

Pflichtverteidiger Juarez läuft kettenrauchend auf und ab. Er muss den Mordversuch vom Tisch bringen. Das hier ist



Angeklagter Santana

zwar nicht der O.-J.-Simpson-Prozess, aber Publikum ist Publikum. „Du wolltest ihn doch nicht töten, nicht wahr!“, ruft er seinem Klienten zu. „Doch“, protestiert der, gekränkt in seiner Mannesehre. „Nein, wolltest du nicht“, insistiert der Anwalt. Jetzt versteht Locadi. „Nein? Na gut, dann eben nicht.“

Was er seinem Bruder schulde? In einer Verhandlungspause wird der Krepel herbeigeschafft: ein Fischernetz, ein Reifenstück, um Wasser zu schöpfen, so wie als Hauptsache ein

Kassettengerät im Neuwert von 60 Mark. Um so etwas wird gemordet? Nein, die Geschichte zeigt: Kriege brechen über so was aus.

Die Brüder sind nicht die Einzigen, die sich an diesem Tag hasserfüllt gegenüberstehen. Ein endloser Strom von Klägern tritt vor den Richtertisch. Landstreitigkeiten, Rufmord, Scheidungen, Sorgerechtsvergaben. Der Regenwald ist nicht unschuldiger als die Stadt – und manchmal eine ganze Ecke wahnsinniger. Einer möchte seine verstorbene Tochter exhumieren und umbetten lassen. Sie sei ihm im Traum erschienen und habe ihm gesagt, dass sie sich dort, wo sie liege, nicht wohl fühle. Juarez redet ihm die Sache aus.

Längst ist es Nacht, längst haben sich Moskitoschwärme über Schuldige und Unschuldige gleichermaßen hergemacht, als Fabio die Brudersache weiterverhandelt.

Er versucht zu schlichten. Er appelliert: „Bedenkt doch, ihr habt dieselbe Mutter und denselben Vater.“ „Der Vater ist nicht derselbe“, korrigiert Fernando störrisch.

Irgendwann spricht der Richter sein Urteil: Locadi wird seinem Bruder die Schuld zurückzahlen. Und wegen der Körperverletzung wird er 32 Stunden unentgeltlich in einer kommunalen Einrichtung arbeiten. „Geht euch in Zukunft aus dem Wege“, mahnt er.

Gegen den sozialen Arbeitseinsatz protestieren Angeklagter und Ankläger gleichermaßen. Juarez: „Wie soll mein Klient den Schaden ersetzen, wenn er kein Geld verdienen kann?“ Doch die Staatsanwältin bleibt hart. Sozialeinsatz, so steht es in den Vorschriften. „Prima“, zischt der Verteidiger. „Du wirst es weit bringen, Mädchen, du kennst die Vorschriften.“

Als einer der Letzten verlässt Fernando in dieser Nacht das Gerichtsschiff. Finster hat er auf die Flut gewartet, um sein Boot klarzumachen. „Ich habe für alles bezahlt in meinem Leben“, knirscht er. „Auch mein Bruder wird bezahlen.“ Was das bedeutet? „Auge um Auge“, sagt er. Dann schwingt er sich über die Reling. Kurz darauf treibt er stromabwärts, eine dunkle Silhouette im Mondlicht auf dem Fluss.

Der Regen, der noch in der Nacht einsetzt und am nächsten Morgen den Flusslauf anschwellen lässt, ist nicht von der Art, der alle Schuld fortwaschen würde. Es ist ein warmer, stickiger Regen, der auf die Anlegerplanken prasselt und die Menschen an den Ufern in ihren Hütten gefangen hält, ein Regen, der Keime ausbrütet und Racheplänen Nahrung gibt, eine dampfende Wand, die undurchdringlich bleibt für Vernunft und Gesetz.

Doch hier, im äußersten Norden des Landes, wird das Recht nicht kapitulieren. Offizier Aderaldo vom „Batalhão Ambiente“ besteigt sein Schnellboot und begibt sich auf Patrouille. Der Motor pflügt durchs Wasser und wirft giftige Blasen, der Regen peitscht waagrecht ins Gesicht, und im Heck steht unbewegt Aderaldo, das Halbblut, eine Hand auf der Waffe, die andere am Ruder des Außenbordmotors.

Er manövriert waghalsig. Er weicht treibenden Baumstämmen und schwimmenden Teppichen von Schlingpflanzen aus. Seine Augen suchen die Ufer ab – nach Wilderern, die Wasserschweine schießen, nach illegal geschlagenen Lichtungen, nach Schmugglern. Nach anderthalb Stunden Fahrt, durchnässt bis ins Mark, legt er am Steg einer Pfahlbausiedlung an, in der es öfter Ärger gibt, Saufgelage, Streit, Schießereien. Eine trostlose Reihe von schiefen Hütten und ein Name wie aus dem Gelobten Land: Palestina.

Gottes Gelobtes Land? „Das hier ist das verdammte Ende der Welt“, sagt Aderaldo, „und darum müssen wir uns schon selber kümmern.“



Ausgabe von Dokumenten auf dem Justizboot: „Wie soll ich wissen, wie alt ich bin?“

Werbeseite

Werbeseite

FEMINISMUS

Gefletschte Zähne

Ein Club zorniger Frauen lehrt französische Machos in Politik und Öffentlichkeit das Fürchten.

Das Restaurant Fouquet's auf den Champs-Élysées ist eine über Paris hinaus berühmte Institution. Der frühere Kulturminister Jack Lang, der jetzt gern Bürgermeister der Hauptstadt werden würde, setzte es auf die Liste denkwürdiger Stätten. Vor und nach dem Krieg war das Lokal ein Treffpunkt prominenter Cineasten, der populäre Schauspieler Jules Raimu hatte dort sein zweites Zuhause.

Über dem Tresen des hundert Jahre alten Etablissements hängt seit eh und je ein Schild, das „Damen ohne Begleitung“ den Zutritt zur Bar verbietet. Seit kurzem trägt es freilich den Zusatz: „Historische Erinnerung, heutzutage ohne Gültigkeit.“

Den klärenden Hinweis hat eine pffiffige Organisation angebracht, die sich „Chiennes de garde“ nennt. Die „Wachhündinnen“ haben sich vorgenommen, Frauenfeindlichkeit im öffentlichen Leben aufzuspüren und die Urheber sexistischer Entgleisungen lautstark zu verbellen.

So zeigten sie auch der Leitung des Fouquet's die Fangzähne, als an einem späten Sonntagnachmittag zwei junge Frauen, Nadine Diatta und Elisabeth Lubinski, von einem Zerberus der Gaststätte vor die Tür



Feministin Montreynaud
„Die Herren haben Schiss bekommen“

gesetzt wurden. Sie wollten vor dem Kinobesuch nur schnell einen Tee trinken, waren aber unerwünscht, da sie ohne männliche Begleiter kamen und sich deswegen offenbar dem Verdacht aussetzten, Prostituierte zu sein.

„Welche Demütigung“, empörte sich Diatta, „alle starrten uns an, als wären wir ordinäre Straßenhuren.“ Die beiden erhobenen Klage und alarmierten die Wachhündinnen, die prompt anschlugen. Am Weltfrauentag vorletzten Mittwoch konnten sie ihren Sieg genießen – die beschämte Chefin des Fouquet's lud sie ein, auf Kosten des Hauses zu feiern, und etwa hundert kamen.

Im Land der Galanterie nimmt sich noch immer jeder Kerl („mec“) das Recht heraus, eine Frau, über die er sich ärgert, routinemäßig als „ salope“ oder „putain“



„Wachhündinnen“ in Paris: Sexistische Entgleisungen lautstark verbellen

(Schlampe oder Hure) zu beschimpfen. „Die Obszönität“, hat die sozialistische Justizministerin Elisabeth Guigou festgestellt, „gehört zum täglichen Brot der Frauen, die sich ins öffentliche Leben stürzen.“ Sie selbst erlebte ihren ersten Schock, als sie im Wahlkampf 1992 am Straßenrand auf eine Inschrift in riesigen schwarzen Buchstaben stieß: „Guigou = Putain“. Ein Parteifreund riet ihr einmal, sie könne ihre Popularität beträchtlich mehren, wenn sie rote Unterwäsche trage.

Besonders rüde erging es der grünen Umweltministerin Dominique Voynet, der bevorzugten Buhfrau eingefleischter Machos wie Bauern und Jäger. „Zieh deinen Schlüpfer aus, du Schlampe“, wurde sie beim Besuch der Landwirtschaftsmesse vor einem Jahr in Paris harsch angeschrien, und: „Eselin, wir werden dein Fell schon noch kriegen.“

Das sah und hörte in den abendlichen Fernsehnachrichten die Schriftstellerin Florence Montreynaud, 52, seit vielen Jahren

eine kämpferische Feministin und Autorin einer Geschichte des „20. Jahrhunderts der Frauen“. Zu viel ist zu viel, fand sie und verfasste das Gründungsmanifest der Wachhündinnen:

„Wer eine Politikerin mit sexistischen Ausfällen beschimpft, beleidigt alle Frauen ... Jede Frau, die eine öffentliche Rolle übernimmt, wird nach ihrem Äußeren beurteilt und etikettiert, als Mutter, Kumpel, Putzfrau, Lesbe, Hure. Das reicht! Wir, die Wachhündinnen, fletschen die Zähne.“

Auf Anhieb sammelte die „Rudelführerin“, wie sie sich seitdem nennt, 627 Unterschriften. Inzwischen gehören der Meute insgesamt über 1200 Hüter der weiblichen Würde an, davon immerhin ein Drittel Männer. Ihre Aktionen und Provokationen haben die Chauvinisten dabei

schon ganz gehörig eingeschüchtert – auch und gerade in der Nationalversammlung, wie die gaullistische Abgeordnete Roselyne Bachelot beobachtet: „Die Herren passen jetzt auf. Das ist keine plötzliche Bekehrung zum Feminismus, machen wir uns nichts vor. Sie haben einfach Schiss bekommen.“

Jedenfalls würde es wohl kein Parlamentarier mehr wagen, wie früher geschehen, bei einer Debatte über den Schutz von Vergewaltigungsopfern einer Kollegin zu versichern, sie brauche sich keinerlei Sorgen zu machen, sie gehöre ganz bestimmt nicht zu den Risikopersonen.

Manche Intellektuelle, die mit Florence Montreynaud sympathisieren, fühlen sich durch die Bezeichnung „Chiennes de garde“ abgestoßen; sie ist ihnen zu vulgär oder schlicht missverständlich. Denn „Die Wachhunde“ heißt ein bekannter Roman des kommunistischen Schriftstellers Paul Nizan, der damit allerdings 1932 die Hüter der etablierten bürgerlichen Ordnung meinte.

Nur: „Hätten wir uns ‚Schutzengel‘ genannt“, sagt die prominente Romanautorin und Preisträgerin der Académie française Amélie Nothomb, „würde uns niemand beachten.“

Doch alte Gewohnheiten sterben nicht so schnell. Bei den Kommunalwahlen im kommenden Jahr sind die Parteien erstmals per Gesetz gehalten, ihre Listen zur Hälfte mit weiblichen Kandidaten zu füllen. „Aber nur solche, mit denen man auch gern ins Bett ginge“, feixte ein sozialistischer Parteifunktionär. Die Hündinnen zerren schon an der Leine. ROMAIN LEICK

ÖSTERREICH

Vom Hakenkreuz zum Ehrenkreuz

In Wien beginnt in dieser Woche der vermutlich letzte NS-Mordprozess in Österreich: Der Psychiater Heinrich Gross ist der Kindereuthanasie in neun Fällen angeklagt. Das späte Verfahren gegen den 84-Jährigen blamiert die Ex-Regierungspartei SPÖ, mit deren Segen der Parade-Nazi nach Kriegsende Karriere machte. *Von Walter Mayr*

Heinrich Gross sagt, er sei müde, sehr müde. Fast sieht es aus, als wollten ihm die Augen auf der Stelle zufallen. Es ist elf Uhr morgens. Draußen klettert die Sonne über die Kuppen des Wienerwalds.

Wird der alte Herr sich beizeiten erholen? Am Dienstag beginnt sein Prozess. Es ist vermutlich der letzte NS-Prozess in Österreich. Heinrich Gross, 84 Jahre alt, ist angeklagt der Beihilfe zum Mord in neun Fällen. Wehrlose Kinder soll er 1944 getötet, genauer: „todesbeschleunigend“ be-

Angeklagter Gross, Patientenakten
„I kann mi da nimmer erinnern“

handelt haben – schwer behinderte Kinder, hilfsbedürftige, von den Eltern vernachlässigte.

Aus Käfigen im Nebenzimmer dringt das Gezwitzchen afrikanischer Singvögel. Ein Stockwerk höher spielt der Enkel, der den Opa aus polithygienischen Gründen kei-

nes Wortes würdigt, trotzig Trompete. Mit-tendrin im Schlamassel liegt, unter einem mit Häkelbordüre umrahmten Bild seiner drei Töchter aus glücklichen Tagen, schwach und schlohweiß – Heinrich Gross.

„Schaun S’, jetzt schläft er glei“, flüstert Nikolaus Lehner, der Anwalt. Bedauernd

klingt das nicht, eher triumphierend, als habe ein Laborversuch das gewünschte Ergebnis gezeitigt. Ein schlafender Angeklagter ist ein schwieriger Angeklagter – für den Richter. Lehner weiß das. Er nennt seinen Mandanten fürsorglich „Heinrich“. Er wacht über ihn wie über einen Rohdiamanten.

Seit dem Verfahren von 1972 gegen die Baumeister in Auschwitz, Fritz Ertl und Walter Dejaco, hat Österreich keinen NS-

Mordprozess dieses Kalibers mehr erlebt. Nun geht’s doch noch mal los – gegen Gross. Alter Nazi vor Gericht, neue Regierung wegen Nazi-Verdacht geächtet, das kommt wie bestellt. Alle wollen jetzt was von Gross.

Gross aber will seine Ruhe. Er sitzt in einem hässlichen Reihenhaus am Wald-rand, in Purkersdorf bei Wien, und stellt sich tot. Lehner hält ihm die Neugierigen vom Leib. Lehner erspart ihm Fragen danach, ob und wie er unter den Nazis zum Kindermörder wurde. Lehner lächelt duldsam, wenn Gross, der vorgeblich Schwer-kranke, sich plötzlich hellwach zeigt. Wenn er seine Olympus Zoom 140 in Anschlag bringt und Besucher, die er zum ersten Mal sieht, ohne Vorwarnung fotografiert.

Das Knipsen ist sein Tick, es verrät ihn. In der Wiener Nervenlinik, Kinderabteilung „Am Spiegelgrund“, hat Gross als Arzt quasi nebenbei ab 1940 seine Zöglinge abgebildet. Immer nackt, immer allein, elternlos stehen oder sitzen sie vor kahlen Wänden, bisweilen die Hände vor dem Geschlecht, einige Rotz und Wasser heulend. 772 Kinder sind am Spiegelgrund zu Tode gekommen. 238 Totenscheine hat Gross selbst unterzeichnet.

Hat er auch gemordet? Den Exitus letalis durch Schlafmittelvergiftung angeord-



M. APPELT / AGENTUR ANZENBERGER



VUKOWITZ / NEWS

net, den Krankenschwestern einen Wink gegeben und am Ende „Lungenentzündung“ auf dem Totenschein vermerkt? Hat er zugelassen, dass entkräftete, weil halb verhungerte Behinderte im Winter bei offenem Fenster in ihren Schlafsälen lagen?

Qualende Fragen für einen wie ihn. Primarius Gross, wie er noch als Chefarzt im Ruhestand genannt wird, ist mit etwa 30 000 offiziellen Expertisen Österreichs meistbeschäftigter Gerichtsgutachter der Nachkriegszeit, und mit geschätzten knapp neun Millionen Mark Honorar auch Krösus der Zunft.

Als Hirnforscher preisgekrönt von der SPÖ-nahen Theodor-Körner-Stiftung, trägt Gross darüber hinaus seit 1975 das Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst 1. Klasse. Für diese bemerkenswerte Karriere gibt es zwei mögliche Erklärungen: Entweder Gross ist unschuldig, oder er ist in eine staatsnahe Weißwaschanlage für braune Mörder geraten.

Makellos in Pepitahose, weißem Pulli und Strickjacke, sitzt der greise Psychiater in seinem Sessel und durchpflügt ermatend sein Gedächtnis. Bruchstücke aus der Vergangenheit kommen zu Tage. Der Lebenslauf besagt: Eintritt in die SA 1933, Wehrmacht 1943, Sozialistische Partei ab 1953. Gross sieht vor seinem geistigen Auge Stationen, Weggefährten, Ehrungen. Gesichter toter Kinder sieht er nicht. Sagt er.

Ernst, Johann, Karoline oder Roman, so steht es in der Mordanklage, hießen seine Opfer. Auch „Pollack“ – er war zehn Tage alt und hatte noch keinen Vornamen, als er starb am Spiegelgrund. Alle Getöteten waren interniert im Pavillon 15 der Ner-



Hitler beim Einzug in Wien, März 1938: „Wer war kaa Nazi?“

venklinik, in der Gross als Arzt Dienst tat. Der Pavillon 15 war die Endstation für jene, die aus nationalsozialistischer Perspektive zu unwertem Leben schrumpften.

„I soll ja Kinder getötet haben, und i kann mi da überhaupt nimmer erinnern“, sagt Gross klagend: „Das Hirn lasst nach.“ Beginnende Demenz, Angina pectoris, Diabetes, insgesamt aber einen „stabilen körperlichen Gesamtzustand“ bescheinigt ihm ein Gutachten vom Dezember. Der Angeklagte gilt als „bedingt verhandlungsfähig“, zwei Stunden täglich.

Je näher der Prozess rückt, desto schwächer fühlt sich Gross. Zu den regelmäßigen Herzbeschwerden kommen nun „Todesängste“, der Lebenswille sinkt: „I bin deprimiert, i denk sogar, mich umzubringen“, sagt der Primarius mit schwacher Stimme. Wer nur das Zehn-Quadrat-

meter-Kammerl kennt, in dem Gross wochentags liegt, bekommt Mitleid.

Wenn allerdings kein Fremder oder medizinischer Gutachter in der Nähe bleibt, wenn er allein ist mit seinen Gedanken im zweiten Stock des voll gepfropften Reihenhauses, am Waldrand in Purkersdorf hinter der Stadtgrenze Wiens, dann fasst Heinrich Gross manchmal urplötzlich wieder Lebensmut.

Dann lässt er sich im Auto heimlich zum Zweitwohnsitz aufs Land kutschieren, durch die Wachau ins Waldviertel, in die Sommerfrische nach Schönberg am Kamp. Dann gibt er den Pinochet von Österreich – je weiter entfernt von den Verfolgern, desto gesünder.

Die alte Kollegin Elfriede Kaltenbaeck, mit der gemeinsam er die Gehirne der getöteten Spiegelgrund-Kinder erforscht hat, begleitet Gross in die Schönberger Samstagabend-Messe. Er hört das Wort des Herrn und verzichtet aufs Abendmahl. Pfarrer Edgar Bräuer kennt den greisen Gottesdienstbesucher: „Ohne vorherige Beichte geht da nix“, sagt er.

Manchmal, wenn's ihm gut geht, findet Gross wieder zum zackigen Ton früherer Tage, als er noch in Schaffstiefeln und Uniform durch die Spiegelgrund-Pavillons marschierte: „Ich weiß schon“, sagt er dann, „was herauskommen wird beim Prozess – null. Null.“

Es wäre, aus Sicht der Anklage, schon zum zweiten Mal null. Vor exakt einem halben Jahrhundert, im März 1950, stand Heinrich Gross wegen der toten Kinder vom Spiegelgrund in Wien erstmals vor Gericht. Am Ende lautete das Urteil auf zwei Jahre Kerker wegen „Mittäterschaft am Totschlag“. Schlamperei in der Urteilsbegründung führte zur Aufhebung des Spruchs. Ein neues Verfahren gab es nicht. Seit 50 Jahren ist Heinrich Gross ein freier Mann.

Nicht, dass es an belastendem Material fehlen würde. In Anwalt Lehnners Wiener Kanzlei nimmt die Akte Heinrich Gross ein komplettes Regal ein. Drum herum stehen Raritäten nach des Anwalts persönlichem Geschmack – hier ein kleiner Holzgalgen mit Strick, dort ein Bild, das den KZ-Arzt Mengele, in SS-



Konservierte Gehirne der Kinder vom Spiegelgrund: „Wir sind doch nicht Frankensins Nachfolger“

Uniform und mit Säugling in den Händen, ejakulierend über lodernden Flammen zeigt. „Mei Vater war aa a Nazi, wer war damals kaa Nazi?“, fragt Lehner, ohne eine Antwort zu erwarten.

Die Akte Gross erzählt vom nationalsozialistischen Alltag in der Nervenklinik. Zwischen erwachsenen Geisteskranken, „asozialen“ Frauen und schwer erziehbaren Jugendlichen nahm in den Pavillons 15 und 17 ein grausiges Projekt seinen Fortgang – die Ausrottung erbbiologisch „minderwertigen“ Nachwuchses im Organismus des Volkkörpers.

Bis vor drei Jahren durchschritt Heinrich Gross noch täglich die alten Kulissen. Er hat sich nach dem Krieg wieder Anstellung und Wohnung auf dem Klinikgelände besorgt. Beinahe alles ist dort geblieben wie früher – Jugendstilpavillons in blassrotem Klinker, Inschriften, die von Küche, Effektenkammer und Schweinestall erzählen, stämmige Birken und Kiefern entlang der Asphaltstraße, auf der vom Pavillon 15 das Leichenwagerl abwärts Richtung Pathologie gerollt ist.

Im Pavillon 15 haben der Allgemeinmediziner Heinrich Gross und die Kinderärztin Marianne Türk unter Leitung des Chefarztes großzügig ausgelegt, was Adolf Hitler in seinem auf Kriegsbeginn am 1. September 1939 zurückdatierten Ermächtigungsschreiben so formuliert hat:

„dass nach menschlichem Ermessen unheilbar Kranken bei kritischster Beurteilung ihres Krankheitszustandes der Gnadentod gewährt werden kann“.

„Ballastexistenzen“, „unnütze Esser“, „Erbkranke“, „Asoziale“ – die arische Herrenrasse definierte, was es auszuordern galt. In Groß-Wien war 1943 bereits mehr als ein Drittel der Zwei-Millionen-Bevölkerung als „asozial“ in entsprechenden Karteien vermerkt.

Die Kinderfachabteilung am Spiegelgrund ist bei Heinrich Gross' Amtsantritt am 18. November 1940 bereits zur Tötungsmaschine gerüstet – reichsweit die zweiteffektivste, gemessen an der Zahl der Opfer. Gross untersucht dort Kinder, fotografiert und beurteilt sie. Er gibt, wie seine Kollegen, auf dem berüchtigten Formular E 141 Prognosen über ihre Entwicklungschance ab. Schreibt er: „Besserung auszuschließen“ oder: „wird dauernd arbeitsunfähig bleiben“, ist das ein Todesurteil.

Denn die Formulare gehen an die Adresse „Berlin W 9, Postfach 101“, und weiter in die Kanzlei des Führers, Abteilung II b. Der dort residierende zuständige Reichsausschuss spricht offiziell das letzte Wort, urteilt aber vom Schreibtisch aus nach Aktenlage: haben die behandelnden Ärzte den Daumen gesenkt, so setzen die Berliner zumeist ein Plus-



FOTOS: M. APPELT / AGENTUR ANZENBERGER

Gedenktafel für ermordete Patienten
688 000 Österreicher waren in der NSDAP

zeichen hinter den Kindsnamen. Das bedeutet: „behandeln“ – das Synonym für Todesbeschleunigung.

Die Befehle werden am Wiener Spiegelgrund bei Gross und Kollegen so gewissenhaft ausgeführt wie anderswo. Todeskandidaten bekommen auf Anweisung der Ärzte, aber aus der Hand von Krankenschwestern, im Schnitt zweimal täglich Luminal ins Essen gemischt. Die Folge ist Dämmer Schlaf. Überlebende sagen, im Pa-

villon 15 habe eine Stimmung geherrscht „wie auf dem Friedhof“.

„Die Todesbeschleunigung erfolgte zunächst durch Luminal“, gesteht der ehemalige Chefarzt vom Spiegelgrund, Ernst Illing, 1945 bei seiner Vernehmung: „Dann wurden auch noch Injektionen gegeben.“ Ernst Illing wird 1946 gehängt.

„In vielen Fällen war die Todesursache Lungenentzündung, die im Zug der Schlaf-



Gross-Anwalt Lehner
Einsatz für „Heinrich“

mittelvergiftung aufgetreten ist“, gesteht die Ärztin Marianne Türk: „Ich habe auch manchmal Injektionen gegeben. An wie vielen Kindern ich es persönlich getan habe, weiß ich nicht.“ Marianne Türk wird 1946 zu zehn Jahren verurteilt, von denen sie zwei Jahre verbüßt.

Sie habe die Tötungsaufträge von Illing oder Heinrich Gross erhalten, sagt die Krankenschwester Anna Katschenka 1946 vor Gericht aus. Sie wird zu acht Jahren schweren Kerkers verurteilt.

Er habe am Spiegelgrund Krankenakten geführt und mit dem Befehl zum Töten nicht das Geringste zu tun gehabt – „das waren Dr. Illing und Dr. Türk“, sagt Heinrich Gross noch 1998, ein gutes halbes Jahrhundert nach den Urteilen gegen seine Kollegen.

Das Erfolgsrezept, mit dem Heinrich Gross die 55 Jahre seit Ende des Zweiten Weltkrieges in Österreich ziemlich schadlos überstanden hat, ist einfach: Er hat das Parteibuch zeitig vertauscht – NSDAP (Mitgliedsnummer 6335279) gegen SPÖ (Mitgliedsnummer 011598).

Gross ist ein „Illegaler“ gewesen, ein österreichischer Nazi der ersten Stunde: HJ-Mitglied ab 1932, Eintritt in die SA ein Jahr später, Aufstieg zum Obertruppführer, NSDAP-Beitritt zum frühestmöglichen Zeitpunkt 1938, Auszeichnung mit dem Goldenen Ehrenzeichen der HJ 1940.

Nach Kriegsgefangenschaft und einer zweijährigen Untersuchungshaft wirft Gross das Ruder herum und tritt, formaljuristisch unbescholten, 1953 der SPÖ bei. Das ist taktisch weise – er entscheidet sich erneut für die stärkste Partei. Mit vierjähriger Unterbrechung ist die SPÖ ein halbes Jahrhundert lang an der Macht.

Gegen die Kriegsgeneration, das verstehen die Sozialisten schnell, ist kein Staat zu machen. 688 000 Österreicher waren in der NSDAP, hunderttausende in weiteren NS-Gliederungen, 1,2 Millionen dienten in der Wehrmacht. Also werden ab Ende der vierziger Jahre Amnestiegesetze erlassen.

Das Klima im Land ist günstig für Heinrich Gross. Er wird im Nachkriegs-Österreich Primarius, Gerichtsgutachter, und beginnt seine Forschungen mit den Gehirnen der getöteten Kinder vom Spiegelgrund.

Er schließt sich dem Bund der Sozialistischen Akademiker an und lernt den ehemaligen Trotzkiten Christian Broda kennen. Broda wird zwischen 1960 und 1983 insgesamt 19 Jahre lang Österreichs Justizminister sein und seine schützende Hand über Gross halten.

Schon 1965 darf Gross, der Euthanasie-Experte von einst, im Unterstützerkomitee für den SPÖ-Kandidaten Franz Jonas bei der Wahl zum Bundespräsidenten fungieren. Drei Jahre später belohnt die SPÖ-nahe Ludwig-Boltzmann-Gesellschaft den treuen Parteigänger mit der Gründung eines für ihn konzipierten Instituts zur Erforschung der Missbildungen des Nervensystems – nun haben die in Formalin eingelegten Gehirne der Euthanasie-Opfer politisch eine neue Heimat gefunden.

Zwei Jahre nachdem er mit dem Segen des Bundespräsidenten das Ehrenkreuz für

Wissenschaft und Kunst 1. Klasse entgegengenommen hat, bricht Gross, quasi auf dem Höhepunkt seiner Schwindel erregenden Achterbahnfahrt, zu einer Reise in die Sowjetunion auf.

Die Expedition, veranstaltet von der kommunistischen „Volksstimme“, dient dem Zweck, die wegen Dissidentenfolter in Verruf geratene sowjetische Psychiatrie in Schutz zu nehmen. Sie gipfelt in dem Aufeinandertreffen des Altnazis Heinrich Gross mit den kommunistischen Starpsychiatern Eduard Babajan und Alexander Tschurkin. Das Protokoll vermerkt einmütige Ablehnung der „Hetzkampagnen gegen die sozialistischen Länder und die Sowjetunion“.

Zurück in Österreich, muss Gross allerdings zur Kenntnis nehmen, dass seine Glückssträhne nun zu Ende ist.

Denn es gibt noch Zeugen in Wien, die den wundersam gewandelten Euthanasie-Arzt nicht aus den Augen verloren haben. Und es gibt Akten: Der Spiegelgrund zähle „zu jenen Kinderfachabteilungen, deren Arbeitsweise am ausführlichsten doku-

Zawrel hat sein Essen am Spiegelgrund vom Zellenboden aufschlecken müssen, ist mit Gewalt in Eiswasser getaucht und anschließend in Leintücher verpackt worden wie eine Mumie. Er hat nicht vergessen, wer der Hauptbehandlungsarzt im Pavillon 17 war – Heinrich Gross.

Die vernichtende Sozialprognose, die ihm sein alter Peiniger nun stellt, trägt dazu bei, dass Zawrel für sechseinhalb Jahre in Haft kommt. Noch aus dem Gefängnis heraus beginnt er den Versuch, die Öffentlichkeit für das Vorleben von Gross zu interessieren. Eine Gruppe kritischer Mediziner reagiert. Der Fall kommt ins Rollen.

Gross unterliegt 1981 in einem Ehrenbeleidigungsverfahren. Das Oberlandesgericht Wien stellt rechtskräftig fest, dass Gross „an der Tötung einer unbestimmten Zahl“ von Kindern beteiligt war. Die SPÖ sieht sich daraufhin genötigt, den Primarius aus ihren Reihen zu verstoßen. Der Staatsanwalt reagiert nicht. Totschlag ist verjährt. Für Mord sieht er keine Anzeichen.

Das Verfahren gegen Gross beginnt, die grauselige Geschichte ist noch nicht beendet. Still ist's im Keller der Pathologie auf dem Klinikgebäude. Heizungsrohre, Neonröhren, die Augen tränen vom Formaldehyd.

Das füllt die gewaltigen Glasbehälter, in denen die zerschnittenen Gehirne und Rückenmarkstränge der getöteten Kinder vom Spiegelgrund liegen. Zuunterst im Holzregal, schamhaft verborgen, findet sich ein Glas mit einem ganzen Kinderkopf samt rötlichem Haar – Anna H., gestorben 1944 im Alter von drei Jahren, konserviert von den Herren über Leben und Tod.

Mit den Gehirnen der Kinder hat Heinrich Gross seinen wissenschaftlichen Ruf begründet. Erst mit dem Ende des Prozesses wird das Kapitel geschlossen. Im Keller der Pathologie stehen 399 schwarze Urnen bereit. Sobald die Gerichte es erlauben, werden die Leichenteile in einem Ehrengrab auf dem Zentralfriedhof bestattet.

Müsste er als Gerichtsgutachter über seine eigene Rolle in der Nazi-Zeit befinden,



FOTOS: M. APPELT / AGENTUR ANZENBERGER

Ehemaliger Pavillon 15 am Spiegelgrund, Überlebender Zawrel: „Es herrschte eine Stimmung wie auf dem Friedhof“

mentiert ist“, urteilt Hans-Henning Scharlach in seinem neuen Buch „Die Ärzte der Nazis“. Beides zusammen wird Heinrich Gross letztendlich zum Verhängnis.

Der Ärger beginnt Mitte der siebziger Jahre mit Friedrich Zawrel. Primarius Gross soll den Mann begutachten, einen kleinen Gauner mit großem Herz und mittlerem Vorstrafenregister. „Sind Sie schon einmal psychiatriert worden?“, schnurrt Gross los. Statt einer Antwort sagt Zawrel: „Für einen Akademiker ham S' a schlechtes Gedächtnis. Pavillon 15, 17, erinnern Sie sich?“

Zawrel hat zwei Jahre im Pavillon 17 verbracht und überlebt. Er ist von Illing halb bewusstlos geschlagen worden, und von Heinrich Gross hat er die berüchtigten „Speib-Spritzen“ ins Gesäß bekommen – Injektionen, nach denen die Kinder tagelang würgen und erbrechen mussten.

Erst als nach der Wende aus dem Stasi-Archiv in Berlin-Hoppegarten ein Dokument auftaucht, das belegt, dass Gross auf Genesungsurlaub 1944 erneut am Spiegelgrund tätig war, wird ein Verfahren eingeleitet. Während im „Grauen Haus“, dem Wiener Landesgericht, schon Ermittlungen gegen ihn laufen, ist der Primarius im selben Gebäude noch als Gutachter tätig.

Eine schicksalshafte Fügung wird Gross dann zum Verhängnis: die ehemalige Kollegin Marianne Türk lebt noch. 1948 aus der Haft entlassen, hat sie darauf verzichtet, in den Arztberuf zurückzukehren, und stattdessen als Verkäuferin in einer Kräuterhandlung gearbeitet. Inzwischen weit über 80, belastet sie den Karrieristen Gross vor der Untersuchungsrichterin. Bei ihrer Vernehmung 1946 habe sie ihn geschont, so Türk, seiner drei kleinen Kinder wegen. Das sei nun nicht mehr nötig.

erläuterte Gross noch 1979 offenherzig, „so würde ich mich selber anzeigen“. Er sehe ein, dass er damals „zu einem Vorgesetzten gehen und sagen hätte sollen: Burschen, das ist ja Wahnsinn, was da gemacht wird. Wir sind doch nicht Frankensteins Nachfolger“.

Mit vergleichbaren Geständnissen ist nicht mehr zu rechnen, wenn am Dienstag der Prozess beginnt. Nikolaus Lehner, der Anwalt, wird auf nicht schuldig plädieren. Heinrich Gross wird müde sein, sehr müde, und sich an kaum etwas mehr erinnern können. Denn die Fakten sind gegen ihn.

Kenner der österreichischen Nationalpsychie rechnen bereits mit einem Abbruch des Prozesses nach dem ersten Verhandlungstag. Gross wäre dann noch immer nicht verurteilt, aber auch nicht entlastet – eine Lösung, die Land und Leuten gerecht würde, nur nicht den Opfern. ♦

Werbeseite

Werbeseite



Kubrick



Spielberg

REGISSEURE

„Der richtige Mann“

Wenn der eine Meisterregisseur dem anderen etwas mitteilen wollte, schätzte er keine Umwege: „Sag mal“, fragte Stanley Kubrick seinen Freund Steven Spielberg, „warum hast du eigentlich kein Fax in deinem Schlafzimmer?“ Schließlich hatte Kubrick, der bei London wohnte, dem Kollegen in Hollywood eine Menge mitzuteilen: Kubrick wollte einen neuen Science-Fiction-Film machen; ob er dabei Regie führen oder diesen Job Spielberg überlassen und selbst nur als Produzent wirken sollte, wusste er noch nicht. Sicher war nur, dass Brian Aldiss' Kurzgeschichte „Supertoys Last All Summer Long“ die Grundlage bilden sollte (die Filmrechte daran hatte Kubrick 1982 erworben) – und dass nach seinem eigenen Meisterwerk „2001: Odyssee im Weltraum“ die Messlatte gerade im Science-Fiction-Genre extrem hoch lag. „Es gab schon über 1000 Zeichnungen“ sowie mehrere Anläufe für ein Drehbuch, erinnert sich Kubricks Schwager und langjähriger Produzent Jan Harlan; allein, Kubrick war die Computertechnik für so einen Film (Arbeitstitel: „A.I.“) noch nicht weit genug: „Je länger wir warten, desto besser.“ Von



Kubrick-Film „Eyes Wide Shut“ (1999)

wegen: Mit Kubricks Tod im März letzten Jahres, kurz nach Vollendung von „Eyes Wide Shut“, drohte das Projekt zu scheitern. Jetzt soll „A.I.“ doch noch verfilmt werden, verkündete Spielberg letzte Woche – er selbst werde Regie führen, Jan Harlan sei der Produzent. Harlan: „Stanley war immer davon überzeugt, dass Spielberg der richtige Mann dafür sei.“

DEUTSCHE EINHEIT

Luise zum Zweiten

Es war ein Bestseller, mit dem niemand gerechnet hatte, am wenigsten die Autorin und der Verlag. „NeuLand“ von Luise Endlich (bürgerlich Gabriela Mendling, 40) wurde vom Berliner Transit Verlag im Frühjahr 1999 mit 1500 Stück aufgelegt, inzwischen sind sieben Auflagen mit 62 000 Exemplaren in Umlauf. Die Frau eines Arztes, die mit ihrer Familie von „Weststadt“ (Wuppertal) in die „Oststadt“ (Frankfurt/Oder) gezogen ist, beschreibt ihre Erfahrungen im Umgang mit den Ossis. Der tägliche Kampf mit Handwerkern, Kollegen und Nachbarn treibt sie an



Ost-Kritikerin Endlich

den Rand des Wahnsinns und macht ihr die Unterschiede zwischen Ost und West klar. Das Buch hatte den Charme einer naiven Wandmalerei, die Einfachheit mit Anschaulichkeit verbindet. Nur ein Jahr später kommt jetzt das Anschlusswerk auf den Markt: „OstWind“,

mit Absicht und Kalkül angefertigt. Denn Luise Endlich ist inzwischen eine „Persönlichkeit des öffentlichen Lebens“, die statt über das Leben im wilden Osten am liebsten über sich selbst schreibt. Wie sie von einem Interview zum nächsten hetzt, wie sie eine Talkshow nach der anderen absolviert, wie sie immerzu Autogramme geben muss, wie ihr „niederträchtige Kritik“ zu schaffen macht und, zwischendurch auch, wie sie „im Flugzeug ein schönes Frühstück serviert“ bekommt. Ihr erstes Buch, findet sie rückblickend, sei „ein Angebot zum Dialog“ gewesen, das zweite ist eher ein Monolog der Autorin mit sich selbst, nur von gelegentlichen anonymen Morddrohungen und häufigen Anrufen der „internationalen Presse“ unterbrochen, CNN und „New York Times“ eingeschlossen. Auch „Ost-Wind“ soll ein Bestseller werden, diesmal vom Start weg: Das Buch kommt diese Woche mit 30 000 Exemplaren in die Läden.

POP

Stimmung ohne Stimme

Jeden Sommer werfen die Plattenfirmen ihre Latino-Stücke auf den Markt; einige werden Hits, weil sie an Urlaub erinnern. Sonnige Fröhlichkeit zum Frühlingsanfang verbreitet jetzt das Doppelalbum „A Trip to Brazil Vol. 2“ – die Fortsetzung des 1998 erschienenen Samplers. „Bossa, Samba & Beyond“ lautet der Untertitel, und die raren Aufnahmen, überwiegend aus den sechziger und siebziger Jahren, belegen, wie vielseitig der Bossa Nova in Brasilien weiterentwickelt wurde. Zu hören sind Stücke der Brazil-Stars Chico Buarque, Gilberto Gil, Caetano Veloso und Hermeto Pascoal. Auch Brigitte Bardot gibt eine Kostprobe ihrer Sangeskunst – keine große Stimme, aber gute Stimmung. Sogar Caterina Valente begab sich auf den Brazil-Trip – 1963 nahm sie in Hamburg den Titel „Menina Flor“ auf (Motor Music/Universal).



Valente (um 1959)



Macke-Gemälde „Indianer“ (1911)

AUSSTELLUNGEN

Wirrnis im Kunstkrieg

Im Jahr 1911 hatte die Kunsthalle Bremen ein Van-Gogh-Gemälde erworben, und wacker verteidigte Direktor Gustav Pauli seinen Kauf gegen den Protest deutschtümelnder Traditionshüter. Doch der Kulturkampf wogte hin

und her. Etwa bei der Expressionistengruppe „Der Blaue Reiter“ ging selbst für Pauli die Moderne zu weit. Licht auf die historische Gemengelage wirft nun eine Ausstellung der Bremer Kunsthalle (24. März bis 18. Juni). Sie zeigt die wichtigsten jener Werke, die einst im Manifest-Buch „Der Blaue Reiter“ abgebildet waren; der Katalog dokumentiert das Echo, das eine Wanderschau der Rebellen seinerzeit auf ihren zwölf Stationen hervorrief. Auf der vierten, 1912 in Bremen, kam sie bei den „Vereinigten Werkstätten“ unter, und wieder wurde heftig polemisiert. Dazu ließ Pauli nur kühl wissen,

er hätte so etwas keinesfalls gezeigt. Seine Erinnerungen (1936) sprechen gar von „russischen Expressionisten“ und deren „widerwärtigen Pinseleien“ – obwohl bodenständige Maler wie Franz Marc und August Macke zu den Vor-„Reitern“ zählten und schon 1912 in Bremen ganz richtig gefragt worden war: „Sind das alles nicht Söhne, Enkel, Urenkel van Goghs?“

Kino in Kürze



Kudoh, Hawke in „Schnee, der auf Zedern fällt“

„Schnee, der auf Zedern fällt“ war als Buch ein weltweiter Bestseller, und darum musste unvermeidlich ein Film daraus werden. Die Vorlage verschränkt Krimi, Gerichts-drama, Love-Story und Zeitgeschichte zu einem präzisen, packenden Gesellschafts-porträt – und leider versucht Regisseur Scott Hicks („Shine“) diese komplizierte Erzählstruktur auf die Leinwand zu übertragen. Irgendwo in dem verwirrenden Handlungspuzzle steckt die Geschichte eines jungen Lokalreporters (Ethan

Hawke), der 1954 auf einer abgelegenen Insel im Nordwesten der USA einen Mordprozess gegen einen japanischstämmigen Fischer begleitet, mit dessen Ehefrau (Youki Kudoh) der Reporter vor Jahren einmal liiert war. Je düsterer die Geschichte sich entwickelt, desto schlechter wird das Wetter, und am Schluss ahnt der Zuschauer immerhin, wie sich eine Zeder im Schneesturm fühlt.

„An deiner Seite“. Dass nach einem Happy-End im Film „jeweils abjektiv“ wird, wusste schon der Kinogänger Kurt Tucholsky. Das hat seine Gründe: Wer will schon sehen, wie ein junges Paar durch den Ehealltag schlingert, einander die Frühstücksteller an den Kopf wirft, Therapeuten bemüht und schließlich doch beim Scheidungsanwalt landet? „The Story of Us“ (Originaltitel) erzählt genau diese Geschichte einer Ehe, die nach 15 Jahren auf der Kippe steht, und in den USA wollte sich – trotz Starbesetzung mit Michelle Pfeiffer und Bruce Willis – kaum ein Zuschauer so viel nervenzerrenden Beziehungskleinkrieg antun. Verständlich, aber schade, denn Regisseur Rob Reiner („Harry und Sally“) zeigt die widerstreitenden Gefühle der Eheleute Ben und Katie füreinander – hier Liebe, Gewohnheit und gemeinsame Erinnerungen, da Frust, Enttäuschung und Sehnsucht nach Veränderung – mit erstaunlicher Genauigkeit: Selten durften Stars so authentisch keifen, jammern, streiten und schluchzen.

FILM

„Die Tränen hinter dem Humor“

Der rumänische Regisseur Radu Mihaileanu, 42, über seine Holocaust-Komödie „Zug des Lebens“ (SPIEGEL 24/1999)

SPIEGEL: Herr Mihaileanu, vor einem Jahr wurde Roberto Benigni KZ-Märchen „Das Leben ist schön“ mit drei Oscars ausgezeichnet. Jetzt bringen Sie



Mihaileanu, Filmszene aus „Zug des Lebens“

ein ähnliches Projekt in die Kinos. Bei Ihnen retten sich Juden, indem sie ihre eigene Deportation inszenieren. Reiner Zufall?

Mihaileanu: Weiß ich nicht. Ich habe Benigni mein Drehbuch im Februar 1996 geschickt, weil ich ihn für meinen Film als Schauspieler engagieren wollte. Er

hat dann später behauptet, dass er das Skript für seinen Film, der meinem in der Grundidee ähnelt, da schon längst fertig gehabt hätte. Ich muss das glauben, solange ich nicht den Beweis des Gegenteils habe.

SPIEGEL: Wie erklären Sie es sich, dass gerade jetzt plötzlich komödiantische Filme über den Holocaust Erfolg haben?

Mihaileanu: Die alte Form, die Shoa ausschließlich mit Tränen zu behandeln, hat das Publikum ein wenig ermüdet. Und wir haben nun eine neue Art gefunden, dieses Thema darzustellen. Wir

verstecken die Tränen hinter dem Humor. Denn die einzig wahre Tragödie ist die Komödie. Mein Vorbild ist natürlich der große jüdische Regisseur Ernst Lubitsch. Seine Nazi-Komödie „Sein oder Nichtsein“ habe ich mindestens zehnmal gesehen. Ich liebe den jüdischen Humor.

SPIEGEL: Was ist der kürzeste jüdische Witz?

Mihaileanu: Der geht natürlich über ein Klischee: Woran erkennt man eine jüdische Mutter? Antwort: Wenn man nachts aufsteht und kurz zur Toilette geht, hat sie das Bett gemacht, wenn man wiederkommt.

THEATER

Kroetz für Belgrad

Das Stück handelt von sexueller Not, der Angst vor Aids und dem Terror des Intimen, für die Belgrader Theatermacher des „Atelje 212“ aber auch vom Leben „in mehr und mehr verfluchten



„Drang“-Probe im Belgrader „Atelje 212“

Umständen“. Die „Atelje 212“-Bühne will am Freitag dieser Woche das Theaterstück „Der Drang“ von Franz Xaver Kroetz, 54, herausbringen – und der Dichter verzichtet auf alle Tantiemen für die Inszenierung in der Serben-Hauptstadt. „In meinem kleinen Rahmen“ wolle er damit klarmachen, so Kroetz, dass „ich das Ins-Elend-Bom-

ben des serbischen Volks für ein gestandenes Kriegsverbrechen halte und sonst nichts“. In diesem Punkt teilt er die Ansichten seines österreichischen Kollegen Peter Handke, 57. Und so erklärt der auf Teneriffa lebende bayerische Dramatiker anlässlich des „Drang“-Spektakels denn auch, „dass ich grosso modo mit Peter Handke übereinstimme und mich wundere, dass es zwischen dem tapferen Handke und dem versickernenden Kroetz so eine Allianz gibt“.

Am Rande

Freunde für Goethe



Seit sich die Feuilletons mit „Big Brother“ beschäftigen, ist es um die Goethe-Institute still geworden. 127 von ihnen arbeiten in 75 Ländern, unter anderem in Krakau, Poona und Ramallah. Wo die Kulturreferenten der deut-

schen Botschaften nicht hinkommen, da zeigen die Goethe-Pioniere Präsenz. Dennoch steckt der e. V. in einer Sinnkrise. Viele Mitarbeiter fragen sich: Was machen wir eigentlich? Und zu welchem Zweck? Deswegen legt die Münchner Zentrale jetzt eine Broschüre („Durchblick“) im Ritter-Sport-Format mit „Zehn Thesen zur Rolle des Goethe-Instituts“ vor. These 1 lautet: „Das Goethe-Institut ist das deutsche Kulturinstitut im Ausland.“ These 5: „Das Goethe-Institut kann glaubwürdig agieren und mehr so das Ansehen Deutschlands.“ These 9: „Das Goethe-Institut ... gewinnt Freunde für Deutschland.“ Lauter Gemeinplätze, immerhin verraten sie die Rückkehr zu Normalität und Routine. Offenbar haben alle erleichtert aufgeatmet, als letztes Jahr nur 9 Goethe-Institute im Ausland geschlossen wurden statt der geplanten 25. Das war ein großer Sieg für die deutsche Kulturarbeit und den amtierenden Präsidenten Hilmar Hoffmann. Nach all der Aufregung im letzten Jahr hat sich das Haus konsolidiert. Wirklich? Was im „Durchblick“ nicht sichtbar wird: Von den 360 Millionen Mark, die Goethe im Ausland ausgibt, gehen rund 300 für Personal- und Betriebskosten drauf, nur 60 Millionen für „Projekte“, und davon klägliche 17 für echte Kulturprogramme, die Neues und Lebendiges aus deutschen Federn, Pinseln oder Kehlen vorzeigen. Das sind noch nicht einmal fünf Prozent des Etats. Folge: Deutsche Kultur à la Goethe sieht meist ziemlich alt aus. Die Rolle des Goethe-Instituts scheint vor allem zu sein, das Goethe-Institut an sich zu erhalten. Goethe arbeitet für Goethe. Das wäre dann die 11. These – wohl die einzige, die jede künftige Sparmaßnahme überleben wird.

KUNSTSTREIT

Inferno aus der Mülltonne

Der deutsche Konzeptkünstler Hans Haacke, berühmt geworden als clever penetranter Moralapostel, gilt als skandalerprobt. Nun sorgt er gleich mit zwei geplanten Polit-Installationen in Berlin und New York für absurde Hysterien – sogar eine Verharmlosung des Holocaust wird ihm vorgeworfen.

Nicht weniger als 37 000 Fragebögen ließ der deutsche Künstler Hans Haacke im Museum of Modern Art in New York verteilen. Er wollte unter anderem wissen, was die Besucher über Gouverneur Nelson Rockefellers – bekanntermaßen kriegerische – Haltung zum Vietnam-Konflikt denken. Das Ergebnis fiel Rockefeller-freundlich aus, die Reaktion der Presse aber Haacke-feindlich: Welche Dreistigkeit, diesen prominenten Politiker zu brüskieren, noch dazu in dem Museum, das seine Familie – wie überhaupt ziemlich viel in diesem Land – mitgegründet hatte.

Der blasphemische Akt brachte die amerikanische Kunst- und Polit-Society 1970 in Rage. Er war in der Karriere des angriffssüchtigen Konzeptkünstlers einer der ersten Skandale, aber nicht der letzte. Mal wurde er zu Ausstellungen ein- und wegen der Brisanz seiner anprangernden Werke gleich wieder ausgeladen, mal zerstörten Kunststättäter seine Objekte mit Brandbomben.

Reizfigur Haacke, 63, ist also Zoff gewohnt. Zum Glück. Denn nun bezieht der



Künstler Haacke: „Ich muss mich nicht verteidigen“

Profi-Provokateur – und das ist selbst ihm, wie er zugibt, „unangenehm“ – gleich in zwei Ländern Schelte: in Deutschland und in seiner Wahlheimat, den USA.

Krach Nummer eins kreist um eine geplante Installation für den Reichstag in Berlin und ist längst zum unschönen Politikum ausgeuffert. Haacke, vom Kunstbeirat

des Bundestags engagiert, hatte einen über 20 Meter langen Trog entworfen, den die 669 Abgeordneten mit Erde aus ihren Wahlkreisen füllen sollen; obendrauf wird neunkühl die Widmung „Der Bevölkerung“ leuchten.

Gerade diese Sandkasten-Inschrift wurde zum Ärgernis. Unionspolitiker tobten, sie sei ein „Affront“ gegen die Reichstagsinschrift „Dem deutschen Volke“; ein Kollege von der CSU schimpfte das Trog-Biotop einen „Dreckhaufen“. Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD) fürchtet, die Bodenkunst könne an die Verherrlichung von Heimerde in der NS-Zeit erinnern.

Mit dem Begriff Bevölkerung, konterte Haacke, spiele er auf ein Brecht-Zitat an. Er habe alle Einwohner Deutschlands ansprechen wollen, nicht nur solche mit einem deutschen Pass. Die Erde aber sei das, „was wir alle gemeinsam haben“. Sein Einspruch half wenig. Seit Monaten wird gegefirt, und weil einfach kein Gras über das Erd-Projekt wachsen will, muss wahrscheinlich demnächst der nicht gerade kunstkompetente Bundestag darüber abstimmen.



Haacke-Modell, Reichstagsgebäude in Berlin: Trog-Biotop oder „Dreckhaufen“?





G. MOONEY / CORBIS / PICTURE PRESS

Whitney Museum, Giuliani-Zitate* in der „New York Times“: „Kunstkrieg“ um harsche Worte

Das zweite Drama, das Haacke endgültig zum umstrittensten lebenden Künstler macht, spielt seit einigen Tagen auf der New Yorker Kunstbühne und damit in der Stadt, in der der gebürtige Kölner seit 1965 lebt. Kurioserweise ging der „Kunstkrieg“ („New York Times“) schon los, als vom Stein des Anstoßes noch nichts zu sehen war, weder eine Skizze noch ein Modell.

Haacke, das ist bekannt, plant für die Biennale im Whitney Museum ein besonderes Protestprojekt. Auf der renommierten Schau für zeitgenössische Kunst, die an diesem Donnerstag eröffnet wird, will er New Yorks Bürgermeister Rudolph Giuliani attackieren: Der Republikaner, der auch als Gegenkandidat von Hillary Clinton um einen Senatorenposten kämpft, soll als gefährlicher Agitator geoutet werden.

Der Anlass für die Politikerschelte liegt wenige Monate zurück: Im Herbst hatte Giuliani versucht, die Ausstellung „Sensa-

tion“ im Brooklyn Museum zu verhindern, in der ein fröhliches Madonnenbild des nigerianisch-britischen Künstlers Chris Ofili gezeigt werden sollte (SPIEGEL 40/1999). Was Tierschutzvereine und, vor TV-Kameras, auch den Bürgermeister so erzürnte, war der Elefanten-Dung, mit dem Ofili seine Gottesmutter verziert hatte. Das „ekelhafte“ Gemälde, polterte er, verhöhne die katholische Religion.

Seine Kritiker konnten sich den Verdacht nicht verkneifen, der Politiker lege sich weniger wegen der Kot-Maria als wegen des Wahlkampfs ins Zeug. Haacke, „erschrak“, wie er sagt, vor allem über die harschen Worte und Sanktionsdrohungen.

Deshalb werde er, so kündigte er nun an, in der Biennale-Schau drei Sätze aus Giulianis Polemik-Repertoire und dazu ähnlich markige Worte von drei weiteren supra-konservativen Politikern zitieren. Von Jesse Helms, dem republikanischen Senator in North Carolina, wird beispielsweise zu lesen sein: „Steuern sollten nicht für Müll ausgegeben werden, nur weil einige selbst ernannte ‚Experten‘ dumm genug sind, es ‚Kunst‘ zu nennen.“

Die Anti-Parolen wird Haacke in zackiger Fraktur aufmalen – einer Schrift, die von den Nazis geschätzt und benutzt wurde und mit der er nun auf die totalitäre Gleichschaltung von Kunst und Kultur in der NS-Zeit anspielen will. Außerdem soll der erste Zusatzartikel der US-Verfassung an einer Wand im Whitney Museum prangen – er garantiert Redefreiheit.

* „Wir werden alles tun, was wir können, um die Gelder für das Brooklyn Museum zurückzuziehen, bis der Direktor wieder zu Sinnen kommt.“

„Ich möchte die Menschen bitten, innezuhalten und über die Zivilisation nachzudenken. Zivilisation hat etwas damit zu tun, den richtigen Platz für Exkremente zu finden. Es sind nicht die Wände der Museen.“

„Da sie keine Skrupel zu haben scheinen, für die Ausstellung in die Taschen der Steuerzahler zu greifen, habe ich keine Skrupel, sie hinauszuerwerfen.“

We will do everything that we can to remove funding for the Brooklyn Museum until the director comes to his senses.

Rudolph Giuliani

I would ask people to step back and think about civilization. Civilization has been about trying to find the right place to put excrement, not on the walls of museums.

Rudolph Giuliani

Since they seem to have no compunction about putting their hands in the taxpayers' pockets for the exhibit, I'm not going to have any compunction about putting them out of business.

Rudolph Giuliani

Marschmusik, die aus Mülleimern tönt, wird das Schrift-Stück zum Gesamtprotestwerk machen. Titel des Projekts: „Sanitation“, das klingt so schön ähnlich wie „Sensation“ und heißt „Hygiene“ – Giuliani gilt als jemand, der seine Stadt mit rigider Durchgreiftaktik sauber hält.

Den Amerikanern reichte dieser mündliche Projektentwurf, um prophylaktisch schon einmal richtig sauer zu werden: Sie fühlen sich auf den patriotischen Schlips getrampelt. Und das von einem Mann, der seit Jahrzehnten in den Vereinigten Staaten lebt, aber „nie die amerikanische Staatsbürgerschaft angenommen hat“ („New York Times“). Haacke, monierte der „Boston Globe“, mache Giuliani zum Nazi.

Der Bürgermeister selbst ließ einen ungewohnt kurzen Seitenhieb los – der den Streit zum Eskalieren brachte. Das Werk, rügte er, verharmlose den Holocaust.

Eine solche Fehldeutung, ärgert sich der Künstler, könne er „nicht verstehen“. Seine Frau sei Jüdin, und es käme ihm nicht in den Sinn, die Nazi-Gräueltaten zu banalisieren. Vielmehr kämpfe er gegen jegliche Zensur. Er hatte, sagte er, „natürlich“ mit wütenden Reaktionen gerechnet, aber nicht mit diesem „Inferno“.

Auch aus der Society-Ecke wurde der Künstler attackiert: Marylou Whitney, 73, Schwiegertochter der Museumsgründerin Gertrude Vanderbilt Whitney, bekannte, sie fühle sich nicht nur durch das „schreckliche Objekt“ verstört, sondern auch dadurch, dass Haacke kein Amerikaner sei. Schließlich habe die Schwiegermama das Museum 1930 für die nationale Kunst gegründet. „Gertrude“, wütete Frau Whitney, „würde sich im Grabe umdrehen.“

Deshalb will die Erbin der Whitney-Millionen ihre jährliche Unterstützung von 5000 Dollar streichen und das Museum auch in ihrem Testament nicht mehr be-



J. P. BOENING / ZENIT



Protest gegen Giuliani in New York (1999): Mit Zensur gegen Elefantendung

Fast immer gelingt es ihm, sein Publikum gründlich zu verwirren. Nicht selten fühlt es sich von so viel Gutmenschentum auch überstrapaziert.

Mit seiner „Germania“-Arbeit 1993 für die Biennale in Venedig, bestehend aus einer Riesen-D-Mark und zertrümmerten Marmorplatten, wollte er an einen Ausstellungsbesuch des Großzerstörers Hitler erinnern und zugleich die deutsche Wiedervereinigung als Bruchwerk persiflieren. Ein Künstlerkollege war von dieser „politischen Korrektheit“ so „genervt“, dass er Plakate mit dem Spruch „Ich habe den deutschen Pavillon überlebt“ auf Venedigs Hauswände klebte.

Trotz der penibel konstruierten Metaphern schafft es der Skandalapostel immer wieder, falsch ausgelegt zu werden: Ihm ist das Risiko bewusst. Dass ihm die Deutschen jetzt ausgerechnet Blut- und Bodenkunst unterstellen, hat ihn trotzdem „irritiert“.

Und so wirkt seine New Yorker Zensur-Installation fast wie ein wohl inszenierter Nachtrag zum Gerangel in Deutschland, „wo ausgerechnet innerhalb des Reichstags keine Meinungsfreiheit gelten soll“.

Die Hysterie in beiden Ländern zeigt zumindest, wie dünnhäutig auf Kunst reagiert wird, die sich nicht nur in einem mehr oder weniger gefälligen Stil kritisch gibt, sondern tatsächlich den gesellschaftlichen Nerv piekst. Über Geschmack lässt sich nicht streiten, über Kunst schon – dass das zurzeit ziemlich geschmacklos geschieht, kann Haacke nicht angelastet werden.

Eines verwundert allerdings wirklich: dass der Kritikkünstler mit seinem New Yorker Objekt sogar in Kauf nimmt,

denken. Am liebsten würde sie ihm die Nutzung des Familiennamens verbieten.

All die Angriffe mochte Maxwell Anderson, Direktor des Whitney Museums, nicht kommentarlos schlucken. Die Biennale-Jury habe den Künstler eingeladen, nun werde sein Werk auch gezeigt. Haacke habe ein Recht, Intoleranzen zu kritisieren, und er unterstütze ihn dabei.

Der Urheber der noch nicht ausgeführten Streitwerke („Jetzt bin ich gefordert“) flog vergangene Woche zwischen Deutschland und Amerika hin und her, um Gemüter zu beruhigen. Er wolle sich erklären, meinte er trotzig, nicht verteidigen.

Eigentlich dürfte er sogar mit dem Kra-wall zufrieden sein: Beide Bilderstürme beweisen schließlich, dass sein Kunstkonzept funktioniert.

Das genial Absurde daran: Haacke rennt – ob er gegen US-Immobilienhaie oder Geschäfte der Deutschen Bank in Südafrika wetterte – offene Türen ein und stößt trotzdem treffsicher alle vor den Kopf.

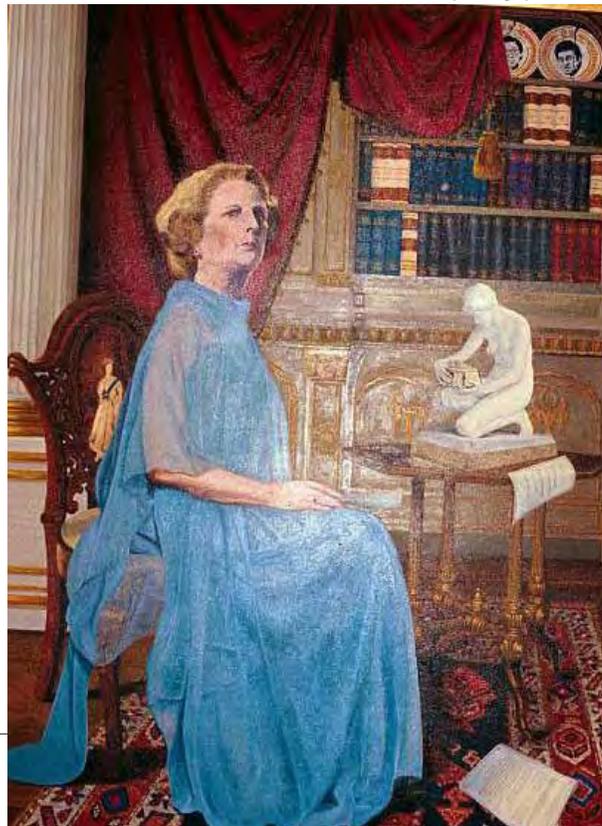
Seit Jahrzehnten kämpft er gegen alles, was er für moralisch bedenklich hält. Immer erreicht er das Maximum an Provokation mit einem Minimum an Aufwand: In der Konzeptkunst zählt nicht die künstliche Ästhetik, sondern allein die Idee, und die bezieht Haacke frei Haus aus Politik, Wirtschaft und Kunstszene.

Seine schlichten, aber intelligenten Objekte leben von einer stechenden Respektlosigkeit gegenüber hohen Ämtern, er griff Helmut Kohl – dem er für eine Fotomontage sinnigerweise schon 1990 Münzen auf die Brille geklebt hat – ebenso direkt an wie Ronald Reagan oder den Industriellen und Kunstsammler Peter Ludwig.

Haacke, dem Dorn im internationalen Gewissen, geht es um authentische Konflikte. Er spitzt sie zu, indem er sachliche Informationen mit plakativen Symbolen garniert. 1991 hängte er an die Propyläen auf dem Münchner Königsplatz schwarze Fahnen mit einer Liste von deutschen Firmen, die im Irak die Kriegsindustrie mit aufgebaut hatten. Die bayerische Polizei hätte damals um ein Haar die Mahnfahnen wegen „Missbrauchs“ eines Denkmals heruntergerissen.

Der Meister der moralischen Meckerei spielt mit Assoziationen und Gefühlslagen.

Haackes Thatcher-Porträt (1983/84): Boshaft angefeindet



nachträgliche PR-Hilfe für die Ausstellung „Sensation“ zu leisten. Diese Schau wurde aus der Sammlung des britischen Werbegurus Charles Saatchi bestückt. Und dessen Agentur wurde von Haacke schon mehrmals boshaft angefeindet: 1983/84 malte er ein Porträt von Maggie Thatcher, dass sie als Saatchi-Marionette bloßstellt; im Hintergrund glotzen Charles Saatchi und sein Bruder Maurice von Wandtellern.

Zwei Jahre später dokumentierte Haacke die Geschäftsaktivitäten von Saatchi im Apartheidsstaat Südafrika – in einem New Yorker Museum. Damals reagierte die Kunstkritik wohlwollend – zumindest den Angriff auf Gouverneur Rockefeller hatte man dem Künstler nach 16 Jahren verziehen.

ULRIKE KNÖFEL

AUTOREN

Die Frostbeulen der Seele

Die Irin Nuala O'Faolain beschreibt in ihrem autobiografischen Buch „Nur nicht unsichtbar werden“ ein extremes, ergreifendes Frauenleben. Von Elke Heidenreich



Heidenreich, 57, lebt als freie Autorin in Köln; zuletzt erschien von ihr das Kinderbuch „Sonst noch was“ (1999).

Über dieses Buch kann ich nicht schreiben, ohne auch über mich zu schreiben. Ich kann dieses Buch nicht nach literarischen

Kriterien beurteilen, sondern nur nach dem, was es in mir ausgelöst hat. Ich habe die ganze Zeit beim Lesen gedacht: Warum habe ich mich nie getraut, etwas Ähnliches zu schreiben?

Immer noch ist die Geschichte unserer eigenen Kindheit mit diesen Eltern nach diesem Krieg weitgehend unerzählt, während hier wieder die Geschichte einer unglücklichen katholischen irischen Kindheit in den fünfziger Jahren beschrieben wird, aber endlich aus der Sicht des verlassenen kleinen Mädchens, der einsamen Frau, nicht der saufenden Kerle, die es doch immer irgendwie schaffen.

Warum, zum Teufel, schreiben wir überhaupt, wenn wir uns an die Stille des Schreibtischs ausliefern? Um Geschichten zu erzählen, um – indem wir Geschichten von uns selbst erzählen – vielleicht endlich irgendwann bei uns selbst anzukommen. Nuala O'Faolain (man spricht es Nuala O'Feulein) hat das geschafft. Der Titel ihres Buchs ist wie ein Hilfeschrei: „Nur nicht unsichtbar werden“ (im Original: „Are you Somebody?“), und der letzte Satz vor dem opulenten Nachwort endet mit dem trotzig-erleichterten Bekenntnis: „Da bin ich.“*

Es ist die Geschichte einer Frau, die ihre Kindheit empfindet wie eine auf dem Meeresgrund dumpf ver-

brachte Zeit, einer Frau, die nie weiß, wer sie ist und was sie kann, ob man sie liebt und warum, die sich fast zu Tode säuft und von einer Affäre in die nächste stolpert, und die endlich mit über 50 Jahren und nachdem sie ihre Geschichte aufgeschrieben hat, mit einiger Gelassenheit feststellen kann:

Was kann ich anderes tun, als die Gelegenheiten wahrnehmen, die das Leben bietet? ... Mich um meine Zähne kümmern, so viel Musik wie möglich hören und weitermachen. Weiter an meinen Fluchttunneln aus der Vergangenheit arbeiten. Weiter darauf hoffen, dass ich irgendwann ans Hier und Jetzt stoße. Dass ich nur ich selbst bin, wie die Katze, die so perfekt und selbstverständlich eine Katze ist und nicht weiß, dass sie eines Tages sterben wird.

Prozession in Dublin (1952): „Unglückliche katholische Kindheit“



Autorin O'Faolain

„So viel Musik wie möglich“

Nuala O'Faolain beschreibt das, was Frank McCourt in seinem berühmten Roman „Die Asche meiner Mutter“ so benannt hat: „Natürlich hatte ich eine unglückliche Kindheit; eine glückliche Kindheit lohnt sich ja kaum. Schlimmer als die normale unglückliche Kindheit ist die unglückliche irische Kindheit, und noch schlimmer ist die unglückliche irische katholische Kindheit.“

Mindestens genauso schlimm ist eine unglückliche deutsche evangelische Kindheit im zerstörten Ruhrgebiet der fünfziger Jahre. Ich kenne die Verletzungen, die O'Faolain beschreibt. Ich war so wenig ein gewolltes Kind, wie sie es war, und schon unsere Mütter wurden ungewollt in bittere Armut hineingeboren und hatten nichts

lernen dürfen. Ihre Mutter soff, meine prügelte, die Väter, den Krieg verdrängend, waren in charmanter Begleitung unterwegs. Für Kinder interessierte sich niemand, Zärtlichkeit war noch nicht erfunden.

Natürlich hat man da schon mit 14, 15 Jahren erste Affären, weil man nach etwas sucht, dessen Namen man noch gar nicht kennt. Sie landete deswegen im Klosterinternat, ich abgeschoben als Pflegekind beim Pfarrer. Die Frostbeulen auf der Seele wuchsen. Der Glaube an Gott ging für immer verloren in solcher Umgebung.

Natürlich hat, wer als Kind nur herumgeschubst wird, niemals Vertrauen in sich selbst und definiert sich allenfalls über Anerkennung nach außen, durch den Beruf, durch immer wechselnde Männer. Natürlich säuft man sich fast tot und schrammt jahrelang haar-scharf an der Depression vorbei, und natürlich funktioniert man nach außen tadellos. Natürlich ist für eigene Kinder nach so einer

* Nuala O'Faolain: „Nur nicht unsichtbar werden. Ein irisches Leben“. Aus dem Englischen von Renée Zucker. Rowohlt Berlin, Berlin; 256 Seiten; 36 Mark.

Kindheit kein Platz im Leben, das man gerade so aushält. Und wenn man die Männer durchhat, die sich ratlos an uns wenden, versucht man es mit der Liebe der Frauen, was etwas besser funktioniert – immerhin lebte O’Faolain fast 15 Jahre mit einer Frau zusammen, länger als mit jedem Mann, aber letztlich dauert gar nichts.

Und man beginnt, über sich nachzudenken, und stellt erstaunt fest: „Außer mir glauben Millionen und Abermillionen von Menschen, dass man zur eigenen Vervollkommnung einen anderen braucht.“ Man

schen Extremen pendeln, dass keine Ruhe ist, kein Ort, nirgends. Und dass sich niemand wirklich dafür interessiert.

Die Irin Nuala O’Faolain hat es aufgeschrieben – es sollte nur ein Vorwort zu einem Buch mit ihren Kolumnen werden. Es wurde ein Bestseller, weil sich so viele irische Frauen darin endlich wieder fanden: „Mehr als ein Bestseller – irgendwie war es ein emotionales Ereignis im öffentlichen Leben Irlands“, wie es im deutschen Nachwort heißt.



H. CARTIER-BRESSON / MAGNUM / AGENTUR FOCUS

Straßenszene in Dublin (1952)

Zärtlichkeit war noch nicht erfunden

fragt sich: „Wie kann man sich selbst überreden, sein Schicksal zu akzeptieren?“ Männer helfen nicht, Frauen nur bedingt, Erfolg schon gar nicht – sie hat ihn reichlich als Kolumnistin der „Irish Times“ und als Mitarbeiterin für Radio und Fernsehen. Wie ich das alles kenne: Nichts ist wichtig, wenn man sich selbst nicht wichtig ist. Jedes Lob macht misstrauisch. Endlich schreibt eine Frau ganz offen darüber.

Ja, es ist eine typische Frauengeschichte in der Mitte und am Ende des 20. Jahrhunderts, das so sehr von Männern bestimmt („Die Männer verteilten Jobs und Zuneigung“) und so oft von Männern beschrieben wurde. Wir kamen nur am Rande vor. Niemanden trifft direkt die Schuld an einem verkorksten Leben – nicht die prügelnden Mütter, nicht die abwesenden Väter – „Es war Irland, die ganze irische Gesellschaft, die so etwas zuließ.“

Es war auch unsere Nachkriegsgesellschaft, die zuließ, dass wir im Kriegsurlaub gezeugten, ungewollten und unglücklichen Kinder keine Zugehörigkeit hatten, nie. Dass wir in Turbulenzen leben und zwi-

Und so wünschte ich mir, ich könnte so ein Buch schreiben. Nicht, weil ich noch einen Bestseller will, denn Erfolge bedeuten gar nichts, wenn die Nacht kommt. Sondern weil ich mir eine emotionale Erschütterung für viele, für ein Land, für alle wünsche, eine Erschütterung, wie sie nur von einem Buch ausgehen kann, wenn wir alt gewordenen Nachkriegskinder dieser Nazi-Väter und Beton-Mütter endlich aufheulen und anklagen würden und endlich nicht mehr nur runterschlucken und dulden und mit Blumensträußchen in die Altersheime schlurfen würden und sie ertragen – diese Vorwürfe bis zum Schluss, dass es uns überhaupt gibt, die Lieblosigkeit der Eltern, die Ignoranz der Gesellschaft, sondern wenn wir uns zu sagen trauten, was Nuala O’Faolain sagt: „Ich habe es immer als selbstverständlich hingenommen, dass meine Eltern so wenig Zärtlichkeit für uns übrig hatten. Aber ich akzeptiere es nicht mehr ...“

Dies ist ein Buch über eine Kindheit, über ein Leben, über glückliche Momente, denn mehr ist es nicht, das Glück, als immer nur hier und da ein Moment. Es ist ein Buch über das Glück des Lesens und die lebensrettende Wirkung von Literatur, es ist ein Buch über Rollenmuster und die fatale Rolle, die die Kirche dabei spielt, diese Muster vor allem für uns Frauen zu prägen, es ist ein Buch darüber, wie gefährlich es für Töchter ist, das Leben ihrer Mütter zu wiederholen und wie wir fast mit unserem Leben dafür bezahlen.

Und es ist ein Buch über Leidenschaft, über Alkohol, Musik und Tränen, ein Buch darüber, wie wir sein möchten und wie wir sind, nämlich sehr, sehr zerbrechlich. Es ist – für mich – genau das Buch, das ich gebraucht habe, um wieder weiterzumachen, um zu schreiben, um mitzureden, denn jede Stimme, die nicht lügt und die sich traut, kann vielleicht das Eis schmelzen, das Kafka „das gefrorene Meer in uns“ genannt hat.

Es ist bei solchen Büchern nicht wirklich wichtig, was die Literaturkritiker sagen. Hier zählen die Leser, die etwas von ihrem eigenen Leben wieder erkennen. ◆

MUSEEN

„Schöne Aura des Verlusts“

Generaldirektor Peter-Klaus Schuster
über den Wiederaufbau der Berliner Museumsinsel

Schuster, 56, war bis 1998 Direktor der Berliner Nationalgalerie, übernahm dann die Leitung der Bayerischen Staatsgemäldesammlungen und steht seit August vorigen Jahres den Museen der Stiftung Preussischer Kulturbesitz in Berlin vor. Deren historisches Zentrum, die Museumsinsel zwischen Spree und Kupfergraben, ist soeben in die Unesco-Liste des Weltkulturerbes aufgenommen worden.



der Architekten, voran des Briten David Chipperfield. Wie lautet sie – und warum ist sie erst nach zehnjährigem Streit gefunden worden?

Schuster: Das Kernproblem stellte die Kriegsruine von Friedrich August Stülers Neuem Museum dar. Auf einer früheren Projektstufe wollte der amerikanische

Architekt Frank Gehry diesen anspruchsvollen, einst üppig dekorierten Bau zum zentralen Eingangsbereich umwidmen und von ihm aus eine Art Tentakelsystem wie Flughafen-Finger zu den Nachbargebäuden ausstrecken. Dagegen hat die Denkmalpflege ihr Veto eingelegt.

Spiegel: Was macht Chipperfield besser?

Schuster: Er baut das Neue Museum als Sammlungsgebäude wieder auf. Die Funktionen des zentralen Eingangs werden in einen vorgelagerten Neubau verlegt.

Spiegel: Eine Berliner Louvre-Pyramide?

Spiegel: Herr Schuster, um die Museumsinsel verbreitet sich in letzter Zeit eine eigentümliche Euphorie. Ist sie begründet?

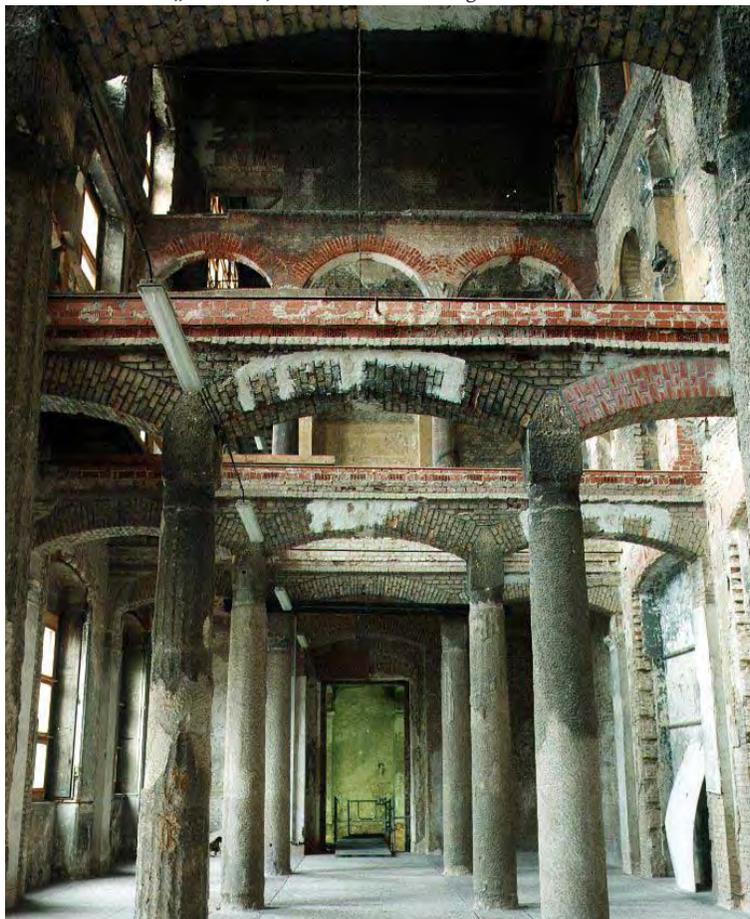
Schuster: Ja, es gibt eine Gunst der Stunde. Endlich sind Architekten, Museumsleute und Denkmalpfleger einig – und auch die nötigen Mittel, zwei Milliarden Mark für zehn Jahre, sind zugesichert.

Spiegel: Sie selbst rechnen der Museumsinsel sogar „erstmal die Chance zu ihrer Vollendung“ aus, wenn die heruntergekommenen, zum Teil ruinösen Bauten jetzt saniert werden. Heißt das: Alles wird, wie es einmal war, nur schöner?

Schuster: Nicht einfach schöner. Zwischen 1830 und 1930 ist zwischen Spree und Kupfergraben eine Gruppe großartiger Museumsbauten herangewachsen. Aber die universale „Freistätte für Kunst und Wissenschaften“, die der preussische König Friedrich Wilhelm IV. proklamiert hatte, blieb doch angesichts der Raumnot immer so etwas wie eine unmögliche Vision. Jetzt werden wir die Musentempel sanieren und als architektonische Solitäre respektieren, trotzdem aber einen Organismus entwickeln, in dem sie sich gemeinsam erschließen lassen. Büros, Depots und Werkstätten kommen auf ein neu gewonnenes Gelände gegenüber der Insel.

Spiegel: Die Zauberformel steckt wohl im „Masterplan“

Neues Museum: „Erleben, dass damit etwas geschieht“



Schuster: Das ist nur bedingt vergleichbar. Wir wollen alle historischen Einzeleingänge jedenfalls erhalten, zugleich allerdings ein System von Verbindungswegen zwischen den Museen eröffnen.

Spiegel: Maulwurfsgänge für die Besucher?

Schuster: Nein, man wird durch die ebenerdigen Sockelgeschosse der Bauten gehen, die bislang von Depots und Werkstätten blockiert sind und erst noch als archäologische Schauräume erschlossen werden müssen. Man wird aber auch Innenhöfe entdecken, die dem Publikum immer versperrt waren.

Spiegel: Sie schwärmen von der „Ruinen-schönheit“ des Neuen Museums. Ist sie mehr als ein Notbehelf?

Schuster: Natürlich kann man nicht die zerstörten Wandmalereien und plastischen Dekorationen wieder erschaffen wollen, sondern nur erhaltene Bruchstücke bewahren. Das Haus wird eine Aura von Verlust zur Schau tragen und damit auch reflektieren, dass die hier ausgestellten antiken Kunstwerke aus vergangenen Zusammenhängen stammen.

Spiegel: Was sagen die Denkmalpfleger?

Schuster: Es gibt viel Einvernehmen. Stülers repräsentatives Treppenhaus erstet nicht etwa neu in alter Pracht, wohl aber nach seinem Bauvolumen: die Treppenanlage als Minimal-Skulptur.

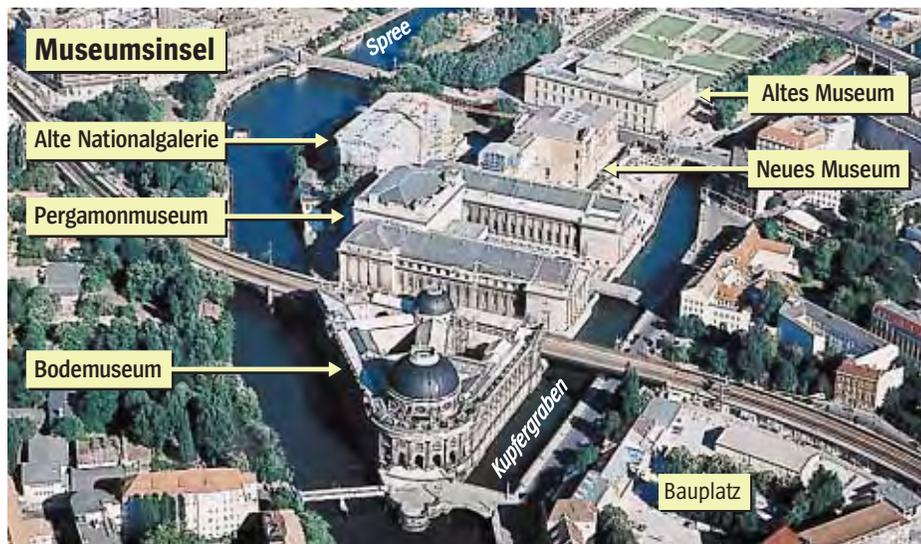
Spiegel: Entgegen früheren Plänen wollen Sie die Gemäldegalerie aus ihrem Neubau

am West-Berliner Kulturforum in das heutige Bode-museum zurückholen. Ist es sicher, dass es dazu kommt?

Schuster: Über diese Option wird erst im Laufe der Sanierung auf der Museumsinsel entschieden. Mir geht es aber nicht um einen Reuzug zur Wiederherstellung alter Verhältnisse, sondern um eine schlüssigere Logik: Auf der Insel reicht die Kunstgeschichte mit der Alten Nationalgalerie bis in die Zeit um 1900. Warum sollten die vorangehenden Kapitel dieser Fortsetzung-story anderswo spielen? Im Kulturforum kann es dann mit der Moderne sinnvoll weitergehen.

Spiegel: War der Neubau der West-Berliner Gemäldegalerie noch in den neunziger Jahren ein Fehler oder gar, wie das in manchen Polemiken anklingt, ein Rückfall Ihres Amtsvorgängers Wolf-Dieter Dube in Denkweisen des Kalten Kriegs?

Schuster: Unsinn. Dube musste am Kulturforum bauen, denn nur dort hatte er drei Gottesgaben beisam-



Altes Museum für Kunst der klassischen Antike, erbaut von Karl Friedrich Schinkel, eröffnet 1830. Derzeit Teil-Ausstellungen der Antikensammlung und der Alten Nationalgalerie.

Neues Museum für Kunst der frühen Kulturen, erbaut von Friedrich August Stüler, in Etappen eröffnet von 1850 bis 1859. Derzeit Ruine.

(Alte) Nationalgalerie für Kunst des 19. Jahrhunderts, entworfen von Stüler,

eröffnet 1876. Derzeit geschlossen (bis 2001).

Bodemuseum (früher Kaiser-Friedrich-Museum), Gemälde- und Skulpturengalerie, erbaut von Ernst von Ihne, eröffnet 1904. Derzeit geschlossen (bis 2005).

Pergamon-Museum für klassisch-antike und mesopotamische Monumentalwerke, entworfen von Alfred Messel, eröffnet 1930.

men: das Grundstück, den Gewinner eines Architektur-Wettbewerbs und die Finanzierung. Das aufzugeben wäre töricht gewesen. Wenn die alten Gemälde hier einmal ausziehen sollten, ist die Hängefläche für die Moderne hochwillkommen.

SPIEGEL: Dube seinerseits quittiert Ihre Ideen mit Erbitterung und freut sich auf neue Diskussionen „nach Ausscheiden des gegenwärtigen Generaldirektors“ im Jahr 2009. Ist es da über Sachfragen zu einem menschlichen Bruch gekommen?

Schuster: Dass Wolf-Dieter Dube die Entwicklung nicht nur freut, ist sehr nachvollziehbar. Aber die Kluft, die seine erste Reaktion suggeriert, gibt es nicht. Recht hat er natürlich darin: Es geht um Optionen.

SPIEGEL: Ganz anders als Dube wird nun der Generaldirektor aus wilhelminischer Zeit, Wilhelm von Bode, von manchen Kritikern geradezu heilig gesprochen, weil er Museumsräume zugleich mit Gemälden, Skulpturen und Möbeln der Renaissance inszenierte. Ist das eine Patentlösung?

Schuster: Keineswegs; da lauert das überladene Makart-Zimmer immer gleich um die Ecke. Wir können die Berliner Tradition Bodes flexibel aufgreifen, es muss aber immer unser Ziel sein, die Kunst zu ihrem Recht kommen zu lassen. Erst einmal werden wir in der Gemäldegalerie mit einigen Hauptwerken der sonst deponierten Skulpturensammlung experimentieren.

SPIEGEL: Schon Bode hatte im damaligen Kaiser-Friedrich-Museum, das heute sei-

nen Namen trägt, zu wenig Platz. Für die seither angewachsenen Bestände ist es da erst recht zu eng. Nun liebäugeln Sie mit einem ergänzenden Neubau am anderen Ufer des Kupfergrabens für Bilder seit dem Barock. Setzt eine solche Teil-Auslagerung nicht eine widersinnige Zäsur?

Schuster: So sehe ich das überhaupt nicht. Guten Architekten würde schon eine Brückenlösung einfallen, die beide Museumsabteilungen als Raumkontinuum verbindet. Wer von einem Flügel der Uffizien in den andern geht, hat schließlich auch nicht den Eindruck, das Haus zu wechseln.

SPIEGEL: Beziehen Ihre Pläne eine mögliche Rekonstruktion des Berliner Stadtschlusses mit ein?

Schuster: Das ist nicht unser Terrain. Sollte sich die Frage stellen, würden wir Ansprüche für das Kunstgewerbemuseum anmelden. Das hatte schon zwischen den Weltkriegen seinen Platz im Schloss und wäre dort wieder gut aufgehoben.

SPIEGEL: War es der Umzug von Regierung und Bundestag, der die Berliner Museumswelt mit mehr Verständnis – und Geld – entscheidend beflügel hat?

Schuster: Zweifellos. Die Politik kann nicht zulassen, dass die Mitte der Hauptstadt aussieht wie Rom in Trümmern. Nun haben die Zugezogenen den einzigartigen Rang der Museumsinsel, dieser monströsen Tempelstadt, vor Augen. Und sie wollen erleben, dass damit etwas geschieht.

INTERVIEW: JÜRGEN HOHMEYER

ENTERTAINER

Das Würstchen und der Senf

Otto Waalkes hat sein fünftes Kino-Werk gedreht: „Der Katastrofenfilm“. Ein verzweifelt komischer Comeback-Versuch des ostfriesischen Spaßvogels.

Clowns, sagt man, sind privat ganz besonders traurige Kreaturen, denn hinter der Fassade des Frohsinns waltet klafertiefe Melancholie: Nur wer tief drinnen traurig ist, hat auch Humor.

Demnach muss Otto Waalkes, 51, ein besonders heiterer Mensch sein. Seit den frühen siebziger Jahren, als er Witze reißend durch Hamburger Szene-Lokale tingelte und sich langsam zu einer Institution des deutschen Humorwesens empor-kalauerte, gehört der spillerige Ostfrie-se mit dem spärlichen Haar zur deutschen Unterhaltungsszene wie das Würstchen zum Senf.

Und es sind gerade die Würstchen, in deren Rolle der Komiker am liebsten schlüpft: kleine verhuschte Angestellte, un-

erwidert Liebende, die ewig Vorletzten in der Warteschlange des Lebens. Doch an diesen Figuren interessiert ihn nicht die Tragik, sondern der Klamauk.

Vier Filme hat der Frie-se inzwischen in die Kinos gebracht. In jedem war er die Kunstfigur „Otto“, ein besonders bedauernswertes Komik-Würstchen, das die vielen Nummern aus Otto Waalkes' Bühnenshow in eine Art Handlung zu packen versucht.

Doch bei jedem Film verringerten sich komischerweise die Zuschauerzahlen um je rund zwei Millionen. „Otto – Der Film“ brachte es 1985 noch auf knapp 8,5 Millionen Fans. „Otto – Der Liebesfilm“ mobilisierte sieben Jahre später nur noch 2,8 Millionen Menschen.

Jetzt soll der fünfte Versuch, „Otto – Der Katastrofenfilm“, endlich die Trendwende einleiten. Aber Vorsicht: So lustig wie die Orthografie ist der ganze Film.

18 Millionen Mark – etwas mehr, als Joseph Vilismaier für seine „Marlene“-Hommage ausgeben durfte – verpulverten Regisseur Edzard Onneken und Produzent Horst Wendlandt für das aufwendige Werk.

Es erzählt eine besonders krause „Otto“-Geschichte. Des Spaßvogels größter Wunsch ist es diesmal, auf dem Ozeanriesen „Queen Henry“ nach New York zu fahren.

Doch bevor es tatsächlich dazu kommt, berichtet eine lange und langatmige Rück-

blende von der Geburt, Aufzucht und Mannwerdung des Helden. Geboren in einem Viehstall, die Weihnachtsgeschichte winkt als vergackiertes Zitat, wird Klein-Otto schließlich in einem Weidenkörbchen auf einem friesischen Torf-Kanal ausgesetzt. Ottologen verwundert es nicht, dass Waalkes es sich auch dieses Mal nicht nehmen lässt, in Spitzenhäubchen und Windel als sabbernder Säugling aufzutreten.

In der werberelevanten Zielgruppe der 14- bis 49-Jährigen dürften allenfalls die Allerjüngsten dank der Gabe ihrer verspäteten Geburt diesem fulminanten Ausbruch von treudeutscher Babybettchen-Travestie zum ersten Mal begegnen. Anderen ist der Anblick seit Jahrzehnten vertraut.

Otto wächst bei seinem von der Seefahrt besessenen Großvater auf. Als dieser den Löffel abgibt – und in einem Otto-Film offeriert der Moribunde tatsächlich dem Enkel als letzten Gruß sein Essbesteck –, will der Junge sich nun die unerfüllten Träume des verblichenen Greises erfüllen.

Endlich erwachsen – wenigstens dem Aussehen nach –, absolviert der Film-Otto als blinder Passagier die Überfahrt auf der „Queen Henry“. Er schmuggelt sich an Bord des Schiffs, indem er sich als Mitglied der Mädchen-Band „Old Speis Görls“ ausgibt.

Otto als Frau – ein weiterer Höhepunkt des „Katastrofenfilms“. Und was Komik-



„Katastrofenfilm“-Darsteller Waalkes (M.): *Rock gerafft und im Feinripp gewühlt*

Kenner spätestens seit „Charleys Tante“ kommen sehen, kommt tatsächlich: Otto betritt im rosafarbenen Fummel und mit aufgetürmter Dutt-Frisur aus alter Gewohnheit die Herrentoilette, rafft den Rock, wühlt im Feinripp und schlägt sein Wasser ins Wandurinal ab. Zum Brüller wird die Szene natürlich erst dadurch, dass die Herren neben ihm sich mächtig wundern.

Aber auch der elaborierte Sprachwitz kommt nicht zu kurz. Ein Landstreicher, so erfährt der Zuschauer, ist jemand, der über Land streicht. Und ein Dialog mit einem kleinen Mädchen an Bord geht ungefähr so: „Wie alt bist du?“ „Sieben.“ „Was möchtest du denn werden?“ „Acht.“

Der Film bietet selbstverständlich neben der erschöpfenden Pointen-Archäologie auch eine ebenso packende Spannungsebene.

Da geht es um einen bösen japanischen Konzern, Agenten, eine Bombe und anderweitiges Ungemach. Aber hauptsächlich geht es um die appetitliche Sonja, die auf dem Schiff als Stewardess arbeitet. In sie ist Otto verliebt.

Da trifft es sich gut, dass Herr Waalkes im richtigen Leben in die Sonja-Darstellerin Eva Hassmann verliebt ist.

Aber das nützt ihm auch nichts. Am Ende nämlich, wenn der teure Modellbau der „Queen Henry“ (die Ausstattungsmillionen zerbröseln nahezu unsichtbar fürs bloße Zuschauerauge) so richtig katastrophal zu Bruch geht und bei den Bösewichten manch schmerzlicher Kollateralschaden zu beklagen ist, bleibt Otto an seiner Sonja kleben. Und an einem Pinguin.

Der offenbar hoch begabte Vogel hat ihm nämlich das Leben gerettet, nachdem Otto ihn vor einem frühen Ende im Kochtopf bewahrt hatte.

Der Film endet immerhin mit einem Hoffnungsschimmer. Otto säuselt am Ende seiner Sonja zu: „Mit dir möchte ich alt werden.“ Und das blitzgescheite Mädels weiß die einzig richtige Antwort: „Du bist doch schon alt.“

Dämmert es diesem Humoristen vielleicht tatsächlich, dass es eine Altersgrenze für Kinderkram gibt? Aber Otto hat ja schon ganz andere Kalauer überlebt.

JOACHIM KRONSBELN

Werbeseite

Werbeseite

ZEITKRITIK

Tango des Denkens

Lange war er ein Geheimtipp. Nun kommt Georg Simmel, der Pionier der Soziologie, groß heraus. Dank einer Komplett-Edition entdecken Ökonomen, Kunstforscher, Cyber-Planer und Kolumnisten: Die Beobachtungen des unkonventionellen wilhelminischen Gelehrten sind hochaktuell.

Ein einsamer Akteur, keine Musik, keine Dekoration: eine Show für Asketen. Dennoch drängten oft so viele in den großen Saal, dass der Hauptdarsteller manchmal am Eingang prüfen ließ, wer überhaupt eine Hörekarte hatte. Er sei schließlich kein Entertainer, erklärte Georg Simmel dann streng, sondern Philosoph. Da könne ja jeder kommen.

Aber es kamen eben auch alle, die in Berlin etwas auf sich hielten. Man musste

hohe Kragen Mode sind, trägt er sie bis zu den Ohren“) oder den neuesten Skandal-Kunstwerken. Seine Beispielfreude brachte ihn von der Chemie der Teerfarben zu Michelangelos Plastiken und wieder retour in den „Fünzig-Pfennig-Bazar“ an der Straßenecke. Als er einmal gar den veruchten neuen Tangotanz erörterte, stand es am nächsten Morgen in der Zeitung.

Aufregend einfallsreich, verdächtig brillant: Dieser Ruf eilt Georg Simmel (1858 bis

tiert zu sein“, sagt der Hamburger Soziologe Stefan Breuer.

Das spürten zwar auch schon die Sozialforscher der Frankfurter Schule, die das geistige Klima der Nachkriegs-Bundesrepublik prägten. Nur legten sie es gegen ihn aus. Theodor W. Adorno etwa, selbst beängstigend vielseitig, spottete über Simmels „Fähigkeit und Bereitschaft, über alles und jedes zu philosophieren“, und stellte seinen „unverbindlichen Esprit“ als „arg verblichen“ dar.

Von wegen: Inzwischen sind alle Zweifel emsigem Interesse gewichen – weltweit, quer durch die Disziplinen. Ökonomen, Anthropologen, Philosophen, Kunsthistoriker und Kulturwissenschaftler diskutieren Simmels Einsichten. Stichwortgeber der Phänomenologie, Postmoderner avant la lettre, Pädagoge, Wertdenker und Kriegskommentator: kaum ein Feld derzeit, auf dem der Berliner Tausendsassa nicht Wegbereiter zu sein scheint.

Neuerdings haben sogar Meinungsmacher ihn als Autorität entdeckt. Sein Satz vom Fremden als einem Gast, „der heute kommt und morgen bleibt“, ist in Multikulti-Diskussionen ein geflügeltes Wort. Auch als es jüngst um die Ehre eines gewissen Herrn Kohl ging, konnten sich die Leitartikler auf Simmel berufen: „Die vollkommene Sittlichkeit gebietet von sich aus, was Ehre und Recht fordern, die voll-

kommene Ehre, was das Recht verlangt, das Recht hat den geringsten Umfang.“ Oder: „Der Räuber kann die Gebote seiner Verbrecherehre streng einhalten, während er jede sonstige Ehre eingebüßt hat.“

Dabei galten zu seinen Lebzeiten Studien zur Ehre, zur „Psychologie der Discretion“, über den Typ des Abenteurers, „Das Problem des Stiles“ oder „Die Ruine“ unter Philosophen als abseitig. Doch schon Existenzialisten, etwa Martin Heidegger, ließen sich von ihnen anregen. Und nun, nach dem Zerfall der großen Ideensysteme, suchen fast alle das Subtile: „Spiel



Philosoph Simmel (um 1917), Großstadtleben in Berlin (um 1910)*: Neugier für die Nahtstellen des Lebens

den Mann einfach bei der Arbeit gesehen haben. Ruhelos, in „schlangenhaften Bewegungen“ glitt der Professor übers Hörsaal-Podium, einen gespitzten Bleistift in der Hand. „Er dachte mit dem ganzen Körper“, schwärmten später viele, die es miterlebt hatten. Plötzlich sei es dann passiert: „Auf der äußersten Kante des Katheders wippend“, bohrte Simmel den Stift in die Luft und erlegte wie „einen Käfer mit einer Nadel“ den flüchtigen Begriff.

Und was für Begriffe. Simmel sprach vom Verrat, vom Modenarren („Wenn

1918) voraus. Jemand, der eine dicke „Einleitung in die Moralwissenschaft“, aber auch glänzende Ideenporträts über Goethe und Rembrandt oder einen Artikel zur Psychologie der Frauen schreiben konnte, ein Ästhet, bei dem der Jung-Lyriker Rainer Maria Rilke und der angehende Philosoph Georg Lukács zu Gast waren, passt nicht ins übliche Gelehrtschema. Selbst im Fach, das er mitbegründete, gilt er noch immer als Ruhestörer. „Es ist unmöglich, von Georg Simmel nicht irri-

* Friedrichstraße, Ecke Leipziger Straße.

„Leidenschaft für die Kultur“

Ein unveröffentlichter Brief
Georg Simmels an den Dichter Stefan George

Nur ein Bruchteil jener Briefe, die Georg Simmel an zahlreiche prominente Zeitgenossen schrieb, ist erhalten. Etwa tausend werden demnächst in zwei Bänden der *Simmel-Gesamtausgabe* erscheinen. Darunter auch etliche Einladungen an Stefan George, den stilprägenden Dichter der Jahrhundertwende („Der siebente Ring“). Eine Probe, die der SPIEGEL vorab druckt, zeigt Simmels engen, vertraulichen Kontakt mit dem scheuen Poeten und sein kulturpolitisches Engagement gegen die pompöse Staatskunst Kaiser Wilhelms II. – der erwähnte Plan für eine kulturelle Vereinigung war eine Vorstufe zum späteren „Deutschen Künstlerbund“.

**Georg Simmel an Stefan George,
24. Februar 1903**

Lieber Freund,

Ich freue mich sehr, daß ich Gelegenheit habe, Ihnen ein Zeichen von Leben und Gedenken zu geben. Aus der Anlage sehen Sie, um was es sich handelt – ein Unternehmen, dem ich mich angeschlossen habe, weil ich davon einen Kulturmittelpunkt erhoffe, wie wir ihn bitterlich bedürfen; denn täglich wird es einem klarer, daß wir unter Barbaren leben. Das erste Komitee besteht aus *Liebermann*, *L[udwig] von Hofmann*, *Graf Kessler* und mir selbst. Wir haben die gleiche Aufforderung wie an Sie an eine Reihe von Persönlichkeiten gerichtet, die schon im Wesentlichen gewonnen sind, Persönlichkeiten der verschiedensten Kunst- und Denkrichtungen, auch solche, die Ihre künstlerischen Antipoden sind, wie *Hauptmann* und *Dehmel*. Aber wir meinten, daß hier, mit der größten Strenge in Bezug auf die Reinheit und Unabhängigkeit des künstlerischen Wollens, die größte Weitherzigkeit in Bezug auf Wege und Stile verbunden werden müßte. [...] Ich nenne

Ihnen aus den circa 20 Mitgliedern des Komitees noch: *Klinger*, *Wölfflin*, *Mommsen*, *Lichtwark*, *van de Velde*, *Richard Strauss*. – Es handelt sich eben darum, bei dem immer bedrohlicheren Uebergewicht der offiziellen und der Philisterkunst, ein sichtbares Wahrzeichen aufzurichten, zur Sammlung derer, denen die Unabhängigkeit und das Sich-selbst-gehören der Kunst am Herzen liegt und die die Leidenschaft für die Kultur der Menschheit fühlen. Es scheint mir ein innerer Widerspruch, wenn Sie dabei fehlen sollten. –

Am 6. März denken wir nach Italien aufzubrechen, und erst im Oktober zurückzukehren. Wir wollen vielleicht bis Ende April an der Riviera bleiben und dann bis zum Sommer in den kleinen mittelitalienischen Gebirgsstädten, in denen noch das Mittelalter sichtbar ist und wo das Fremdenfieber noch nicht herrscht: *Siena*, *Assisi*, *Arezzo*, *Cortona*, u.s.w. Wollen Sie uns dort nicht einmal treffen? Wie herrlich wäre es, in diesen



Dichter George, Verehrer*: Tee-Einladung beim Herrn Professor

stillen, verzauberten Orten umherzugehn und über die letzten Dinge der Seele und der Welt zu reden – –

Meine Frau grüßt Sie sehr schön. Es geht ihr ein wenig besser, sehr langsam [...].

Ich bitte Sie die Anlage und den ganzen Plan vorläufig als absolut vertraulich zu behandeln [...].

Simmel

und Ernst“, eine „Philosophie der Gemenge und Gemische“ – diese Themen heutiger Denker klingen, als führe Simmel von fern Regie.

Er selbst zweigte seine Essays gern aus Großprojekten ab, etwa der „Philosophie des Geldes“ (1900). Darin zeigte er die Folgen modernen Finanzdenkens: Zum Beispiel bremse das Geld die „Kultur der Personen“ und fördere die „Vergegenständlichung des Geistes“. „Die Geldhaftigkeit der Beziehungen schiebt eine unsichtbare, funktionelle Distanz zwischen die Menschen.“ Solche Diagnosen treffen heute angesichts von Globalisierung und seelischer Obdachlosigkeit oft deutlicher als damals.

Erst recht zeigt sich Simmels Weitblick an seinem Hauptwerk „Soziologie“ (1908). Anstatt zu behaupten, die Gesellschaft funktioniere wie ein Räderwerk, machte er den Lesern klar: Soziale Wirklichkeit kann niemand total erfassen, denn alle „Atome der Gesellschaft“ haben „ein Sein für sie und ein Sein für sich“, soziale Rollen, den eigenen Blickpunkt und dazu noch ihr wechselvolles Innenleben. Im zentrumslosen Gebrodel der vielen Ichs gebe es sozusagen nur Übergänge, unablässigen „Wechsel von Engagiertheit und Lösung“ wie auf einem endlosen, gigantischen Tanzball.

Heutige Postmoderne sehen das kaum anders. Zur Zeit des prinzipienstarrten Wilhelmismus aber klang solche Relativitätstheorie des Miteinanders staatsgefährdend. Simmel indessen hielt die üblichen philosophischen Großsysteme für unfähig, das eigentlich Wichtige zu erfassen, und blieb bei seiner Neugier für die Nahtstellen des Lebens.

Dankbarkeit und Hass, Heimatgefühl und Einsamkeit, Eifersucht und Lüge wollte er verstehen, selbst den „Großbetrieb des Naturgenusses“ oder die soziale Rolle des Parfums („Geruch in seiner Bedeutung für die Vergesellschaftung“). Überall im sozialen Geflecht wurde er fündig. Kein Wunder, dass ein Ausbildungszentrum für Computer-Netzwerker mitten im US-Bundesstaat Ohio Simmel zum Namenspatron erwählt hat, dass es in Korea eine Website zu ihm gibt, dass Soziologen in Zürich seine Texte im Internet anbieten.

„Wer ihn gelesen hat, sieht die Muster hinter den Tatsachen, die Wechselwirkungen zwischen den Ebenen des Geschehens einfach klarer“, sagt Paschen von Flotow. Der gelernte Volkswirt, Chef eines Forschungsteams an der „European Business School“ in der Nähe von Wies-

* Grafen Claus und Berthold von Stauffenberg (1924).

baden, erarbeitet für Ministerien und Großkonzerne Gutachten, zum Beispiel über die Folgen globalen Ökologie-Exports. Seine Doktorarbeit hat der 38-Jährige über Simmels „Philosophie des Geldes“ geschrieben.

„Eine Menge an der Systemtheorie kommt einem dann wie Geschwätz vor“, sagt von Flotow und lächelt. Ketzerworte: Die „Systemtheorie“ des Bielefelder Soziologie-Papstes Niklas Luhmann (1927 bis 1998), zu der es schon eigene Lexika gibt, ist vielen Ökonomen regelrecht heilig. Des-to ironischer, dass die deutsche Zentrale in Sachen Simmel keine zehn Meter vom ehemaligen Amtszimmer Luhmanns entfernt liegt, in der vierten Etage des „Turms U“ an der Bielefelder Universität.

Von einem spartanischen Büro aus organisiert der Soziologe Otthein Rammstedt, 62, seit über zehn Jahren eine Gesamtausgabe seines Fach-Patriarchen. Inzwischen ist über die Hälfte da; kürzlich kam ein Band mit den allerersten Arbeiten heraus*. Darunter findet sich auch der früheste bekannte Simmel-Text: ein Fragebogen über das Jodeln, den er 1879 im Jahrbuch des Schweizer Alpenclubs veröffentlichte, um die Antworten für eine Doktorarbeit über die Grundlagen der Musik auszuwerten. „Typisch“, meint Rammstedt, „Simmel war begeisterter Bergwanderer, und er ließ sich eben von jedem Gegenstand anregen. Wir finden immer noch abenteuerliche Dinge aus den frühen Jahren.“

Die Fachleute wissen noch längst nicht genau, was der Sohn aus jüdischer Kaufmannsfamilie unter unscheinbaren Pseudonymen wie Paul Liesegang alles publiziert hat. Oft seien es „wilde Sachen“ von der Theaterkritik bis zu linker Polemik, meint Rammstedt, der die publizistischen Seitensprünge demnächst mit Hilfe ausge-

* Georg Simmel, Gesamtausgabe, Band 1: „Das Wesen der Materie nach Kant's Physischer Monadologie“ und andere Frühschriften bis 1901. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main; 528 Seiten; als Taschenbuch 32,80 Mark.

klügelter Stilvergleiche identifizieren will. Geradezu „herumgetobt“ habe der junge Simmel in der Boheme des kaiserlichen Berlin, im Hexenkessel von Expressionisten und Varietéstars, Lebenskünstlern und Literaten.

Von Haus aus finanziell unabhängig, mondän, sensibel und eloquent, erarbeitete sich der unbesoldete Privatdozent rasch intellektuellen Ruhm – vor allem, weil er sich leisten konnte, über das zu schreiben, was ihn interessierte. Bis in seinen Stil ist „etwas Elektrisches, Flackerndes, wie ein Wetterleuchten“ (Stefan Breuer) zu spüren: das nervöse Dasein des Großstädtlers.

Dieser neue Mensch, schrieb er 1903, sei wegen der „Steigerung des Nervenlebens“ geradezu auf Aversionen angewiesen, um sich nicht von seinen Mitmenschen geistig erdrückt zu fühlen. Andauernd erlebte er „die Kürze und Seltenheit der Begegnungen, die jedem einzelnen mit dem anderen – verglichen mit dem Verkehr der kleinen Stadt – gegönnt sind. Denn hierdurch liegt die Versuchung, sich pointiert, zusammengedrängt, möglichst charakteristisch zu geben, außerordentlich viel näher.“

Es war natürlich auch eine Selbstanalyse. „Meine Natur ist viel mehr pfadfinderisch als anbauend“, gestand er einem Kollegen; zu Langstreckenwerken musste er sich zwingen.

Lieber pflegte Simmel das Gespräch. An seinen wöchentlichen Privatseminar-Abenden teilnehmen zu dürfen bedeutete die Aufnahme in einen der exklusivsten Salons der Reichshauptstadt. Hier tauchte zuweilen plötzlich der mönchisch strenge Dichter Stefan George auf, Leitfigur einer stilbewussten Sekte junger Poeten und Kul-

turforscher (siehe Kasten Seite 208), oder die brillante, psychoanalytisch geschulte Lou Andreas-Salomé.

Auch der junge Philosoph Ernst Bloch bat um Zutritt zur Runde. Simmel ließ sich von ein paar steilen Sprüchen faszinieren und lud ihn ein. Bloch kam; doch rasch begann er sich ausgerechnet an Simmels gute Freundin, die Essayistin Margarete Susman, heranzumachen, und der Profes-

sor sperrte ihm das Haus. Bloch vergaß die Schmach nie – und gab fortan ohne Quellenangabe weiter, was er in Berlin gelernt hatte: Sein späterer Utopie-Spruch „Denken heißt überschreiten“ ist vorgeprägt in Simmels Satz, Leben sei das „Überschreiten seiner selbst“.

Wie ernst das gemeint war, hat Simmel noch persönlich bewiesen. Jahrelang war ihm eine reguläre Professur vorenthalten worden, auch

deshalb, weil er angeblich „Israelit durch und durch“ sei. 1914 endlich bekam er einen Lehrstuhl in Straßburg. Schweren Herzens gab er sein quirliges Berlin auf. In den ersten Weltkriegstagen ließ er sich sogar kurz vom nationalen Wahn anstecken. Umso schockierender waren für ihn die Berichte vom Grauen der Verdun-Schlachten – vor allem, weil er wusste, dass ihm kaum noch Zeit blieb: Weit fortgeschrittener Leberkrebs, gab der Arzt zu, als Simmel ihn zur Rede stellte.

Ein Buch aber, für ihn sein wichtigstes, vollendete er noch. „Lebensanschauung“ hieß diese Summe seines Denkens: Von Weltbild-Fragen bis zur Erotik, vom Wahrheitsstreben bis zur Kunst altjapanischer Teeschalen, kaum etwas fehlte, das ihm wichtig war. Nur der Kriegsschrecken blieb ausgeblendet.

Es wurde eine Bilanz ohne Wehmut. „Wir sind alle Fragmente“ vom „Typus, der nur wir selbst sind“, schrieb er, und den vielen Moralaposteln seit Kant hielt er entgegen: Kein kategorischer Imperativ, keine noch so penible Ethik, nur ein „individuelles Gesetz“ könne das „Unterschiedswesen“ namens Mensch wirklich zum Guten verpflichten.

Damals klang das beinahe zersetzend. Heute ist die darin verborgene Botschaft, sich selbst ernst zu nehmen, schon deshalb aktuell, weil nach dem Untergang der Ideologien vor allem eins geblieben ist: Orientierungslosigkeit. Der urbane Geist Simmel, Feind aller Parolen, muss es geahnt haben, als er einem Kollegen vorschwärmte, was ihm an den jungen Studenten in Berlin so gefalle: Sie zeigten „ein Drängen nach wirklicher Philosophie, als einer Deutung vom Sinn des Lebens“.

JOHANNES SALTZWEDDEL

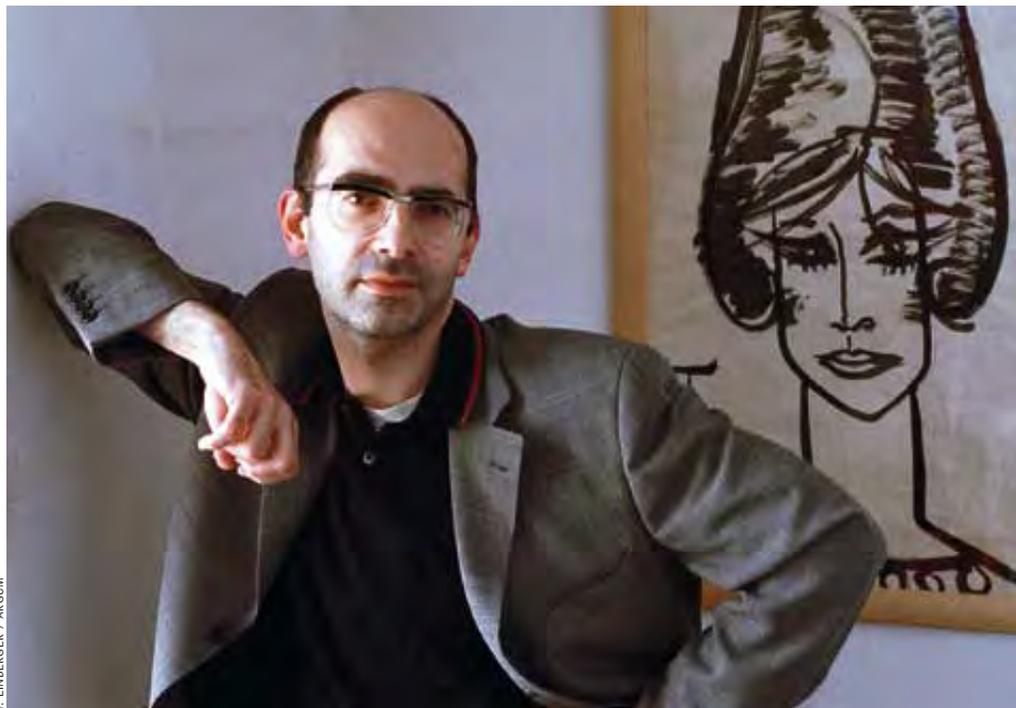


Simmel-Herausgeber Rammstedt

Türkinen vor Schloß Bellevue in Berlin: „Gäste, die heute kommen und morgen bleiben“



J. GIERBAS



T. EINBERGER / ARGUM

Autor Biller: „Unsägliche Blässe und Reizlosigkeit der deutschen Gegenwartsliteratur“

LITERATUR

Fenstersturz im Täterland

Der erste Roman des Polemikers Maxim Biller ist missglückt – ganz im Gegensatz zum Erzähldebüt seiner Schwester Elena Lappin.

Eine Biografie mit vielen Ortsnamen: Elena Lappin wurde 1954 in Moskau als Tochter russisch-tschechischer Juden geboren, ging in Prag und Hamburg zur Schule, lebte in Israel, Kanada und in den USA. Heute wohnt die Journalistin und ehemalige Chefredakteurin der Zeitschrift „Jewish Quarterly“ in London, und im vergangenen Jahr ist sie unter die Erzähler gegangen.

In ihrem Prosadebüt, dem Geschichtenband „Fremde Bräute“, schildert sie – mal hinreißend humorvoll, mal mitreißend elegisch – Liebesfälle und -unfälle von Menschen, die ihre Heimat verlassen mussten oder freiwillig in die Fremde ziehen*.

Eine dieser Geschichten handelt von einem jüdischen Schriftsteller namens Max Kamenski, der nur in Deutschland schreiben kann und als Erzähler versucht, „den Sinn von Dingen zu ergründen, die lange vor seiner Geburt geschehen waren“. Mo-

nika, eine junge Hamburger Buchhändlerin, verliebt sich in ihn und will seinetwegen zum jüdischen Glauben übertreten.

Max, der Polemiker, der für seine „eloquenten Salven gegen Juden wie Deutsche“ gefürchtet und bewundert wird, sieht das mit spöttischem Blick und sagt voraus, dass sie ihn am Ende wegen jenes Lehrers verlassen wird, der ihr Hebräisch beibringt und sie auf den Übertritt vorbereitet. So kommt es: Monika folgt dem anderen nach Israel, heiratet ihn und wird schwanger. Max, „der sich überhaupt keiner Sache sicher ist, am wenigsten seiner Gefühle zu einer Frau“, bleibt zurück.

Ähnlichkeiten mit lebenden Personen mögen reiner Zufall sein. Dennoch: Es gibt da einen jüngeren Bruder der Autorin, 1960 in Prag geboren, der mit Eltern und Schwester nach Deutschland gekommen ist und bis heute hier wohnt, ein Schriftsteller und Polemiker („Hundert Zeilen Hass“). Maxim Biller heißt er, macht sich Feinde, wo er kann, und sondert neben mancher Sottise („Ich bin politisch, indem ich mich immer wieder öffentlich darüber wundere, wie blöd die anderen sind“) hin und wieder auch rhetorische Glanzstücke ab. Außerdem ist er von



F. BILLER

Autorin Lappin

* Elena Lappin: „Fremde Bräute“. Aus dem Englischen von Frank Heibert. Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln; 208 Seiten; 34 Mark.

Fall zu Fall ein origineller Literaturkritiker und Essayist.

Und er demonstriert in zwei Erzählbänden, dass er die „unsägliche Blässe und Reizlosigkeit der von Deutschen geschriebenen deutschen Gegenwartsliteratur“ (Biller) bekämpfen will: Seine Bücher „Wenn

ich einmal reich und tot bin“ (1990) und „Land der Väter und Verräter“ (1994) enthalten nicht immer gelungene, aber zumeist flott erzählte, lesbare Geschichten – sie unterstreichen sein Talent zur kurzen Form.

Nun hat er einen ersten Roman folgen lassen: „Die Tochter“. Auch darin

Bestseller

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom Fachmagazin „Buchreport“

Belletristik

1 (1) **Joanne K. Rowling** Harry Potter und der Stein der Weisen Carlsen; 26 Mark

2 (-) **Henning Mankell** Mittsommernord

Zsolnay; 45 Mark

Der schwedische Kommissar Wallander erstürmt mit seinem neuen Fall sofort eine Spitzenposition



3 (3) **Bernhard Schlink**

Liebesfluchten Diogenes; 39,90 Mark

4 (4) **Noah Gordon** Der Medicus von Saragossa Blessing; 48 Mark

5 (2) **Isabel Allende** Fortunas Tochter Suhrkamp; 49,80 Mark

6 (-) **John Grisham** Das Testament Heyne; 46 Mark

7 (7) **Joanne K. Rowling** Harry Potter und die Kammer des Schreckens Carlsen; 26 Mark

8 (5) **Thomas Harris** Hannibal Hoffmann und Campe; 49,90 Mark

9 (6) **Doris Dörrie** Was machen wir jetzt? Diogenes; 39,90 Mark

10 (8) **Stephen King** Das Mädchen Schneekluth; 38 Mark

11 (9) **Joanne K. Rowling** Harry Potter und der Gefangene von Askaban Carlsen; 28 Mark

12 (10) **Frank McCourt** Ein rundherum tolles Land Luchterhand; 48 Mark

13 (11) **Sándor Márai** Die Glut Piper; 36 Mark

14 (-) **Elizabeth George** Undank ist der Väter Lohn Blanvalet; 49,90 Mark

15 (13) **Ken Follett** Die Kinder von Eden Lübbe; 46 Mark

Sachbücher

1 (1) **Marcel Reich-Ranicki** Mein Leben DVA; 49,80 Mark

2 (2) **Bodo Schäfer** Der Weg zur finanziellen Freiheit Campus; 39,80 Mark

3 (5) **Dietrich Schwanitz** Bildung Eichborn; 49,80 Mark

4 (3) **Sigrid Damm** Christiane und Goethe Insel; 49,80 Mark

5 (4) **Hans J. Massaquoi** Neger, Neger, Schornsteinfeger! Fretz & Wasmuth; 39,90 Mark

6 (6) **Joschka Fischer** Mein langer Lauf zu mir selbst Kiepenheuer & Witsch; 29,90 Mark

7 (7) **Dale Carnegie** Sorge dich nicht, lebe! Scherz; 46 Mark

8 (8) **Malika Oufkir/ Michèle Fitoussi** Die Gefangene Marion von Schröder; 39,90 Mark

9 (9) **Ulrich Wickert** Vom Glück, Franzose zu sein Hoffmann und Campe; 36 Mark

10 (15) **Ruth Picardie** Es wird mir fehlen, das Leben Wunderlich; 29,80 Mark

11 (10) **Oskar Lafontaine** Das Herz schlägt links Econ; 39,90 Mark

12 (12) **Peter Kelder** Die Fünf „Tibeter“ Scherz; 22 Mark

13 (13) **Tahar Ben Jelloun** Papa, was ist ein Fremder? Rowohlt Berlin; 29,80 Mark

14 (14) **Corinne Hofmann** Die weiße Massai A1; 39,80 Mark

15 (-) **Florian Illies** Generation Golf Argon; 34 Mark

Ein dunkelblaues Cabrio als Sinnbild für die Flucht aus der Ödnis der achtziger Jahre



kommt – ähnlich wie in der Lappin-Erzählung – ein jüdischer Schriftsteller vor, der in Deutschland lebt und dessen deutsche Freundin aus eigenem Entschluss ihren Übertritt zum jüdischen Glauben betreibt*.

Diese Marie lässt sich ebenfalls mit einem anderen Mann ein, allerdings nicht mit ihrem Lehrer, sondern mit einem Goj, einem Nichtjuden, was die Sache nicht besser macht – zumal sich herausstellt, dass Maries bald geborene Tochter nicht, wie sie zunächst behauptet hat, vom Dichter, sondern vom Nebenbuhler stammt: „Warum musstest du mir ein Kind schenken, das ich nicht wollte, und warum nahmst du es dann wieder fort von mir?“

Auf rund 60 Seiten entwirft Biller das Porträt eines jüdischen Autors, der sich in



Geschwister Maxim und Elena (1963)
„Eloquente Salven“

Deutschland zugleich fremd und zu Hause fühlt, für den Israel die zwar stets verlockende, doch bisher nur ferienhalber aufgesuchte Alternative darstellt (auch er glaubt, dort nicht schreiben zu können) – am meisten gefällt seinem Alter Ego, dem Ich-Erzähler des Romans, der Ernst in den Gesichtern der Soldaten dort, die, anders als in Deutschland, an jeder Ecke stehen.

Gräuelgeschichten aus den israelischen Kriegen sind es denn auch, die ihn besonders faszinieren, im Kino, im Roman oder in den Erzählungen von Veteranen: Auf wenigen Seiten werden knapp und präzise alptraumhafte Szenen skizziert, die bei manchen Beteiligten zum Kriegsschock-Syndrom geführt haben.

Doch der Erzähler arbeitet seit Jahren verzweifelt an einem Roman, in dem Maries Lehrer Motti, der eigentlich Mordechai heißt, die Hauptfigur spielen soll: ein Israeli in München, der als junger Mann 1982 beim Feldzug in den Libanon dabei gewesen ist und den es dann der blonden Sofie wegen nach Deutschland verschlagen hat, ins Land der Täter, die seinen Va-

* Maxim Biller: „Die Tochter“. Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln; 432 Seiten; 45 Mark.

ter einst ins KZ steckten. Später verliert Motti seine kleine Tochter Nurit durch einen Fenstersturz (vielleicht lässt er sie auch selbst fallen) – und seither jagt er in wachsender Umnachtung seinem Kind wie einem Phantom hinterher.

Leider hat Biller es nicht bei der Skizze belassen, beim fiktiven Romanplot, bei der Erzählung in der Erzählung. Er hat sie auf langatmigen 370 Seiten zum Hauptteil seines Romans „Die Tochter“ aufgeblasen – und die kleine, durchaus gelungene Rahmen-Erzählung zum bloßen Anhang und Epilog degradiert.

Eine missglückte Konstruktion, eine für diesen Umfang nicht tragfähige Fabel. Biller bemüht sich, den Kern des Vater-Tochter-Unglücks, den tödlichen Fall, lange wie das Geheimnis in einem Suspense-Krimi zurückzuhalten und den Leser im Unwissen auch über den Zustand des in der dritten Person vorgeführten Motti zu lassen: Dessen Verwirrung teilt sich indirekt durch stilistische Umständlichkeit und bewusste Ungereimtheiten mit.

Vieles wirkt wie aus zweiter Hand. Das Eingangsmotiv (der Vater glaubt die eigene Tochter in einem Pornofilm entdeckt zu haben) ist schon aus dem 1990 in den Niederlanden publizierten Roman „Hoffmans Hunger“ von Leon de Winter bekannt und dort weitaus ergreifender geschildert. Und die Verwahrlosung eines Helden – Motti wälzt sich schließlich auf dem Karlsplatz in Schnee und Dreck – hat der Amerikaner Philip Roth 1995 in seinem Roman „Sabbaths Theater“ grandios vorgeführt.

Das feine Sehnsuchtsmotiv in Billers Roman aber, der Traum des Vaters, mit der Tochter zusammen in seine Heimat Israel zurückzukehren, geht in einer verqueren Häufung rasch angerissener großer Themen unter: Von den Nazi-Lagern über Kindsmisbrauch bis zu israelischen Kriegstraumata wird nichts ausgelassen. Zugleich wird Mottis Geschichte allzu verschachtelt in fast mechanisch eingesetzten Rückblenden erzählt.

Man ahnt, dass dabei viel Ehrgeiz im Spiel war, dass sich einer selbst gequält hat – aber muss das an den Leser weitergegeben werden? War es nicht Maxim Biller, der seit Jahren seinen Kollegen predigt, „dass jeder darüber schreiben muss, was ihm am nächsten ist, damit sich gerade jene, die ihm am fremdesten sind, voller Neugier seinen Geschichten zuwenden“?

Eine zumindest beherzigte den Rat: Elena Lappin, die große Schwester, hat in ihren wunderbaren Erzählungen die Verlorenheit in der Fremde – und deren Reiz – von vielen Seiten geschildert. Auch die schwangere Monika, deren Mann in einem neuen Krieg ums Leben kommt, kann schließlich den Schriftsteller Max aus seiner Bücherhöhle heraus- und zu einem Besuch nach Israel locken. Hier bleibt das Ende offen, ganz wie im Leben.

VOLKER HAGE

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

TIERE

Gorillas als Kriegsoffer

In der Demokratischen Republik Kongo fordert der anhaltende Bürgerkrieg auch unter der einheimischen Tierwelt immer mehr Opfer. Dutzende von Gorillas und hunderte von Elefanten sollen seit Beginn des Konflikts vor vier Jahren abgeschlachtet worden sein. Besonders betroffen sind offenbar die Tiere in Kongos Kahusi-Biega-Nationalpark an der Grenze zu Ruanda. Nach Angaben der Affenschutzorganisation „Primate Conservation and Welfare Society“ sind dort bereits 151 der seltenen Flachlandgorillas den Macheten und Gewehren der Dschungelkämpfer zum Opfer gefallen. Unter den toten Affen soll sich auch der Gorilla „Mushamuka“ befinden, der 1988 in dem Film „Go-



Kongolesische Rebellen



JAUCH & SCHEIKOWSKI

Filmszene aus „Gorillas im Nebel“

rillas im Nebel“ zu Weltruhm kam. Auch Elefanten wurden von den Soldaten dahingemetzelt: Während 1996 noch 320 Dickhäuter durch den Nationalpark stampften, sollen es heute weniger als 20 sein. Die US-Artenschutzorganisation „Gorilla Haven“ macht die ruandische Armee und die mit ihnen verbündeten kongolesischen Rebellen für die Tiermassaker verantwortlich. Den Soldaten wird vorgeworfen, die Park-Ranger entwaffnet zu haben, um besser wildern zu können. Mit dem Fleisch sollen die Kämpfer ihre eigene Feldküche aufbessern. Die Rebellen haben die Vorwürfe inzwischen zurückgewiesen – in Wahrheit seien die Gorillas von den gegnerischen Hutu-Einheiten getötet worden.

INTERNET

Dressierter Sender

Der Traum eines jeden Radiohörers scheint wahr zu werden: Myradio.com, ein neuartiger Musikdienst im Internet, verspricht einen Sender, der immer nur den eigenen Musikgeschmack bedient – das jedoch mit ständig neuen Liedern. „Unser Radio lernt, sich auf den Geschmack des Hörers einzustellen“, sagt Kevin Howard, Vizepräsident der Firma Nextaudio, die den Service ab April anbieten will. „Je mehr Sie hören, desto besser wird die Musik.“ Und das geht so: Die Hörer laden sich Musik von der Internetseite der Firma herunter, die sie dann mit einer kostenlosen Software anhören können. Wenn ein Lied nervt, wird weitergezappt. Was gefällt, wird in einem Notensystem von eins bis sieben bewertet. Aus den persönlichen Leidenschaften erstellt Myradio dann ein genaues Kundenprofil

und liefert dem entsprechend per Internet neuen Ohrenschmaus. Weil Radiohören vor dem Bildschirm auf Dauer nervt, soll es ab Sommer zudem möglich sein, die persönlichen Musikdaten mit Hilfe des fast marktreifen MP3-Players „Rio600“ in der Jackentasche mitzunehmen und auch unterwegs zu hören. Für die Musikindustrie ist die Erfindung ein Grund zum Feiern. Denn per Mausclick verwandelt sich ein Massenmedium in eine Marktforschungsmaschine. „Am Ende kennen wir Sie besser als Sie sich selbst“, glaubt Howard. Auch Raubkopierer im Internet, denen die Industrie bislang nichts entgegensetzen konnte, haben beim Interaktiv-Radio das Nachsehen. Die gespeicherte Musik lässt sich jeweils nur einmal anhören und wird dann automatisch gelöscht. Als Trost bleibt nur der Bestell-Button, mit dem sich die jeweilige CD ordern lässt. Die kommt dann ganz unvirtuell per Post – und gegen harte Dollar.

UMWELT

Schnüffeln nach Stinkerfirmen

Geruchsbelästigungen durch Kompostanlagen, Klärwerke oder Lackierereien können jetzt mit einer elektronischen Nase aufgespürt werden. „Bei Beschwerden von Anwohnern lassen sich die Geruchsverursacher eindeutig identifizieren“, sagt der Hamburger Ingenieur Kai Heining, Chefentwickler des Geräts. Mit Hilfe verschiedener elektronischer Gas-Sensoren soll das System in der Lage sein, Gerüche aufzuzeichnen und mit dem Geruchsprofil der in Frage kommenden Betriebe abzugleichen. Bislang funktioniert die elektronische Nase nur auf der Kurzstrecke. So kann der Umweltschnüffler etwa an Abwasser riechen und Hinweise auf dessen Herkunft liefern. Bald will Heining jedoch auch die olfaktorische Ferndiagnose anbieten. Im Vergleich zum Menschen sei die Techno-Nase billiger und vielseitiger. „Das Gerät kann zum Beispiel Lösungsmittel wahrnehmen, die wir gar nicht riechen können“, sagt Heining.



Geruchstest im Kompostwerk



Patient beim Zahnarzt

ZAHNMEDIZIN

Zähne im Schnellverfahren

Wackel- und wartefreie Perspektiven für zahnlose Patienten bietet ein neues Verfahren zur Zahnimplantation. Mit der von dem Amerikaner Robert Marx und dem Kanadier John Davies entwickelten Therapie lassen sich Implantate statt in vier bis sechs Monaten jetzt in nur zehn Stunden einsetzen. Auch sollen die neuen Zähne viel stabiler sitzen als bisheriger Zahnersatz. „Der Kieferknochen wächst schneller mit dem Implantat zusammen, so dass die Zähne fast sofort belastbar sind“, sagt der Münchner Zahnarzt Markus Hürzeler, der das neue Verfahren erprobt hat. Dabei werden aus dem Blut des Patienten in nur 20 Minuten körpereigene Wachstumsfaktoren isoliert, die während der Operation auf das Implantat aufgetragen werden und die Heilung beschleunigen. Gleichzeitig ist die Wurzel des Kunstzahns mit einer speziellen Oberflächenstruktur versehen, die ebenfalls die Verbindung zwischen Knochen und Implantat begünstigt. „Die Knochenzellen lieben diese Oberfläche“, erläutert Hürzeler. Das Blut zwischen Implantat und Knochen klebe gleichsam am neuen Zahn, so dass sich schnell neue Knochenzellen bilden könnten.

VERBRECHENSBEKÄMPFUNG

Schießen mit Pfeffer

Mit Hochtechnologie à la James Bond wollen amerikanische Polizeichefs ihre Chancen im Kampf gegen das Verbrechen erheblich verbessern. In New York ist jetzt der Prototyp eines



Pressluftgewehr mit Pfefferkugeln

handtellergroßen Mini-Labors vorgestellt worden, das innerhalb von zwei Minuten aus einem Haar oder dem Speicheltropfen eines Verdächtigen ein DNS-Profil erstellen kann. Durch Ab-

gleich mit einem Zentralregister soll sich dann in nur zwölf Minuten klären lassen, ob es sich um die gesuchte Person handelt. Auch im Sektor der „nicht tödlichen“ Schusswaffen denken die New Yorker Cops an Aufrüstung: Die kalifornische Firma Jaycor will noch in diesem Monat eine mit Pressluft arbeitende Handfeuerwaffe präsentieren, die mit einer Art Pfefferpulver gefüllte Kugeln verschießt. Sie sollen Angreifer kampfunfähig machen, ohne sie ernsthaft zu verletzen. Dieselbe Firma arbeitet zudem an einem Ultraschalldetektor-Handgerät, das verborgene Schusswaffen und Messer schon aus einer Entfernung von vier Metern entdecken kann. Der Prototyp des Geräts stieß wegen seiner „waffenähnlichen“ und damit konfliktfördernden Form bislang allerdings nicht auf Gegenliebe. Ein Polizeixperte: „Für das Ding würde ich keine zwei Cents ausgeben.“

MEDIZIN

„Bösartige Viren“

Der Leiter des Berliner Robert-Koch-Instituts, Reinhard Kurth, 57, über geklonte Schweine und die Chancen und Risiken der Verpflanzung tierischer Organe in den Menschen

SPIEGEL: Fünf geklonte Ferkel machen derzeit als Hoffnungsträger für die tierische Organspende Furore – ein Durchbruch in der Transplantationsmedizin?
Kurth: Die Forschung wird durch die Möglichkeit der Klonierung sehr erleichtert. Bei der Übertragung von Tierorganen auf den Menschen gibt es derzeit allerdings noch sehr große Probleme.

SPIEGEL: Welche?

Kurth: Tierorgane werden vom Körper sehr schnell abgestoßen. Das ist mit den heutigen Medikamenten nicht beherrschbar. Ein großes Problem sind auch Retroviren, die vom Schweineorgan auf den Menschen übertragen werden könnten. Retroviren, zu denen auch der



Geklonte Ferkel

HI-Virus gehört, sind oft bösartig und sehr anpassungsfähig. Die Schweineviren könnten mutieren und beim Menschen gefährliche Krankheiten auslösen.

SPIEGEL: Macht die so genannte Xenotransplantation dann überhaupt Sinn?
Kurth: Man muss sie sehr kontrolliert testen. In Deutschland fehlen pro Jahr 500 Herzen und 2000 Nieren. Ein Drittel der Patienten stirbt, während sie auf ein Organ warten. Deshalb sollte auf dem Gebiet intensiv weitergearbeitet werden. Das Schwein ist gut geeignet, weil sein Energiestoffwechsel dem des Menschen ähnelt. Bis wir Schweineorgane einpflanzen können, sind aber noch Jahre an Forschungsarbeit nötig.

SPIEGEL: Andere Forscher versuchen, Organe zu züchten. Ist das eine Alternative?
Kurth: Nein. Was heute in Zellkulturen gezüchtet wird, ist nicht komplex genug. Ein Organ wie die Leber wird man in unserer Generation sicher nicht im Labor züchten können. Die Xenotransplantation verspricht da schnelleren Erfolg.

EISENBAHN

Angst vorm Fliegen

Als erster deutscher Zug soll der ICE 3 eine Reisegeschwindigkeit von 300 km/h erreichen. Doch dem Leichtbau-Express droht Gefahr durch Seitenwind. Das Eisenbahn-Bundesamt hat bereits ein Tempolimit verhängt. Muss der neue Super-Zug durch Schutzzäune gesichert werden?

Auf der Hochgeschwindigkeitstrasse zwischen Hannover und Göttingen, wo der schneeweiße ICE seit neun Jahren die niedersächsische Ödnis durchmisst, geht zuweilen ein befremdlicher Kurzzug auf Reisen.

Eine Lokomotive schiebt einen gelben Messwagen und einen bizarren Steuerwagen über die Schienen. An dessen Front ragt eine sechs Meter lange Metallstange schräg empor. Ganz vorn, ungestört von Turbulenzen, ist ein Windmessgerät montiert.

Das gleisgebundene Einhorn liefert Daten über ein Phänomen, das bislang eher Segler interessierte als Eisenbahningenieure: „Wir messen den scheinbaren Wind“, erläutert Burkhard Schulte-Werning, Chefaerodynamiker im Forschungszentrum der Deutschen Bahn AG. Gemeint ist das Resultat aller Windkräfte, das sich aus dem eigenen Fahrtwind sowie der von außen einwirkenden Luftströmung ergibt.

Ähnlich wie im Wassersport bergen diese Kräfte neuerdings auch im Schienenverkehr Gefahren. So absurd die Angst erscheinen mag, ein Eisenbahnzug könnte



Forschungszug der Bahn
Suche nach dem „scheinbaren Wind“

von einer heftigen Windbö aus dem Gleis gepustet werden und in die Böschung fliegen – rein rechnerisch ist das Risiko bei neuen Hochgeschwindigkeitszügen längst vorhanden. Und es ist so groß, dass das Eisenbahn-Bundesamt für einige ICE-Typen inzwischen ein Tempolimit von 200 Stun-

denkilometern verhängt hat. Der einstige Bundesbahn-Slogan – „Alle reden vom Wetter. Wir nicht“ – hat offenbar seine Gültigkeit verloren.

Die Superzüge der Bahn stecken in einem Dilemma der Hochtechnologie: Sie werden immer leichter und immer schneller – und damit zugleich anfälliger für heftige Windböen. „Kritisch“, sagt Schulte-Werning, „sind Winde ab etwa 80 km/h.“

Besonders kritisch wird es für das neue Aushängeschild der Bahn: den ICE der dritten Generation. Er soll zum Sommerfahrplan am 28. Mai seinen Betrieb aufnehmen und zwei Jahre später auf der neuen Hochgeschwindigkeitsstrecke zwischen Frankfurt und Köln als erster deutscher Personenzug eine Reisegeschwindigkeit von 300 km/h erreichen.

Als technisch erzielbares Spitzentempo geben die Hersteller Adtranz und Siemens sogar 330 km/h an. Doch dafür fehlt bislang die Erlaubnis der obersten Bahn-Kontrollbehörde: Auch für den ICE 3 hat das Bundesamt aus Sicherheitsgründen vorerst Tempo 200 verhängt.

Der deutschen Eisenbahntechnik, die seit Jahren verzweifelt dem Fortschritt hin-



ICE 3 auf Erprobungsfahrt: Dauerverspätung der deutschen Bahntechnik



Schnellzug Shinkansen 700 in Japan: Entenschnabel gegen Auftriebskräfte

terherläuft, könnte mit dem Wind-Debakel eine weitere Blamage ins Haus stehen. Ohnehin bleibt der ICE, teures Prestigeobjekt der deutschen Industrie, im internationalen Vergleich ein ewiger Nachzügler.

Jahrzehntelang hatte die deutsche Verkehrs politik das Potenzial des Schienenverkehrs unterschätzt und der Straße den Vorrang gegeben – während andere Länder längst die Weichen für die Bahn stellten. Schon in den sechziger Jahren fuhr der erste Shinkansen-Express mit 210 km/h durch Japan. Zur gleichen Zeit erreichten die deutschen „Fernschnellzüge“ mit 160 km/h erst wieder das Niveau von 1933.

Und als der erste französische TGV 1981 auf einer völlig neuen Hochgeschwindigkeitstrasse mit 260 km/h von Paris nach Lyon jagte, zuckelten die deutschen Intercitys noch auf Gleisen aus der Dampfloka-Ära einher. Die erste Hochgeschwindigkeitsstrecke von Hannover nach Würzburg

war zwar teilweise schon im Bau, sollte aber nur für Tempo 200 ausgelegt werden.

Der spontane Erfolg des gallischen Gleiters riss die deutschen Planer aus dem Schlummer. Bahnchef Reiner Maria Gohlke verfügte Tempo 250 auf den Neubaustrecken. Der Schritt vom Intercity zum Intercity-Express (ICE) wurde beschlossen. Der verspätete Entschluss führte jedoch zu gravierenden Folgeproblemen.

Schnellfahren an sich ist nicht schwer. Am 1. Mai 1988 erreichte der Experimentalzug ICE/V zwischen Fulda und Würzburg 406,9 km/h. Das „Blaue Band“ des Tempo-Weltrekords auf Schienen wechselte erstmals von Frankreich nach Deutschland. 1990 holten es die Franzosen wieder zurück – mit Tempo 515,3, der bis heute unübertroffenen Bestleistung.

Weit kniffliger als die schiere Raserei ist es aber, über Millionen von Kilometern bei extremen Geschwindigkeiten für Komfort

und Sicherheit zu sorgen. Genau hieran scheiterten die deutschen Bahningenieure immer wieder. Der späte Beschluss, Tempo 250 zu fahren, brachte die Fahrwerks- und Fahrwegentwickler in die Klemme. Ihre Anstrengungen endeten mit einem technischen Notbehelf, der letztlich in das größte Unglück der bundesdeutschen Eisenbahngeschichte mündete.

Die komplizierte Abstimmung von Schotterbett, Schwellen, Schienen sowie Primär- und Sekundärfederung des Zuges misslang. Eigenfrequenzen ließen im Speisewagen die Teller vibrieren, weil die Räder mit zunehmender Laufleistung unrund wurden.

Um dieses „Bistro-Brummen“ zu unterbinden, behalfen sich die Konstrukteure mit gummigefederten Radreifen, die nie zuvor in Hochgeschwindigkeitszügen eingesetzt worden waren. Das Experiment endete im Juni 1998 mit der Katastrophe von Eschede, verursacht durch einen Radreifenbruch.

Seither fahren alle ICE wieder mit unbereiften Monobloc-Stahlrädern. Bei den 59 Zügen der ersten Generation sind die Vibrationen inzwischen wieder spürbar, werden aber in Kauf genommen. Alle neueren ICE seit der 1996 eingeführten zweiten Generation haben die weit komfortableren Luftfedern ab Werk und somit kein „Bistro-Brummen“ mehr.

Wieder einmal lief die deutsche Bahntechnik der Entwicklung hinterher: Beim ICE-Haupttrivalen TGV hatte sich die pneumatische Federung schon viel früher durchgesetzt.

Auch mit dem jetzt am Start stehenden ICE 3 wagen die deutschen Bahnkonstrukteure lediglich einen Entwicklungsschritt, den ihre japanischen Konkurrenten seit langem hinter sich haben: die Abschaffung der klassischen Lokomo-

Immer schneller, immer leichter Drei Generationen ICE-Züge

■ Antrieb

ICE 1 Triebkopf



Einsatz: **seit 1991**
Masse pro Sitzplatz: **1,17 t**
Geschwindigkeit: **280 km/h**

An beiden Enden des Zuges befinden sich schwere Lokomotiven („Triebköpfe“). Der ICE 1 ist in beiden Fahrrichtungen



auch bei hoher Geschwindigkeit und starken Seitenwinden sehr stabil, hat aber eine schlechte Raumnutzung.

ICE 2 Steuerwagen



Einsatz: **seit 1996**
Masse pro Sitzplatz: **1,05 t**
Geschwindigkeit: **280 km/h**

Nur auf einer Seite beschleunigt ein Triebkopf den Zug. Am anderen Ende befindet sich ein Steuerwagen ohne Antriebstechnik, der auch Passagiere aufnimmt.



Im Schiebetrieb reagiert ein solcher Zug allerdings empfindlicher auf Seitenwind.

ICE 3 Endwagen



Einsatz: **seit 2000**
Masse pro Sitzplatz: **0,99 t**
Geschwindigkeit: **330 km/h**

Mit Unterflurmotoren wird der Antrieb auf die gesamte Zuglänge verteilt. Bei diesem Triebwagen-Konzept kann fast die gesamte Zuglänge für Passagiere genutzt werden.



Doch wegen der leichten Zugspitze ist die Seitenwindanfälligkeit in beide Richtungen sehr groß.

DER SPIEGEL



Führerstand des ICE 3: Abschaffung der Lokomotive

tive. Statt zweier Triebköpfe an beiden Zugenden verfügen die neuesten ICE-Züge über ein System von Unterflur-Motoren, die sich auf die gesamte Zuglänge verteilen und 16 der 32 Achsen antreiben (siehe Grafik Seite 225).

Der Vorteil dieses Prinzips liegt auf der Hand: Da der Passagierbereich direkt hinter den Führerständen beginnt, kann ein solcher Triebwagenzug mehr Fahrgäste mitnehmen. So bietet der 200 Meter lange ICE 3 415 Passagieren Platz, etwa zehn Prozent mehr als ein gleichlanger Zug mit zwei Triebköpfen.

Die Raum und Gewicht sparende Bauweise hatten Ingenieure schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts entwickelt – mit beachtlichen Resultaten: Ein Drehstrom-Triebwagen von AEG erreichte im Oktober 1903 den damaligen Weltrekord von 210,2 km/h. Der „Fliegende Hamburger“, ein hurtiger, dieselgetriebener Schienenbus, pendelte in den Dreißigern mit Tempo 160 zwischen Hamburg und Berlin. Seine Plätze waren oft über Wochen ausverkauft.

Doch nach dem Krieg verwarfen die Konstrukteure das Triebwagenkonzept wieder. Es bedeutete in Herstellung und Wartung höhere Kosten. Und die Deutsche Bundesbahn musste in erster Linie sparen.

Die japanische Bahn hingegen setzt seit der Einführung des ersten Shinkansen-Expresses im Oktober 1964 konstant und erfolgreich Triebwagenzüge ein. Das entscheidende Potenzial dieser Technik, möglichst viel Gewicht zu sparen, haben Nippons Bahnbauer auch weit ausgereizt. In Versuchszügen aus Verbundwerkstoffen von Kunststoff und Leichtmetall erreichten sie bereits Rekordwerte von nur 500 Kilogramm pro Passagier – ein voll belegter ICE 3 wiegt etwa eine Tonne pro Fahrgast.

ICE-Projektleiter Heinz Kurz sieht als langfristiges Entwicklungsziel etwa 800 Ki-

logramm pro Sitzplatz – ein Wert, den die Franzosen mit einem doppelstöckigen TGV in konventioneller Triebkopf-Bauweise allerdings schon heute erreichen.

Die Dauerverspätung der deutschen Bahntechnik droht sich nun auch mit dem so innovativ anmutenden Triebwagenzug ICE 3 fortzusetzen. Denn das zentrale Sicherheitsproblem dieses Konzepts, seine höhere Windempfindlichkeit, ließen die Entwickler – anders als ihre Kollegen in Japan – anfangs völlig außer Acht.

Von dem Gewicht an der Zugspitze hängt es entscheidend ab, wie empfindlich der gesamte Wagenverbund auf seitliche Böen reagiert. Bei klassischen Zügen, an deren Spitze eine Lok oder ein Triebkopf mit 80 Tonnen Gewicht fährt, sehen Experten keine Gefahr. Extrem schnelle Triebwagenzüge, deren Endwagen nur 56 Tonnen wiegen, kommen dagegen rechnerisch in den kritischen Bereich.

Zuerst erkannten japanische Bahnbetreiber diese Gefahr: Ihre Schienenfahrzeuge wurden des öfteren von überraschenden Taifunen heimgesucht und zerschmettert. 29 schwere Windunfälle zählt die japanische Bahngeschichte. Betroffen waren bislang ausschließlich kleine Schmalspurzüge. Die Windböen hatten sie von Brücken oder anderen besonders exponierten Gleisabschnitten gestürzt.

Die superleichten, längst 300 km/h schnellen Shinkansen-Triebwagen hingegen wurden bisher nicht von den Schienen geweht. Frühzeitig hatten die Konstrukteure das Risiko erkannt und ihre Züge mit aufwendigen Sicherheitsmaßnahmen gegen die Naturkräfte gewappnet.

Nippons Bahnbauer gelten als Pioniere aerodynamisch optimierten Zugdesigns. Die Schnauze des vor einem Jahr vorgestellten Shinkansen 700 ist platt wie ein Entenschnabel und soll Auftriebskräften entgegenwirken. Zudem installierten die japanischen Eisenbahner ein weltweit einzigartiges, flächendeckendes Überwachungssystem, das vor starken Niederschlägen, Erdbeben und Winden warnt.

Vergleichsweise blauäugig setzte hingegen die Deutsche Bahn immer schnellere und immer leichtere Züge aufs Gleis, bis das Eisenbahn-Bundesamt die Planer bremste.

Der Aufsichtsbehörde kamen zunächst Zweifel an der Fahrstabilität des 1996 eingeführten ICE 2, der nur noch einen Triebkopf und auf der anderen Seite einen Steuerwagen hat. Fährt der Steuerwagen des 280 km/h schnellen Zuges vorn, lasten auf der Zugspitze lediglich 49 Tonnen. Das erschien den Bahn-Kontrolleuren zu riskant. Sie beschränkten die Höchstgeschwindigkeit des ICE 2 im Schiebetrieb auf 200 km/h.

Inzwischen haben die Bahnaufseher auch über die Triebwagenzüge ICE T und ICE 3 das Tempolimit verfügt – bis die Bahn eine überzeugende Lösung anbietet.

Spätestens mit der Eröffnung der neuen Hochgeschwindigkeitsstrecke Frankfurt-Köln zum Sommerfahrplan 2002 muss diese nicht nur gefunden, sondern auch einsatzreif sein. Andernfalls macht das Verdikt des Eisenbahn-Bundesamts den neuen Superzug ausgerechnet auf der ersten

für 300 km/h ausgelegten Neubaustrecke zur Schnecke.

Fieberhaft suchen die Ingenieure derzeit nach einer Lösung des Wind-Problems. Zwei Alternativen werden geprüft: Entweder könnten halbdurchlässige Windschutzgitter den ICE 3 auf der gesamten Strecke zwischen Main- und Rheinmetropole abschirmen – oder ein Warnsystem nach japanischem Vorbild schlägt bei nahenden Stürmen Alarm.

Die erste, archaisch anmutende Lösung wird von den Experten derzeit favorisiert. Sie würde zwar viel Geld kosten und Landschaftsschützer auf die Palme bringen, dafür aber garantiert störungsfrei und unabhängig von menschlichem Versagen funktionieren.

Den Bahningenieuren ist bewusst, dass sie sich keine weiteren Fehler erlauben dürfen. Nach den schweren Unglücken und Pannen der jüngsten Zeit hat das Vertrauen in die Sicherheitskompetenz der Bahn einen historischen Tiefpunkt erreicht. Chefaerodynamiker Schulte-Werning: „Wir müssen uns von der sicheren Seite auf die hohen Geschwindigkeiten zubewegen.“

CHRISTIAN WÜST



Bahnwerbung (1968)

Werbeseite

Werbeseite

MEDIZIN

„Die Ärzte haben versagt“

Der Präsident der Deutschen Krebsgesellschaft Lothar Weißbach über die Mängel der Früherkennung, die Versäumnisse der Mediziner und die Zukunft der Tumorthherapie

Kühne Thesen

wird der Mediziner Lothar Weißbach, 59, auf dem Deutschen Krebskongress in Berlin diese Woche zur Diskussion stellen. So kritisiert der Präsident der Deutschen Krebsgesellschaft, dass die Vorsorgeuntersuchungen nicht auf dem neusten wissenschaftlichen Stand seien: „Früherkennung ist sehr teuer, aber nicht sehr effektiv.“ Auch die Zusammenarbeit zwischen den Fachärzten hält er für unzureichend: „Das senkt die Heilungschancen der Patienten.“ Der am Krankenhaus am Urban in Berlin tätige Mediziner fordert, Gütesiegel für Krankenhäuser zu vergeben. „Die Gentherapie“, glaubt Weißbach, „wird kommen“ – sofern mehr Patienten bereit sind, an klinischen Studien mitzuwirken.



SPIEGEL: Vor 100 Jahren, als die Deutsche Krebsgesellschaft gegründet wurde, starben in Deutschland jährlich 43 000 Menschen an bösartigen Tumoren. Krebs stand auf Platz 6 der Todesursachenstatistik. Jetzt sterben bei ähnlich großer Bevölkerung 218 000 Menschen jährlich an Krebs. Bösartige Neubildungen stehen auf Platz 2 der Todesursachenstatistik. Was läuft da alles falsch, dass die Entwicklung in den letzten 100 Jahren so und nicht anders gegangen ist?

Weißbach: Eine einfache Antwort: Die Menschen werden zu alt. Krebs ist eine Krankheit des Alters. Und die Krebserkrankungen, die in der Jugend auftreten, wie zum Beispiel ein Hodentumor oder ein Knochensarkom, sind Krebse, die heute gut behandelt werden können. Richtig ist, dass spätestens in zehn Jahren Krebs in Deutsch-

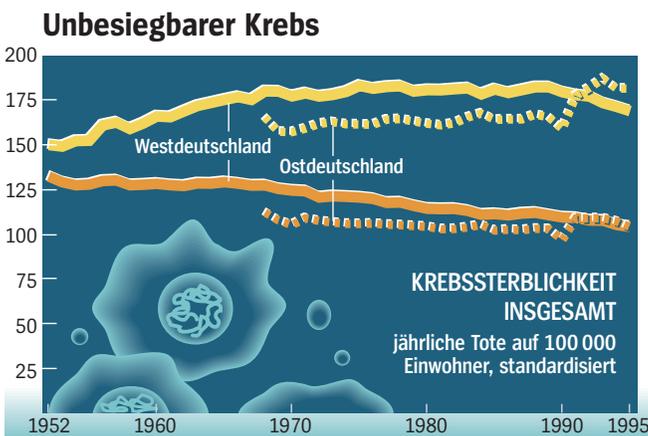
land die häufigste Todesursache sein wird – und darauf sind wir nicht vorbereitet.

SPIEGEL: Die gerade von Ihnen erwähnten Krebsarten treten ja vergleichsweise selten auf. Es scheint eben doch so zu sein, dass Krebsarten wie Leber- und Bauchspeicheldrüsenkrebs viele Opfer fordern, weil auch die Früherkennung dieser Karzinome nicht gut genug klappt.

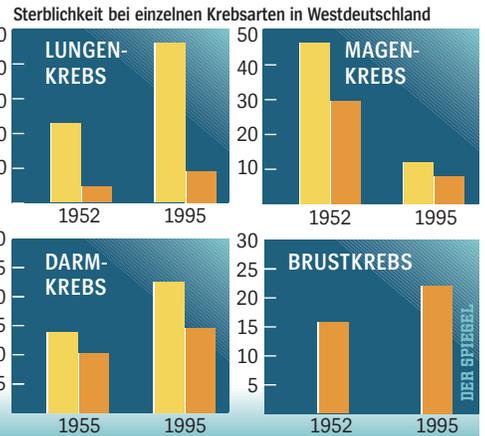
Weißbach: Man muss aber dazu sagen: Bauchspeicheldrüsenkrebs und auch Lungenkrebs können kaum behandelt werden, und die Heilungsaussichten sind schlecht. In der palliativen, also in der Lebensqualität verbessernden Behandlung sind schon Fortschritte erzielt worden. Die Zellgifte sind für den Patienten besser verträglich, und somit steigt für ihn auch die Lebensqualität in der Spanne, die ihm bleibt. Speziell beim Brustkrebs in den USA sinkt jetzt auch erstmalig die Todesrate – in Deutschland allerdings noch nicht.

SPIEGEL: Gehen denn die falschen Leute zur Krebsfrüherkennung? Wenn Krebs eine Krankheit des hohen Alters ist, müsste man ja wünschen, dass Menschen in höherem Alter verstärkt zu Vorsorgeuntersuchungen gehen. Aber die tun es in der Regel immer seltener.

Weißbach: Nur sollte man die Früherkennung andererseits auch auf ein bestimmtes Alter begrenzen. Es ist nicht besonders sinnvoll, einen 80-jährigen Mann zu einer Früherkennungs-Untersuchung zu motivieren. Es sollten nur ganz bestimmte Alters- oder Risikogruppen untersucht werden. Das Hauptproblem liegt ganz woanders: Krebsvorsorge läuft in Deutschland



Seit den fünfziger Jahren ist die Zahl aller Krebstoten in Deutschland angestiegen, wenn auch bei den Frauen ein leichter Rückgang zu verzeichnen ist. Die Häufigkeit der Krebsarten hat sich dabei stark verändert: Vor 45 Jahren war Magenkrebs der häufigste bösartige Tumor, nun ist es der Lungenkrebs.



seit 20 Jahren nach einem festen Muster ab. Sie ist sehr teuer, aber nicht sehr effektiv. Das liegt daran, dass die Früherkennungsmaßnahmen mit der medizinischen Entwicklung nicht Schritt gehalten haben.

SPIEGEL: Was sollte geändert werden?

Weißbach: Das kommt auf den jeweiligen Tumor an. Beim Mann beispielsweise sollte die Blutuntersuchung auf einen bestimmten Eiweißkörper, der vom Prostatakrebs abgegeben wird, in die gesetzliche Früherkennung mit aufgenommen werden. Und beim Brustkrebs sollte man dafür sorgen, dass die Frauen durch ein flächendeckendes und fachübergreifendes Früherkennungs-Programm besser als bisher versorgt werden.

SPIEGEL: Was würde das im Einzelnen heißen? Also zum Beispiel bei der Brustkrebs-Sterblichkeit – die ja, seit die Krebsfrüherkennung eingeführt wurde, um 20 Prozent zugenommen hat.

Weißbach: Erstens müssen die Frauen viel stärker dazu gebracht werden, dass sie an sich Selbstuntersuchungen vornehmen. Und zweitens müssen die Ärzte endlich für eine hohe Untersuchungsqualität sorgen. Davon kann heute keine Rede sein: Eine Mammografie ist nicht gleich eine Mammografie.

SPIEGEL: Sie treten für Erfolgskontrollen ein?



S. ELLERINGMANN / BILDBERG

Gewebeuntersuchung zur Krebsdiagnose *„Keine hohe Untersuchungsqualität“*

Weißbach: Erfolgskontrollen klingt etwas hart, aber Qualitätssicherung ist notwendig. Es muss möglich sein, dass unabhängige Gremien Röntgenaufnahmen einsehen dürfen, um diese zu kontrollieren. Das wird leider bisher nur in wenigen Fällen praktiziert.

SPIEGEL: Mit Krebsfrüherkennung und Krebstherapie wird viel Geld verdient. Einzelne Fachärzte oder Facharztgruppen haben wohl auch wenig Interesse daran, etwas zu verändern.

Weißbach: Ich muss den ärztlichen Fachgesellschaften in der Tat den Vorwurf machen, dass sie in den letzten Jahren nicht

viel getan haben, um die Früherkennung auf den aktuellen Wissensstand zu bringen. Und mit der interdisziplinären Zusammenarbeit zwischen den einzelnen ärztlichen Fächern hapert es auch deshalb, weil viele Ärzte den Patienten im Laufe der Behandlung eben nicht zu dem jeweils neu zuständigen Kollegen überweisen.

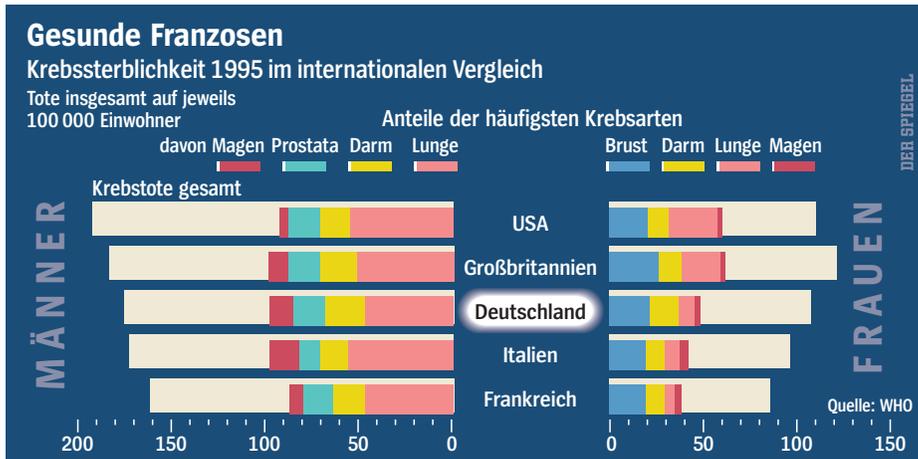
SPIEGEL: In den Vereinigten Staaten läuft es besser.

Weißbach: In der Tat ist es eindrucksvoll, wie in bestimmten Krebszentren in den USA der Patient innerhalb von 24 Stunden interdisziplinär von allen Fachgruppen begutachtet wird und seine Diagnose und die Behandlungsvorschläge bekommt. Die interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen den Ärzten in Deutschland ist unzureichend und senkt die Heilungschancen der Patienten.

SPIEGEL: Wie ist es zu dieser Misere gekommen?

Weißbach: 1979 ist eine an sich gute Aktion bundesweit gestartet worden: die Gründung der Tumorzentren. Die Idee war, dass ein Tumorpatient dort interdisziplinär diagnostische und therapeutische Angebote bekommt. Doch das ist oft nicht der Fall. Inzwischen haben sich die Tumorzentren überlebt – sie sind zu unbeweglichen Tankern geworden, die sich kaum noch steuern lassen.

SPIEGEL: Wo liegen die Probleme?



Weißbach: In Deutschland gibt es 43 Tumorzentren. Das ist jeweils ein Verbund verschiedener Krankenhäuser, die von einer Universitätsklinik geführt werden. Und hier können die Ärzte mit ihren Problemen hingehen und ihre Fragen vortragen. Aber leider sind diese Tumorzentren oft nicht mit den eigentlichen Wissens- und Leistungsträgern besetzt. Sie widmen sich Nebenaufgaben oder Sekundärproblemen wie Festlegung von Behandlungsleitlinien oder Führen eines Krebsregisters. Die Tumorzentren haben sich zu unflexiblen Apparaten entwickelt. In der jetzigen Form sind die Tumorzentren ohne Zukunft.

SPIEGEL: Was würde denn Ihre Gesellschaft, die sich ja sicher über solche Probleme Gedanken macht, vorschlagen?

Weißbach: Wir machen uns große Sorgen. Aber es gibt auch vorbildliche Ansätze. Professor Jörg Rüdiger Siewert beispielsweise, Direktor der Chirurgischen Klinik rechts der Isar in München, ist es gelungen, ein völlig neuartiges Zentrum für interdisziplinäre Tumorthherapie zu gründen. Dort wird, ähnlich wie in amerikanischen Tumorzentren, in einer straff geführten Sprechstunde der Krebskranke von den verschiedenen Fachärzten gesehen und untersucht. Um das Bild von vorhin aufzu-

greifen: Verglichen mit den herkömmlichen Einrichtungen ist das Münchner Zentrum ein wendiges Schnellboot.

SPIEGEL: Sind denn die Überlebenszeiten oder die Heilungsziffern in den Vereinigten Staaten besser als bei der jetzt noch in Deutschland üblichen Versorgung?

Weißbach: Ja, die haben in den USA hervorragende Ergebnisse. Aus den interdisziplinären Zentren dort kommen immer wieder völlig neue Anstöße zu Diagnostik und Therapie. Wenn eine Therapie in kontrollierten klinischen Studien optimiert wird, sind die Ergebnisse am Ende um 15 bis 18 Prozent besser als bei einer herkömmlichen Therapie.

SPIEGEL: Möchte Ihre Gesellschaft eigentlich, dass die Behandlungsergebnisse unterschiedlicher Krankenhäuser veröffentlicht werden? Dann wäre der Patient – wenn er vor der Entscheidung steht „Wo soll ich mich behandeln lassen?“ – über gute, bessere und beste Therapieergebnisse informiert.

Weißbach: Unsere Gesellschaft möchte das, aber sie stößt auf erhebliche Widerstände.

SPIEGEL: Auch innerhalb der Krebsgesellschaft?

Weißbach: Ja. Unsere Gesellschaft ist bunt und vielfältig. Wir haben 5000 Mitglieder.

SPIEGEL: Die meisten sind Ärzte?

Weißbach: Ja, aber wir haben dazu einen Verband von Pflegenden, der ganz stark

ist. Und sicherlich fürchtet auch ein Teil der Ärzte unserer Gesellschaft bei diesem Ranking nicht mit berücksichtigt zu werden. Doch die Bemühungen, die Ärzte durch Zertifizierung auf einen Qualitätsstand zu bringen, kommen voran.

SPIEGEL: Zertifizierung würde heißen?

Weißbach: Das würde bedeuten, dass man Praxen und Krankenhäuser nach Qualität beurteilt und ihnen ein Gütesiegel verleiht. Wir haben jetzt eine eigene Zertifizierungskommission ins Leben gerufen und versuchen, dieses Gütesiegel durchzusetzen.

SPIEGEL: In der jetzigen Form haben die Tumorzentren keine Zukunft, sagen Sie. Aber wird es denn gelingen, sie aufzulösen?

Weißbach: Es gibt Tumorzentren, die durchaus funktionieren – auf diese berufen sich auch immer die nichtfunktionierenden. Ich glaube nicht, dass sie ohne weiteres aufgelöst werden können. In Deutschland ist es schwierig, eine überlebte Struktur zu beseitigen. Man muss sich eher fragen, ob man die Tumorzentren nicht revitalisieren kann – meiner Ansicht nach jedoch eine fast unlösbare Aufgabe. Es ist sehr schwer, in der deutschen Medizin die aktuellen Erkenntnisse direkt an den Patienten zu transportieren.

SPIEGEL: Die Öffentlichkeit und die Patienten setzen ja seit einigen Jahren besondere Hoffnungen auf die Gentherapie. Bisher haben sich diese Hoffnungen nicht erfüllt. Wie sehen Sie diese Entwicklung?

Weißbach: Es vergeht kein Tag, an dem nicht ein, zwei, drei Patienten kommen und nach einem neuen Genprodukt fragen. Die Gentherapie wird kommen, aber sie ist noch nicht da. Wir müssen den Patienten ehrlich sagen, dass die Gentherapie eine Behandlung der Zukunft ist und dass die Zukunft noch nicht begonnen hat.

SPIEGEL: Wann erreicht die Gentherapie nach Ihrer Schätzung die Kliniken?

Weißbach: Die Experten sagen, dass in den Jahren 2003 bis 2005 der Beginn der Gentherapie zu erwarten ist. Genprodukte stehen zum Teil schon für die klinische Prüfung bereit. Sie kommen aus dem Genlabor, sie kommen aus jungen biomedizinischen Unternehmen. Aber sie müssen geprüft werden. Und ich habe die Sorge, dass wir in Deutschland dazu nicht bereit sind und bei uns nicht die ausreichenden klinischen Prüfungen stattfinden werden. Dann besteht die Gefahr, dass auch diese wichtige Industrie in die Vereinigten Staaten abwandert.

SPIEGEL: Fordern Sie neue Gesetze?

Weißbach: Um neue Strukturen zu schaffen, brauchen wir auch die Hilfe der Politik. Aber vor allem müssen wir selber mehr tun, um unsere Patienten zu motivieren. Und da haben die Ärzte in den letzten zehn Jahren – das muss man ganz hart sagen – versagt, weil solche klinischen Prüfungen mit Aufwand verbunden sind und weil die-

se in der Vergangenheit nicht ausreichend honoriert wurden.

SPIEGEL: Wie wollen Sie das ändern?

Weißbach: Wir von der Deutschen Krebsgesellschaft gehen jetzt einen anderen Weg. Wir umgehen den Arzt und sagen dem Patienten: „Fordere, dass du in eine klinische Studie aufgenommen wirst.“ Die Versäumnisse der Ärzte haben dazu geführt, dass in unserer Gesellschaft kaum ein Patient bereit ist, an kontrollierten klinischen Studien teilzunehmen – ganz anders in den USA. Gerade vergangene Woche hatte ich ein bezeichnendes Erlebnis: An einem Tag in der Ambulanz kam ein Architekt aus den USA, der hier baut und einen Blasenkrebs hat. Seine erste Frage lautete: „Kann ich mich bei dir an einer klinischen Studie beteiligen?“ Und zwei Stunden später kam ein anderer Patient, ein Kölner Lehrer mit einem Hodentumor, dem ich eine sehr gute Studie angeboten hatte. Doch dieser Patient lehnte strikt ab: „Ich bin kein Versuchskaninchen für Sie, ich möchte das nicht.“

SPIEGEL: Geht Ihre Hoffnung mehr dahin, nur die Überlebenszeiten nach Krebstherapie zu verlängern, oder hoffen Sie, Krebs mit immer größerer Wahrscheinlichkeit auch wirklich zu heilen?

Weißbach: Wir werden lernen müssen, dass wir nur einen kleinen Teil der Krebserkrankungen heilen können. Die Erkenntnis setzt sich durch, dass wir Krebs früher diagnostizieren und dass wir – besser noch – Krebs vermeiden müssen.

SPIEGEL: Macht Ihnen eigentlich die Tendenz der Krebs-Patienten, Rat bei allerlei paramedizinischen Heilern – Akupunkteuren, Heilpraktikern, ärztlichen Außenseitern – zu suchen, Sorgen?

Weißbach: Das bereitet uns großes Kopfzerbrechen, aber wir lernen immer besser damit umzugehen. Wir werden toleranter. Wir sind allerdings nicht tolerant, wenn damit hohe Kosten verbunden sind, die dem Gesundheitssystem entzogen werden. Deshalb finde ich Bemühungen um eine Negativ-Liste auch richtig.

SPIEGEL: Also ein Verzeichnis von Medikamenten, die nicht auf Kassenkosten verordnet werden ...

Weißbach: ... weil sie keinen Nutzen haben. Einige Paramediziner haben sich durchaus schon in diese Richtung geäußert. Sie sagen: „Wir stellen uns den Prüfmethoden, die die Schulmedizin anbietet.“

SPIEGEL: Glauben Sie im Ernst, dass daraus etwas wird?

Weißbach: Ich glaube, so was ist einfach notwendig. Es wird sich nichts daran ändern, dass Deutschland als Land der Märchen, der Sagen und der großen mythischen Traditionen immer einen hohen Bevölkerungsanteil hat, der paramedizinischen Vorstellungen nachhängt. Aber der beste Patient ist der aufgeklärte, der bewusste und der wissende Patient. Daran wollen wir arbeiten.

INTERVIEW: HANS HALTER

BIOTECHNIK

Teures Missverständnis

Die aufstrebende Bioindustrie fürchtet ums Geschäft: Will die US-Regierung Patente auf Menschengene verbieten?

Früh am Dienstag vergangener Woche ging der Sprecher des Weißen Hauses in Washington, Joe Lockhart, daran, Aktienkapital zu vernichten. Der Präsident, so erzählte Lockhart einem Rundfunksender fürs Frühstücksprogramm, wolle Patente auf Gene einschränken. Darüber seien sich Bill Clinton und der britische Premier Tony Blair einig.

Die Nachricht war das teuerste Missverständnis der boomenden Biotech-Industrie. Mit wenigen Sätzen voller Irrtümer hat Lockhart einen imposanten Börsenknick verursacht. Milliarden Dollar an Börsenwert gingen den aufstrebenden Genfirmen verloren. Der Nasdaq-Biotech-Index gab bis zum Abend um 12,5 Prozent nach. Bis Ende der Woche verlor die US-Genfirma Celera gar ein Drittel ihres Werts. Alle späteren Dementis aus dem Weißen Haus, wonach gar keine Änderung des Patentrechts geplant sei, fruchteten nicht.

Für Stunden und Tage handelten Anleger und Analysten in dem Irrglauben, Clinton wolle die junge Biotechnik-Industrie mehr oder weniger enteignen, weil die Firmen kaum noch Chancen hätten, eigene Forschungsleistungen mit Patenten gegen ihre Konkurrenten abzusichern.

Dabei hatten Clinton und Blair in einer 19-zeiligen Erklärung, die acht Monate lang vorbereitet worden war, gar nichts Neues gesagt. Pathetisch lobten sie das Genomprojekt als „eines der wichtigsten wissenschaftlichen Projekte aller Zeiten“. Und wegen ihrer Bedeutung sollten „die rohen grundlegenden Daten über das menschliche Genom“ für alle Wissenschaftler weltweit frei verfügbar sein.

Was sich anhörte wie ein honoriger Eid der Gerechten, dazu angetan, dem um seine Gene fürchtenden Mann auf der Straße ein Bravo zu entlocken, war in Wahrheit nur die Beschreibung des Ist-Zustands.

Mit wenigen Klicks kann schon heute jedermann im Internet aufgedröseltes Menschen-Erbgut finden. Und täglich werden die Sequenzlisten länger. Ihr Reiz erschließt sich wenigen, denn das Alphabet des Lebens umfasst gerade mal vier Buchstaben und liest sich so: AAGATCGTGC.

Kaum ein Forscher hat bislang die Notwendigkeit bezweifelt, dass einfache Genomlisten frei verfügbar sein sollten. Ihr ökonomischer Wert ist ohnehin gleich null. Mit Buchstabenfolgen sind ohne findige Forscher keine Krankheiten zu heilen; die DNS-Sequenz selbst ist ohne Aufbereitung und weitere Wertschöpfung so wertvoll wie das Telefonbuch von Schanghai für die Inlandsauskunft der Telekom.

Für Forschungsergebnisse, die auf den rohen DNS-Sequenzen aufbauen, wollen die Firmen allerdings Patente einreichen dürfen. Die Notwendigkeit solcher Patente haben Clinton und Blair nicht bestritten, sondern begrüßt: Patente, so erklärten die Staatschefs, „spielen eine wichtige Rolle“ als Stimulanz neuer Arzneimittelentwicklungen.

Warum also die Aufregung? Die Clinton/Blair-Erklärung schien Partei zu ergreifen in einem flammenden Streit der führenden Genjäger – nämlich zu Gunsten der For-

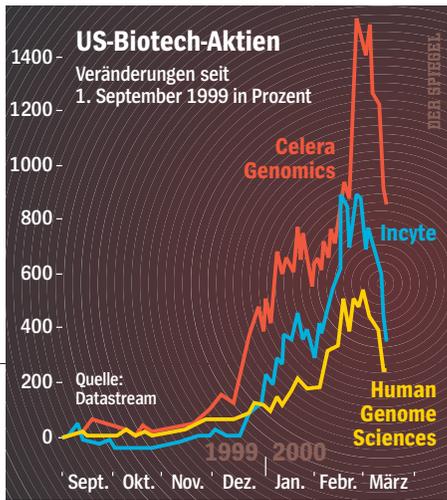


Genomforschung (in Frankreich)
Verfeindete Genjäger

scher des öffentlich geförderten Humangenomprojekts. Zwischen ihnen und ihrem umtriebigen Konkurrenten Craig Venter von der US-Firma Celera besteht offene Feindschaft. Sie streiten um die Fragen: Wer entschlüsselt das Genom des Menschen als Erster? Was genau soll mit den Informationen über die circa 100 000 Gene des Homo sapiens geschehen?

Am Humangenomprojekt nehmen Forscher in den USA, Großbritannien, Deutschland, Frankreich, Japan und China teil. Mehr als drei Milliarden Dollar kostet ihr Tun, seit zehn Jahren sind sie zugange, und in Kürze möchten sie eine erste grobe Skizze des Genoms vorlegen. Spätestens 2003 wollen sie fertig sein.

Tag und Nacht enträtseln die Sequenzierroboter der staatlich geförderten Forscher Millionen Bausteine des Lebens („Basenpaare“). Das Erbgut des Menschen



besteht aus über drei Milliarden Basenpaaren. Mehr als zwei Milliarden davon sind schon in den Rechnern verzeichnet – und weltweit einsehbar, denn innerhalb von 24 Stunden nach Entdeckung stellen die öffentlichen Forscher ihre Resultate zur freien Verwendung ins Internet.

Einer der Nutzer ist Craig Venter von Celera. Dankbar gleicht er mit diesen Daten seine eigenen ab. Venter selbst ist viel weiter in der Entschlüsselung des Erbguts: Angefangen hat er zwar erst im September 1999, und ausgegeben hat er nur ein Zehntel des Etats der öffentlichen Forscher. Aber dank seiner Analysetechnik, dank brachialer Robotergewalt und der leistungsstärksten Zivildcomputer hat er die Nase vorn. Venter hat schon mehr als 80



Gentechnik-Förderer Clinton, Blair
Honoriger Eid der Gerechten

Prozent des Erbguts dekodiert. Im Sommer will er die Arbeiten abschließen.

Seine Daten allerdings behandelt Venter wie Betriebsgeheimnisse, und das ärgert die öffentlichen Forscher. Der Brite John Sulston vom Humangenomprojekt wirft Venter vor, er strebe ein Erbgut-Monopol an. Venter hingegen beteuert bei jeder Gelegenheit, dass er das Genom des Menschen keineswegs für sich allein beanspruche. Sobald er fertig ist, möchte er seine Daten allen Forschern zugänglich machen. Geld will er später vor allem als eine Art Informations-Broker verdienen.

Bisher hat Venter Wort gehalten. Er hat entscheidend mitgeholfen, das Erbgut der Fruchtfliege, eines wichtigen Modellorganismus der Biologen, zu entschlüsseln – und seine Daten freigegeben: Ende dieser Woche erscheint das Fliegen-genom komplett im Fachblatt „Science“.

Ein drängendes Problem von Genpatenten haben Clinton und Blair hingegen nicht angesprochen: Wie hoch soll die Patenthürde liegen? Oft ist sie zu niedrig: So bekam die US-Firma Human Genome Sciences (HGS) Mitte Februar das Patent mit der Nummer 6 025 154 für das menschliche Gen CCR5 zugesprochen. Es produziert ein Protein, das dem Aidsvirus Eingang in die menschliche Zelle verschafft. Wenn dieses Gen lahm gelegt werden könnte, wäre der Mensch vor HIV gefeit. Die Börse feierte den Patenterfolg, innerhalb von nur zwei Tagen schoss der Kurs von HGS um 41 Prozent in die Höhe.

Seither wird gestritten. Denn als HGS das Patent 1995 beantragte, hatte die Firma keine genaue Vorstellung von der Funktion des Gens. Im Patentantrag kommt der Begriff HIV nicht einmal vor. Vier andere Forschergruppen haben danach – unabhängig voneinander und ohne Kenntnis des Patentantrags von HGS – die Geheimnisse des Gens enträtselt. Jetzt sieht es so aus, als müssten sie künftig Lizenzgebühren an HGS zahlen.

Ab wann ist eine Forscherleistung patentwürdig? Reicht schon das Auffinden eines Gens innerhalb schier endloser Stränge von Erbinformation? Die Aufklärung seiner biologischen Funktion? Oder die Manipulation des Gens? Clinton und Blair haben sich diesen Fragen nicht gestellt.

Mehrere hundert Genpatente wurden bereits erteilt, fast jedes ist reif für einen Grundsatzstreit. Da kommt viel Arbeit auf die Gerichte zu. Die Firma Incyte hält 353 Genpatente, HGS hat 114, der britische Pharmamulti SmithKline Beecham 60 und das Massachusetts General Hospital immerhin noch 45.

Auch Bill Clinton steckt kraft seines Amtes mitten drin im Gengeschäft: Die US-Regierung hält 49 Genpatente. MARCO EVERS

MEDIKAMENTE

Gefährliche Substanzen

Scheut die „Stiftung Warentest“ den Streit mit der Pharmaindustrie?

Die Arznei-Empfehlungen der Berliner Verbraucherschützer halten Kritiker für zu zahm.

Zu Risiken und Nebenwirkungen fragen die Patienten oft nicht ihren Arzt oder Apotheker. Lieber werfen die Deutschen jedes Jahr 4500 Tonnen Pillen in den Müll, statt sie zu schlucken – oftmals eine weise Entscheidung.

Viele Arzneimittel richten mehr Schaden als Nutzen an. Orientierung im gefährlichen Medikamenten-Dschungel bot interessierten Laien bislang der immer wieder aktualisierte Klassiker „Bittere Pillen“ (Gesamtauflage: über zwei Millionen). Vergangene Woche hat nun auch die angesehene „Stiftung Warentest“ in Berlin einen Pillen-Wegweiser auf den Markt gebracht: In dem „Handbuch Medikamente“ bewertet ein Expertenteam über 5000 der in Deutschland am häufigsten eingenommenen Arzneimittel; als Grundlage werteten die Fachleute zahlreiche pharmakologische Studien aus.

Die Gutachter kamen zu einem für die Pharmaindustrie wenig schmeichelhaften Ergebnis: Rund ein Viertel der bewerteten Medikamente wurde von ihnen mit der schlechtesten Kategorie „wenig geeignet“ bedacht – darunter Bestseller wie das Gelenkschmerzmittel Mobilat oder die beliebten Lutschtabletten Frubienzym gegen Halsschmerzen.

Das ablehnende Urteil traf auch das (mit 18 Millionen Packungen pro Jahr) in Deutschland am meisten verkaufte Arzneimittel: das Schmerzmittel Thomapyrin. Insbesondere die letzte Bewertung ist unter Pharmakritikern sehr umstritten – ihnen geht das Urteil nicht weit genug.

Innerhalb des Gutachter-Teams brach über die Einstufung von Thomapyrin sogar ein so erbitterter Streit los, dass Ende 1998 drei Kommissionsmitglieder zurücktraten, unter anderem der damalige Vorsitzende, der Bremer Pharmakologe Peter Schönhöfer. Die Aussteiger waren der Meinung, die Kategorie „wenig geeignet“ sei angesichts der Gefahren, die dieses Medikament berge, zu schwach.

„Thomapyrin“, kritisiert Schönhöfer auch heute noch, „muss vom Markt.“ Für das Handbuch forderte er als Gutachter-Chef die Kennzeichnung „nicht geeignet“; doch Stiftung Warentest beharrte auf „wenig geeignet“.

Fest steht: Mehrere Studien zeigen, dass die Kombination von Acetylsalicylsäure, Paracetamol und Coffein, aus der Thomapyrin besteht, nicht wesentlich besser den Schmerz stillt als die jeweiligen Substanzen allein – dafür aber eher zu Abhängigkeit, Nierenschäden und bestimmten Krebsarten führen kann. Etwa 500 Menschen, schätzen Experten, werden jedes Jahr aufgrund solcher Kombinationspräparate in Deutschland unnötigerweise dialysepflichtig.

Die Autoren der „Bitteren Pillen“ verpassten dem Präparat deshalb das Prädikat

der Pharmahersteller standzuhalten. Mit allen Mitteln versucht die Industrie, altbewährte Pfründe zu verteidigen und eine wirksame Qualitätskontrolle zu verhindern.

Derzeit weist sogar die einzige offizielle Schranke zum Arzneimittelmarkt – das Zulassungsverfahren – in Deutschland noch große Lücken auf: Nur die Hälfte der 45 000 auf dem Markt befindlichen Arzneimittel ist offiziell zugelassen, also hinsichtlich Qualität, Wirksamkeit und Unbedenklichkeit geprüft.

Bei der anderen Hälfte handelt es sich um so genannte Altmedikamente, die bereits vor Inkrafttreten des Arzneimittelgesetzes 1978 auf dem Markt waren und – obwohl inzwischen über 20 Jahre vergangen sind – noch immer nicht nachträglich getestet wurden.

Wegen der allzu laschen Übergangsregelungen droht Deutschland jetzt sogar eine Milliardenklage der EU-Kommission. Die Bundesregierung ist deshalb gezwungen, das lückenhafte deutsche Arzneimittelgesetz rasch nachzubessern.

Die Zulassung allein sagt allerdings noch nicht viel darüber aus, ob ein Medikament auch wirklich therapeutisch sinnvoll ist. Über diese Frage könnte nur eine unabhängige Ärztekommision entscheiden und die empfehlenswerten Medikamente, die von den Kassen bezahlt werden sollten, dann auf einer „Positivliste“ zusammenfassen. Bislang jedoch wurden alle Versuche, eine „Positivliste“ aufzustellen, von der Pharmalobby verhindert.

Der vorerst letzte Entwurf des damaligen Gesundheitsministers Horst Seehofer wurde 1995 abgeschmettert. Nachdem lokale Pharmahersteller bei ihm vorstellig geworden waren, stimmte seinerzeit auch der Ministerpräsident von Niedersachsen, Gerhard Schröder, dagegen. Inzwischen allerdings hat der zum Bundeskanzler aufgestiegene Schröder seine Meinung geändert und der Ausarbeitung einer Positivliste

zugestimmt – Ausgang ungewiss. Der Pharmakologe Schönhöfer glaubt allerdings nicht, dass es der Politik gelingen könnte, die Pillen-Flut zu kanalisieren. Er setzt auf ein Verfahren, wie es in Frankreich versuchsweise praktiziert wird: Mehrere medizinische Zentren beobachten permanent Wirkungen und Nebenwirkungen von Medikamenten in der Therapie. Alle diese Daten werden dann aktuell im Internet veröffentlicht.

„Nur öffentlicher Druck“, so Schönhöfer, „zwingt die Pharmaindustrie, den schlimmsten Schrott vom Markt zu nehmen.“

VERONIKA HACKENBROCH



Arzneiverkauf in Apotheke: Oft mehr Schaden als Nutzen

„abzuraten“. Auch die meisten Ärzte verschreiben das im freien Verkauf so beliebte Medikament inzwischen kaum noch.

Aus Angst vor Prozessen entschied die Stiftung Warentest jedoch, in ihrem Ratgeber die Kategorie „nicht geeignet“ ganz wegzulassen. „Wir wollten den streitfreudigen Pharmaherstellern keine Angriffsfläche bieten“, rechtfertigt Wolfgang Springborn, Sprecher der Stiftung, das Vorgehen. Für den Verbraucher seien die feinen Unterschiede in der Begründung des Qualitätsurteils erkennbar.

Die Haltung von Stiftung Warentest zeigt einmal mehr, wie schwer es ist, dem Druck

Todeskampf der Flachköpfe

Vor rund 40 000 Jahren entdeckte der Mensch die Kultur: Urplötzlich gebar er Kunst, Schmuck, Musik und Skulptur. Jetzt sind Prähistoriker dem Grund für diese Revolution auf der Spur: Der Homo sapiens traf auf einen ebenbürtigen Rivalen – seinen Vetter aus dem Neandertal.

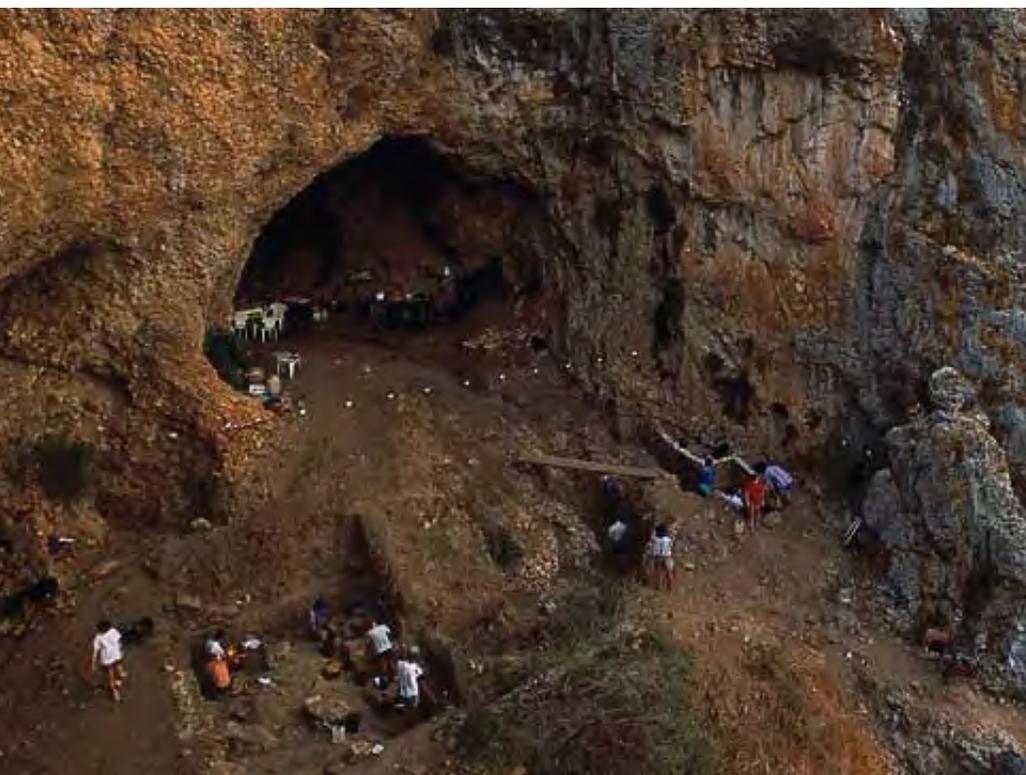
Rentiere hatte der mächtige Häuptling gejagt, Filets vom Nashorn gegrillt und im Fellzelt die berauschende Wirkung vom Fliegenpilz genossen. An einem Sommertag vor rund 27 000 Jahren war es mit dem Wohlleben vorbei. Der Clanführer, rund 60 Jahre alt, lag entseelt in der russischen Tundra.

Feierlich hoben seine Stammesgefährten eine ovale Grube aus und bestreuten den Boden mit Asche und rotem Ocker. Sie kleideten den Verstorbenen in ein ledernes Prachtgewand, besetzt mit 2936 Elfenbeinperlen. Steinklingen, Amulette und verzierte Waffen wurde neben der Leiche platziert. Schließlich bedeckten sie den Körper mit einem Umhang und schlossen das Grab.

Erst jetzt offenbart sich, welch einzigartiges Dokument aus einer entscheidenden Wendezeit der Urgeschichte die Erde preisgegeben hat: Die Russische Akademie der Wissenschaften präsentierte unlängst eine Monografie über die Schädelstätte aus der Eiszeit. Auf 272 Seiten werden Details aus dem erstaunlichen „Ritualkomplex“ vorgelegt*.

Der Friedhof von Sungir, 150 Kilometer östlich von Moskau, funkelt wie ein Kristall am Beginn der menschlichen Totenkultur. Reste von sieben Skeletten wurden aus der Nekropole geborgen, übersät mit

* Nikolai Bader (Hrsg.): „Posdnepaleolititscheskoje posselenije Sungir“. Verlag Naukschny Mir, Moskau; 272 Seiten.



Neandertaler-Höhle von Amud in Israel: Totenstätte für ein Superhirn



DER SPIEGEL

K. GARRETT / NATIONAL GEOGRAPHIC

Klassischer Neandertaler

Homo neanderthalensis

Typische Merkmale: große Nase, vorspringendes Mittelgesicht, sehr breiter Brustkorb, gebogene Oberschenkelknochen, robuste Sprunggelenke, Hände mit starkem Kraftgriff



Moderner Mensch

Homo sapiens

Typische Merkmale: steile Stirn, prominentes Kinn, schwach ausgebildete Augenwülste, flacher Hinterkopf, graziler Knochenbau, relativ schwache Nackenmuskulatur

Vor rund 200 000 Jahren besiedelte der Neandertaler die Kältesteppen Europas. Vor gut 40 000 Jahren folgte ihm der Homo sapiens.

über 13 000 Schmuckelementen. Der Wurfspieß des Führers, 2,40 Meter lang, besteht aus massivem Elfenbein. Niemand weiß, wie das Rohmaterial aus dem Mammutzahn gerade gebogen wurde.

Zu den Bestatteten gehören auch zwei Kinder, die vermutlich aus dem Geschlecht des Fürsten stammten. Der Junge (Todesalter: 10 bis 13 Jahre) trug einen Gürtel, an dem 250 Fuchszähne hingen. Im Grab des Mädchens (etwa 7 Jahre) lagen Miniaturspeere und durchbohrte Löwenkrallen. Ihr Totenkleid (Felljacke, Kapuze, knielange Stiefel) war mit über 5200 Perlen aus Mammut-Elfenbein verziert.

Keine Frage, in Sungir liegen Siegertypen begraben, prachtvoll ausgestattete Homo sapiens mit hohem Schädel und filigranen Gliedmaßen. Das Mausole-

um stammt aus der Zeit der „paläolithischen Revolution“, jener Epoche, in der der Mensch einen – bis heute rätselhaften – Technologieschub entfachte und wie im Sturm die Weltherrschaft ergriff.

Jäh setzte die Spezies vor über 50 000 Jahren in Ostafrika zum großen Sprung an. Im Eilschritt eroberte sie Asien und drang nach Australien vor. Vor 32 000 Jahren stand der afrikanische Aufsteiger bereits in Südfrankreich und schuf im Licht von Fettfunzeln eine Sixtinische Kapelle der Urzeit. Mit Farben aus Eisen- und Manganoxiden bemalten die vorzeitlichen Picassos die Höhle Chauvet.

Dann ging es Schlag auf Schlag: Der Mensch erlernt das Flötenspiel auf Schwanenknochen; er brennt Tonfiguren und erfindet den Tauchsieder (erhitzte Steine wurden in wassergefüllte Tierhäute geworfen). Er formt Harpunen und erste Nähadeln. Vor 30 000 Jahren ist er bereits als Astronom tätig. Kurz danach breitet sich in Europa ein „Venuskult“ aus, belegt durch Frauenstatuetten mit wallenden Brüsten und Speckhüften.

Wie ärmlich nimmt sich gemessen an diesem Feuerwerk von Innovationen ein anderes eiszeitliches Wesen aus: der Neandertaler. Seine letzte Spur findet sich in der Höhle von Zafarraya in Andalusien. Es ist ein zertrümmertes Gebiss, unscheinbar im Geröll verborgen, als sei er achtlos weggeworfen.

Und doch entpuppte sich dieses Fossil als Sensation: Am Isotopenlabor Gif-sur-Yvette (bei Paris) gelang es, einen der Zähne zu datieren. Das Ergebnis könnte die Forscher nötigen, die gesamte Vorgeschichte der Zi-



Homo-sapiens-Skelett von Sungir: Perlen für die Sieger

vilisation neu zu schreiben: Der Beißer ist 27 000 Jahre alt. Der Neandertaler, der ihn einst im Mund trug, war folglich ein Zeitgenosse des Fürsten von Sungir.

Welch Kontrast tut sich auf! Hier die russischen Prachtskelette – dort eine schäbige Kauleiste. Hier der geniale Fred Feuerstein, der als Krone der Schöpfung schließlich Atombomben baute und im Internet landete. Dort der Loser-Typ, vier-schrötig, mit fliehender Stirn, ein Auslaufmodell der Evolution.

Ein bizarres Lebewesen hatte da den Planeten verlassen. Der Neandertaler besaß Kniegelenke dick wie Kanonenkugeln, mit denen er bis fünf Meter tiefe Sprünge abfedern konnte. Über seinen Augen wölbten sich Knochenwülste, das Kinn fehlte. 170 000 Jahre lang hielt die Spezies die nördliche Hemisphäre im Griff. Fossilfunde von

Osten. Vor 35 000 Jahren, heißt es in den Lehrbüchern, verliert sich ihre Spur in Mitteleuropa. Wie von Zauberhand, so schien es, war der europäische Altsiedler komplett ausgelöscht, ersetzt durch den Homo sapiens. Die Experten sprechen von „Replacement“.

KALTER KRIEG IN DER EISZEIT

Seit nahezu 150 Jahren wird über den S jähren Abgang des „Troglothyten“ (Höhlenbewohner) gestritten. Litt er an Jodmangel? Hatte der Neuankommling ein „tödliches Virus eingeschleppt“, wie der Frankfurter Anthropologe Reiner Protsch spekuliert?

Die Mehrheit der Experten gibt dem Machtwillen des modernen Homo sapiens die Schuld an dem Trauerspiel. Er habe

schneller, schlauer, raffinierter gewesen. Mit besseren Jagdmethoden, so die Forscher, schnappte er seinem Rivalen die Beute weg, mit überlegenen Waffen schlug er ihn im Zweikampf. Wie die Europäer dank ihrer Feuerwaffen die Jagdgründe der Indianer im Handstreich nahmen, so eroberte Homo sapiens ruck, zuck das Neandertalerland.

Allerdings schmeckte dieses Szenario von der feindlichen Übernahme einigen Anthropologen nicht. Sie bezichtigten ihre Kollegen eines in die Vorgeschichte projizierten Rassenwahns. In Wahrheit sei der Früheuropäer ein netter Kerl gewesen, der mit den Einwanderern (Stichwort: Koexistenz) freundlichen Kontakt pflegte. Am Lagerfeuer sei man sich auch sexuell näher gekommen. Erik Trinkaus von der Washington University, ein Wortführer der

Hybrid-Fraktion, glaubt: „Die Spezies mischten sich und zeugten Nachkommen.“

Politisch korrekt, als gelte es, eine unterdrückte Minderheit zu schützen, müht sich dieses Lager, die anatomischen Unterschiede zwischen den Arten wegzudiskutieren. „Frisch rasiert, mit flottem Haarschnitt, im Designeranzug könnte ein Neandertaler unbemerkt das kalte Buffet abräumen“, kolportiert die „Frankfurter Rundschau“ die Meinung dieser Forscherfraktion. Der Hamburger Prähistoriker Ralf Busch lobt gar den Liebreiz der Damen aus dem Neandertal: „Die waren wenigstens nicht mager-süchtig.“

Doch der Expertenstreit wurde lange Zeit ebenso energisch wie faktenarm geführt. Viel zu lückenhaft waren die



P. PLAUDY / EURELIOS

Moderner Mensch, Neandertaler (Rekonstruktionen): Grund zum Streiten gab es genug

gut 300 Individuen belegen ihre Anwesenheit von Usbekistan bis in den Irak. Das nördlichste Exemplar lag im Elbsand bei Hamburg.

Schauer und Faszination geht von dem „Innerirdischen“ („Zeit“) aus. Jährlich 250 000 Besucher strömen ins Neanderthal Museum bei Düsseldorf. In dem Gebäude sind Silikonpuppen mit Echthaar aufgestellt – Abbilder eines Wesens mit verblüffenden Fähigkeiten.

„Der Neandertaler besaß riesige Augen, mit denen er in der Dämmerung sehen konnte“, sagt der Tübinger Anthropologe Alfred Czarnecki. Sein extrem feines Gehör, an Innenohrknochen ermittelt, konnte noch Achteltöne wahrnehmen. Czarnecki: „Der hätte spielend eine Geige gestimmt.“

Dennoch starb der „deutsche Weltstar“, wie ihn der Prähistoriker Gerd-Christian Weniger nennt, aus. Vor rund 40 000 Jahren räumte die Spezies sanglos den Nahen

seinen Gegner in einem Blitzkrieg überannt. „Keulenschläge gegen dickwandige Schädel, geschleuderte Dolomitsteine gegen die alten Wulstbrauen“, so beschreibt der US-Autor Michael Brown die Theorie vom „pleistozänen Holocaust“. Allenfalls 3000 Jahre sollen sich die Arten in Europa überlappt haben.

Doch warum gelang der Vormarsch so schnell? Ein schwächlicher Wandergesell aus den Tropen musste gegen einen kalteadaptierten Yeti antreten, der sich bestens im Biotop auskannte. Auch die Leibeskraft der Invasoren war deutlich geringer. Der Gegner besaß etwa 30 bis 40 Prozent mehr Muskelmasse. Es ist, als sei ein Arnold Schwarzenegger gegen den Friesenkomicer Otto angetreten – und sei dennoch kläglich untergegangen.

Um diese Rätsel zu erklären, flüchtete sich die Zunft in „den Mythos vom Super-sapiens“ (der Buchautor Martin Kuckenburger). Der moderne Mensch sei

Informationen aus dem Aurignacien, jener Epoche vor etwa 40 000 bis 28 000 Jahren, als sich das Schicksal der beiden Arten entschied. Weder ließ sich die Marschroute der Eindringlinge zeitlich rekonstruieren, noch gab es Anhaltspunkte, ob sich die Spezies in Europa überhaupt je begegneten.

Erst in jüngster Zeit wendet sich das Blatt. Isotopenchemiker in hoch gerüsteten C-14-Labors, Pollenanalytiker und Paläoklimatologen, die Eisbohrkerne aus Grönland für Klimaszenarios nutzen, bringen Licht in die kritische Periode. Genetiker extrahieren Erbgut aus Urzeit-Skeletten, Anthropologen simulieren Neandertaler-Weichteile im Computer. Und es liegt eine Fülle von neuen Knochenfunden vor, den wichtigsten biohistorischen Urkunden.

Das sich abzeichnende Panorama hat in der Zunft schwere Konfusion ausgelöst. Beide Forscherfraktionen sind irritiert: Die Verfechter der Blitzkriegs- wie der Ku-



Felsmalerei in der Chauvet-Höhle: Im Licht von Fettfunzeln entstand eine Sixtinische Kapelle der Urzeit



Tierzeichnungen von Chauvet: Werk vorzeitlicher Picassos

schelsex-These, so stellt sich heraus, waren auf dem Holzweg:

► Erst wurde die Idee der Artvermischung gekippt. Genetiker von der Universität München extrahierten Erbgut aus einem Neandertaler-Knochen. Die DNS sieht aus, als stamme sie von einem biologischen Alien. Chefforscher Svante Pääbo: „Es gibt keinerlei Hinweise, dass die Neandertaler einen wesentlichen Beitrag zum Genpool des heutigen Menschen geleistet haben.“

► Dann kam der Tiefschlag für die Gegenfraktion: die Altersbestimmung des Zahns von Zafarraya. Und auch ein Ne-

andertaler-Fossil aus der Riesengrotte von Vindija (Kroatien) ergab das verblüffende Alter von 28 000 bis 29 000 Jahren. Kommentar des Tübinger Prähistorikers Nicholas Conard: „Die These von der schnellen Eroberung ist damit passé.“

Zudem liegen weitere grundstürzende Neuigkeiten vor, die zum Umdenken zwingen. Der Homo sapiens trat demnach keineswegs gegen einen grobschlächtigen Toran an. Der angestammte Herr über Europa war vielmehr ein intelligenter Rübezahl, der sein Territorium zäh verteidigte. Drei Hauptbefunde belegen dies:

- Die Neandertaler trugen Schmuck und stellten Präzisionswaffen her.
- Sie verfügten in Südfrankreich und Italien über hoch stehende Kulturzentren.
- Sie erwiderten den Vormarsch des anatomisch modernen Menschen mit einer Art Wettrüsten.

Eindrucksvoll ist die neue Sicht der Dinge im US-Fachblatt „Current Anthropology“ dokumentiert. Dort beschreibt eine Gruppe um den französischen Vorgeschichtler Francesco d’Errico zwei so genannte Technokomplexe: Werkzeugindustrien der Neandertaler, die sich vom Pariser Becken bis nach Süditalien erstreckten.

Allein in der Höhle von Arcy-sur-Cure zählte das Team 36 „persönliche Ornamente“: verzierte Fuchszähne, Elfenbeinperlen und Abfälle von Fingerringen. Die Befunde, so die Autoren, ließen nur einen Schluss zu: Die Neandertaler waren „voll kultivierte menschliche Wesen“.

Prallten folglich zwei steinzeitliche Konkurrenzkräfte aufeinander? Sind die Forscher einem Kalten Krieg in der Eiszeit auf der Spur? Schufen die Neandertaler im Widerstreit mit ihren Vettern ein kulturelles Paralleluniversum?

„Es ist erstaunlich“, sagt der Urgeschichtler Conard, „aber wir haben diese Spezies gänzlich unterschätzt.“

Schon beginnen die Experten vorsichtig, den Schlagabtausch auch regional zu erfassen. Demnach dienten Flüsse wie der Rhein und die Rhône über Jahrtausende hinweg als „biologische und demografische Grenzen“ (Conard), an denen sich die bei-

den Menschenarten argwöhnisch gegenüberstanden.

Die Folgen dieser Erkenntnis sind weit reichend: Nicht nur der Keulenrambo aus dem Neandertal steht plötzlich als Supermann da. Auch der Ursprung der menschlichen Kultur taucht in völlig neues Licht.

Dessen Wurzeln sind seit je von einem Mysterium umgeben. Vor etwa 100 000 Jahren steht der Homo sapiens anatomisch ausgereift in Afrika da – doch nichts tut sich. „Die mittelpaläolithischen Hominiden hatten alle Voraussetzungen für eine spezifisch menschliche Lebensweise, aber das Tempo der Innovationen war unerklärlich langsam“, erklärt der Mainzer Anthropologe Winfried Henke.

Erst vor 40 000 Jahren setzte dann der geistige „Big Bang“ (der US-Forscher Randall White) ein. Raketentartig mutierte der Mensch zum Schöngest, Maler, Waffenschmied und zettelte eine „atemberaubende kognitive und kulturelle Umwälzung“ an (Henke).

Nun plötzlich bietet sich eine Erklärung für diese mysteriöse Leistungseruption an: Der nach Europa einwandernde Homo sapiens war auf einen ebenbürtigen Rivalen gestoßen, der ihm das Terrain streitig machte.

Schmuck, Reliefs, Knochenmesser – all jene Errungenschaften, die schlagartig im Aurignacien auftauchten, wären demnach das Ergebnis eines „Wettbewerbs“ (Conard). Der Franzose D’Errico formuliert es so: Erst der Zusammenprall der Spezies hätte „beide unabhängig voneinander zu kulturellen Höchstleistungen“ angespornt.

ÜBERLEBENSKÜNSTLER IM FROST

Die These vom Urkampf als Motor aller Kultur steht in scharfem Kontrast zum bisherigen Weltbild der Prähistoriker. Seit Anbeginn haftete den Neandertalern der Ruch geistiger Minderwertigkeit an. Als im Jahr 1856 der Namensgeber in einem Steinbruch nahe Düsseldorf auftauchte, waren sich die Gelehrten sogleich einig: Die Knochen stammten von einem „rohen Urvolk“, vom „Geschlecht der Flachköpfe“.

Frühe plastische Nachbildungen, etwa im Museum von Chicago, orientierten sich am Klischee des Primitiven. Jammergestaltig, antriebsschwach, als kränkelder Kretin wurde der Kraftprotz dargestellt. Zeichner phantasierten sich Deppen mit Stiernacken und Affenbehaarung zusammen. „Der Neandertaler“, sagt Sabine Gaudzinski vom Forschungsbereich Altsteinzeit in Neuwied, „war immer der Doofi.“

Vor allem in den achtziger Jahren kam es knüppeldick. Unter dem kritischen Blick der „New Archaeology“ sank der alte Platzherr Europas zum Tollpatsch herab, unfähig zur „Partner- und Familienbildung“, ein Lebewesen, das seine Toten

nicht bestattet und das feinmotorisch nichts auf die Reihe kriegt. Lewis Binford, Nestor der Bewegung, machte die Neandertalergar zu Aasfressern. Allenfalls Kaninchen hätten sie mit ihren plumpen Waffen zuweilen erlegt.

Hinter dieser Ansicht verbarg sich ein grundsätzliches Ordnungsschema. Seit je hält sich der Mensch für ein Ausnahmewesen. In der Bibel tritt er als Auserwählter Gottes auf. In der griechischen Mythologie schenkt ihm Prometheus das Feuer.

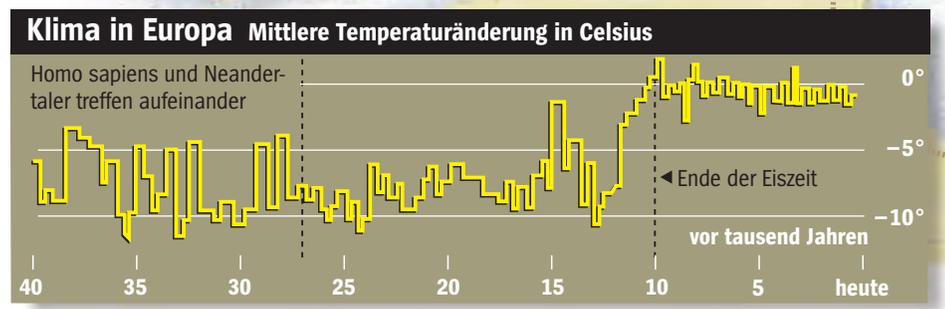
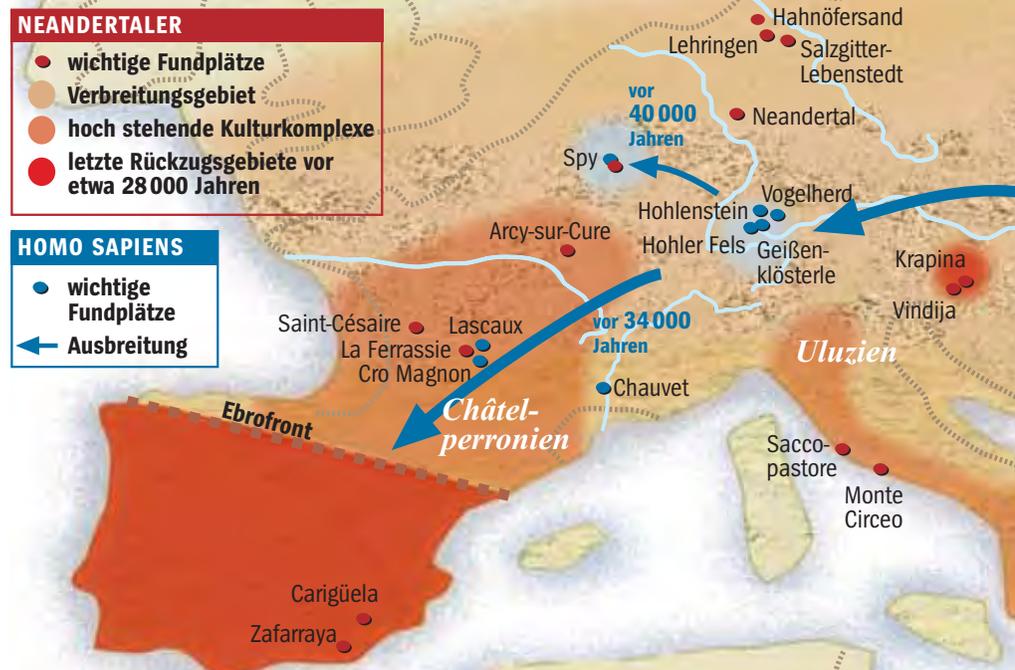
Nur der Mensch sei zur Schöpfung von Arbeitsmitteln fähig, meinte Karl Marx. Der Anthropologe Friedrich Keiler formulierte die These vom „toolmaking animal“ so: „Der Hammer ersetzt die Faust, die Zange die Zähne, der Löffel die Hohlhand, die Kleidung das Haarkleid, das Schwert die Pranke.“

Auch die Wissenschaft von der Urgeschichte orientierte sich über Generationen hin an diesem Dogma. Tauchten im Erdreich Schmuck oder feine Steinklingen



Begegnung der zweiten Art

Über einen schmalen Korridor entlang der Donau gelang dem modernen Menschen die Ausbreitung in Europa. Neuen Forschungen zufolge reagierten die Neandertaler auf die Eindringlinge mit zähem Widerstand und schufen ihrerseits in Italien und Südfrankreich hoch entwickelte „Werkzeugindustrien“. Erst nach über 10 000 Jahren Konkurrenzkampf war die alte Bevölkerung Europas ausgelöscht.



auf, wurden sie automatisch dem Homo sapiens zugeordnet. Einzig ihm trauten die Forscher Geist und Kunstsinne zu, soziales Verhalten und symbolisches Denken. Nur er sei in der Lage gewesen, die Fesseln des Naturzustands zu sprengen, dank körperfremder Ausstattungsmittel wie Werkzeugen, Schutzbauten oder Kleidung.

Doch die Scheidewand – hier der intelligente Homo Faber, dort der tumbe Rest der Hominiden – bröckelt. So wissen die Experten erst seit kurzem, dass die Wur-

zeln vieler kultureller Erzeugnisse viel weiter zurückreichen, als sie es für möglich gehalten hatten. Vor ihren Augen ist eine – nahezu vollständig versunkene – Welt aus Holz- und Knochenwerkzeugen aufge- taucht.

Sie beweisen, dass bereits der Homo erectus vor 400 000 Jahren mit wuchtigen Lanzen schnellen Huftieren nachstellte.

Die bislang eindrucksvollsten Belege hat der Archäologe Hartmut Thieme vorge- legt. Im Braunkohlenabbaugebiet Schö-

ningen nördlich des Harzes gräbt er mit den mächtigen Maschinen der Bergbau- konzerne um die Wette.

Während die Schaufelbagger 100 Meter tiefe Schneisen ins Erdreich schlagen, sitzt Thieme inmitten der Kraterlandschaft auf ausgesparten Plateaus. Acht Speere, aus kleinen Fichtenbäumen geschnitzt, kamen bislang zum Vorschein. Die Ausgräber stießen auch auf einen angekohlten Stock, den sie als „Bratspieß“ deuten. Ein Wurfholz, 78 Zentimeter lang und beid- seitig angespitzt, wurde wahrscheinlich „in auffliegende Entenschwärme gewirbelt“ (Thieme).

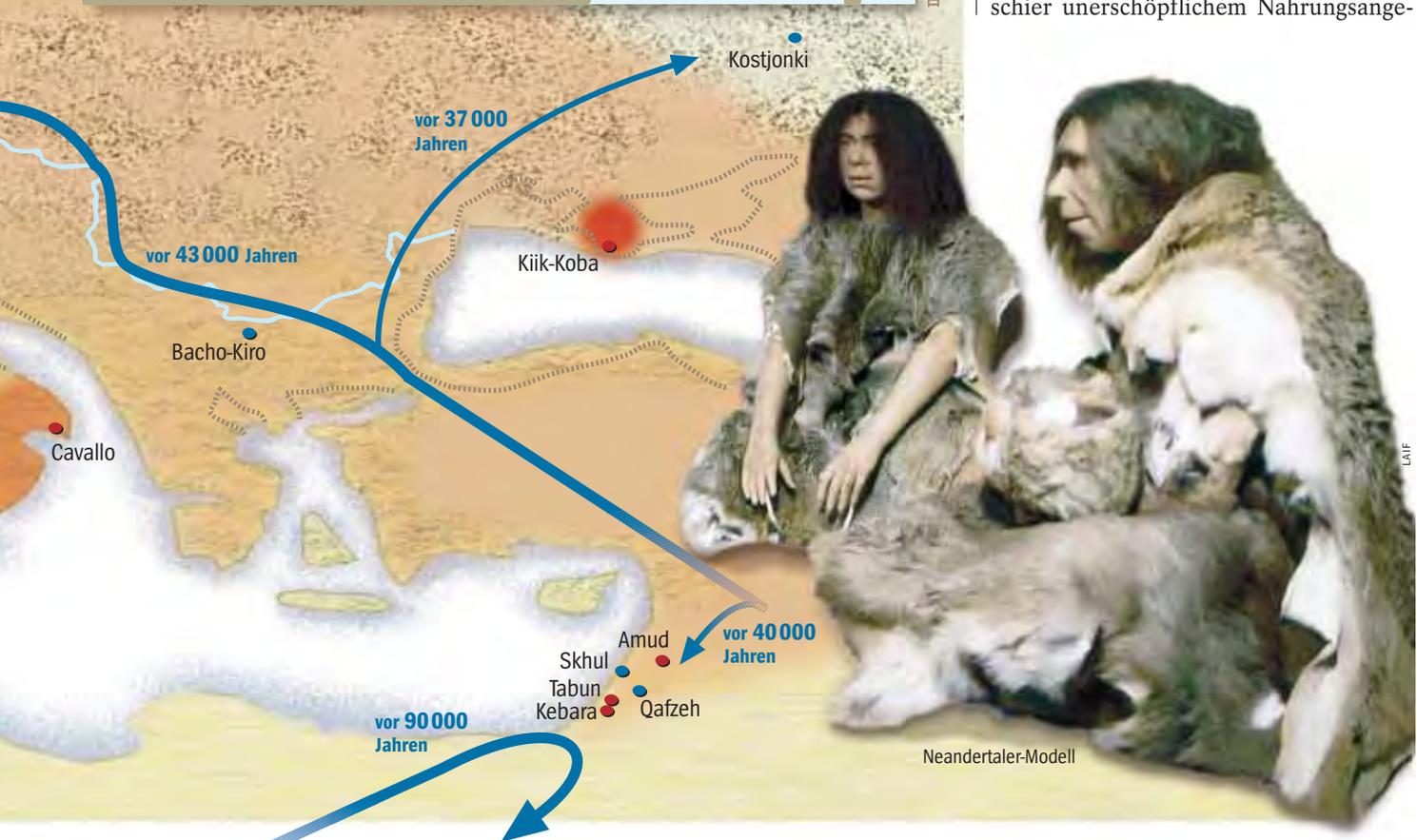
Die Geräte – es sind die ältesten kompletten Holz Waffen überhaupt – haben ein weltweites Echo ausgelöst. „Diese archäo- logische Entdeckung macht sprachlos“, notierte das Fachblatt „Nature“. Wundersam im Sediment konserviert, haben die Arte- fakte alle Zweifler verstummen lassen: Schon der Homo erectus war in der Lage, „eine Großwildjagd mit speziellen Waffen vorausschauend zu planen“ (Thieme).

Als vor etwa 200 000 Jahren der Nean- dertaler die Bühne betrat, muss die Tech- nik der Tierhutz folglich bereits ausge- feilt gewesen sein. Lanzen, Dolche und Schlachterwerkzeug im Fellsack, wagt sich die Kreatur immer höher in die Frostwelt des Nordens vor. Sträucher und Grasstep- pen überwuchern diese Landschaft. Es reg- net wenig, eisige Winde wehen. Im Winter fallen die Temperaturen häufig auf unter minus 30 Grad.

Doch das kalte Biotop entschädigt mit schier unerschöpflichem Nahrungsange-



Out of Africa Migration des Homo sapiens



Werbeseite

Werbeseite

bot. Rentiere und Bisonhorden äßen in der Tundra. Wollnashörner und über zwei Meter lange Riesenhirsche ziehen durch die Steppe. Gerade der fehlende Baumbewuchs macht den Reichtum der Landschaft aus. „Gras- und Kräuterfluren“, erklärt der Stuttgarter Pollenspezialist Burkhard Frenzel, seien ein Dorado für Huftiere: „Das Äsungsangebot war damals bis zu zehnmal größer als heute.“

Diesen herumtrabenden Fleischmassen gilt das Gelüst der frühen Abendländer. Die Jäger pirschen durchs offene Grasland, sie laurten dem Wild an Furten und Flüssen auf. Bei Wallertheim in Rheinhessen erlegten Neandertaler vor etwa 100 000 Jahren Wildpferde und Wisente am Rande eines Sumpfes. Auch die erloschenen Vulkankegel am Mittelrhein wurden als Ausguck und Hinterhalt genutzt; die mit Wasser gefüllten Krater dienten den Herden als Tränke.

In kleine Jagdtrupps aufgeteilt, „Gruppen von einigen Familien“ (Conard), ziehen die Clans durch ihre Reviere. Im Winter pausieren sie in Höhlen. Im Sommer schweifen sie unbeständig durch die Steppe und schlafen in Fellzelten. Abends prasselt, mit Pyrit und Zunder entfacht, das Lagerfeuer. Stabile Camps wie im Molodowa (Ukraine) sind die Ausnahme. Die Bevölkerungsdichte wird auf 0,1 bis 0,2 Personen pro Quadratkilometer geschätzt.

An das subarktische Klima ist das gedrungene Wesen perfekt angepasst. Sein schweres Skelett ist von prallen Muskeln umspannt. Die riesige Nasenhöhle, eine Art Vorwärmraum für kalte Luft, verhindert Schnupfen und Heiserkeit. Auch gegen klamme Finger ist das Kraftpaket anatomisch geschützt. An seinen Handtellern sitzen Wurstfinger mit Nägeln groß wie Markstücke. Schon der Knochenbau der Kinder ist deutlich vom modernen Menschen unterschieden, wie aufgefundene Babyskelette zeigen. Der Zürcher Experte Christoph Zollikofer versucht derzeit, die Individualentwicklung der Neandertaler zu rekonstruieren. „Die Kinder wirken wie kleine Erwachsene“, sagt der Forscher. Vielleicht kamen die Knirpse schon mit zehn Jahren in die Pubertät.

* Oben: im Moskauer Institut für Ethnologie und Anthropologie mit Skeletten und Beifunden sowie plastischen Nachbildungen der Bestatteten; unten: der kroatische Prähistoriker Jakov Radović beim Untersuchen des Fundstücks von Vindija.



Kindergrab von Sungir*: Mausoleum in der Tundra

Das Erstaunlichste an der Spezies aber ist ihr Denkorgan. Ein Skelett aus der Amud-Grotte weist ein Schädelvolumen von 1740 Kubikzentimetern auf – der Jetztmensch bringt es im Schnitt nur auf 1400. Solch ein imposantes Gehirn aufzubauen, darin sind sich die Evolutionsbiologen einig, war nur möglich, weil die frühen Hominiden über Jahrhunderttausende hinweg hochwertige tierische Proteine verzehrten.

Chemische Spezialuntersuchungen an fossilen Gebeinen haben den Verdacht erhärtet. „Die Knochenstruktur der Neandertaler“, sagt Gaudzinski „ist karnivorer als die von Karnivoren.“ Im Klartext: Der



Neandertaler-Unterkiefer*: Sauerampfer gegen Mundgeruch

Bursche verschlang unentwegt Fleisch – morgens Braten, mittags Gedärm, abends Filet Stroganoff.

Das wundert kaum. Müslitechnisch hatte die Tundra kaum etwas zu bieten. Ein bisschen Sauerampfer gegen den Mundgeruch, ein paar Beeren – vielleicht. Auch den Mageninhalt von erlegten Rentieren mag der Frostmensch verspeist haben. Bei Eskimostämmen gilt der fermentierte Grasbrei noch heute als Leckerbissen. Doch ansonsten, schreibt der Buchautor Kuckenburger, galt die Regel: „Die Pflanzenkost wurde knapper und knapper, je stärker der Eishauch von Norden blies.“

Dafür bot die Fauna reichlich Ersatz. Feiste Biber und Moschusochsen raschelten im Gestrüpp. Von einem Rentier konnte eine vierköpfige Familie mindestens eine Woche lang leben. Auf der Kanalinsel Jersey, damals noch Festland (der Meeresspiegel lag 60 Meter tiefer), trieben Neandertaler Nashörner über eine hohe Kalkklippe. Auch dem wehrhaften Auerochsen stellten sie nach.

Beispiel für einen dramatischen Kampf hat die Fundstelle Lehringen in Niedersachsen erbracht. Dort wurde ein 120 000 Jahre alter Eibenholzspeer geborgen, der im Gerippe eines Waldelefanten steckte. Die Rekonstruktion ergab: Das verwundete Tier war an ein Seeufer geflüchtet und mit den Füßen im Morast versackt. Die Angreifer setzten nach, sprangen ihm auf den Rücken und schnitten dem Tier mit Steinmessern alle über der Wasserlinie liegenden Fleischteile ab.

Ethnologische Berichte aus Afrika mögen das Gemetzel illustrieren. 1918 war der Forscher Wilhelm Kuhnert beim Ausweiden eines Jumbos dabei: „Im Augenblick ist nichts mehr vom Elefanten zu sehen, sondern nur eine dicht gedrängte Masse blutglänzender Menschenkörper, die säbeln, schneiden, reißen und zerren.“

Noch imposanter wirkt die Fundstelle von Salzgitter-Lebenstedt. Dort untersuchen Experten vom Römisch-Germanischen Zentralmuseum Mainz einen gigantischen Knochenhain. Rund 3000 Reste von Tierskeletten lagen im Erdreich – einst eine Anhöhe nahe einer Flussbiegung. Sie gehören zu 86 Rentieren, 17 Mammuts, 8 Pferden und 3 Bisons.

Schnittmuster an den Knochen zeigen, dass die Tiere systematisch entbeint wurden. Auch die Markgewinnung aus den Langknochen der Rentiere verlief mit „Regelmaß“ (Gaudzinski). Mit einem ge-



Neandertaler bei der Mammutjagd: Hohes Risiko für die Angreifer

zielten Querhieb wurde das obere Gelenk abgespalten – das leckere Fett lag frei.

Zugleich hat Lebenstedt verblüffende Belege für das handwerkliche Geschick der Neandertaler erbracht. Viele Mammutripfen sind angespitzt, Gelenke zu Keulen umfunktioniert. Abgeschlagene Rentiergeweihe, die wie Hockeyschläger aussehen, werden von den Forschern als „Grabstöcke“ interpretiert. Der attraktivste Fund, eine 6,3 Zentimeter lange Speerspitze, wurde aus dem Skelett-Teil eines Nashorns geschnitzt. Die Geräte stehen, so die Forscher, „nahezu ohne Parallele“ da.

Wahrscheinlich wurden nach den Massenjagden auch die Nachbar-Clans zum Festschmaus geladen. Berge an Gesottenem und Gebrühtem galt es zu verzehren. Ein ausgewachsenes Mammut warf Tonnen schieres Muskelfleisch ab, sein Herz wog 25 Kilogramm. Leckerer Bratenduft entstieg den Flammen. Der Urgeschichtler Weniger: „Die fraßen bis zum Platzen.“

Zugleich müssen die Neandertaler eine intelligente Vorratshaltung gekannt haben. Einige Forscher denken an Fleischdepots im Permafrost. Im Sommer könnten kalte Höhlen als „Kühl-

schrank“ gedient haben, wie der Tübinger Archäologe Hansjürgen Müller-Beck vermutet. Auch die Produktion von Pemmikan wird diskutiert. Bei diesem Verfahren wird das getrocknete Fleisch mit Beeren vermischt und mit heißen Fett übergossen.

Drall genährt und in guter Kondition, erobert der Nomade bald ein riesiges Ge-



„Blattspitzen“-Klinge
Kulturschub durch Wettrüsten?



Neandertaler-Knochenspitze, Archäologe Thieme*: „Versunkene Welt“

biet. Vor 80 000 Jahren siedelt er am Ufer des Schwarzen Meeres, er tummelt sich im Libanon und bei Neapel und blickt von Portugal aus auf den Atlantik. Nur nördlich des 55. Breitengrads ist ein Leben unmöglich. Dort versperren Gletschermassen den Weg; ihre Abbruchkanten ragen steil in den Himmel.

Dennoch war das Leben kein Zuckerschlecken. Immer wieder gab es Ärger mit dem Höhlenbären *Ursus spelaeus*, der den Clans die Quartiere streitig machte. Nicht selten, wenn sie winters in ihre Unterstände zogen, trat ihnen der 900-Kilogramm-Petz entgegen. Wer beim Angriff auf dieses Tier danebenzielte, war schnell ein Fall für den Notarzt, den Schamanen.

Auch der Kampf gegen das Mammut ging mit einem hohem Risiko einher. Die Jäger mussten ihre Holzspeere aus kurzer Distanz abwerfen – Elefantenhaut ist zwei Zentimeter dick. Meist waren die Tiere nach der Attacke nur verwundet und griffen wutschnaubend ihre Peiniger an. Erst Tage später, ständig von ihren Jägern verfolgt, verendeten sie qualvoll.

Die aufgefundenen Neandertaler-Skelette zeigen, dass auch die Angreifer schlimme Blessuren davontrugen. Der US-Anthropologe Trinkaus hat im letzten Jahr hunderte von Fossilien untersucht. Er diagnostizierte eingedellte Köpfe, gebrochene Arme und zerschmetterte Rippen. Solche Frakturprofile, sagt Trinkaus, seien „typisch für Rodeoreiter“.

Immerhin durften die weidwunden Mitglieder der Gruppe auf Mildtätigkeit hoffen. Einen Beweis dafür liefert die Höhle von Shanidar im Irak. Vor etwa 50 000 Jahren stürzte diese Grotte durch ein Erdbeben ein und begrub zwei Männer – beides Krüppel. Der eine hatte eine schlecht verheilte Schädelfraktur, ein Auge war blind. Der andere laborierte an einer frischen Wunde an der Rippe. Offensichtlich hüteten die Invaliden das Heim, während der Rest der Truppe auf Safari war.

Selbst für einen Totenkult gibt es, wenngleich spärliche, Indizien. In La Ferrassie (Frankreich) fand man – in einer Grube verscharrt – das Skelett eines 15 Tage alten Babys. Im Irak wurde eine Art Blumengrab entdeckt. Neben dem etwa 40-jährigen Toten lagen Blütenpollen.

Doch solche Erdbestattungen sind die Ausnahme. Oft gingen die Neandertaler mit den Verstorbenen offenbar wenig zimperlich um. Von den 300 Skeletten sind nur vier Prozent halbwegs vollständig erhalten. Meist liegen nur einzelne Knochen vor, die häufig mit Kratzspuren übersät sind, in

* Links: aus Salzgitter-Lebenstedt; rechts: mit 400 000 Jahre altem Holzspeer.

denen winzige Feuersteinsplitter stecken. Ein klares Indiz für „Leichenzerstückelung“, wie der Anthropologe Henke meint. Der Pionierfund von der Düssel sei „in entfleischtem Zustand“ abgelegt worden.

Solch gruselige Sitten wären durchaus vorstellbar. Das Klima der letzten Eiszeit bot wenig Platz für humanitäre Erwägungen. Überlebenskampf war angesagt.

Große Gefahr ging von den Interstadialen aus, den Perioden der schnellen Erwärmung. Denn mit der Sonnenglut kamen auch die Wälder zurück. Das Grasland wich und mit ihm die grasenden Herden.

Umgekehrt gab es jedoch auch Phasen, in denen die Durchschnittstemperatur binnen 20 Jahren um bis zu acht Grad Celsius fiel. Dann rückte von Norden der Eisschild heran. In solchen Krisenzeiten, meint der Pariser Anthropologe Jean-Jacques Hublin, seien die Clans „beträchtlich dezimiert“ worden.

Doch das ist Spekulation. Mittlerweile liegen Indizien vor, dass die Tundrenbewohner in Perioden grimmigster Witterung nach Süden auswichen. Vor etwa 80 000 Jahren, als eine extrem kalte Klimaphase anbrach, begann ein Exodus Richtung Levante. In den Höhlen von Kebara und Tabun in Israel wurde reichhaltiges Knochenmaterial entdeckt.

Weichteilrekonstruktion eines Neandertaler-Kopfes (links). Das Modell basiert auf dem Computertomogramm (CT) eines Menschenkindes (rechts). Die CT-Daten wurden im Rechner auf die Schädelform eines etwa gleichaltrigen Neandertaler-Kindes übertragen.

Bei ihrem Rückstoß zogen die Neandertaler in eine wohl temperierte Parklandschaft ein. In der Wüste Sinai wuchs damals üppiges Gras, Birken und Sträucher bedeckten das Land. Doch im Gelobten Land stießen die Nordländer erstmals auf ein Wesen, das ihr Schicksal bedeuten sollten: den feingliedrigen Homo sapiens.

DER TRIUMPH DER MENSCHEN

Viele Experten haben sich den Zusammenprall der beiden Spezies als freundliches Tête-à-tête ausgemalt. Die Levante sei der Beleg für eine „friedliche Koexistenz“. In Wahrheit sind die Abfall-schichten, die die Clans in den Höhlen hinterließen, klar getrennt. Neue Untersuchungen legen nahe, dass der anatomisch moderne Mensch fluchtartig das Gebiet verließ und in seine Urheimat Afrika abgedrängt wurde.

Demnach wäre die Krone der Schöpfung vor dem drallen Nordländer ausge-



büxt – eine Niederlage, die durchaus plausibel scheint. Vor kurzem hat der US-Paläoanthropologe John Shea 58 Höhlen in Israel, Jordanien und dem Libanon untersucht. Beide Spezies produzierten zu der Zeit drei bis vier Typen von Steinspitzen. Bei den Speeren mit Flintklingen, kostbaren Waffen, die nur gegen schwer jagbares Wild wie Pferde oder Steinböcke zum Einsatz kamen, hatten die Neandertaler einen deutlichen Vorsprung. In ihren Lagern, so Shea, „war die Produktion dieses Waffentyps 28-mal höher“.

Noch hielt das Bollwerk des riesigen Troglodytenreichs. Noch gelang es dem Herrscher der nördlichen Hemisphäre,



Herr über Taiga und Tundra und König der Eiswüste, sein Biotop mit Geschick zu verteidigen.

Doch der Quälgeist aus Afrika ließ nicht locker. Genetikern zufolge startete der *Homo sapiens* vor 50 000 bis 60 000 Jahren einen erneuten Ausfall. Als Gründerpopulation dürften kaum 2000 Wagemutige losmarschiert sein. Ihre Route wurde jüngst von Erbgut-Experten an der Universität von Pavia rekonstruiert. Demnach schlugen die Trecks vorerst einen Haken um Europa und setzten am Roten Meer Richtung Osten über. Dann drangen sie nach Indien und Australien vor (siehe Grafik Seite 245).

Kaum im Land der Beuteltiere angelangt, richteten die Neuankömmlinge eine Öko-Katastrophe an. Großflächige Kohle-spuren zeigen, dass sie Buschfeuer entfachten, um das Wildbret in die Enge zu treiben. Vor 50 000 Jahren lebten in Australien die baumstammdicke Schlange *Wonambi*, das Drei-Meter-Känguru *Procoptodon* und *Genyornis*, ein flugunfähiger, 90 Kilogramm schwerer Vogel. Vieles spricht dafür, dass diese Riesenfauna in den Feuerwalzen unterging.

Doch das sind Marginalien. Denn nun begann der entscheidende Akt: Mit schlankem Fuß griff *Homo Faber* nach Westen aus, Richtung Abendland. Der Urgeschichtler *Conard* geht davon aus, dass die Kolonialisten, vom Schwarzmeer startend, „die Donau hochzogen“. Dabei surften sie wahrscheinlich auf einer „ökologisch günstigen Welle“, wie der britische Prähistoriker *Paul Mellars* darlegt. Der Durchbruch sei im „Hengelo-Interstadial“ erfolgt, einer warmen Periode vor etwa 41 000 bis 38 000 Jahren.

Diesmal kommen die Stoßtruppen schnell voran. Erst vor wenigen Wochen hat der Tübinger Urgeschichtler *Daniel Richter* eine erstaunliche Thermolumineszenz-Datierung vorgelegt. Fossilien aus der Höhle *Geißenklösterle* bei *Ulm* belegen, dass der *Homo sapiens* bereits vor 40 000 Jahren den Oberlauf der *Donau* erreicht – über 5000 Jahre früher als bislang vermutet.

Mit diesem Datum steht die Umgebung des *Geißenklösterles* plötzlich als früherer *Brückenkopf* der *Invasoren* da. Dicht bei dicht drängen sich auf der *Schwäbischen Alb* zahlreiche *Karsthöhlen*, die ungeheuerliche *Artefakte* enthielten. Aus den Grotten wurden *Schaber*, *Stichel*, *Bohrer* und zwei *Knochenflöten* geborgen – aber auch zahlreiche *Skulpturen*. Es sind die ältesten *Kunstwerke* der Welt.

Allein in der *Vogelherdhöhle* lagen elf *Tierfiguren* aus *Elfenbein*: winzige Darstellungen von *Mammuten*, *Raubkatzen* und einem *Nashorn*. In einer anderen *Katakomben* lag – völlig zersplittert – der „*Löwenmensch*“. Die *Plastik*, aus einem *Mammutzahn* geschnitzt, ist 30 Zentimeter hoch und gilt als *Paradestück* der *paläolithischen Revolution*.

Auch das weltweit erste *Abbild* eines Menschen hinterließen die *Siedler* auf der *Schwäbischen Alb*. Kaum *briefmarkengroß* ist das *Elfenbeinrelief*, das einen Menschen mit *erhobenen Armen* und *hufartigen Füßen* zeigt. Den *Buchautor* *Ernst Probst* erinnert die *Körperhaltung* der *Figur* „an einen *Betenden* oder *Schamanen*“. Ein *merkwürdiger Fortsatz* zwischen ihren *Beinen* könnte einen *Phallus* oder *Tierschwanz* darstellen.

Der *portugiesische Experte* *João Zilhão* hat für diese *schlagartig auftauchenden Pretiosen* aus dem *Schwabenland* nun eine



Ausgrabung in der Geißenklösterle-Höhle bei Ulm: Erster Brückenkopf im Reich der Neandertaler

schlichte Erklärung: Der Mensch wurde zum Bildhauer, weil er in die Fratze des Neandertalers blickte.

Eindeutig belegen die neuen Altersdatierungen: Als sich der Homo sapiens in der Geißenklösterle-Höhle einquartierte, war er von einer Welt aus muskelbepackten Fremdlingen umringt. Kaum 400 Kilometer Luftlinie entfernt, in Mettmann, saßen zur selben Zeit Neandertaler am Feuer.

Exakt zu jener Zeit beginnt der Mensch seine soziale Stellung mit persönlichen Ornamenten zu markieren. Rangordnungen bilden sich aus. Mit dem Schmuck wird ein autonomer geistiger Code geschaffen, ein Kennzeichnungssystem, mit dem sich der Mensch innerhalb der Gruppe definiert und zugleich gegen die Umwelt absetzt.

Auslöser könnte die Begegnung mit dem Neandertaler gewesen sein. Die Konfrontation mit dem so ähnlich wirkenden Zweibeiner, glaubt Gaudzinski, „muss tiefe Fragen nach der eigenen Identität aufgeworfen haben“. D’Errico drückt es so aus: Der Kontakt der beiden Arten habe „eine Explosion gezündet, die zum Gebrauch von Symbolen auf beiden Seiten führte“.

Vielleicht wird die Forschung nie Antworten auf die spannende Frage geben können, wie die beiden Vettern einander begegnet sind. Ignorierten sie sich? Erkannten sie einander als Menschen an? Oder sah der eine im anderen nichts als eine besonders widerspenstige Jagdbeute?

Für ein friedliches Miteinander zumindest waren die Voraussetzungen denkbar

schlecht. Mit Sicherheit bestand ein Kommunikationsproblem. Allenfalls mit Gebärden hätten sich aufeinander treffende Clans verständigen können.

Auch ihr anatomisches Outfit unterschied sich krass. Erst in der Schlussphase bildeten die Neandertaler ihre „klassischen“ Gesichtszüge aus. Die Stirnwulste wurden dicker und dicker. Das Gebiss schob sich immer schnauzenförmiger vor – ein irritierender Anblick für den Bruder Leichtfuß aus den Tropen.

Grund zum Streiten gab es zudem genug: Beide Spezies besetzten dieselbe ökologische Nische. Sie nutzten dieselben Höhlen und erbeuteten dieselben Wildarten. Für den New Yorker Prähistoriker Ian Tattersall liegt der Fall klar: Die Neandertaler wurden „in einem direkten Konflikt

eliminiert“ oder indirekt durch einen „ökonomischen Wettkampf“ ausgeschaltet.

Auch die Feuerstein-Komplexe deuten auf ein feindliches Gegeneinander. Kaum in Kontakt, scheinen die Spezies ihre Territorien abzustecken und schlagartig aufzurüsten. Vor etwa 40 000 Jahren entsteht in Thüringen und Bayern die Kultur der Blattspitzen-Leute, die feinste Steinklingen herstellten. Im ungarischen Raum breitet sich das Szeletien aus, belegt durch meisterhaft geformte Werkzeuge. Vor allem im Westen, das belegen die neuen archäologischen Befunde, stieß der Homo sapiens auf Widerstand. 6000 Jahre lang wurde sein Vormarsch Richtung Frankreich blockiert. Conard: „Wir müssen überprüfen, ob an Rhein und Rhône Grenzen existierten.“



Elfenbeinfiguren aus der Geißenklösterle-Höhle: Älteste Kunstwerke der Welt

Jenseits dieser Flüsse lag kultiviertes Feindesland, die Welt des Châtelperronien. Die dort lebenden Neandertaler hatten völlig eigenständig einen kulturellen Alternativkurs eingeschlagen. Sie bestreuten ihre Verstorbenen mit der Totenkultfarbe Röt und jagten mit neu entwickelten Präzisionswaffen Ziegen und Rentiere. Die Männer trugen verzierte Knochendolche im Gürtel. Die Handwerker sägten Fingerringe aus Elfenbein.

Ein neuer Skelettfund aus Italien zeigt, dass auch das Uluzien, eine hoch entwickelte Steinklingenindustrie, von den geheimnisvollen Kontrahenten des Homo sapiens erschaffen wurde. Damit, so heißt es in „Current Anthropology“ verfügten die Neandertaler über eine Machtbasis, die sich „von Kantabriern bis zum Pariser Becken erstreckte“ – ein Areal von 400 000 Quadratkilometern.

Doch auch diese Festung wurde schließlich geschleift. Vor rund 33 000 Jahren verschwinden die Neandertaler aus ihren Mittelmeer-Zentren. Die Schichtenabfolge in den Höhlen zeigen einen abrupten Wandel. Plötzlich tauchen Spuren des Homo sapiens auf. War General Feuerstein zur Attacke übergegangen?

Was besonders verduzt: Ausgerechnet in Südfrankreich, der ehemaligen Hochburg der Neandertaler wurde kurz danach die Bilderhöhle von Chauvet erschaffen – fast so, als hätten die Okkupanten mitten im Feindesland ein Fanal des Sieges errichtet. Zumindest zeitweise, glaubt Conard, müsse es „Perioden des Konfliktes“ gegeben haben.

Doch auch eine weniger dramatische Variante hält der Forscher für denkbar: das „Auskonkurrieren“. Demnach geriet der Neandertaler bei dem Kulturspurt ganz langsam ins Hintertreffen. Schon eine minimal verbesserte Jagdwaffe hätte dem Homo sapiens in schweren Krisenzeiten mehr Nahrung garantiert – und damit eine höhere Reproduktionsrate.

Auch das Sozialgefüge und Wir-Gefühl des Homo sapiens scheint stärker ausgeprägt gewesen zu sein. Womöglich rief er die Onkel und Vettern aus den Nachbarclans zu Hilfe, wenn es galt, die vierschrotigen Gegner aus dem Revier zu verjagen. Oder ging er bei der Auseinandersetzung einfach fieser zu Werke, ein diabolisches Geistwesen im Kampf gegen den guten Wilden?

Auf jeden Fall war es ein langer Weg bis zum Siechtum, wie der britische Urgeschichtler Chris Stringer glaubt: „Die Neandertaler gingen nicht mit einem Knall, sondern mit einem Winseln unter.“

Nach dem großen Frankreich-Vorstoß folgte ein zäher Abgesang. Die Unterlegenen schotteten sich in ihren letzten Fluchtburgen ab. Im gebirgigen Balkangebiet überlebten die Neandertaler bis vor 28 000 Jahren. Mindestens ebenso lang wurde das – strategisch günstig gelegene – Krim-Gebiet gehalten.



Löwenmensch-Figur
Paradestück der paläolithischen Revolution



Frauenstatuette „Venus von Willendorf“
Wallende Brüste und Speckhüften

Am längsten aber stand die „Ebrofront“ in Nordspanien. Südlich dieser demografischen Grenze, umgeben von Heidekraut, Pinien und Eichen, hatten sich die allerletzten Repräsentanten der Spezies zum ruhmlosen Abgang versammelt. Zafarraya nahe Málaga markiert den Schlusspunkt. Homo sapiens hatte den „struggle for life“ für sich entschieden.

Noch hat das neue Panorama viele dunkle Flecken. Viele Fossilien lassen sich bislang nicht chronologisch einordnen. Erst in jüngster Zeit beginnen die Forscher, die Relikte aus der Steinzeit mit Spezialtechniken anzugehen. Jahreswachstumsschichten von Korallen werden zu Rate gezogen, die Experten datieren Lössböden mit der Thermolumineszenz-Methode, oder sie untersuchen die Strahlenschäden in den Kristallgefügen von fossilen Zähnen.

Doch die Experten sind auf einer prinzipiell neuen Spur. Biologische Erklärungen für das Aussterben der Neandertaler scheinen nicht auszureichen. Sie wurden vielmehr in einem harten Schlagabtausch aufgerieben.

Im Europa der Eiszeit standen sich über 10 000 Jahre lang zwei nahezu gleichwertige Menschenarten gegenüber. Dem Neandertaler, dem Vetter und Rivalen, verdankt der Homo sapiens die Geburt der Kultur.

Zugleich fällt böses Licht auf die menschliche Vorgeschichte. Vermutlich mit Waffengewalt, jede Schwäche des Gegners nutzend, war Homo sapiens in Europa eingebrochen und räumte ein Wesen mit Sinn für Geist und Schönheit aus dem Weg. „Ist Genozid der richtige Begriff, um unser Verhältnis zum Neandertaler auszudrücken?“, fragt der US-Forscher Peter Ward.

Unstrittig ist: Nach dem Sieg erstrahlte die Welt des Menschen herrlicher denn je. Er eroberte Sibirien und schaffte bald darauf den Sprung nach Amerika. Eitel behängte er sich mit Zierrat, Amuletten und durchlochten Muscheln.

Der Friedhof von Sungir markiert den Gipfel der Pracht. Festlich geschmückt, wie Irokesen im Kriegsgewand, wurden diese Eiszeit-Jäger bestattet. Allein für die Herstellung der Elfenbeinperlen, so haben Forscher errechnet, waren 26 000 Arbeitsstunden nötig.

Diese Totenstätte hat jetzt auch einen ersten konkreten Hinweis dafür geliefert, dass der Triumphzug des Menschen direkt auf die Vernichtung der Neandertaler zielte. In dem Grabkomplex fand der Chefausgräber Otto Bader auch einen „großen Oberschenkelknochen mit abgeschlagenen Gelenken“. Die Markhöhle des wuchtigen Gebeins war mit Ockerpulver voll gestopft – eine Opferbeigabe.

Doch welches Tier wurde hier geschlachtet? Auch auf diese Frage haben die russischen Archäologen eine Antwort gefunden: Es war ein Neandertaler.

MATTHIAS SCHULZ



Achter-Rennen der Universitäten Oxford (vorn) und Cambridge*: *Happening für 250 000 Fans*

RUDERN

„Wer Zweiter wird, ist Letzter“

Seit 1829 messen Studenten der englischen Elite-Universitäten Oxford und Cambridge ihre Kräfte beim alljährlichen „Boat Race“ auf der Themse. Am kommenden Samstag gerät England für 17 Minuten wieder in Ausnahmezustand: Es geht um Ehre, Popularität und Jobs.

Eigentlich erzählt der Pub schon ziemlich viel über die Geschichte. Der „Star & Garter“ ist eine ehrwürdige Kneipe im Nordwesten Londons mit hohen Stuckdecken, goldenen Stühlen und Blick auf die Themse. Die Gäste hier, meist ältere Herren im Cut, trinken Malt Whisky und rauchen dicke Zigarren. Ein Pub wie ein britischer Aristokrat: edel und bodenständig; konservativ, aber modern.

In diesem Pub hocken an einem sonnigen Februarvormittag 16 junge Männer in ordentlich gebügelten Hemden und Bundfaltenhosen. Sie posieren für eine Horde Kameramänner und für Fotografen, die so hektisch werkeln, als säße die Royal Family Modell.

Die 16 Burschen sind groß und kräftig. Echte Kerle, der Traum aller Schwiegermütter. Doch das einträchtige Lächeln der piekfeinen Jungs ist nur gespielt. Denn sie gehören zwei Lagern an, die sich seit 1829 auf

dem Wasser bekämpfen. Und diese Rivalität wird heute mal wieder offiziell erneuert.

Um Punkt 11.15 Uhr ist es so weit. Aus der Reihe der Sportskameraden erhebt sich Nicholas Robinson, 21, und bittet mit fester Stimme zum Duell: „Stellvertretend für die Universität Oxford fordere ich die Universität Cambridge zum Ruderrennen am 25. März von Putney nach Mortlake heraus.“ Selbstverständlich schlägt die Konkurrenz ein, und damit geht die ewige Fehde zwischen den zwei ältesten britischen Universitäten um Ehre und Prestige in die nächste Runde. Blitzlichtgewitter.

Engländer lieben das steife Ritual, und sie lieben kernigen Männersport. Und deshalb findet keine andere sportliche Auseinandersetzung so viel Aufmerksamkeit und ist mit so viel historischem Ballast beladen wie das alljährliche Ruderrennen zwischen Oxford und Cambridge, im Vereinigten Königreich klassisch „The Boat Race“ genannt.

Es gehört in die Liturgie des britischen Sports wie Wimbledon und Ascot, ein gesellschaftliches Großereignis. Wer sich hier nicht blicken lässt, ist entweder out oder tot.

In Ascot sind die Hüte der Damen wichtiger als die Pferde, und Wimbledon ohne

Erdbeeren wäre wie Tennis ohne Bälle. Beim Boat Race haben 70 Jahre alte Männer, die selbst einmal dabei waren, vor Rührung Tränen in den Augen. Vom Ruhm eines Sieges zehrt mancher sein Leben lang.

Jahr für Jahr stehen bei diesem Happening 250 000 Fans in



ACTION PRESS

Trainingsanlage in Oxford
Sieben Niederlagen in Serie

* Auf der Themse in London am 3. April 1999.



J. H. SHORE

rend aus den Lautsprecherboxen unter der Decke Popklänge der „All Saints“ dröhnen.

Seit Oktober geht das schon so. Das Training, für das sich Oxford eine moderne Gegenstromanlage leistet, entspricht in Qualität und Umfang dem Pensum internationaler Leistungssportler. Einige der Uni-Ruderer erzielen auf dem Ergometer eine Leistung von mehr als 400 Watt. Das ist in etwa so viel, wie die Spezialisten aus dem Deutschland-Achter schaffen.

Weil die Mitglieder der Elite-Universität aber auch anderweitig noch der Leistung verpflichtet sind, reduziert sich ihr Leben im Wesentlichen auf zwei Dinge: Rudern und Lernen. Abends mal auf ein Paar Bierchen in die Kneipe? „Keine Chance“, sagt Matthew Smith, der mit 18 Jahren der Jüngste im Team ist und Biologie studiert.



G. HIRK / ACTION PLUS

Bummeln geht nicht. In der Regel dauert ein Studium in Oxford drei Jahre. Es gibt achtwöchige Trimester, und die Studiengebühren liegen bei bis zu 3000 Mark jährlich. Margaret Thatcher hat in Oxford studiert, John le Carré, Oscar Wilde und Bill Clinton. Die Studenten leben, abgeschirmt von der Außenwelt, hinter dicken Mauern in den 39 Colleges, die bis zu 800 Jahre alt sind; in den Aufenthaltsräumen stehen Möbel aus Mahagoni.

Dass die Hochschule nicht als Diaspora für Megahirne oder blasierte Wohlstandskinder gilt, liegt zu einem gut Teil an seinen Helden mit den monströsen Oberarmen. Freilich erschöpfen sich die Privilegien der Athleten darin, dass sie mal ihre Hausarbeit einen Tag später abgeben dürfen. Als der frühere Ruder-

Vorjahressieger Cambridge-Achter: *Wie Wimbledon oder Ascot*

weltmeister und Olympia-Zweite Colin von Ettingshausen sich 1998 für ein Gastjahr in Oxford bewarb, wurde dem Düsseldorfer Betriebswirt sogar empfohlen, im Gespräch mit der Prüfungskommission nicht zu erwähnen, dass er Spitzensportler sei und gern in den Oxford-Achter möchte – für den er sich voriges Jahr dann auch qualifizieren konnte.

In Oxford will die Uni-Leitung unter allen Umständen den Eindruck vermeiden, man kaufe sich eine starke Rudertruppe zusammen. Klar seien ausländische Studenten im Boot willkommen. Aber dass der Rivale in Cambridge 1996 Stipendien in Höhe von rund 12000 Mark an zwei Ruderer vergab, die sich sonst aus finanziellen Gründen nicht hätten einschreiben können, gilt als schlechter Stil. Die Auslese beginnt im Sommer. Wochenlang werden die 25 Kandidaten aus Oxford in Testrennen mit Zweier- und Vierer-Booten gesichtet. Seit Herbst steht die

London an den Ufern der Themse. Sechs Millionen Briten sitzen während der knapp 17 Minuten, die das Rennen dauert, vor dem Fernseher. Die BBC überträgt das Spektakel in 180 Länder, insgesamt sollen 400 Millionen Menschen der unendlichen Geschichte ihre Aufwartung machen. „Die Olympischen Spiele sind gegen das Boat Race ein Kindergeburtstag“, schwärmt einer, der an beiden Veranstaltungen teilgenommen hat.

Das gilt durchaus auch für die Arbeit auf dem Wasser. Mit knapp sieben Kilometern ist das Ruderrennen gut dreimal länger als die olympische Strecke. Cambridge führt die Statistik an mit 76:68 Siegen, aber was aus Oxforder Sicht viel schlimmer ist: Die letzten sieben Rennen haben sie verloren, und wenn sie in diesem Jahr wieder nicht gewinnen, dann werden die Ruderer in den dunkelblauen Jerseys langsam, aber sicher zu den Deppen der Nation.

„Wir müssen es einfach schaffen“, sagt denn auch Derek Clark, einer von drei Trainern in Oxford. Seine Schützlinge werden zwar schon von Alpträumen gequält, aber trotzdem hämmert der Mann mit dem kleinen roten Kopf den Jungs immer wieder ein, dass eine erneute Niederlage eine Schande wäre: „Wer Zweiter wird, ist Letzter.“

Clark fordert totalen Einsatz. Und so wird in Oxford zweimal am Tag für jeweils anderthalb Stunden trainiert, sechs Tage in der Woche, nur montags ist frei. Die erste Übungseinheit beginnt mit dem Sonnenaufgang. Morgens, kurz vor sieben, finden sich die Jung-Akademiker mit noch halb geschlossenen Augen im eisig kalten Krafraum des Ruderclubs ein und bolzen Kondition.

Binnen Minuten beschlagen die Fenster, wenn sie auf den Rudersimulatoren gegen den inneren Schweinehund kämpfen. „Come on! Go!“, ruft der Trainer, wäh-

Clark fordert totalen Einsatz. Und so wird in Oxford zweimal am Tag für jeweils anderthalb Stunden trainiert, sechs Tage in der Woche, nur montags ist frei. Die erste Übungseinheit beginnt mit dem Sonnenaufgang. Morgens, kurz vor sieben, finden sich die Jung-Akademiker mit noch halb geschlossenen Augen im eisig kalten Krafraum des Ruderclubs ein und bolzen Kondition.

Binnen Minuten beschlagen die Fenster, wenn sie auf den Rudersimulatoren gegen den inneren Schweinehund kämpfen. „Come on! Go!“, ruft der Trainer, wäh-

Clark fordert totalen Einsatz. Und so wird in Oxford zweimal am Tag für jeweils anderthalb Stunden trainiert, sechs Tage in der Woche, nur montags ist frei. Die erste Übungseinheit beginnt mit dem Sonnenaufgang. Morgens, kurz vor sieben, finden sich die Jung-Akademiker mit noch halb geschlossenen Augen im eisig kalten Krafraum des Ruderclubs ein und bolzen Kondition.

Achter-Crew fest. „Es war ein Konkurrenzkampf bis aufs Messer“, sagt Smith.

Die Auserwählten machen sich am frühen Nachmittag in einem Minibus auf den Weg an die Themse. Unterwegs büffeln sie Chemie, futtern dicke Käsestullen und fachsimpeln, ob Britney Spears ein heißer Feger ist. „Auf jeden Fall wäre sie eine geile Galionsfigur für unser Boot“, meint Matthew. Nach einer knappen halben Stunde erreichen sie das Ziel: Wallingford.

Englisches Nirwana. Eine Wiese mit Schafen, ein altes Cottage, das Bootshaus. Die Crew läuft sich in Gummistiefeln warm, anschließend schleppt sie den gelben, rund 30 000 Mark teuren Achter aus der Halle. Erst werden die Rollsitze montiert, anschließend wird das Hightech-Gefährt zu Wasser gelassen. Und dann rudern die Herausforderer los. Der Trainer, ausgestattet mit Flüstertüte und Videokamera, folgt ihnen mit einem Motorboot. „Die Schultern weiter nach unten, das Gewicht besser verlagern!“, ruft der Coach. Er hat das Beiboot neben den Achter dirigiert, filmt jedes einzelne Mitglied. Später in der Mannschaftsbesprechung wird er sämtliche technischen Fehler gnadenlos anprangern.

Nach einer Weile legen sich die Studenten richtig in die Riemen, und wie sie so in beinahe perfektem Rhythmus durch das Wasser schneiden, hängen sie ihren Kritiker ab. Dann zaubert sich ein Lächeln in das Gesicht des Trainers, und er sagt leise, aber stolz: „That's it. Wir werden gewinnen.“

Das wäre nicht nur aus sportlichen Gründen von Vorteil. Ein Sieg im Boat Race, das blieb Vorjahresteilnehmer von Ettingshausen nicht verborgen, „ist ein Supereinstieg in Superjobs“. Sponsoren wie das Investmenthaus Aberdeen Asset Management laden zu Vorstellungsgesprächen ein, „eine Chance, die viele sonst wohl kaum bekämen“. Auch die Ruderveteranen, die längst an den Hebeln der Macht Platz genommen haben, zeigen sich gern erkenntlich. Die reinste „Oxbridge-Mafia“ sei das, weiß von Ettingshausen.

Wer neben Sport und Studium noch andere Sinnesfreuden in seinem Terminkalender unterzubringen versteht, dem eröffnet ein Sieg auf der Themse attraktive Aussichten. Als Sieger, so heißt es, könne man jedes Mädchen in der Stadt haben. Ein besonders smarter Rudergenosse versuchte, um die Angelegenheit zu vereinfachen, seine Handynummer im Jahrbuch zu veröffentlichen. Das Ansinnen wurde jedoch durchschaut – und abschlägig beschieden.

Natürlich sind es auch solche Geschichten, die den Reiz des Wettkampfs ausmachen. Vor allem aber, so formuliert es der „Daily Telegraph“, ist es „die gladiatorische Einfachheit des Rennens“, das „Herz und Seele der jungen Männer“ teste.

Die Boote starten an der Londoner Putney-Brücke, wenn dort die Flut am höchsten steht. Vorher wird mittels einer Goldmünze – ein Sovereign aus dem Gründungsjahr 1829 – die Seite des Stroms vergeben: Das Surrey-Ufer, in Fahrtrichtung rechts, gilt als günstiger; die Middlesex-Seite wartet mit einigen unangenehmen Strömungen auf.

Nach wenigen Minuten passieren die Konkurrenten das Fußballstadion von Fulham, weiter flussaufwärts liegt rechts das alte Lagerhaus des königlichen Hoflieferanten Harrods. Die Ruinen der Stags-Brauerei erscheinen zuverlässig immer dann, wenn die Muskeln sauer und die Schläfen rot werden. Die Chiswick-Brücke erlöst die Hünen von ihrem Martyrium.

Regeln? Gibt es nicht. Allerdings gilt als verpönt, dem Kontrahenten in die Riemen zu fahren. Jedes Boot muss sehen, wie es zurechtkommt im Wellengang. Die Themse, die zwischen den Stadtteilen Putney



Crew des Oxford-Achters 2000

Fitnesswerte wie Olympiateilnehmer

und Mortlake ein „S“ beschreibt, kann ziemlich ruppig werden. 1912 siegte der Fluss, beide Boote gingen unter.

Die Historie ist reich an solchen Anekdoten. Der wohl größte Skandal ereignete sich am 24. März 1877: das so genannte tote Rennen. Als Zielrichter fungierte damals ein Herr namens Jack Phelps, nur soll der leider, als sich die Boote der Ziellinie näherten, sturzbetrunken gewesen sein. Seiner Sinne beraubt, erkannte er am Ende auf Unentschieden – obwohl Oxford fast fünf Meter Vorsprung hatte.

Einmal musste der Klassiker auf Sonntag verschoben werden. 1984 kollidierte der Cambridge-Achter 20 Minuten vor dem Start mit einer Stahltrasse, an der ein Schleppkahn am Ufer festgemacht war. Die Besatzung blieb unversehrt, das Boot jedoch brach in der Mitte wie ein Stück Knäckebrötchen entzwei.

Die Entscheidung wurde um einen Tag verlegt. Cambridge lieb sich ein Gefährt beim Ruderverband. Doch mit dem Fremdmaterial war die Crew ohne Chance – Oxford siegte mit drei Längen.

MAIK GROSSEKÄTHÖFER

RADSPORT

Hilfe von Dottor Epo

Unterlagen der Staatsanwaltschaft Bologna stellen den deutschen Fahrer Andreas Kappes unter Dopingverdacht. Für den Verband gilt indes: Der Kölner ist nicht positiv getestet worden.

hinreichend Italienisch spricht, verstaute Generalsekretär Werner Wenzel die Post erst einmal in seinem Büro. Er war sowieso auf dem Sprung in den Urlaub. Nach seiner Rückkehr Anfang dieser Woche, so ließ er den BDR-Präsidenten Manfred Böhmer in Köln wissen, würde er das Konvolut dann zu einem Übersetzer geben.

Die Neugier scheint nicht sonderlich ausgeprägt beim hiesigen Radsport-Verband. Dabei gewährt das Dossier einen unverstellten Blick in die Abgründe des Spitzensports. Es enthält umfangreiches Belastungsmaterial der Staatsanwaltschaft Bologna, die ihre Ermittlungen in einem der größten Dopingkandale der Gegenwart abgeschlossen hat.

Bis Ende 1998 soll in Italien ein mafiöses Kartell aus Ärzten, Apothekern und Betreuern zahlreiche Spitzensportler jahrelang mit unerlaubten Medikamenten versorgt oder behandelt haben: Erythropoietin,

sche Zeitfahrtspezialist Abraham Olano – und eben Andreas Kappes, 34. Der Kölner, seit 13 Jahren Profi, ist mit 20 Siegen Deutschlands derzeit erfolgreichster Sechstagesfahrer. Bei der nationalen Straßenmeisterschaft wurde er im Vorjahr Vierter.

Demnächst beginnt im Justizpalast von Bologna der Prozess gegen 16 Personen. Im Zentrum der Anklage steht der Mediziner Michele Ferrari, Leiter des Sportmedizinischen Instituts der Universität Ferrara. Von Topathleten etlicher Disziplinen wurde er seit Mitte der achtziger Jahre wie ein Guru umschwirrt. Schließlich eilte dem Medicus aus Norditalien der Ruf voraus, zu wissen, was wirklich kräftig, schnell und ausdauernd macht.

In einem Interview verstieg sich Ferrari einmal zu der Behauptung, die Wunderdroge Erythropoietin, die die Anzahl der roten Blutkörperchen steigert und damit die Ausdauerleistung erhöht, sei nicht gefährlicher als Orangensaft – beides könne „nur im Übermaß“ die Gesundheit schädigen. So wurde Ferrari recht früh als „Dottor Epo“ bekannt, was ihn wohl eher belustigte – einen Zeitungsartikel, der den Sportarzt so titulierte, hängte er wie eine Trophäe in seiner Wohnung auf.

Andreas Kappes konsultierte Ferrari seit 1993. Damals fuhr der Deutsche für den italienischen Rennstall Mecair-Ballan, und Teamarzt Ferrari machte in der Garage seines Privathauses mit den Radprofis leistungsdiagnostische Versuche.

Selbstverständlich, konzidierte Kappes neulich in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, habe er Ferrari nach dem Mittel gefragt, nach dem alle fragten: Epo. Doch niemals habe ihm der Arzt seines Vertrauens Blutdoping-Präparate angeboten, verschrieben oder verabreicht.

Warum sein Name nun im Zusammenhang mit der Anklage gegen Ferrari falle,

könne er sich nicht erklären. Es müssten, folgert Kappes, „ganz normale Krankenblätter“ von ihm sein, die da beschlagnahmt wurden.

Die Akten der Staatsanwaltschaft von Bologna besagen etwas anderes. Sie enthalten unter anderem mehrere Seiten handschriftlicher Notizen, die nach Überzeugung des Untersuchungsrichters Giovanni Spinosa von Ferrari verfasst wurden. Dabei handelt es sich um detaillierte Trainingspläne für „Andreas“ über jeweils mehrere Wo-

chen – versehen mit einer Anleitung zum Dopen. Ob Kappes die Pläne je umgesetzt hat, dazu lehnt der Radprofi gegenüber dem SPIEGEL jede Aussage ab.

Für einen Aufenthalt auf Mallorca zu Beginn einer Straßensaison, so die Aktenlage, soll Ferrari seinem Schützling die ge-



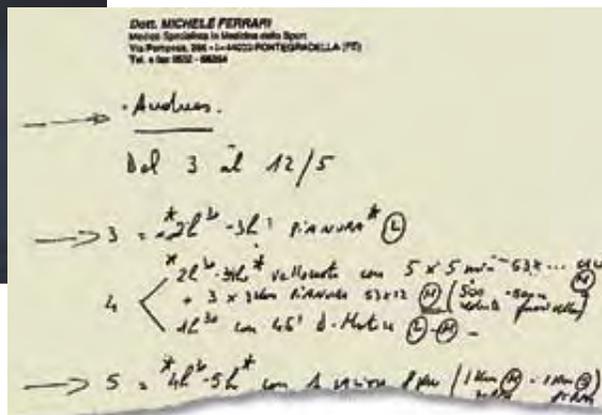
P. WITEK

Radprofi Kappes

„Den Kopf fürs Training freihalten“

Das Päckchen, das dem Bund Deutscher Radfahrer (BDR) Mitte vergangener Woche zugestellt wurde, enthielt ein lapidares Anschreiben: „Beiliegend übersenden wir die Unterlagen, die den deutschen Fahrer Andreas Kappes betreffen.“ Absender: die Anti-Doping-Kommission des Italienischen Olympischen Komitees in Rom.

Weil auf der Geschäftsstelle in der Frankfurter Otto-Fleck-Schneise niemand



Trainings- und Medikationsplan: Sternchen für Andreas

besser bekannt als Epo, Wachstumshormon und Anabolika.

Vor allem Radprofis stehen durch die Bologneser Ermittlungen unter starkem Manipulationsverdacht: etwa der Italiener Ivan Gotti, Giro-d'Italia-Sieger 1997 und 1999, der Russe Pawel Tonkow, der spani-

naue Dosierung mit auf die Strecke gegeben haben: „Einen Monat morgens 20 Milligramm DHEA.“ Die vier Großbuchstaben sind die Abkürzung für das anabole Steroid Dehydroepiandrosteron, das den Muskelaufbau fördert und zu den verbotenen Mitteln gehört.

Für eine andere Trainingsphase im Mai, so ist den Ermittlungsunterlagen zu entnehmen, soll der Sportarzt die anabole Substanz „Androsten“ empfohlen haben. Der Zeitpunkt der Einnahme – vor und/oder nach dem Training – ist jeweils mit einem Sternchen markiert, was sich, ins Deutsche übertragen, etwa für den 3. Mai, so liest: „* 2 Std. 30 bis 3 Std. in der Ebene *, langsam.“

In den Papieren finden sich auch Hinweise darauf, dass Kappes das Mittel jeweils drei Tage vor Wettkämpfen absetzen sollte. Experten sehen darin eine fachkundige Vorsichtsmaßnahme. Denn oral eingenommen, sind die Spuren des Muskelmachers nach 72 Stunden im Urin nicht mehr nachweisbar.

Hinter dem Wort „Corsa“ (zu deutsch: Rennen) steht in den belastenden Unterlagen, der Anklageschrift beigeheftet als „Anlage 262“, wieder ein Sternchen – offenkundig eine Aufforderung an Kappes, Anabolika einzunehmen, sobald die Gefahr der Dopingkontrolle nach dem Wettkampf gebannt war.

Vom SPIEGEL vorige Woche mit den Vorwürfen konfrontiert, verweigerte Ferrari jegliche Stellungnahme: „Ich bin nicht gewillt zu antworten.“

Deshalb bleibt auch unkommentiert, warum Ferrari sich so fürsorglich um die Blutwerte des deutschen Radsportlers kümmerte. Im Juni 1997, das geht aus den Akten hervor, ließ er innerhalb von 23 Tagen zehnmal den Hämatokritwert feststellen, also den Anteil der festen Bestandteile des Blutes – der Grenzwert von 50 gilt als indirekter Nachweis für die Einnahme von Epo.

In vier der zehn Fälle erreichte Kappes gemäß den inkriminierenden Aufzeichnungen exakt den Grenzwert, dreimal lag er deutlich darüber. Sein Spitzenwert, so lernten die Ermittler aus den Notizen, betrug gesundheitsgefährdende 53,5.

Diese Werte sind umso erstaunlicher, als Ferrari eine Blutprobe seines Athleten rund drei Monate zuvor, am 12. März, im „Nuovo Laboratorio S. Giorgio“ in Ferrara untersuchen ließ. Dort wurde Kappes ein Hämatokritwert von 44,2 attestiert. Die stark unterschiedlichen Werte legen für die Ermittler den Verdacht nahe, Kappes habe Epo konsumiert.

„Mein Mann hat nie Epo genommen“, ließ Marion Kappes vorige Woche auf Nachfrage des SPIEGEL wissen. Auch Anabolika habe er nie benutzt. Der Rad-

sportler hat die Öffentlichkeitsarbeit seiner Frau übertragen. „Wir haben uns abgesprochen, dass ich alle Dinge von meinem Mann fern halte. Er soll den Kopf fürs Training freihalten. Er ist sehr sensibel. Wenn einer mit Verdächtigungen kommt, dann ist der Tag für ihn gelaufen.“

Und außerdem: „Bei der Beurteilung Ferraris“ gehe es „nicht fair zu“. Schließlich, sagt Marion Kappes, habe ihr Mann dem Arzt „viel zu verdanken“. Ferrari habe bei Andreas Kappes nach einer Notoperation im Januar 1996 eine Verengung der Arterie in der Leiste diagnostiziert und zur Verhinderung weiterer Thrombosen einen zweiten Eingriff in Frankreich veranlasst. „Kein Mensch schreibt darüber, wie er Andreas geholfen hat.“

Kappes wird dieser Tage nicht zum ersten Mal mit Medikamentenmissbrauch

in Zusammenhang gebracht. 1997 musste ihn der BDR für drei Monate sperren, weil sich in seinem Urin Spuren eines Aufputzmittels fanden. Kappes erklärte, Töchterchen Nadine habe beim Frühstück die Appetitzügler seiner Frau mit seinen harmlosen Vitaminpillen vertauscht.

Seit der Zwangspause rollt er wieder ungestört durch die Lande, inzwischen für das



Sportmediziner Ferrari

ostdeutsche Team Agro Adler Brandenburg. Vorigen Freitag schloss Kappes einen sechswöchigen Aufenthalt mit 5000 Trainingskilometern auf Mallorca ab. Diese Woche startet er mit den Agro-Adler-Kollegen bei der „Vuelta Ciclista de Chile“.

Dass seine Karriere wegen des belastenden Materials aus Bologna nun in Frage steht, hat Kappes nicht zu befürchten. Die italienische Justiz verfolgt nur den Handel und die Verabreichung unerlaubter Medikamente. Sportler, die dopen, sind nach dieser Definition Geschädigte.

Vom Weltverband der Radsportler dräut dem Deutschen ebenfalls keine Gefahr. Die Regeln besagen, dass als Doper nur bestraft werden kann, wer sich selbst bezichtigt, wessen A- und B-Probe positiv befunden wird, wer eine Probe verweigert oder sie verfälscht. Belastende Indizien gelten nichts. Es ist, als ob einem Bankräuber die Beute zusteht, sobald er die Schalterhalle unbehelligt verlassen hat.

Zwar hat BDR-Präsident Böhmer angekündigt, der Verband werde das Dossier Kappes „genau prüfen“. Am Freitag dieser Woche wolle er sich bei einem Treffen in Trier mit seinen Vorstandskollegen beraten.

Aber eine juristische Handhabe? Böhmer klingt fast ein wenig erleichtert, als er sagt: „Dass Kappes uns gegenüber ein Geständnis ablegen wird, glaube ich beim besten Willen nicht.“

MICHAEL WULZINGER

Leserbriefe

SPIEGEL-Verlag, Brandstwierte 19, 20457 Hamburg
 Fax: (040) 3007-2966 E-Mail: leserbriefe@spiegel.de

Fragen zu SPIEGEL-Artikeln

Telefon: (040) 3007-2687 Fax: (040) 3007-2966
 E-Mail: artikel@spiegel.de

Nachbestellung von SPIEGEL-Ausgaben

Telefon: (040) 3007-2948 Fax: (040) 3007-2966
 E-Mail: nachbestellung@spiegel.de

Nachdruckgenehmigungen**für Texte und Grafiken:**

Deutschland, Österreich, Schweiz:
 Telefon: (040) 3007-2869 Fax: (040) 3007-2966
 E-Mail: nachdrucke@spiegel.de

übriges Ausland:

New York Times Syndication Sales, Paris
 Telefon: (00331) 47421711 Fax: (00331) 47428044

für Fotos:

Telefon: (040) 3007-2869
 Fax: (040) 3007-2966 E-Mail: nachdrucke@spiegel.de

DER SPIEGEL auf CD-Rom / SPIEGEL TV-Videos

Telefon: (040) 3007-2485 Fax: (040) 3007-2826
 E-Mail: service@spiegel.de

Abonnenten-Service

SPIEGEL-Verlag, Postfach 10 58 40, 20039 Hamburg
 Reise/Umzug/Ersatzheft
 Telefon: (040) 411488

Auskunft zum Abonnement

Telefon: (040) 3007-2700 Fax: (040) 3007-2898
 E-Mail: aboservice@spiegel.de

Abonnenten-Service Schweiz:

DER SPIEGEL, Postfach, 6002 Luzern
 Telefon: (041) 3173399 Fax: (041) 3173389
 E-Mail: leserservice@dl.ch

Abonnement für Blind

Deutsche Blindenstudienanstalt e. V.
 Telefon: (06421) 606265 Fax: (06421) 606259
 E-Mail: info@blista.de

Abonnementspreise

Inland: zwölf Monate DM 260,-
 Studenten Inland: zwölf Monate DM 182,-
 Schweiz: zwölf Monate sfr 260,-
 Europa: zwölf Monate DM 369,20
 Außerhalb Europas: zwölf Monate DM 520,-
 Halbjahresaufträge und befristete Abonnements
 werden anteilig berechnet.

Abonnementsaufträge können innerhalb einer Woche
 ab Bestellung mit einer schriftlichen Mitteilung an den
 SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, Postfach
 10 58 40, 20039 Hamburg, widerrufen werden.
 Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung.

Abonnementsbestellung

Bitte ausschneiden und im Briefumschlag senden an
 SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service,
 Postfach 10 58 40, 20039 Hamburg.
 Oder per Fax: (040) 3007-2898.

Ich bestelle den SPIEGEL frei Haus für DM 5,- pro
 Ausgabe mit dem Recht, jederzeit zu kündigen.
 Zusätzlich erhalte ich den kulturSPIEGEL, das
 monatliche Programm-Magazin.

Das Geld für bezahlte, aber noch nicht gelieferte
 Hefte bekomme ich zurück.

Bitte liefern Sie den SPIEGEL ab _____ an:

Name, Vorname des neuen Abonnenten

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Ich möchte wie folgt bezahlen:

Zahlung nach Erhalt der Jahresrechnung

Ermächtigung zum Bankeinzug

von 1/4jährlich DM 65,-

Bankleitzahl

Konto-Nr.

Geldinstitut

Datum, Unterschrift des neuen Abonnenten

Widerrufsrecht

Dieser Auftrag kann ich innerhalb einer Woche
 ab Bestellung schriftlich beim SPIEGEL-Verlag,
 Abonnenten-Service, Postfach 10 58 40,
 20039 Hamburg, widerrufen. Zur Fristwahrung
 genügt die rechtzeitige Absendung.

2. Unterschrift des neuen Abonnenten

SP20-002

Brandstwierte 19, 20457 Hamburg, Telefon (040) 3007-0 · Fax-2246 (Verlag), -2247 (Redaktion)

E-Mail spiegel@spiegel.de · SPIEGEL ONLINE www.spiegel.de · T-Online *SPIEGEL.#

HERAUSGEBER Rudolf Augstein

CHEFREDAKTEUR Stefan Aust

STELLV. CHEFREDAKTEUR Dr. Martin Doerry, Joachim Preuß

DEUTSCHE POLITIK Leitung: Dr. Gerhard Spörl, Michael Schmidt-Klingenberg (stellv.). **Redaktion:** Karen Andresen, Dietmar Hipp, Dr. Hans Michael Kloth, Julia Koch, Bernd Kühnl, Joachim Mohr, Hans-Ulrich Stoldt, Klaus Wiegrefe. **Autoren, Reporter:** Wolfram Bickerich, Dr. Thomas Darnstädt, Hans-Joachim Noack, Hartmut Palmer; **Berliner Büro** Leitung: Jürgen Leinemann, Hajo Schumacher (stellv.). **Redaktion:** Petra Bornhöft, Susanne Fischer, Martina Hildebrandt, Jürgen Hogrefe, Horand Knaup, Dr. Paul Lersch, Christoph Mestmacher, Alexander Neubacher, Dr. Gerd Rosenkranz, Harald Schumann, Alexander Szandar

DEUTSCHLAND Leitung: Jochen Bölsche, Clemens Höges, Ulrich Schwarz. **Redaktion:** Klaus Brinkhauer, Annette Bruhns, Christian Habbe, Carsten Holm, Ulrich Jaeger, Sebastian Knauer, Gunther Latsch, Udo Ludwig, Cordula Meyer, Thilo Thielke, Andreas Ulrich. **Autoren, Reporter:** Henryk M. Broder, Gisela Friedrichsen, Gerhard Mauz, Norbert F. Pözl, Bruno Schrep; **Berliner Büro** Leitung: Heiner Schimmöler, Georg Mascolo (stellv.). **Redaktion:** Wolfgang Bayer, Stefan Berg, Dr. Carolin Emcke, Susanne Koelbl, Irina Repke, Peter Wensierski, Steffen Winter

WIRTSCHAFT Leitung: Armin Mahler, Gabor Steingart. **Redaktion:** Dr. Hermann Bott, Konstantin von Hammerstein, Dietmar Hawranek, Frank Hornig, Hans-Jürgen Jakobs, Alexander Jung, Klaus-Peter Kerbusk, Thomas Tuma. **Autoren:** Peter Bölkje; **Berliner Büro** Leitung: Jan Fleischhauer (stellv.). **Redaktion:** Markus Dettmer, Oliver Gehrs, Christian Reiermann, Michael Sauga, Ulrich Schäfer

AUSLAND Leitung: Dr. Olaf Ihlau, Fritjof Meyer, Hans Hoyng (stellv.). **Redaktion:** Dieter Bednarz, Adel S. Elias, Manfred Ertel, Rüdiger Falkson, Hans Hielscher, Joachim Hoelzgen, Siegesmund von Iseemann, Reinhard Krumm, Claus Christian Malzhahn, Dr. Christian Neef, Roland Schleicher, Helene Zuber. **Autoren, Reporter:** Dr. Erich Follath, Carlos Widmann, Erich Wiedemann

WISSENSCHAFT UND TECHNIK Leitung: Johann Grolle, Olaf Stampf (stellv.); Jürgen Petermann. **Redaktion:** Philip Bethge, Jörg Blech, Manfred Dworschak, Marco Evers, Beate Lakotta, Dr. Renate Nimtz-Köster, Rainer Paul, Hilmar Schmudt, Matthias Schulz, Dr. Jürgen Scriba, Gerald Traufetter, Christian Wüst. **Autoren, Reporter:** Henry Glass, Dr. Hans Halter, Werner Harenberg

KULTUR UND GESELLSCHAFT Leitung: Wolfgang Höbel, Dr. Mathias Schreiber. **Redaktion:** Susanne Beyer, Anne Dirr, Nikolaus von Festenberg, Angela Gatterberg, Hauke Goos, Lothar Gorris, Doja Hacker, Dr. Volker Hage, Dr. Jürgen Hohmeyer, Ansbert Kneip, Ulrike Knöfel, Dr. Joachim Kronsbien, Reinhard Mohr, Anuschka Roshani, Dr. Johannes Saltzweid, Peter Stolle, Dr. Rainer Traub, Klaus Umbach, Claudia Voigt, Susanne Weingarten, Marianne Wellershoff, Martin Wolf. **Autoren, Reporter:** Ariane Barth, Uwe Buse, Urs Jenny, Dirk Kurbiujweit, Dr. Jürgen Neffe, Rainer Schmidt, Cordt Schnibben, Alexander Smolotzyk, Barbara Supp

SPORT Leitung: Alfred Weinzler. **Redaktion:** Matthias Geyer, Maik Großekathöfer, Jörg Kramer, Gerhard Pfeil, Michael Wolzinger

SONDERHEMEN Dr. Rolf Rietzier; Heinz Höfl, Dr. Walter Knips

SONDERHEMEN GESTALTUNG Manfred Schniedenham

PERSONALIEN Dr. Manfred Weber; Petra Kleinau, Katharina Stegelmann

CHEF VOM DIENST Horst Beckmann, Thomas Schäfer, Karl-Heinz Körner (stellv.), Holger Wolters (stellv.)

SCHLUSSREDAKTION Rudolf Austenfeld, Reinhold Bussmann, Dieter Gellich, Hermann Harms, Bianca Hunekehl, Rolf Jochum, Maika Kunze, Katharina Luken, Reimer Nagel, Dr. Karen Ortiz, Gero Richter-Rethwisch, Hans-Eckhard Segner, Tapio Sirikka

BILDREDAKTION Michael Rabanus (verantwortlich für Innere Heftgestaltung), Josef Csallós, Christiane Gehrner; Manuela Cramer, Rüdiger Heinrich, Peter Hendricks, Antje Klein, Matthias Krug, Claudia Menzel, Peer Peters, Dilia Regnier, Monika Rick, Margret Spohn, Karin Weinberg, Anke Wellnitz. **E-Mail:** bildred@spiegel.de

GRAFIK Martin Brinker, Ludger Bollen; Cornelia Baumermann, Renata Biendarra, Tina Hurme, Cornelia Pfauter, Julia Saur, Michael Walter

LAYOUT Rainer Sennewald, Wolfgang Busching, Sebastian Raulf; Christel Basillon-Pooch, Katrin Bollmann, Regine Braun, Volker Fensky, Ralf Geilhufe, Petra Gronau, Ria Henning, Barbara Rödiger, Doris Wilhelm, Reinhilde Wurst

PRODUKTION Wolfgang Küster, Sabine Bodenhausen, Frank Schumann, Christiane Stauder, Petra Thomann, Michael Weiland

TITELBILD Stefan Kiefer; Thomas Bonnie, Maria Hoffmann, Oliver Peschke, Monika Zucht

REDAKTIONSVERTRETUNGEN DEUTSCHLAND

BERLIN Friedrichstraße 79, 10117 Berlin; Deutsche Politik, Wirtschaft Tel. (030) 203875-00, Fax 203875-23; Deutschland, Kultur und Gesellschaft Tel. (030) 203874-00, Fax 203874-12

BONN Heussallee 2-10, Pressehaus 1, 53113 Bonn, Tel. (0228) 26703-0, Fax 26703-20

DRESDEN Andreas Wassermann, Königsbrücker Straße 17, 01099 Dresden, Tel. (0351) 800 10-0, Fax 800 10-20

DÜSSELDORF Georg Bönsich, Frank Dohmen, Barbara Schmid-Schalenbach, Andrea Stuppe, Karlplatz 14/15, 40213 Düsseldorf, Tel. (0211) 86679-01, Fax 86679-11

ERFURT Almut Hielscher, Löberwallgraben 8, 99096 Erfurt, Tel. (0361) 37470-0, Fax 37470-20

FRANKFURT AM MAIN Dietmar Pieper; Wolfgang Bittner, Felix Kurz, Christoph Pauly, Wolfgang Johannes Reuter, Wilfried Voigt, Oberlindau 80, 60323 Frankfurt am Main, Tel. (069) 9712680, Fax 97126820

HANNOVER Hans-Jörg Vehlewald, Rathenaustraße 12, 30159 Hannover, Tel. (0511) 36726-0, Fax 3672620

KARLSRUHE Postfach 5669, 76038 Karlsruhe, Tel. (0721) 22737

MÜNCHEN Dinah Deckstein, Wolfgang Krach, Heiko Martens, Bettina Musall, Stuntzstraße 16, 81677 München, Tel. (089) 4180040, Fax 41800425

SCHWERIN Spieltordamm 9, 19055 Schwerin, Tel. (0385) 5574442, Fax 569919

STUTTGART Jürgen Dahlkamp, Katharinenstraße 63a, 73728 Esslingen, Tel. (0711) 3509343, Fax 3509341

REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND

BELGRAD Renate Flottau, Teodora Drajzera 36, 11000 Belgrad, Tel. (0038111) 669987, Fax 3670356

BRÜSSEL Dirk Koch; Winfried Didzoleit, Sylvia Schreiber, Bd. Charlemagne 45, 1000 Brüssel, Tel. (00322) 2306108, Fax 2311436

ISTANBUL Bernhard Zand, Besaret Sokak No. 19/4, Ayazpaşa, 80040 Istanbul, Tel. (0090212) 2455185, Fax 2455211

JERUSALEM Annette Großbongardt, 16 Mevo Hamatmid, Jerusalem Heights, Apt. 8, Jerusalem 94593, Tel. (009722) 6224538-9, Fax 6224540

JOHANNESBURG Birgit Schwarz, P. O. Box 2585, Parklands, SA-Johannesburg 2121, Tel. (002711) 8806429, Fax 8806484

KAIRO Volkhard Windfuhr, 18, Shari' Al Fawakih, Muhandis, Kairo, Tel. (00202) 3604944, Fax 3607655

LONDON Michael Sontheimer, 6 Henrietta Street, London WC2E 8PS, Tel. (0044207) 3798550, Fax 3798599

MOSKAU Jörg R. Mettke, Uwe Klufmann, 3. Choroschewskij Projesd 3 W, Haus 1, 123007 Moskau, Tel. (007095) 9400502-04, Fax 9400506

NEW DELHI Padma Rao, 91, Golf Links (I & II Floor), New Delhi 110003, Tel. (009111) 4652118, Fax 4652739

NEW YORK Thomas Hietlin, Mathias Müller von Blumencron, Alexander Osang, 516 Fifth Avenue, Penthouse, New York, N Y 10036, Tel. (001212) 2217583, Fax 3026258

PARIS Dr. Roman Leick, Helmut Sorge, 1, rue de Berri, 75008 Paris, Tel. (00331) 42561218, Fax 42561972

PEKING Andreas Lorenz, Ta Yuan Wei Jiao Ren Yuan Gong Yu 2-2-92, Peking 100600, Tel. (008610) 65323541, Fax 65325453

PRAG Jilská 8, 11000 Prag, Tel. (004202) 24220138, Fax 24220138

RIO DE JANEIRO Matthias Matusek, Jens Glusing, Avenida São Sebastião 157, Urca, 22291-070 Rio de Janeiro (RJ), Tel. (005521) 2751204, Fax 5426583

ROM Hans-Jürgen Schlamp, Largo Chigi 9, 00187 Rom, Tel. (003906) 6797522, Fax 6797768

SAN FRANCISCO Rafaela von Bredow, 3782 Cesar Chavez Street, San Francisco, CA 94110, Tel. (001415) 6437550, Fax 6437530

SINGAPUR Jürgen Kremb, 15, Fifth Avenue, Singapur 268779, Tel. (0065) 4677120, Fax 4675012

TOKIO Dr. Wieland Wagner, Chigasaki-Minami 1-3-5, Tsuzuki-ku, Yokohama 224, Tel. (008145) 941-7200, Fax 941-8957

WARSAU Krzywkiwoje 4/1, 02-078 Warschau, Tel. (004822) 8251045, Fax 8258474

WASHINGTON Dr. Stefan Simons, Michaela Schießl, 1202 National Press Building, Washington, D.C. 20 045, Tel. (001202) 3475222, Fax 3473194

WIEN Walter Mayr, Herrengasse 6-8/81, 1010 Wien, Tel. (00431) 5331732, Fax 5331732-10

DOKUMENTATION Dr. Dieter Gessner, Dr. Hauke Janssen; Jörg-Hinrich Ahrens, Werner Bartels, Sigrid Behrend, Dr. Helmut Bott, Dr. Britta Bugiel, Lisa Busch, Heiko Buschke, Heinz Egleder, Dr. Herbert Enger, Johannes Erasmus, Klaus Falkenberg, Cordelia Freiwald, Silke Geister, Dr. Sabina Giehle, Thorsten Hapke, Hartmut Heidler, Carsten Hellberg, Gese Höppner, Stephanie Hoffmann, Christa von Holtzapfel, Bertolt Hunger, Joachim Immisch, Michael Jürgens, Ulrich Klötzer, Angela Köllisch, Anna Kovacs, Sonny Krauspe, Peter Kühn, Peter Lakemeier, Hannes Lamp, Marie-Odile Jonot-Langheim, Michael Lindner, Dr. Petra Ludwig-Sidow, Rainer Lübbert, Sigrid Lüttich, Rainer Mehl, Ulrich Meier, Gerhard Müller, Wolfram Müller, Bernd Musa, Werner Nielsen, Margret Nitsche, Thorsten Oltner, Andreas M. Peets, Anna Petersen, Peter Philipp, Katja Ploch, Axel Pult, Thomas Riedel, Constanze Sanders, Petra Santos, Maximilian Schäfer, Rolf G. Schierhorn, Ekkehard Schmidt, Thomas Schmidt, Andrea Schumann-Eckert, Rainer Staudhammer, Anja Stehmann, Dr. Claudia Stodte, Stefan Storz, Rainer Szim, Dr. Wilhelm Tappe, Dr. Eckart Teichert, Dr. Iris Timpke-Hamel, Hans-Jürgen Vogt, Carsten Voigt, Peter Wahle, Ursula Wamser, Peter Wetter, Andrea Wilkens, Holger Wilkop, Karl-Henning Windelband

BÜRO DES HERAUSGEBERS Irma Nelles

INFORMATION Heinz P. Lohfeldt; Kirsten Wiedner, Peter Zobel

KOORDINATION Katrin Klocke

LESER-SERVICE Catherine Stockinger

SPIEGEL ONLINE (im Auftrag des SPIEGEL: a + i art and information GmbH & Co.)

Redaktion: Hans-Dieter Degler, Ulrich Booms

NACHRICHTENDIENSTE AP, dpa, Los Angeles Times / Washington Post, New York Times, Reuters, sid, Time

Nachdruck und Angebot in Lesezirkeln nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlags. Das gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Mailboxes sowie für Vervielfältigungen auf CD-Rom.

SPIEGEL-VERLAG RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO. KG
 Verantwortlich für Vertrieb: Ove Saffe
 Verantwortlich für Anzeigen: Christian Schlottau
 Gültige Anzeigenpreise Nr. 54 vom 1. Januar 2000
 Postbank AG Hamburg Nr. 7137-200 BLZ 200 100 20
 Druck: Gruner Druck, Itzehoe

VERLAGSLEITUNG Fried von Bismarck

MÄRKTE UND ERLÖSE Werner E. Klatten

GESCHÄFTSFÜHRUNG Rudolf Augstein, Karl Dietrich Seikel

DER SPIEGEL (USPS No. 0154-520) is published weekly. The subscription price for the USA is \$310 per annum.
 K.O.P.: German Language Publications, Inc., 153 South Dean Street, Englewood, NJ 07631. Telephone: 1-800-457-4443, e-mail: info@glpnews.com. Periodicals postage is paid at Englewood, NJ 07631, and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to: DER SPIEGEL, German Language Publications, Inc., 153 South Dean Street, Englewood, NJ 07631.

SAMSTAG, 11. 3.

KATASTROPHE Bei einem Grubenunglück in der Ukraine kommen 80 Bergleute ums Leben.

BESTÄTIGUNG SPD-Generalsekretär Franz Müntefering bleibt für zwei weitere Jahre Vorsitzender der nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten. Auf dem Landesparteitag in Bochum wird er mit 99 Prozent der Stimmen wieder gewählt.

SONNTAG, 12. 3.

FORMEL 1 Ferrari-Pilot Michael Schumacher gewinnt das Saison-Auftaktrennen in Melbourne – seine Konkurrenten Mika Häkkinen und David Coulthard (beide McLaren-Mercedes) scheiden aus.

MONTAG, 13. 3.

BÖRSE Mit einem Kursanstieg auf mehr als 140 Prozent starten die Aktien des Chipherstellers Infineon. Dennoch sind viele Kleinanleger frustriert: Wegen 33-facher Überzeichnung der Aktie gehen sie erst einmal leer aus.

LUFTHANSA Gegen das Hamburger Haus des Lufthansa-Chefs Jürgen Weber werden Farbflaschen geschleudert. In einem Bekennerschreiben aus der autonomen Szene heißt es, die Lufthansa sei in großem Maß an Abschiebungen von Asylbewerbern beteiligt.

DIENSTAG, 14. 3.

AUFHÖREN Ex-Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) gibt bekannt, er ziehe sich aus der aktiven Politik nun völlig zurück: „Ich bin auf dem Weg zum Altenteil und will einfach nur fair behandelt werden.“ Sein Bundestagsmandat werde er aber bis 2002 behalten.

WEITERMACHEN Die umstrittene Fernsehsendung „Big Brother“ darf zunächst weiter ausgestrahlt werden. Das erklären Vertreter der 15 Landesmedienanstalten. Sie hatten zu prüfen, ob die Sendung gegen die Menschenwürde verstoße.

MITTWOCH, 15. 3.

ERNÄHRUNG Das Europaparlament kippt das Reinheitsgebot für Schokolade: Neben Kakaobutter dürfen in Zukunft auch Fremdfette beigemischt werden.

DONNERSTAG, 16. 3.

AUTO Der Aufsichtsrat von BMW beschließt, die britischen Marken Rover und MG an den Finanzinvestor Alchemy zu verkaufen. Wegen des Engagements bei Rover hatte der deutsche Automobilhersteller nach eigenen Angaben im Jahr 1999 einen Verlust von fast fünf Milliarden Mark erlitten.

AMOK In einem Internat in Brannenburg (Oberbayern) schießt ein 16-jähriger Schüler dem Heimleiter in den Kopf – anschließend richtet er die Waffe gegen sich selbst. Schwer verletzt liegen beide auf der Intensivstation. Der Schüler war nach positivem Drogentest einen Tag zuvor von der Schule verwiesen worden.

FREITAG, 17. 3.

JUSTIZ Der Vorsitzende Richter am Landgericht Augsburg Maximilian Hofmeister erklärt, dass gegen den Waffenhändler Karlheinz Schreiber und den früheren CDU-Schatzmeister Walther Leisler Kiep von der Augsburger Staatsanwaltschaft Anklage erhoben wird. Es geht um Schmiergeldzahlungen für Panzerlieferungen nach Saudi-Arabien und ein Airbus-Geschäft mit Kanada.

SPIEGEL TV

MONTAG
23.00 – 23.30 UHR SAT 1

SPIEGEL TV REPORTAGE

Gesichter des Dritten Reiches:

Mythos Albert Speer

Über Hitlers Stararchitekten und dessen Rolle in der Nachkriegszeit berichten der Publizist Joachim Fest und Albert Speer



Gefangener Speer in Nürnberg (1946)

junior, der allen biografischen Belastungen zum Trotz ein erfolgreicher Städteplaner wurde: „Ich lebe mit dem Phantom meines Vaters.“

DONNERSTAG
22.05 – 23.00 UHR VOX

SPIEGEL TV EXTRA

Riskanter Grenzverkehr

Nur wenige Kilometer jenseits bundesdeutschen Territoriums sind viele tschechische Dörfer zu Rotlichtbezirken geworden; vor allem Deutsche sind die Kunden – oft ohne die vielfältigen Risiken zu kalkulieren.

SAMSTAG
22.00 – 0.05 UHR VOX

SPIEGEL TV SPECIAL

Ein (Alp-)Traum in Weiß – unterwegs mit deutschen Ski-Touristen

Vor einem Jahr erschütterten Lawinunglücke das alpine Idyll. In dieser Saison läuft das Geschäft besser denn je. Beobachtungen in Ischgl, Kitzbühel und Saas Fee.

SONNTAG
22.10 – 23.05 UHR RTL

SPIEGEL TV MAGAZIN

Tödliche Verkehrspolitik – warum Deutschlands gefährlichste Bundesstraße nicht ausgebaut wird; Wladimir Putins langer Weg zur Macht – Russlands Präsident zwischen KGB und Kapital; „And the winner is ...“ – wie Hollywood der Oscar-Verleihung entgegenfiebert.



Muslimische Pilger beim Nachmittagsgebet vor der Großen Moschee in Mekka: Über zwei Millionen Gläubige nehmen an der Wallfahrt teil.

CHRONOS-FILM

GESTORBEN

Kazimierz Brandys, 83. Seine Bewunderer nannten ihn einen „Gentleman der Literatur“. Denn der polnische Schriftsteller jüdischer Abstammung setzte sich mit den komplizierten Fragen der polnischen Geschichte ohne Fanatismus, aber mit viel Feingefühl und Phantasie auseinander. Nach dem Zweiten Weltkrieg engagierte er sich für die Kommunistische Partei. Aber schon 1951 wird mit „Der Mensch stirbt nicht“, dem vierten Band des Roman-Zyklus „Zwischen den Kriegen“, seine Desillusionierung deutlich. Nachdem sein Freund, der Philosoph Leszek Kolakowski, aus der Partei ausgeschlossen wurde, gab er 1966 sein Parteibuch ab. Brandys blieb einer der prominentesten, meistgelesenen und produktivsten Schriftsteller Polens. 1972 publizierte er den Roman



„Variationen in Briefen“, der von vielen als sein bester angesehen wird. Mit stilistischer Meisterschaft zieht er in fiktiven Briefen einen Handlungsbogen von 1770 bis 1970. 1977, nach der Veröffentlichung des systemkritischen Romans „In Polen, das bedeutet Nirgendwo“, wurde ein Publikationsverbot verhängt. Die Ausrufung des Kriegsrechts in Polen 1981 trieb den Schriftsteller ins Pariser Exil. Kazimierz Brandys starb am 11. März in Nanterre bei Paris.

Harry Blum, 55. Zwar wurde er im sauerländischen Karl-May-Städtchen Elspe geboren, aber er fühlte „wie 'ne kölsche Jung“. Er sprach Adenauer-rheinisch und lebte in Köln mit Blick auf den Rhein. Dass er den traditionsreichen Klüngel zerschlagen wollte, hielt er nicht für einen Widerspruch. In seiner Stadt, der viertgrößten Deutschlands, hatte viereinhalb Jahrzehnte lang die SPD geherrscht, dies empfand der gut betuchte Makler und CDU-Mann als „demokratische Zumutung“. Im



Herbst vergangenen Jahres wurde der erfahrene Kommunalpolitiker Blum zum ersten hauptamtlichen Oberbürgermeister der Nachkriegszeit gewählt, eher ein Zufallserfolg, weil der Kandidat der sieggewohnten SPD nach einem anrühigen Aktienhandel zurückgetreten war. Harry Blum starb am 17. März an Herzversagen.



C. Jérôme, 53. Wie andere populäre Chansonsänger der siebziger Jahre feierte auch dieser sanfte, freundliche Barde mit Schulzen wie „Le Petit Chaperon rouge est mort“ („Rotkäppchen ist tot“) nach langer Durst-

strecke große Wiederauferstehung in der Rap-Generation: Tournée mit 100 ausverkauften Konzerten im Jahr, Moderation von Funk- und TV-Sendungen über die goldenen Jahre von Presley, Adamo und Co. Ganz auf der Linie der Vorbilder ließ sich der in Nancy geborene Claude Dhôtel nicht von Discjockeys und PR-Agenturen popularisieren, sondern eroberte sich sein Publikum von unten her. Er war mit 13 Jahren Fabrikarbeiter, tingelte mit einer selbst gegründeten Gruppe in Paris, besang erste Platten, die ihn nicht ernährten, dann kam der Durchbruch mit „Kiss Me“ (1,5 Millionen Mal verkauft), „Himalaya“, „Manhattan“. Weltweit – in Deutschland unter dem Namen Charles Jérôme, in Lateinamerika als Geronimo – setzte der gute Kumpel von jedermann über 20 Millionen Platten und Kassetten ab. C. Jérôme starb am 14. März in Boulogne-Billancourt bei Paris an Krebs.

Ignatius Kung, 98. Für seine Überzeugung verbrachte er 30 Jahre seines Lebens im Gefängnis. Bereits 1955, nach dem politischen Umsturz in China, verhafteten die Kommunisten Kung im Zuge der Verfolgung der katholischen Kirche. Der Bischof von Schanghai weigerte sich, die regimetreue „Katholische Patriotische Vereinigung“ Chinas, die sich 1960 von der katholischen Kirche abspaltete und bis heute von der kommunistischen Regierung kontrolliert wird, anzuerkennen. Noch im selben Jahr verurteilte man ihn als „Konterrevolutionär“ zu lebenslanger Haft. Seine Treue zu Rom belohnte Papst Johannes Paul II. 1979 – wenn auch im Geheimen – durch die Erhebung in den Kardinalsstand. Erst 1991, als Kung bereits im amerikanischen Exil lebte, wurde die Ernennung bekannt gegeben. Ignatius Kung starb am 12. März in Stamford, im US-Bundesstaat Connecticut.



Vivienne Westwood, 58, Skurrilissima der englischen Designer-Mode, wirkt segensreich für eine Image-Korrektur des Inselvolks. Auf einer Ausstellung des British Council, die im Juni in London startet und anschließend auf Welttournee geht, will die Stylistin zusammen mit prominenten Kollegen wie Alexander McQueen verwegene Kreationen zeitgenössischer britischer Damen-Reizwäsche und Herren-Unterbekleidung zeigen. Die Show soll dem verbreiteten Urteil entgegenwirken, die Insulaner seien „altbacken, steif und verklemmt“, und beweisen, dass Albion auch auf dem Dessous-Markt technisch Weltniveau erklommen hat – etwa mit strahlensicheren Metall-Unterhosen für den Gentleman, die den fortpflanzungswilligen Herrn selbst im Falle eines Atomkriegs vor Impotenz schützen sollen. Nach dem Besuch dieser Ausstellung, hofft die Council-Managerin Emily Campbell, werde jeder einsehen, „dass Großbritannien mehr ist als ein Ozean von Schlüpfern“.



Model in Westwood-Dessous

Gerhard Schröder, 55, Bundeskanzler, ist jetzt endlich auch drin, im Internet. Der Regierungschef, der moderner Kommunikationstechnik bis vor kurzem noch betont reserviert gegenüberstand, hat sich heimlich zum Internet-Experten entwickelt und plaudert neuerdings kundig über die Qualität verschiedener Suchmaschinen. Als

„Entwicklungshelferin“ fungierte Gattin Doris Köpff, die seit Jahren versiert durchs weltweite Netz surft. Den Feinschliff erledigte IBM-Chef Erwin Staudt. Nun wird überlegt, ob für den Kanzler – nach dem Vorbild von US-Präsident Bill Clinton – eine E-Mail-Adresse für Bürgerpost eingerichtet werden soll.

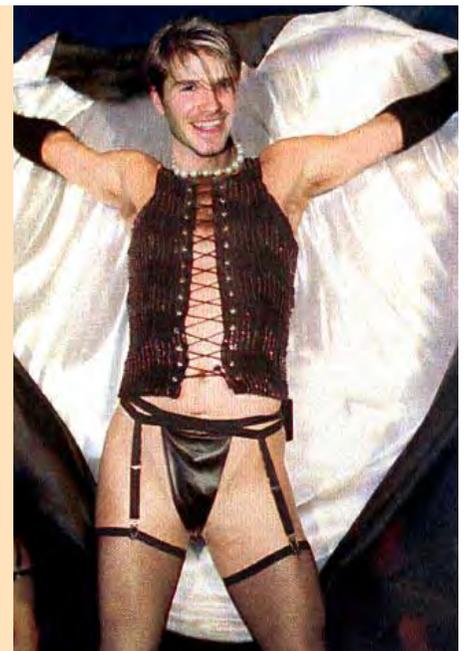
Gong Li, 35, chinesische Starschauspielerin und Jury-Chefin der letzten Berliner Filmfestspiele, ist mit der Presse über Kreuz. Erzürnt über „kaltherrige“ und „unwahre“ Berichte von Zeitungen in Hongkong und auf dem Festland, forderte die auch politisch aktive Filmkünstlerin letzte Woche ein neues Mediengesetz mit „strengen Sanktionen, wie zum Beispiel der Schließung einer Zeitung“. Anlass ihres Zorns waren unter anderem Spekulationen von Journalisten, ihr früherer Geliebter und Regisseur Zhang Yimou habe eine Affäre mit der bildschönen Zhang Ziyi, Hauptdarstellerin seines neuen Films „Der Weg nach Hause“, der gerade in Berlin einen Silbernen Bären gewonnen hat. Gong Li, selbst eine strenge Gegnerin von Pekings Filmzensur: „Wenn eine Zeitung das Leben oder die Arbeit eines Menschen verleumdet oder unerträglich macht, sollte es Gesetze geben, das Blatt zu bestrafen.“ Allerdings verpasste die Künstlerin den richtigen Moment für ihre Initiative. Sie verspätete sich zur entscheidenden Sitzung des zuständigen Parteigremiums in der Großen Halle des Volkes und muss nun ihren Antrag schriftlich vorbringen.

Dietmar Keller, 58, SED-Kulturminister unter Wende-Premier Hans Modrow und heute Berater von PDS-Fraktionschef Gregor Gysi, nutzte eine Buchpräsentation,



Lothar Matthäus, 38, Senioren-Kicker im New Yorker Vorruhestand, wurde das Opfer eines deutsch-britischen Presse-Ulks. Das Nürnberger Fußball-Organ „Kicker“ hatte sich kürzlich den Jux gemacht, Englands Football-Idol **David Beckham**, 24, per Fotomontage in Strapse und Mieder zu stecken – eine Anspielung auf das Geständnis von Beckhams Ehefrau, „Spice Girl“ Victoria, der schmucke David fühle sich sauwohl in ihrer Reizwäsche. Das animierte „The Mirror“ umgehend zu einem machtvollen Konter. Unter der Schlagzeile „Großer Gott! Jetzt machen sogar die Deutschen Witze über Beckham“ verspottete das Boulevardblatt den „Kicker“-Coup als faden Teutonen-Humor und druckte rachelustig ein Schmähbild in unfeiner englischer Art: „Loddar“ in Altweiber-Klamotten und Wickelstrümpfen aus Verbandsmull.

Spottfigur Matthäus Spottfigur Beckham





Keller, Eppelmann

um mit der PDS abzurechnen. Keller stellte vergangenen Dienstag in Berlin gemeinsam mit Ex-Bürgerrechtler **Rainer Eppelmann**, 57 (CDU), das Buch „Zwei deutsche Sichten / Ein Dialog auf gleicher Augenhöhe“

(Verlag Karl Heinrich Bock) vor, in dem beide über ihre höchst unterschiedlichen Lebensläufe diskutieren. Keller und Eppelmann waren sich durch die Arbeit der Enquete-Kommission, die das DDR-Unrecht aufarbeiten sollte, näher gekommen. Keller hatte sich einst – zum Ärger vieler Genossen – vor dem Bundestag für SED-Verbrechen entschuldigt. „Manche Gebrechen der PDS wachsen nach wie Würmer, die abgeschnitten werden“, entfuhr es Keller angesichts des jüngsten Streits in der PDS über den Umgang mit der DDR, und er schwang sich zu einem Vergleich auf, der ihm neuen Ärger bringen dürfte: So wie die Aufarbeitung der Nazi-Diktatur bleibe auch die der DDR eine Aufgabe für dieses Jahrhundert. Dem hatte selbst der sonst wortgewaltige Eppelmann nichts hinzuzufügen.

Burt Lancaster, 1994 im Alter von 80 Jahren verstorbene Hollywood-Legende, war dem FBI jahrzehntelang als sexuell ausschweifend und orientierungslos verdächtig. Das enthüllen geheime FBI-Akten, die eine amerikanische Lancaster-Biografin jetzt ausgewertet hat. In den Observationsprotokollen wird behauptet, der virile Action-Held („Der Rote Korsar“) habe – trotz heterosexuellen Ehelebens – wiederholt an homophilen Treffen teilgenommen. Höhepunkt dieser Lustpartien war offensichtlich eine Massen-Orgie, an der 250 erhitzte Soldaten der US-Marines, ein (ungenannt bleibender) Admiral sowie die Filmstars Lancaster und Rock Hudson beteiligt gewesen sein sollen. Lancaster galt dem FBI als gefährlicher Liberaler. Der damalige Direktor Edgar Hoover hatte vor allem die berühmte Strand-Liebesszene mit Deborah Kerr im Kinoklassiker „Ver-

Lancaster, Kerr in „Verdammt in alle Ewigkeit“



dammt in alle Ewigkeit“ moralisch beanstandet. Lancaster selbst hatte das Liebespiel eher als lustlos in Erinnerung: Er habe damals lediglich zu viel Sand in der Hose gehabt.

Paul McCartney, 57, Ex-Beatle und Pop-Ikone, hat knapp zwei Jahre nach dem Krebstod seiner Frau Linda ein neues Liebesglück gefunden: das ehemalige Top-Model **Heather Mills**, 32. McCartney hatte die Blondine als Moderatorin einer Wohltätigkeitsveranstaltung für Behinderte kennen gelernt – nicht ahnend, dass Heather selbst bei einem Motorradunfall in London ein Bein verloren hatte. Die Romanze begann, als der „tief bewegte“ Ex-Beatle, dessen Vermögen auf fast zwei Milliarden Mark



McCartney, Mills

geschätzt wird, 450 000 Mark für eine Kriegsveteranen-Stiftung spendete, die Mills gegründet hatte. Nach der offiziellen Bekanntmachung der Liaison hatte McCartney nur einen Wunsch: „Ich bin kein Politiker, und wir sind keine Spione. Wir hätten gern ein ungestörtes Privatleben – gebt uns eine Chance.“

Mohamed Al-Fayed, 71, ägyptischer Unternehmer in London und Vater des tödlich verunglückten Diana-Gespielen Dodi, will sein Wirken ins rechte Licht rücken: Der Kaufhaus-King („Harrods“) und Luxus-Hotelier („Ritz“) bastelt derzeit an seinen Memoiren. In dem Exposé freilich, das gerade in Londoner Verlagskreisen zirkuliert, wiederholt der Tycoon nur die Verschwörungstheorien, in denen er sich als

Mobbing-Opfer der Society stilisiert. Insider beschäftigt derweil die Frage, welcher Ghostwriter für den umstrittenen Geschäftsmann tätig ist. Tom Bower, Autor einer unautorisierten Fayed-Biografie, hält den Job für absoluten Horror: „Wer die wahre Fayed-Story erfährt, wäre so schockiert, dass er sie nie schreiben könnte.“



Aus dem „Goldenen Blatt“

Er lag tot im Bett. Erstickt bei einem Wohnungsbrand. Jetzt lebt Simon R. (30) aus S-Möhringen wieder.

Aus der „Bild“-Zeitung

Aus der „Münsterschen Zeitung“: „Die Investoren haben sich zu einer ökologischen Bauweise und autoarmen Wohnen verpflichtet. Jede fünfte Wohnung wird behindertenfrei gestaltet.“

Aus „Thüringen zum Sonntag“: „An Handschriften haben wir herausgefunden, dass schon der drei Monate alte Nietzsche in seiner Familie als Autor eines Gedichtes galt, das man der Großmutter überreichte. Da öffnet sich ein ganzer Kosmos an menschlicher und geistiger Entwicklungsgeschichte, man muss es halt nur lesen wollen.“

Aus der „Mendener Zeitung“: „748 Männer arbeiten im Rathaus, 312 davon sind Frauen.“



Anzeige in einer Gesangsvereinsfestschrift

Zitate

Der frühere DDR-Devisenbeschaffer und Chef der Spezialbehörde „Kommerzielle Koordinierung“ (KoKo), Alexander Schalck-Golodkowski, in seinem Buch „Deutsch-deutsche Erinnerungen“ über einen SPIEGEL-Bericht vom November 1989:

Anfang November erzählte mir Schäuble, dass der SPIEGEL eine große Geschichte über mich und KoKo plane. „Das wird unangenehm für Sie.“ Schäuble konnte oder wollte mir keine Einzelheiten sagen – gerade dies beunruhigte mich. Am Montag, dem 20. November, brach der Sturm los: „Fanatiker der Verschwiegenheit. Die einträglichen Devisengeschäfte des Alexander Schalck-Golodkowski“. Beschrieben wurden alle möglichen Vorfälle – vom Waffenhandel bis zu Liebesdiensten, von Partefirmen im Westen bis zu Geschmeiden der Margot Honecker. Dass es geheime Geschäfte gab, dass die Nomenklatura der DDR Privilegien genoss, konnte zwar niemanden überraschen. Kaum aber jemand wusste, wie es beziehungsweise was genau geschah ... Man musste den Eindruck gewinnen, ich sei der Drahtzieher aller üblen Machenschaften in der DDR. Dieses Bild prägte die Wahrnehmung meiner Person bis heute. Der SPIEGEL hatte unsere Privatanschrift veröffentlicht. Einige Tage nach dem 20. November klingelten DDR-Bürger an unserer Wohnung Sturm. Meine Frau war allein zu Hause, ich war noch auf einer der zahllosen Sitzungen dieser Tage. Sigrid wurde herausgerufen und zur Rede gestellt. Sie hielten ihr den SPIEGEL vor. „Sorgen Sie dafür, dass Ihr Mann die Wahrheit sagt, auch die Wahrheit über Strauß.“

Die „Frankfurter Neue Presse“ über die Einstellung der Ermittlungen gegen den früheren Auschwitz-Arzt Hans Münch wegen Verhandlungsunfähigkeit und den SPIEGEL-Bericht „Die Erinnerung der Täter“ (Nr. 40/1998):

Die jüngsten Ermittlungen gegen Münch wegen Beihilfe zum Mord waren aufgenommen worden, nachdem der ehemalige Arzt Ende September 1998 in einem SPIEGEL-Interview seine Beteiligung an grausamen Menschenversuchen zugegeben und verteidigt hatte. „Ja, natürlich bin ich ein Täter. Ich habe viele Leute gerettet. Dadurch, dass ich ein paar Leute umgebracht hab.“ Weiter sagte der frühere SS-Arzt: „Ich konnte an Menschen Versuche machen, die sonst nur an Kaninchen möglich sind. Das war wichtige Arbeit für die Wissenschaft.“ Münch soll den Häftlingen für Rheuma-Studien Eiter gespritzt und Malaria-Versuche mit ihnen gemacht haben.